

**SCHWEIZER
PERSONAL
VORSORGE**

**PREVOYANCE
PROFESSIONNELLE
SUISSE**

Das Drei-Säulen-System im Härtetest Le système des trois piliers soumis au test de résistance



vps.epas

Wissen vermitteln.
Menschen vernetzen.

Une bonne année malgré de fortes turbulences – la situation des caisses cantonales Page 8

Aufsicht: Die wichtigen Risiken im Blick

Interview mit Vera Kupper Staub und Roger Tischhauser auf Seite 94

Real Estate im Zentrum von Schroders Private Assets

Rund 43 Mrd. CHF Assets under Management und mehr als 400 Private Assets-Experten¹



Real Estate

22 Mrd. CHF

- Fundamentales und themenbasiertes Research sowie lokale Marktexpertise
- Investments in die größten europäischen Immobilienmärkte mit lokalen Teams
- Zugang zu den asiatischen Kernmärkten über Schroder Pamfleet
- Real Estate Debt bietet Anlegern eine breite Palette von Risiko-/ Renditeprofilen



Insurance-Linked Securities

4 Mrd. CHF²



Private Debt

3 Mrd. CHF



Private Equity
(Illiquid and semi-liquid)

11 Mrd. CHF



Infrastructure Debt

3 Mrd. CHF

Schroders Real Estate – ein lösungsorientierter Ansatz

Unsere Erfolgsfaktoren für nachhaltig bessere Erträge



Research-basierter Ansatz

Wir erwirtschaften nachhaltig attraktive Renditen aus Immobilieninvestments. Fokus liegt dabei auf Winning Cities, Smart Cities sowie starken Marktsegmenten.



Globale Reichweite, lokales Know-how

Unsere Investmentteams verfügen über eine starke lokale Expertise in unterschiedlichen Regionen der Welt. So finden wir die besten Immobilieninvestments für unsere Kunden.



Operationelle Exzellenz

Gestützt auf unsere Expertise im operativen Objekt-Management und in der Nachhaltigkeit liefern wir Ergebnisse entlang der gesamten Wertschöpfungskette von Immobilien.



Disziplinierter Ansatz

Der Zugang zur herausragenden ESG-Kompetenz in der Schroders Gruppe sorgt für eine weitreichende Einbindung von verschiedenen Nachhaltigkeitsaspekten.



Mehr als 50 Jahre Erfahrung

Seit mehr als fünf Jahrzehnten investiert Schroders in die globalen Immobilienmärkte, immer bestrebt, Mehrwert für die Investoren zu schaffen.

Wir bieten unseren Kunden bedarfsgerechte Lösungen für alle wichtigen Immobilienmärkte

¹ Unter Berücksichtigung von Überkreuzbeteiligungen und Pamfleet, Stand: 31.12.2020

² Unter Berücksichtigung von liquiden und illiquiden Strategien

Immobilien Europa

Büroimmobilien bleiben für PKs eine interessante Anlage



Roger Hennig ist Fondsmanager bei Schroders, Head Real Estate Investment Schweiz und verwaltet für die Zürich Anlagestiftung die Anlagegruppe "Immobilien Europa Direkt (IED)", die Schweizer Pensionskassen den Zugang zu hochwertigen europäischen Immobilien ermöglicht. Er sagt, warum Büro- und Geschäftsimmobilien ungebrochen attraktive Investitionsmöglichkeiten bieten – im In- und Ausland.

Roger Hennig, Lockdown-bedingt wird weitgehend von zu Hause aus gearbeitet. Führt das nun zu einem massiven Rückgang der Nachfrage nach Büroimmobilien?

Investoren betrachten Büroflächen nach wie vor als eine interessante Anlage. Die Pandemie hat die Spitzenrenditen und -mieten bisher kaum beeinflusst. Auch, weil die Pandemie – anders als befürchtet – nicht zu einem deutlichen Abbau von Bürojobs geführt hat. Entsprechend bildete sich die Nachfrage nach Büroflächen an guten Lagen bis jetzt auch nicht zurück. Unbestritten ist, dass künftig mehr Beschäftigte von zu Hause aus arbeiten – aber nicht ausschliesslich. Das Büro wird für Unternehmen eine wichtige Bedeutung behalten, denn es ist nicht nur Arbeitsplatz, sondern ein Ort, wo die Unternehmenskultur gelebt wird.

Das Büro und damit Büroimmobilien haben also eine Zukunft?

Auf jeden Fall. Das Büro erfüllt die Funktion eines zentralen Ortes der Kommunikation, der Innovation und Zusammenarbeit. Viele Unternehmen investieren deshalb bewusst in Büroräumlichkeiten. Zudem sollte nicht vergessen gehen: In der Coronasituation ist das Homeoffice alternativlos, in «normalen» Zeiten aber wird es mehr Evolution als Revolution sein.

Was bedeuten diese Entwicklungen für die Investitionsstrategie von Pensionskassen?

Traditionell liegt der Hauptfokus von Schweizer Pensionskassen auf inländischen Wohnimmobilien. In den vergangenen Jahren sind aber die Preise im Wohnsegment deutlich angestiegen, und die Anfangsrenditen in Grossstädten wie zum Beispiel Zürich liegen mittlerweile bei unter 2 Prozent. Aufgrund der hohen Nachfrage sind aber auch die Wohnimmobilienfonds teuer geworden. So weisen die Geschäftsimmobilienfonds ein um rund 20 Prozent tieferes Agio gegenüber den Wohnimmobilienfonds aus und erzielen dabei eine um 0.7 Prozent höhere Immobilien-Rendite von 4.2 Prozent.

Geschäftsimmobilien können also attraktiver sein als Wohnimmobilien?

Durchaus. Ein weiterer Vorteil von Geschäfts- und Büroimmobilien aufgrund der aktuell erhöhten Inflationsrisiken: Im Gegensatz zu den Wohnimmobilien können die Geschäftsmieten in der Regel vollumfänglich der Teuerung angepasst werden. Wichtig für Pensionskassen ist, nicht nur zwischen Wohn- und Geschäftsimmobilien zu diversifizieren, sondern auch zwischen Immobilieninvestitionen im In- und im Ausland.

Wie steht es mit den Büroimmobilien im Ausland?

Das Anlagevolumen für Büroimmobilien lag in Europa 2020 rund 37 Prozent unter dem des Vorjahrs. Dessen ungeachtet bleiben Büroimmobilien der grösste Sektor im Immobilienbereich. Die verringerte Bautätigkeit in weiten Teilen Europas dürfte sich aus Investorensicht ab 2023 positiv auf die Nutzermärkte auswirken. Zentral gelegene, gut angebundene und attraktive Büro- und Geschäftsräume werden auf jeden Fall gefragt bleiben.

Welche europäischen Länder stehen für Sie im Vordergrund?

Vorab müssen die kulturellen Unterschiede verstanden werden. Analysten in der Schweiz und Grossbritannien sind skeptischer und schätzen die Gefahren des Homeoffice für die Büroflächennachfrage oft als hoch ein. Das erstaunt nicht, denn gemäss der europäischen Statistikagentur Eurostat arbeiten in der Schweiz 27 Prozent und in UK 22 Prozent der Gesamtbeschäftigten gelegentlich von zu Hause aus. In anderen Ländern Europas ist der entsprechende Anteil deutlich tiefer. In Deutschland sind es nur etwa 7 bis 8 Prozent, in Spanien gar nur 3 bis 4 Prozent und in Italien lediglich 1 Prozent. Besonders interessant für die Beurteilung ist aber Schweden: In Schweden, wo mehr als 30 Prozent gelegentlich von zu Hause aus arbeiten, hat sich der Markt für Büroimmobilien in den vergangenen Jahren äusserst positiv entwickelt hat.

Schroder Investment Management (Switzerland) AG

Central 2, 8001 Zürich

T +41 44 250 12 20

 schroders.ch/privateassets

 andreas.markwalder@schroders.com

Wichtige Hinweise: Nur für professionelle Investoren. Dieses Material eignet sich nicht für Retail-Kunden.

Diese Präsentation dient nur zu Informationszwecken sowie zum ausschliesslichen und exklusiven Gebrauch des Empfängers. Die hierin geäusserten Ansichten und Meinungen stammen von Schroder Investment Management (Switzerland) AG. Sie können sich ohne vorzeitige Ankündigung ändern und stellen nicht notwendigerweise die in anderen Mitteilungen oder Strategien von Schroders ausgedrückten oder aufgeführten Ansichten dar. Dieses Material stellt weder ein Angebot noch eine Aufforderung zum Kauf oder Verkauf von Finanzinstrumenten dar. Die Angaben in diesem Dokument sind weder als rechtliche, buchhalterische oder steuerliche Beratung noch als Anlageempfehlung zu verstehen und sollten daher nicht für diese Zwecke herangezogen werden. Individuelle Investitions- und/oder Strategieentscheidungen sollten nicht auf Basis der Ansichten und Informationen in diesem Dokument erfolgen. Nach bestem Wissen wird angenommen, dass alle in diesem Dokument aufgeführten Informationen – auch von externen Quellen – zuverlässig sind, Schroders übernimmt jedoch keine Gewähr für ihre Richtigkeit oder Vollständigkeit. Externe Daten sind Eigentum oder Lizenzobjekt des Datenlieferanten und dürfen ohne dessen Zustimmung nicht reproduziert, extrahiert oder zu anderen Zwecken genutzt bzw. weiterverarbeitet werden. Externe Daten werden ohne jegliche Garantien zur Verfügung gestellt. Der Datenlieferant und der Herausgeber des Dokuments haften in keiner Weise für externe Daten. Die Wertentwicklung der Vergangenheit ist kein Massstab für zukünftige Ergebnisse. Der Wert der Anlagen und der damit erzielten Erträge kann sowohl steigen als auch fallen. Unter Umständen erhalten die Anleger den ursprünglich investierten Betrag nicht in vollem Umfang zurück. Änderungen des Währungskurses können dazu führen, dass der Wert von Anlagen im Ausland steigt oder fällt. Diese Präsentation darf weder im Ganzen noch zum Teil ohne schriftliche Zustimmung von Schroder Investment Management (Switzerland)AG wiedergegeben, kopiert, verteilt oder auf andere Weise an eine Drittpartei übertragen werden.

Herausgegeben von Schroder Investment Management (Switzerland) AG, Central 2, CH-8001 Zürich. Zugelassen von und unter der Aufsicht der Eidgenössischen Finanzmarktaufsicht FINMA.

Third Party Data Disclaimer: Externe Daten sind Eigentum oder Lizenzobjekt des Datenlieferanten und dürfen ohne dessen Zustimmung nicht reproduziert, extrahiert oder zu anderen Zwecken genutzt bzw. weiterverarbeitet werden. Externe Daten werden ohne jegliche Garantien zur Verfügung gestellt. Der Datenlieferant und der Herausgeber des Dokuments haften in keiner Weise für externe Daten. Der Verkaufsprospekt bzw. www.schroders.ch enthalten weitere Haftungsausschlüsse in Bezug auf externe Daten. 600880

Investors Life

Für alle Anleger, die von einer optimalen Risikoeinschätzung profitieren wollen: Wir bewirtschaften Risiken aktiv und steuern diese systematisch, weil wir ganz genau wissen, wie damit umzugehen ist. So entsteht eine auf den Kunden abgestimmte, zuverlässige und nachhaltige Portfolioentwicklung. Für eine selbstbestimmte Anlagestrategie und finanzielle Zuversicht.

SwissLife 
Asset Managers



Gregor Gubser
stv. Chefredaktor
«Schweizer Personalvorsorge»

Alles Gold, was glänzt?

Wir Schweizer waren und sind stolz auf unser Drei-Säulen-System. Es vereint in der Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge verschiedene Finanzierungsformen und sowohl solidarische als auch individuelle Elemente. Doch der Glanz von einst scheint zu vergehen. Im Akzentteil dieser Ausgabe machen wir daher den Härtestest und prüfen, ob, was glänzt, auch tatsächlich Gold ist, oder ob es sich um eine minderwertige Legierung handelt.

Soviel vorweg: Das System ist nach wie vor in der Lage, die Bevölkerung vor den finanziellen Risiken von Alter, Tod und Invalidität zu schützen. Allerdings steht es vor Herausforderungen, denen mit Reformen zu begegnen ist. Nur sind leider in den letzten Jahren die substanziellen Reformvorhaben gescheitert, was man auch im internationalen Vergleich sieht. Vorsorgesysteme in Ländern, denen Reformen gelungen sind, haben die Schweiz von Platz zwei auf zwölf durchgereicht.

Es ist also höchste Zeit, das Drei-Säulen-System wieder auf Hochglanz zu polieren. Die Substanz wäre gut, doch die Patina der versäumten Reformen überdeckt die wahre Schönheit. Es geht nicht darum, in internationalen Rankings den ersten Platz zu erobern, sondern darum, das Vertrauen der Bevölkerung in ihre Altersvorsorge zu stärken. |

Tout est or qui brille?

En Suisse, le système des trois piliers est un objet de fierté depuis qu'il a vu le jour. Il combine diverses formes de financement au sein de la prévoyance vieillesse, survivants et invalidité, et les enrichit d'éléments solidaires et individuels. Mais au fil des ans, l'éclat semble s'être terni. Dans le dossier de fond de ce numéro, nous procédons donc à un test de résistance du système pour vérifier si ce qui brille est réellement de l'or ou s'il s'agit d'un alliage de qualité inférieure.

Un constat immédiat: le système est encore capable de protéger la population contre les risques financiers de la vieillesse, du décès et de l'invalidité. Cependant, il est confronté à des défis qui appellent des réformes. Malheureusement, toutes les tentatives de réforme incisives ont échoué ces dernières années, et les conséquences apparaissent dans les comparaisons internationales. Les systèmes de prévoyance de pays qui ont mis en œuvre des réformes avec succès ont dépassé celui de la Suisse qui a dégringolé de la deuxième à la douzième place.

Il est donc grand temps de redonner du lustre à notre système des trois piliers. En substance il reste bon, mais la patine des réformes manquées masque sa véritable beauté. L'enjeu n'est pas de prendre la première place dans les classements internationaux, mais de renforcer la confiance de la population dans sa prévoyance vieillesse. |



Investment
Managers

Nachhaltigkeit als Kernprinzip Ihres Portfolios

Mit nachhaltigen Aktien können Sie auch unsichere Zeiten erfolgreich meistern

Mit einer überzeugenden 5-jährigen Erfolgsbilanz selbst in schwierigen Zeiten kann unsere Anlagestrategie mit nachhaltigen Aktien das ideale Kernstück Ihres Portfolios bilden. Wir wählen Aktien von höchster Qualität mit möglichst niedriger Volatilität aus, um die Risiken gering zu halten, jedoch einen langfristigen Wertzuwachs der Anlagen bei umfassender ESG-Integration zu erzielen. Ein aktiv verwaltetes Investment zu einem attraktiven Preis, das mehr denn je Nachhaltigkeit mit Ihren finanziellen Zielen in Einklang bringt.

Bauen Sie mit uns an einer besseren Zukunft.

Anlagen enthalten Risiken, einschliesslich dem des Kapitalverlustes.

ERFAHREN SIE MEHR:

[AXA-IM.CH/NACHHALTIGE-AKTIEN](https://www.axa-im.ch/nachhaltige-aktien)



AXA WF Global Factors – Sustainable Equity Fonds ausgezeichnet mit dem FNG-Siegel, dem Qualitätsstandard für nachhaltige Investmentfonds in Deutschland. www.fng-siegel.org

Unter bestimmten Marktbedingungen kann ein ESG-integriertes Portfolio schlechter abschneiden als Strategien, die ESG-Faktoren nicht berücksichtigen.

Die hier von AXA Investment Managers bereitgestellten Informationen dienen Werbezwecken und richten sich an qualifizierte Anleger nach Schweizer Recht. Es liegt weder ein Angebot noch eine Aufforderung zum Erwerb oder Verkauf von Anlageinstrumenten vor. Der Kauf von Fondsanteilen erfolgt ausschliesslich auf Basis der jeweils gültigen Verkaufsprospekte bzw. der anderweitig massgeblichen Verkaufsdokumente und der darin enthaltenen Informationen. Die hier enthaltenen Meinungsäusserungen geben die aktuelle Einschätzung von AXA Investment Managers zum Zeitpunkt der Erstellung wieder. Diese Einschätzung kann sich jederzeit ohne vorherige Ankündigung ändern. **Die Wertentwicklung oder Rendite der Vergangenheit bietet keine Gewähr und ist kein Indikator für die zukünftige Wertentwicklung oder Rendite einer Anlage.** Eine Haftung oder Garantie für die Richtigkeit und Vollständigkeit der zur Verfügung gestellten Informationen wird von AXA Investment Managers nicht übernommen. Der Schweizer Vertreter für die in Luxemburg domizilierte SICAV (société d'investissement à capital variable), AXA World Funds, ist First Independent Fund Services Ltd, Klausstrasse 33, CH-8008 Zürich. Die Schweizer Zahlstelle ist Credit Suisse (Schweiz) AG, Paradeplatz 8, CH-8001 Zürich. Den aktuellen Verkaufsprospekt, die wesentlichen Anlegerinformationen (KIID) und die Jahres- und Halbjahresberichte erhalten Sie kostenlos beim Schweizer Vertreter. Erfüllungsort und Gerichtsstand für die in der Schweiz vertriebenen Anteile ist Zürich, Schweiz. Dieses Dokument sowie weitere Unterlagen zum/zu den obgenannten Fonds können auch kostenlos bei AXA Investment Managers, Affolternstrasse 42, CH-8050 Zürich oder unter www.axa-im.ch bezogen werden. Wir bitten Privatanleger, sich an ihren Anlageberater zu wenden.

EDITORIAL	
1	Alles Gold, was glänzt? <i>Gregor Gubser</i>
AKTUELL	
5	Kantonale Pensionskassen: Gutes Jahr trotz heftiger Turbulenzen <i>Anne Yammine</i>
10	Ein recht normales Jahr – fünf Fragen an Thomas R. Schönbächler <i>Kaspar Hohler</i>
13	Corona-Pandemie: Erkenntnisse für Lebensversicherer <i>Patricia Mattle</i>
19	Arbeitslosigkeit belastet Sozialwerke <i>Grafik des Monats</i>
20	 BVG-Reform: 7.2 Milliarden – oder doch nicht? <i>Kaspar Hohler</i>
28	Ein Begräbnis erster Klasse <i>Kommentar von Aldo Ferrari</i>
AUS DEM BUNDESHAUS	
31	Wieder ein Angriff auf die Anlagevorschriften <i>Claude Chatelain</i>
PRESSESPiegel	
37	Tücken des Homeoffice <i>Kaspar Hohler</i>
INDIZES	
71	Fixierte Quote – oder nicht? <i>Kaspar Hohler</i>
KAPITALANLAGEN	
73	Kryptowährungen: Bitcoin und Ethereum für Pensionskassen? <i>Philipp Weber</i>
IMMOBILIEN	
79	Immobilien Europa: Worauf zu achten ist <i>Rainer Suter</i>
PENSIONSKASSENPORTRÄT	
84	Alvoso Pensionskasse
85	Genussvorsorge <i>Interview mit Remo Schällibaum</i>
PK-EXPERTEN	
86	Weisung der OAK zu Sammeleinrichtungen: Praxistauglichkeit muss sich noch weisen <i>Elena Fehr, Branko Poljak</i>
AUFSICHT	
94	Die wichtigen Risiken im Blick <i>Interview mit Vera Kupper Staub und Roger Tischhauser</i>
ASIP	
100	Verbandsmitteilungen 04/2021
RECHTSFRAGEN	
102	Neues Datenschutzgesetz: Auswirkungen auf Vorsorgeeinrichtungen <i>Evelyn Schilter, Estelle Caveng</i>
107	Bundesgerichtliche Beurteilung der Aufsichtstätigkeit <i>Erich Peter</i>
BUNDESGERICHTSENTSCHEID	
111	Kündigung wegen Anzeigepflichtverletzung <i>Laurence Uttinger</i>
LESERSERVICE	
106	Stelleninserat
115	Fachliteratur
116	Vorschau/Impressum

EDITORIAL	
1	Tout est or qui brille? <i>Gregor Gubser</i>
ACTUEL	
8	Caisses de pensions cantonales: une bonne année malgré de fortes turbulences <i>Anne Yammine</i>
17	Pandémie du coronavirus: les enseignements à en tirer pour les assureurs-vie <i>Patricia Mattle</i>
19	Le chômage pèse sur les systèmes de sécurité sociale <i>Graphique du mois</i>
22	 Réforme LPP: 7.2 milliards – ou quand même pas? <i>Kaspar Hohler</i>
26	Actualités en Suisse romande: les femmes forment les femmes <i>Geneviève Brunet</i>
27	Un enterrement de 1 ^{re} classe <i>Commentaire de Aldo Ferrari</i>
DU PALAIS FEDERAL	
33	Nouvel assaut lancé contre les directives de placement <i>Claude Chatelain</i>
ECHOS DE PRESSE	
35	Les pièges du télétravail <i>Kaspar Hohler</i>
INDICES	
71	Quote-part fixe – ou pas? <i>Kaspar Hohler</i>
PLACEMENTS	
75	Les caisses de pensions doivent-elles se mettre au bitcoin et à l'ethereum? <i>Philipp Weber</i>
IMMOBILIER	
81	Ce à quoi il faut être attentif <i>Rainer Suter</i>
EXPERTS EN CP	
89	Directive de la CHS concernant les institutions collectives: l'utilité pratique reste à prouver <i>Elena Fehr, Branko Poljak</i>
SURVEILLANCE	
99	Garder à l'œil les principaux risques <i>Interview avec Vera Kupper Staub et Roger Tischhauser</i>
ASIP	
101	Bulletin 04/2021
QUESTIONS DE DROIT	
104	Nouvelle loi sur la protection des données: conséquences sur les institutions de prévoyance <i>Evelyn Schilter, Estelle Caveng</i>
109	Appréciation par le Tribunal fédéral de l'activité de surveillance <i>Erich Peter</i>
ARRÊT DU TRIBUNAL FÉDÉRAL	
113	Résiliation pour réticence <i>Laurence Uttinger</i>

Stiftungsräte/Conseils de fondation

Die grünen Artikel richten sich speziell an
Führungsorgane von Vorsorgeeinrichtungen



39–69

AKZENT / ACCENT

Das Drei-Säulen-System
im Härtestest

Le système des trois piliers
soumis au test de résistance



vps.epas.ch

Auf vps.epas.ch finden Sie einen
ergänzenden Artikel und weitere
Unterlagen zur Auswertung zu den
kantonalen Pensionskassen.

Sur vps.epas.ch, vous trouverez un
article complémentaire et d'autres
documents concernant l'évaluation
des caisses de pensions cantonales.

Emerging Markets Managed Volatility Schwellenländeraktien mit gesteuertem Risiko

1

Ein ausgewogener EM-Ansatz

Dem Aufwärtstrend der Schwellenländer unter der Vermeidung von Schlaglöchern folgen

2

Ein widerstandsfähiges Portfolio

Die Kombination fundamentaler Stärken in einem beständigen Portfolio

3

Ein breites Anlageuniversum

Eine nicht durch Benchmarks eingeschränkte disziplinierte Anlagestrategie

Die **Lazard Emerging Markets Managed Volatility-Strategie** zielt darauf ab, Anlagerisiken zu reduzieren und gleichzeitig das attraktive Renditepotenzial der am schnellsten wachsenden Volkswirtschaften der Welt zu nutzen.

Unser erfahrenes Investmentteam evaluiert und bewertet systematisch ein breites Universum von 4.000 Aktien, um ein diversifiziertes Portfolio aufzubauen, das in schwierigen Marktphasen versucht, Kapital zu schützen und trotzdem gleichzeitig an günstigen Marktbewegungen teilzunehmen.

Dabei ist unser Ansatz nicht durch kapitalisierungsgewichtete Benchmarks eingeschränkt und hat das Potenzial, die optimale Kombination aus Risiko und Ertrag zu ermitteln, ohne die Auswahl auf sogenannte defensive Aktien zu beschränken.



Ihr Ansprechpartner:

Bjoern Bahlmann, Director
Institutional Clients

Lazard Asset Management Schweiz AG
Usterstrasse 9, CH - 8001 Zürich
+41 43 888 64 85 phone
Bjoern.Bahlmann@lazard.com

Weitere Informationen erhalten Sie unter lazardfundmanagers.com und folgen Sie uns auf  

Kantonale Pensionskassen

Gutes Jahr trotz heftiger Turbulenzen

Das überragende Börsenjahr 2019 setzte sich bis zum Ausbruch der Corona-Pandemie im Februar 2020 fort. Im März brachen die Märkte um bis zu 30 Prozent ein, erholten sich aber rasch wieder. Die kantonalen Pensionskassen konnten ihre Deckungsverluste aus dem ersten Quartal bis Ende 2020 wettmachen und den Deckungsgrad gar leicht steigern.

IN KÜRZE

2020 erzielten die Pensionskassen eine tiefere Nettoperformance als 2019. Der technische Zins, der Umwandlungssatz und die Verzinsung der Altersguthaben der aktiven Versicherten wurden gesenkt.

Es ist April und wir publizieren bereits zum achten Mal in Folge die Eckdaten der 27 kantonalen Pensionskassen. Die Daten wurden wie gewohnt direkt bei den Kassenleitenden erhoben. Die abgebildete Eckdatentabelle (Seite 7) ist analog zu derjenigen des letzten Jahrs gestaltet. Eine umfangreichere Tabelle mit weiteren Variablen veröffentlichen wir auf unserer Webseite (bit.ly/3lsqFot).

Leicht höhere Deckung

Der Mittelwert aller Deckungsgrade der kantonalen Kassen ist per Ende 2020 von 98 % (Ende 2019) auf 100 % angestiegen. Der Deckungsgrad aller neun Kassen in reiner Teilkapitalisierung beträgt per Ende 2020 im Mittel 83.2%. Der Deckungsgrad der vollkapitalisierten Kassen liegt bei 109.1 %.

Deckung der teilkapitalisierten Kassen

An der Spitze der Kassen in Teilkapitalisierung steht, wie schon im Vorjahr, Zug mit einem Deckungsgrad von 109.6%. Es folgen, diesmal in umgekehrter Reihenfolge, wieder die beiden Berner Kassen mit 97.2 % für die Bernische Lehrerversicherungskasse und 95.8% für die Bernische Pensionskasse. Beide Kassen peilen per 2034 die Vollkapitalisierung an. Bis dahin ist auch die Aufhebung ihrer Staatsgarantie geplant.

Knapp über dem Teilkapitalisierungsziel von 80 % liegt der Kanton Freiburg mit 80.3 % Deckung, dies bei einem relativ hohen technischen Zinssatz von 3.25 %. Die Kasse hat jedoch seit 2019 Rückstellungen gebildet, um diesen auf 2 % zu senken. Per wann die Senkung erfolgen wird, ist noch unklar.

Am untersten Ende der Skala lag bisher jeweils die Kasse des Kantons Genf. Nun ist sie ins Mittelfeld vorgerückt. Zwischen Ende 2019 und Ende 2020 ist der Deckungsgrad der Genfer CPEG von 53.7% auf 77% gestiegen. Dies dank einem Ausfinanzierungsbeitrag von 5.5 Mrd. Franken, der im Mai 2019 vom Genfer Stimmvolk beschlossen wurde. Dies erlaubte der Kasse, ihre Fundamente nachhaltig zu sanieren.

Zuunterst wurde Genf vom Tessin abgelöst, das eine Deckung von 66.7% aufweist. Das Tessin senkte von Ende 2019 auf Ende 2020 seinen technischen Zins um 0.75 % auf 1.5 %, was auch die verhaltene Deckungsgradentwicklung erklärt.

Deckung der gemischt kapitalisierten Kassen

Die Pensionskasse Basel-Stadt, die sieben Vorsorgewerke in Teil- und den Rest in Vollkapitalisierung führt, wird diesmal aus dem Sample der Teilkapitalisierten herausgelöst und separat betrachtet. Per Ende 2020 betrug ihr konsolidierter Deckungsgrad 103.1 %. Im Vorjahr lag dieser bei 105.2 %.

Auch das Wallis weist neu einen konsolidierten Deckungsgrad auf und zwar von knapp 102 %. Das sind verglichen mit Ende 2019 knapp 19 Prozentpunkte mehr. Dies lässt sich dadurch erklären, dass die Walliser Kasse 2020 in zwei Unterkassen aufgeteilt wurde: eine offene Unterklasse in Vollkapitalisierung ohne Staatsgarantie mit einer Deckung von 115 % per Ende 2020 und eine geschlossene Unterklasse in Teilkapitalisierung mit Beibehaltung der Staatsgarantie mit einer Deckung von knapp 100 %.



Anne Yammine
lic. phil. I,

Redaktorin «Schweizer Personalvorsorge»

Deckung der vollkapitalisierten Kassen

Auch im Geschäftsjahr 2020 stehen alle 16 Kassen in Vollkapitalisierung bei über 100 % Deckung. Bis auf vier Kassen (Aargau, Schwyz, Thurgau und Uri) konnten alle Kassen ihre Deckungssituation verbessern. Die vier Kassen mit den höchsten Deckungsgraden sind die gleichen wie Ende 2019: Appenzell Ausserrhoden führt die Skala mit einer Deckung von 116.3 % an. Dahinter folgen Nidwalden, Schaffhausen und Appenzell Innerrhoden. Die beiden hintersten Positionen belegen die Kantone Aargau mit einem Deckungsgrad von 104.2 % und Thurgau mit 102.4 %.

Performance im Plus

Alle kantonalen Kassen verzeichnen für das Geschäftsjahr 2020 eine positive Performance. Der Mittelwert liegt bei 4.2 %. Im Vergleich zu 2019 ist dies ein Rückgang von 7 Prozentpunkten. Nach heftigen Börsenturbulenzen Anfang Jahr aufgrund der Corona-Pandemie erholten sich die Finanzmärkte ab April auf eindruckliche Weise. Dieser Aufwärtstrend dauerte bis Ende 2020 an.

Technischer Zinssatz leicht im Abwärtstrend

Im Vergleich zum Vorjahr behalten 19 Kassen Ende 2020 ihren technischen Zinssatz bei. Die restlichen senken ihn leicht. Alle Kassen behalten ihren technischen Zins von Ende 2020 prospektiv auch für 2021 bei, bis auf Schwyz und Uri, die ihren technischen Zinssatz leicht senken. Der Mittelwert liegt per Anfang 2021 bei 1.94 %. Anfang 2020 lag er bei 2.02 %. Der Abwärtstrend setzt sich fort.

Einen auffallend hohen technischen Zinssatz von 3.25 % verzeichnet auch in diesem Jahr der Kanton Freiburg. Er hat aber Vorkehrungen getroffen, diesen nach unten zu korrigieren, wie wir bei der Deckungsgradsituation bereits ausgeführt haben. Nebst Freiburg planen noch einige andere Kassen wie beispielsweise Schwyz, die Zürcher BVK und der Jura weitere Absenkungsrunden. Luzern hat seinen Zinssatz per 31. Dezember 2020 von 1.75 % auf 1.5 % gesenkt. Trotzdem blieb der Deckungsgrad dieser Kasse stabil bei 107 %.

Nach Freiburg folgen im oberen Teil der Skala der Thurgau und das Wallis mit je 2.5 %. Den tiefsten Wert weist auch in

diesem Jahr Appenzell Innerrhoden mit 1.25 % aus.

Umwandlungssatz weiter im Sinkflug

Die Umwandlungssätze wurden per Ende 2020 bei zehn Kassen auf dem Stand von Ende 2019 belassen. Freiburg, Genf und Waadt verzeichnen keine Umwandlungssätze, da sie im Leistungsprimat geführt werden. Bei den restlichen 14 Kassen gehen die Senkungen von Minus 0.01 % bis 0.64 %. Für die kommenden Jahre planen 15 Kassen weitere Senkungen. In der Tabelle sind diese in blauer Schrift gekennzeichnet.

Auch Ende 2020 ist der Thurgau derjenige Kanton, der seinen Umwandlungssatz gegenüber 2019 am radikalsten senkt: von 5.79 % auf 5.15 %. Darunter geht lediglich die Zürcher BVK mit 4.83 % Umwandlungssatz ab Anfang 2021. Die BVK bietet seit wenigen Jahren individuell die Möglichkeit an, durch Reduktion der Ehegattenrente von $\frac{2}{3}$ auf $\frac{1}{3}$ bei der Pensionierung einen höheren Umwandlungssatz zu erlangen. Die 4.83 % entsprechen dem Umwandlungssatz mit einer Ehegattenrente von $\frac{2}{3}$.

Der gesetzlich fürs BVG-Obligatorium vorgegebene Umwandlungssatz liegt nach wie vor bei 6.8 %, soll aber im Zuge der vom Bundesrat vorgeschlagenen Reform BVG 21 auf 6 % gesenkt werden. Bei den kantonalen Kassen liegen fünf Kassen per Anfang 2021 noch bei 6 und mehr Prozent. Am höchsten steht dabei das Wallis da mit 6.38 %. Die

Die fünf wichtigsten Erkenntnisse aus den aktuellen Daten

1. Die Deckungsgrade von 22 Kassen sind angestiegen. Bei den fünf restlichen sanken sie leicht. Im Schnitt über alle Kassen lag die Deckung bei 100 %.
2. Die Nettoperformance liegt 2020 bei durchschnittlich 4.2 %.
3. Der technische Zinssatz steht im Mittelwert per Anfang 2021 bei 1.94 %. Per Anfang 2020 lag er noch bei 2.02 %.
4. Der Umwandlungssatz lag per Ende 2019 im Schnitt bei 5.72 %. Er bleibt in der Abwärtstendenz und steht Ende 2020 bei 5.65 % und Anfang 2021 gar bei 5.56 %.
5. Die Verzinsung der aktiven Versicherten lag per Ende 2020 bei 1.69 %. Das ist deutlich weniger als im Vorjahr. Prospektiv für 2021 liegt der Mittelwert bei 1.11 %.

restlichen 18 Kassen liegen im Mittelfeld zwischen 5 % und 6 %.

Keine tiefere Verzinsung für die aktiven Versicherten als projiziert

Bei der Verzinsung der Altersguthaben der aktiven Versicherten per Ende 2019 entschieden fünf Kassen, die Höhe der Verzinsung für 2020 beizubehalten. Drei Kassen projizierten damals, höher gehen zu wollen. Die restlichen 13 Kassen sahen alle vor, die Verzinsung zu senken. Für die drei Kassen im Leistungsprimat ist diese Variable unserer Eckdaten nicht anwendbar. Die beiden Basler Kassen haben wir bei dieser Analyse und auch bei der Bewertung des Mittelwerts der Verzinsung aussen vor gelassen, da sie jeweils eine Bandbreite von Zinsen angeben.

Per Ende 2020 verzinst effektiv keine der kantonalen Kassen tiefer als Anfang 2020 projiziert. Zehn Kassen sind bei ihrer Prognose geblieben. Die anderen zwölf Kassen haben höher verzinst als in ihrer Projektion. Die Aargauische Pensionskasse vergibt 2020 zusätzlich zum Zins noch eine Gutschrift und sieht vor, dies auch 2021 zu machen.

Sieben Kassen projizieren für 2021 mit dem gleichen Zins wie 2020. 13 Kassen haben die Absicht, tiefer zu verzinsen. Lediglich die Zürcher BVK sieht vor, um 0.5 Prozentpunkte höher zu verzinsen.

Nidwalden macht jeweils keine Angaben zu seinen Projektionen, verzinst aber per Ende 2020 gleich wie per Ende 2019, nämlich bei 2 %.

Weiterhin angespannte Lage

Vor einem Jahr haben wir an dieser Stelle unsere Befürchtung kundgetan, dass die per Ende 2020 bilanzierten Zahlen – insbesondere was die Deckungssituation und die Performance angeht – deutlich schlechter sein könnten als im Jahr zuvor. Auch wenn dem nicht ganz so war, gilt es, auf der Hut zu bleiben. Die Pandemie ist noch längst nicht vorbei, auch wenn die auf der ganzen Welt angelaufenen Impfkampagnen die Anleger gerade milder stimmen. Zudem geistert das Schreckgespenst der Inflation herum, die Zinsen beginnen zu steigen. Das Anlageumfeld bleibt für alle Vorsorgeeinrichtungen – so auch die hier betrachteten 27 kantonalen Kassen – äusserst herausfordernd. |

Eckdaten kantonale Pensionskassen / Statistiques de référence caisses de pensions cantonales

Kanton/ Canton	Pensionskasse/ Caisse de pensions	Deckungsgrad per/Degré de couverture au 31.12.2020	Netto- performance 2020	Techn. Zinssatz ab/Taux d'intérêt technique à partir du 1.1.2021	Umwandlungssatz im Alter 65 ab/ Taux de conversion à l'âge 65 à partir du 1.1.2021 Senkung/Abaissement	Verzinsung akt. Versicherte/Taux d'intérêt assurés act. 2020 (2021 prospektiv)
AG	Aargauische Pensionskasse	104.20%	3.80%	2.25% (Periodentafel PT)	5.30% ab 2024: 5.00%	1.25% (2021: 1.00%)
AR	Pensionskasse Appenzell Ausserrhoden	116.30%	4.50%	1.50% (PT)	5.80% (Vorjahr: 6.00%) bis 2023: 5.40%	2.00% (2021: 1.00%)
AI	Kantonale Versicherungskasse Appenzell Innerrhoden*	112.00% (Schätzung)	2.50%	1.25% (PT)	5.60% (Vorjahr: 5.80%) ab 2023: 5.20%	1.25% (2021: 1.00%)
BL	Basellandschaftliche Pensionskasse	110.60% (konsoli- diert, Sammeleinr.)	5.11%	1.75% (PT)	5.20% (Vorjahr: 5.40%) ab 2023: 5.00%	0.50-2.00% (2021: 1.50%)
BS	Pensionskasse Basel-Stadt* ^o	103.1% (konsoli- diert, Sammeleinr.)	2.68%	2.25% (PT)	5.44%	2.25 (2.25%) (TK) 0-3.25 (0-2.25)(VK)
BE	Bernische Pensionskasse (BPK)	95.82% (Ziel: 100% bis 2034)	3.10%	2.00% (Genera- tionentafel GT)	5.25% (Vorjahr: 5.79%) bis 2024: 4.80%	3.25% (2021: 1.00%)
	Bernische Lehrer- versicherungskasse*	97.20% (Ziel: 100% bis 2034)	4.90%	2.00% (PT)	5.20%	2.00% (2021: 1.00%)
FR	Pensionskasse des Staatspersonals Freiburg	80.30%	3.50%	3.25% (PT)	nicht anwendbar (n.a.), da Leistungsprimat	n.a., da Leistungsprimat
GE	Caisse de prévoyance de l'État de Genève*	77.00%	4.20%	1.75% (GT)	n.a., da Leistungsprimat	n.a., da Leistungsprimat
GL	Glarner Pensionskasse	108.20%	3.10%	1.50% (PT)	5.75% (Vorjahr: 5.90%) ab 2025: 5.20%	1.50% (2021: 1.00%)
GR	Pensionskasse Graubünden	109.80%	6.40%	2.00% (PT)	6.00% (Vorjahr: 6.11%) ab 2022: 4.70%	1.00% (2021: 1.00%)
JU	Caisse de pensions de la République et Canton du Jura*	74.40%	4.04%	2.00% (PT)	5.49% (Vorjahr: 5.56%) ab 2023: 5.35%	2.00% (2021: 0.25%)
LU	Luzerner Pensionskasse*	107.00%	3.70%	1.50% (GT)	5.20%	1.50% (2021: 1.50%)
NE	prévoyance.ne*	76.60%	4.90%	2.25% (PT)	5.55% ab 2024: 5.10%	2.50% (2021: 0.25%)
NW	Pensionskasse des Kantons Nidwalden	115.10%	4.50%	2.00% (GT)	5.6% (Vorjahr: 5.75%) bis 2023: 5.30%	2.00% (2021: k. A.)
OW	Personalversicherungskasse Obwalden*	110.40%	4.75%	1.75% (GT)	5.80% (Vorjahr: 5.92%) bis 2023: 5.60%	1.75% (2021: 1.00%)
SG	St. Galler Pensionskasse*	105.00%	4.27%	2.00% (GT)	5.20%	2.00% (2021: 1.00%)
SH	Pensionskasse Schaffhausen	113.10%	4.65%	2.00% (GT)	5.20%	2.00% (2021: 2.00%)
SO	Pensionskasse Kanton Solothurn	111.50%	4.82%	1.75% (GT)	5.50%	1.75% (2021: 1.00%)
SZ	Pensionskasse des Kantons Schwyz*	105.50%	3.30%	2.00% (PT) (Vorjahr: 2.20%)	6.10% ab 2022: 6.00%	1.00% (2021: 1.00%)
TG	pk.tg Pensionskasse Thurgau	102.40% (exkl. AGBR)	4.01%	2.50% (GT)	5.15%	2.00% (2021: 2.00%)
TI	Istituto di previdenza del Cantone Ticino*	66.70%	4.64%	1.50% (PT)	6.17%	1.00% (2021: 1.00%)
UR	Pensionskasse Uri	109.20%	3.50%	1.75% (GT) (Vorjahr: 2.00%)	5.60% (Vorjahr: 5.65%) ab 2023: 5.50%	1.50% (2021: 1.00%)
VD	Caisse de pensions de l'État de Vaud*	71.38%	4.97%	2.00% (PT)	n.a., da Leistungsprimat	n.a., da Leistungsprimat
VS	Pensionskasse des Staates Wallis*	101.95% (konsoli- diert, 2 Unterkassen)	3.50%	2.50% (PT)	6.38% (Vorjahr: 6.57%)	1.50% (2021: 1.00%)
ZG	Zuger Pensionskasse	109.60%	3.74%	1.50% (PT)	6.08% (Vorjahr: 6.20%) bis 2022: 6.00%	1.00% (2021: 1.00%)
ZH	BVK	105.30%	5.70%	2.00% (GT)	4.83% (Vorjahr: 4.84%) ab 2022: 4.67%	1.50% (2021: 2.00%)
Mittelwerte/Moyennes		99.99%	4.18%	1.94%	5.56%	1.69%

Die orange markierten Pensionskassen sind vollkapitalisiert (VK). Die blauen sind teilkapitalisiert (TK). ^oDie PKBS vereint Vorsorgewerke in TK und VK.

Les caisses en orange sont en capitalisation complète (CC), les bleues en capitalisation partielle (CP). ^oLa PKBS réunit des œuvres de prévoyance en CC et CP.

Die mit einem * versehenen Kassen weisen Werte auf, die noch nicht revidiert und/oder noch nicht vom obersten Organ genehmigt wurden.

Les indications des caisses marquées avec un * n'ont pas encore été révisées et/ou n'ont pas encore été approuvées par l'organe suprême.

Quelle/Source: Recherche «Schweizer Personalvorsorge»

Caisses de pensions cantonales

Une bonne année malgré de fortes turbulences

L'élan de l'année boursière exceptionnelle de 2019 s'est maintenu en 2020 jusqu'à l'apparition de la pandémie de coronavirus en février. En mars, les marchés ont cédé jusqu'à 30%, mais se sont rapidement redressés. Jusqu'à la fin 2020, les caisses de pensions cantonales avaient récupéré les pertes de couverture du premier trimestre et même augmenté légèrement leur taux de couverture.

EN BREF

En 2020, les caisses de pensions ont réalisé une performance nette inférieure à celle de 2019. Le taux d'intérêt technique, le taux de conversion et la rémunération des avoirs de vieillesse des assurés actifs ont été réduits.

Nous sommes en avril, le mois où nous publions pour la huitième année consécutive les chiffres clés des 27 caisses de pensions cantonales. Comme d'habitude, les données ont été collectées directement auprès des gestionnaires des caisses. Le tableau des données clés (page 7) présente la même structure que l'année dernière. Un tableau plus complet avec des variables supplémentaires est publié sur notre site web (bit.ly/3vEI16r).

Une couverture légèrement plus élevée

La valeur moyenne de tous les degrés de couverture des caisses cantonales est passée de 98 % (fin 2019) à 100 % à la fin 2020. Le degré de couverture des neuf caisses en capitalisation partielle pure est de 83.2% en moyenne à la fin de 2020. Le degré de couverture des caisses entièrement capitalisées s'établit à 109.1 %.

Couverture des caisses partiellement capitalisées

Comme l'année dernière, Zoug figure en tête du classement des caisses à capitalisation partielle, avec un degré de couverture de 109.6%. Viennent ensuite à nouveau, cette fois dans l'ordre inverse, les deux caisses bernoises avec 97.2% pour la Caisse d'assurance du corps enseignant bernois et 95.8% pour la Caisse de pension bernoise. Les deux caisses visent la capitalisation complète d'ici 2034, date à laquelle la suppression de leur garantie d'État est également prévue.

Le canton de Fribourg se situe juste au-dessus de l'objectif de capitalisation partielle de 80% avec une couverture de 80.3% et un taux d'intérêt technique relativement élevé de 3.25%. Cepen-

dant, la caisse a constitué des provisions depuis 2019 afin de réduire ce taux à 2%. On ne sait pas encore quand cette réduction aura lieu.

Jusqu'à présent, la caisse du canton de Genève était toujours placée en bas de l'échelle. Maintenant, elle a rejoint le peloton du milieu. Entre fin 2019 et fin 2020, le taux de couverture de la CPEG a passé de 53.7% à 77%, grâce à la capitalisation de 5.5 milliards de francs votée par le peuple genevois en mai 2019, qui a permis d'assainir durablement ses fondations.

En bas de l'échelle, le Tessin, qui affiche une couverture de 66.7%, a pris la place de Genève. Le Tessin a abaissé son taux d'intérêt technique de 0.75% à 1.5% de fin 2019 à fin 2020, ce qui explique également l'évolution modérée du taux de couverture.

Couverture des caisses à capitalisation mixte

La caisse de pensions de Bâle-Ville, qui compte sept œuvres de prévoyance à capitalisation partielle et le reste à capitalisation complète, est cette fois-ci retirée de l'échantillon des caisses à capitalisation partielle et analysée séparément. À la fin de 2020, son degré de couverture consolidé s'élevait à 103.1%. L'année précédente, il avait atteint 105.2%.

Le Valais présente désormais aussi un taux de couverture consolidé d'un peu moins de 102%. C'est presque 19 points de pourcentage de plus qu'à la fin de 2019. L'explication réside dans le fait qu'en 2020, la caisse valaisanne a été scindée en deux sous-caisses: l'une étant une sous-caisse ouverte en capitalisation complète sans garantie étatique dont la

Les cinq enseignements essentiels à tirer des données actuelles

1. Les degrés de couverture de 22 caisses ont augmenté. Ils ont légèrement baissé pour les cinq autres. La couverture moyenne de l'ensemble des caisses était de 100 %.
2. La performance nette est en moyenne de 4.2 % en 2020.
3. Le taux d'intérêt technique moyen au début de 2021 est de 1.94%. Au début de 2020, il était encore de 2.02%.
4. Le taux de conversion moyen à la fin de l'année 2019 se situait à 5.72%. Il reste sur une tendance baissière et s'établira à 5.65% à la fin de 2020 et à 5.56% au début de 2021.
5. La rémunération pour les assurés actifs était de 1.69% à la fin de 2020. Ce chiffre est nettement inférieur à celui de l'année précédente. À l'horizon 2021 se profile une valeur moyenne prospective de 1.11%.

couverture atteignait 115 % à fin 2020 et l'autre une caisse fermée en capitalisation partielle avec maintien de la garantie étatique et une couverture d'un peu moins de 100 %.

Couverture des caisses entièrement capitalisées

En 2020, l'ensemble des 16 caisses entièrement capitalisées affiche à nouveau une couverture supérieure à 100 %. À l'exception de quatre caisses (Argovie, Schwyz, Thurgovie et Uri), toutes ont même encore pu étoffer leur couverture. Les quatre caisses présentant les niveaux de couverture les plus élevés sont les mêmes qu'à la fin de 2019: Appenzell Rhodes-Extérieures est en tête avec une couverture de 116.3 %, suivi de Nidwald, Schaffhouse et Appenzell Rhodes-Intérieures. En queue de peloton se retrouvent les cantons d'Argovie avec un taux de couverture de 104.2 % et de Thurgovie avec 102.4 %.

Performance dans le positif

Toutes les caisses de pensions cantonales font état d'une performance positive pour l'exercice 2020. La valeur moyenne est de 4.2 %. Par rapport à 2019, cela représente une diminution de 7 points de pourcentage. Après de fortes turbulences boursières au début de l'année en raison de la pandémie du coronavirus, les marchés financiers se sont redressés de manière impressionnante à partir d'avril. Cette tendance haussière s'est maintenue jusqu'à la fin de 2020.

Taux d'intérêt technique légèrement orienté à la baisse

Par rapport à l'année précédente, 19 caisses ont maintenu leur taux d'intérêt technique à la fin de 2020. Les autres l'ont réduit légèrement. Pour 2021, toutes les caisses entendent conserver le taux technique en vigueur à fin 2020, à l'exception de Schwyz et Uri qui lui impriment une modeste baisse. La valeur moyenne au début de 2021 est de 1.94 %. Au début de 2020, elle était de 2.02 %. La tendance à la baisse se poursuit.

Cette année encore, le canton de Fribourg a appliqué un taux d'intérêt technique remarquablement élevé de 3.25 %. Cependant, la caisse a pris les mesures nécessaires pour une correction à la baisse, comme nous l'avons déjà expliqué

dans le paragraphe consacré à la situation de couverture. En plus de Fribourg, d'autres caisses comme Schwyz, la BVK de Zurich et le Jura prévoient de nouvelles réductions. Lucerne a abaissé son taux d'intérêt de 1.75 % à 1.5 % avec effet au 31 décembre 2020. Néanmoins, le degré de couverture de cette caisse est resté stable à 107 %.

Après Fribourg, la Thurgovie et le Valais suivent en haut de l'échelle avec 2.5 % chacun. Appenzell Rhodes-Intérieures détient toujours la palme du taux d'intérêt le plus bas avec 1.25 %.

Le taux de conversion toujours en descente

Les taux de conversion à la fin de 2020 ont été laissés au niveau de la fin de 2019 pour dix caisses. Fribourg, Genève et Vaud ne divulguent pas de taux de conversion, car ces caisses sont gérées selon le principe de la primauté des prestations. Pour les 14 autres caisses, les réductions vont de moins 0.01 % à 0.64 %. Pour les années à venir, 15 caisses prévoient de nouvelles réductions. Elles sont marquées en bleu dans le tableau.

Fin 2020, la Thurgovie est à nouveau le canton qui a réduit le plus radicalement son taux de conversion par rapport à 2019: de 5.79 % à 5.15 %. Seule la BVK zurichoise passe en dessous de ce niveau avec un taux de conversion de 4.83 % dès le début de 2021. Depuis quelques années, la BVK offre aux particuliers la possibilité d'obtenir un taux de conversion plus élevé à la retraite en réduisant la rente de conjoint de $\frac{2}{3}$ à $\frac{1}{3}$. Les 4.83 % correspondent au taux de conversion avec une rente de conjoint de $\frac{2}{3}$.

Le taux de conversion prescrit par la loi pour le régime obligatoire LPP reste à 6.8 %, mais doit être ramené à 6 % dans le cadre de la réforme LPP 21 proposée par le Conseil fédéral. Parmi les caisses cantonales, cinq seront encore à 6 % ou plus au début de 2021. Le taux le plus élevé est celui du Valais avec 6.38 %. Les 18 autres caisses se situent dans la fourchette intermédiaire entre 5 et 6 %.

Pas de rémunération inférieure à ce qui avait été prévu pour les assurés actifs

En ce qui concerne la rémunération des avoires de vieillesse des assurés actifs à la fin de 2019, cinq caisses ont décidé de maintenir le taux d'intérêt pour 2020.

Trois caisses prévoyaient à l'époque d'aller plus haut. Les 13 autres caisses avaient toutes envisagé une diminution de la rémunération. Pour les trois caisses en primauté des prestations, cette variable de nos données de référence n'est pas applicable. Nous avons exclu les deux caisses de Bâle de cette analyse et également de l'évaluation de la valeur moyenne du taux d'intérêt, car elles indiquent chacune une fourchette de taux d'intérêt.

À la fin de 2020, aucune des caisses cantonales n'a effectivement crédité des intérêts inférieurs à ceux prévus au début de 2020. Dix caisses ont respecté leurs projections. Les douze autres ont pratiqué des taux d'intérêt plus élevés que dans leurs projections. La caisse de pensions du canton d'Argovie accorde une bonification en plus des intérêts en 2020 et prévoit de faire de même en 2021.

Sept caisses anticipent le même taux d'intérêt pour 2021 que pour 2020. 13 caisses ont l'intention de baisser la rémunération. Seule la BVK de Zurich prévoit de relever le taux d'intérêt de 0.5 point de pourcentage.

Nidwald ne fournit aucune information sur ses projections, mais pratiquait la même rémunération à la fin de 2020 qu'à la fin de 2019, à savoir 2 %.

La situation reste tendue

Il y a un an, nous avons exprimé ici même nos craintes que les chiffres communiqués à la fin de l'année 2020 ne soient nettement moins bons que l'année précédente – notamment en matière de couverture et de performance. Même si nos prévisions ne se sont pas tout à fait réalisées, nous devons rester sur nos gardes. La pandémie est loin d'être terminée, même si les campagnes de vaccination qui ont été lancées dans le monde entier amadouent actuellement les investisseurs. En outre, le spectre de l'inflation nous hante et les taux d'intérêt commencent à grimper. L'environnement de placement reste extrêmement difficile pour toutes les caisses de pensions, y compris les 27 caisses cantonales examinées ici. |

Anne Yammine

Fünf Fragen an ...

Ein recht normales Jahr

2020 war in vielerlei Hinsicht ein Ausnahmejahr. Wie lief das vergangene Jahr für die BVK?

Vieles lief eigentlich recht normal, abnormal war nur der Ort, an dem gearbeitet wurde, das Homeoffice. Sonst war es ein gutes, ja ein sehr gutes Jahr für uns. Die Prozesse bewährten sich auch im Lockdown, allem voran das regelbasierte Rebalancing. Wir mussten bereits zu Beginn der Coronakrise auf dem Tiefpunkt und aus dem Homeoffice im März massiv Aktien kaufen, die in der Folge mit der Markterholung um über 50% zulegte. Generell konnten wir alles, was wir uns vorgenommen hatten, umsetzen. Dabei wirkte es sich sehr positiv aus, ein eingespieltes Führungsteam zu haben. Wir verzeichneten auch ein starkes Versichertenwachstum, wobei der Bestand der Aktiven mit 3.6% stärker zulegte als derjenige der Rentner mit 2.5%. Verantwortlich dafür ist vor allem das Bestandeswachstum, wobei auch Neuanschlüsse dazukamen.

Wie intensiv war der Austausch der BVK mit ihren Versicherten im vergangenen Jahr?

Wir schalteten im Februar 2020 unser Portal myBVK auf. Mit myBVK adressieren wir gezielt die jüngeren Versicherten, auch mit der Sprache, den skizzierten Lebenssituationen und den Simulationsmöglichkeiten. Wenn die Pensionierung naht, kommen die Versicherten sowieso zu uns. Bis Ende Jahr hatte myBVK bereits 23 600 User, von denen alle mindestens zweimal mit einer durchschnittlichen Verweildauer von über sieben Minuten auf dem Portal waren. Es dürfte auch mit dieser erfolgreichen Lancierung zu tun haben, dass wir bei den Fragen der Versicherten, die telefonisch zu uns gelangen, generell mehr Fachlichkeit beobachten. Damit meine ich, dass die Fragen tendenziell gezielter und anspruchsvoller sind. Während des ersten Lockdowns bezogen sich viele Fragen auf zwei Themen, die sonst nicht im Zentrum stehen: den unbezahlten Urlaub und die Leistungen im Todesfall.



Thomas R. Schönbächler ist Vorsitzender der Geschäftsleitung der BVK, der grössten Pensionskasse der Schweiz. Er ist Betriebsökonom und verfügt über einen MBA der University of Rochester (NY).

«Während des ersten Lockdowns bezogen sich viele Fragen auf zwei Themen, die sonst nicht im Zentrum stehen: den unbezahlten Urlaub und die Leistungen im Todesfall.»

Sie haben das Wachstum der BVK erwähnt. Kantonale Pensionskassen stehen teilweise im Wettbewerb mit offenen Sammeleinrichtungen. Hat die BVK in diesem Wettbewerb gleich lange Spiesse wie die Konkurrenz?

Die BVK ist unter den kantonalen Kassen sicher ein Sonderfall, weil wir offen sind für Anschlüsse aus allen Branchen aus der ganzen Schweiz. In dem Sinn haben wir gleich lange Spiesse. Was uns von Mitbewerbern unterscheidet, ist, dass wir verbindliche Leistungsparameter und Beiträge haben, die nicht verhandel-

bar sind, und dass für uns die Gleichbehandlung zentral ist – wir haben entsprechende Ansprüche an Grösse und Struktur möglicher Neuanschlüsse. Während uns dies beim Gewinnen von Neuanschlüssen bremst, hilft es, keine Anschlüsse zu verlieren: Die bestehenden Anschlüsse haben dies verstanden und lassen sich kaum abwerben, auch wenn die Mitbewerber immer am Pickeln sind.

Ist die BVK auch aktiv auf dem Markt oder nur reaktiv, wenn Unternehmen auf sie zukommen?

Wir verfolgen auch die Ausschreibungen, insbesondere in den Bereichen Gesundheit, Bildung und Verkehr in der gesamten Deutschschweiz. Letztes Jahr kam in drei Fällen auch ein Broker auf uns zu und bat um eine Offerte, dies notabene, obwohl wir keine Courtage zahlen.

Die neuesten BVG-Tafeln zeigen eine Verlangsamung der Zunahme der Lebenserwartung. Die BVK arbeitet mit Generationentafeln. Die neuen VZ-Tafeln, mit denen die BVK arbeitet, erscheinen erst Ende 2021, doch diskutieren Sie die möglichen Auswirkungen bereits jetzt?

Wir haben mit gut 128 000 Versicherten einen sehr grossen Bestand, in dem wir gewisse Entwicklungen auch laufend verfolgen können. Konkret sehen wir beispielsweise, dass die Männer auch bei uns hinsichtlich Lebenserwartung gegenüber den Frauen aufholen. Für uns ist die Berechenbarkeit sehr wichtig. Wir kommunizieren weit voraus, mit welchem Umwandlungssatz jeder Jahrgang rechnen kann. Diese Werte ändern höchstens minim durch die revidierten Schätzungen. Entsprechend glaube ich nicht, dass wir hier Änderungen vornehmen müssen. |

Interview: Kaspar Hohler

Emerging-Market- Lokalwährungs- anleihen



Awards
2021

Morningstar zeichnet Capital Group aus als
bestes Fondshaus Fixed Income, Schweiz.

© 2021 Morningstar, Inc. Alle Rechte vorbehalten.



**CAPITAL
GROUP**SM

Mehr Informationen erhalten Sie von:

Fabian Wallmeier
Managing Director Institutional
Switzerland
+41 44 567 80 13
fabian.wallmeier@capitalgroup.com

Katja Isik
Associate Director Institutional
Switzerland
+41 44 567 80 06
katja.isik@capitalgroup.com

Capital International Sàrl,
Claridenstrasse 41, 8002 Zürich

Nutzen Sie das Potenzial der Schwellenländer mit einem Pionier.

Vor 35 Jahren hat uns die Weltbank gebeten, den ersten Emerging-Market-Aktienfonds aufzulegen. Seit 1988 investieren wir zudem in Emerging-Market-Anleihen.

- Ausgewählte starke Schwellenländer können attraktive Wachstumschancen bieten.
- **Vor Ort aktiv:** Wir haben ein globales Netzwerk bestehend aus 39 Emerging-Market-Analysten mit durchschnittlich 15 Jahren Investmenterfahrung.*
- **Fundamentale Einzeltitelauswahl:** Schwellenländer sind keine homogene Gruppe. Wir sind überzeugt, dass der Schlüssel zum Anlageerfolg im Verständnis der einzelnen Märkte und Unternehmen liegt.
- **Eine aktive Allokation kann von Vorteil sein:** Sie kann Investoren helfen, Währungs-, Zinsstrukturkurven- und Laufzeitriskiken zu steuern und hilft schwächere Sektoren und Märkte zu vermeiden.

* per 31. Dezember 2020

Emerging-Market-Anlagen sind volatil und ggf. auch illiquide. Der Wert von Anlagen kann schwanken, sodass Anleger ihr investiertes Kapital möglicherweise nicht oder nicht vollständig zurückerhalten.

NUR FÜR QUALIFIZIERTE INVESTOREN. WERBEMATERIAL.

Dieses Dokument wurde von Capital International Sàrl, einem von der Eidgenössische Finanzmarktaufsicht (FINMA) genehmigten und regulierten Unternehmen, erstellt. Capital International Sàrl ist eine Tochtergesellschaft von Capital Group Companies, Inc. (Capital Group). Die Capital Group trifft angemessene Massnahmen, um Informationen aus Drittquellen zu beziehen, die sie für verlässlich hält. Das Unternehmen gibt aber keine Garantie und übernimmt keine Verantwortung für die Richtigkeit, Verlässlichkeit oder Vollständigkeit der Informationen. Sie sind weder umfassend noch eine Anlage-, Steuer- oder sonstige Beratung. © 2021 Capital Group. Alle Rechte vorbehalten.



vps.epas

In Form – informiert 2021

Die jährliche Weiterbildung für Stiftungsräte:
2 Tage Ausbildung, Diskussionen und Austausch
zu Führungsfragen in der 2. Säule

21. und 22. September 2021, Brunnen

Jährlich
neue aktuelle
Modulthemen

Als Stiftungsrat haben Sie eine Weiterbildungspflicht –
nutzen Sie die beiden Tage in Brunnen und erfahren Sie,
was Sie aktuell wissen müssen.

Inhalt

Der Anlass ist modular aufgebaut. Er behandelt aktuelle Themen und Fragestellungen anhand von Fallstudien und gibt der Interaktion und Diskussionsmöglichkeit den nötigen Raum. Sämtliche Themen und Fragestellungen werden anhand von praktischen Beispielen aufgezeigt. Gemeinsam werden die Themen analysiert und praxisorientierte Lösungen erarbeitet.

Module

Die kleinen Arbeitsgruppen geben den Teilnehmenden Gelegenheit, eigene Fragestellungen und Ideen einzubringen und diese in der Gruppe zu diskutieren.

Referate

Im Plenum finden Referate statt, sei dies zur Einführung oder zu aktuellen Themen.

Diskussionen

Ebenfalls im Plenum werden Vertreter von Verbänden und Politik zu aktuellen Fragestellungen diskutieren. Sie werden dabei Gelegenheit haben, Ihre Fragen und Bemerkungen zu besprechen.

Modulthemen 2021

Interne Organisation und Mitsprache

Sabino Di Mambro

Kapital oder Rente

Reto Leibundgut

Knackpunkte in der Prüfung und Überwachung von PVE – insbesondere bezüglich Anlagen

Hans-Peter Meier

Infrastrukturanlagen, etc.: Was bringen neue BVV 2-Anlagerichtlinien?

Luzius Neubert

Risikoorientierte Kassenführung

Urs Schaffner

Aktuelle Rechtsprechung

Vital Stutz

Weitere Informationen finden Sie unter vps.epas.ch. Programmänderungen vorbehalten.

Ort
Seehotel Waldstätterhof
Waldstätterquai 6, 6440 Brunnen

Zeit
2 Tage, Übernachtung
Dienstag: 9.00 – 17.15 Uhr,
ca. 19.00 Uhr Abendessen,
Mittwoch: 8.30 – 16.00 Uhr

**Kosten, Credit Points und
Anmeldung unter vps.epas.ch**

Auskünfte
Beatrice Steiner
+41 (0)41 317 07 48
bs@vps.epas.ch
vps.epas.ch

Partner



Corona-Pandemie

Erkenntnisse für Lebensversicherer

Die Pandemie bringt die historischen Sterblichkeitsraten durcheinander und erschwert Zukunftsprognosen. In einer kürzlich veröffentlichten Studie¹ stellt das Swiss Re Institute fest, dass insbesondere Lebensversicherer von den Sterblichkeitsfaktoren sowie den längerfristigen, noch wenig bekannten Gesundheitsfolgen betroffen sind.

IN KÜRZE

Um in Zukunft die Risiken in Zusammenhang mit Corona-Erkrankungen genauer und detaillierter bewerten zu können, werden die Underwriting-Prozesse anzupassen sein.

Bislang veröffentlichte Studien zeigen, dass Männer eher an einer Coronainfektion sterben als Frauen. Darüber hinaus bestehen klare Zusammenhänge zwischen Alter und Todesrate. Laut Swiss Re Institute haben zudem Menschen, die übergewichtig sind, aus ärmeren Verhältnissen stammen und an einer Reihe von Vorerkrankungen leiden, ein höheres Risiko, schwer am Coronavirus zu erkranken oder daran zu sterben.

Verbreitung in Pflegeheimen

Die Studie des Swiss Re Institute identifiziert wie andere auch die Verbreitung des Virus in Pflegeheimen als einen der Hauptgründe für die hohen Sterblichkeitsraten. Allein in den USA ereigneten sich 30% bis 40% der Todesfälle in Pflegeheimen. Ähnliches war auch in anderen westlichen Ländern zu beobachten, wobei die Sterblichkeit in Pflegeheimen aufgrund des Coronavirus stark variierte.

In der Schweiz starben rund 49% der am Coronavirus erkrankten Personen in einem Alters- und Pflegeheim. Allerdings lebte ein nicht abschätzbarer Teil der in Spitälern verstorbenen Personen vorher in einem Alters- und Pflegeheim. Daher ist die Gesamtzahl der Alters- und Pflegeheimbewohnerinnen und -bewohner, die im Zusammenhang mit dem Coronavirus starben, unbekannt. Gemäss Bundesamt für Gesundheit starben während der zweiten Welle

mehr Personen in Pflege- und Altersheimen (2686 Todesfälle) als in Spitälern (2138).

Wirksame Schutzmassnahmen in Alters- und Pflegeheimen wurden oft zu spät eingeführt. Gemäss Swiss Re Institute verkürzte das Coronavirus das Leben vieler Alters- und Pflegeheimbewohnerinnen und -bewohner um ein paar Monate bis zu mehrere Jahre.

Signifikante Übersterblichkeit

Das Swiss Re Institute stützt die Aussagen zur Übersterblichkeit auf eine Studie von EuroMOMO (European Mortality Monitoring), die die Übersterblichkeit während der letzten fünf Jahre (Juni 2015 bis 12. Juni 2020) in europäischen Ländern vergleicht. Demnach verursachte das Coronavirus eine signifikante Übersterblichkeit.

Es starben mehr Menschen, als sich dem Coronavirus zuordnen lassen. Die Gründe dafür sind folgende: Todesfälle in Pflegeheimen oder an anderen Orten hatten zwar einen Bezug zum Coronavirus, wurden aber nicht zu den durch das Virus verursachten Todesfällen gezählt. Es gab zudem vorzeitige Todesfälle, weil Behandlungen anderer Krankheiten wie Krebs aufgrund der Pandemie unterbrochen wurden.

Ein Blick in die Schweiz zeigt dem Bundesamt für Statistik zufolge, dass es Mitte April 2020 im Vergleich zur normalen Sterblichkeit innert einer Woche zu mehr als 400 zusätzlichen Todesfällen kam. Betroffen war nur die Altersgruppe der über 65-Jährigen. Auf die Sterblichkeit von Jüngeren hatte das



Patricia Mattle
CEO elipsLife Schweiz/Liechtenstein

¹ Swiss Re Institute: Unravelling the true death toll of COVID-19 of Priya Dwarakanath and Hengchang Pan, 2020.

Hypothekenlösungen für institutionelle Investoren

Im aktuellen Umfeld ist es für Pensionskassen herausfordernd, eine attraktive Rendite bei gleichzeitig moderatem Risiko zu erwirtschaften. In den letzten Jahren gab es daher eine Verschiebung im Markt: Pensionskassen ziehen immer häufiger die Anlageklasse Hypotheken in Erwägung. MoneyPark, der grösste unabhängige Spezialist für Hypotheken und Immobilien, hat dafür zusammen mit seiner Tochtergesellschaft finovo eine Rundum-Sorglos-Lösung für die Vergabe von Hypotheken entwickelt, welche die spezifischen Bedürfnisse institutioneller Investoren erfüllt. Eine dieser Investoren ist die ALSA Pensionskasse.

Was die ALSA Pensionskasse zum Einstieg in die Anlageklasse Hypotheken bewegt hat und wie sie und ihre Versicherten jetzt davon profitieren.

Die ALSA Pensionskasse erbringt als familiärer und äusserst leistungsstarker Partner die obligatorische und überobligatorische berufliche Vorsorge nach BVG für rund 500 Unternehmen und über 14'000 Versicherte. Um die Altersvorsorge risikobewusst und dennoch gewinnbringend anzulegen, sind im negativen Zinsumfeld mit Anlage- notstand neue, innovative Lösungen ausserhalb vom klassischen Kapitalmarkt gefragt. Eine davon ist die Anlageklasse Hypotheken: Sie stellt im Anlagespektrum eine gut diversifizierte, risikoarme und kostengünstige Anlagealternative mit solider Rendite dar.

Absicherung von Renten

Im Vergleich zu erstklassigen Obligationen wie Staatsanleihen lässt sich mit der Anlageklasse Hypotheken eine höhere Rendite erzielen und gleichzeitig kann das Risiko besser kalkuliert werden. Hypotheken stellen eine sehr risikoarme und grundpfandgesicherte Anlageklasse dar, welche vom Gesetzgeber explizit auch für Pensionskassen vorgesehen ist. Zudem profitiert der Investor dank der Bilanzierung zum Nennwert auch bei einem sich ändernden Zinsumfeld von einer stabilen Anlage ohne Wertschwankungen, was bei Pensionskassen wie der ALSA wiederum die Attraktivität für die Versicherten erhöht.

Aufbau eines Hypothekarportfolios innert Jahresfrist

Historisch fehlt institutionellen Investoren neben der Vertriebskraft auch das Kredit- und Abwicklungs-Know-how, um in den Hypothekarmassenmarkt eintreten zu können – so auch der ALSA Pensionskasse.

ALSA entschied sich daher, für den Einstieg in die Anlageklasse Hypotheken auf einen Partner zu setzen, der sämtliche operativen Prozesse des Vertriebs und der Abwicklung übernimmt. Dabei war auch die Kreditprüfung ein wichtiger Faktor. Das B2B-Angebot von MoneyPark überzeugte, denn über den Vertrieb von MoneyPark werden jährlich mehr als 3.4 Mrd. Franken Hypothekarvolumen abgeschlossen. Dies ermöglicht einen raschen, schweizweiten Volumenaufbau.

Effiziente Abwicklung zentral für geringe Administrationskosten

Nur mit spezialisierter Software lassen sich Hypotheken effizient bewirtschaften. Dabei ist eine hohe Individualisierbarkeit gefragt, welche es erlaubt, die Finanzierungsparameter des Anlegers wie beispielsweise Volumen, Regionen, Schuldner oder Objektart zeit- und

kosteneffizient umzusetzen. Im Fall der ALSA Pensionskasse lagen die Anforderungen sowohl bei der geografischen Diversifizierung als auch beim Wunsch nach kurzen Laufzeiten. Sicherheiten, Zahlungsabwicklung, Bestandsführung, Zinseninkasso, Abrechnungen, etc. werden von MoneyPark übernommen.

Jederzeit den Überblick dank detailliertem Reporting

Ein regelmässiges automatisiertes Reporting zeigt dem Investor die Strukturierung seines Portfolios auf. Dabei werden sowohl die geografische Verteilung als auch die Kundensegmente, die Produktart, die Laufzeit und damit die Fälligkeitsstruktur übersichtlich dargestellt.

Hypotheken mit MoneyPark – Ihre Rundum-Sorglos-Lösung



Die ALSA Pensionskasse baute mit MoneyPark innert Jahresfrist ein Hypothekarportfolio von über 200 Mio. Franken auf. Sollen wir auch Sie bei der Investition in die Anlageklasse Hypotheken unterstützen?

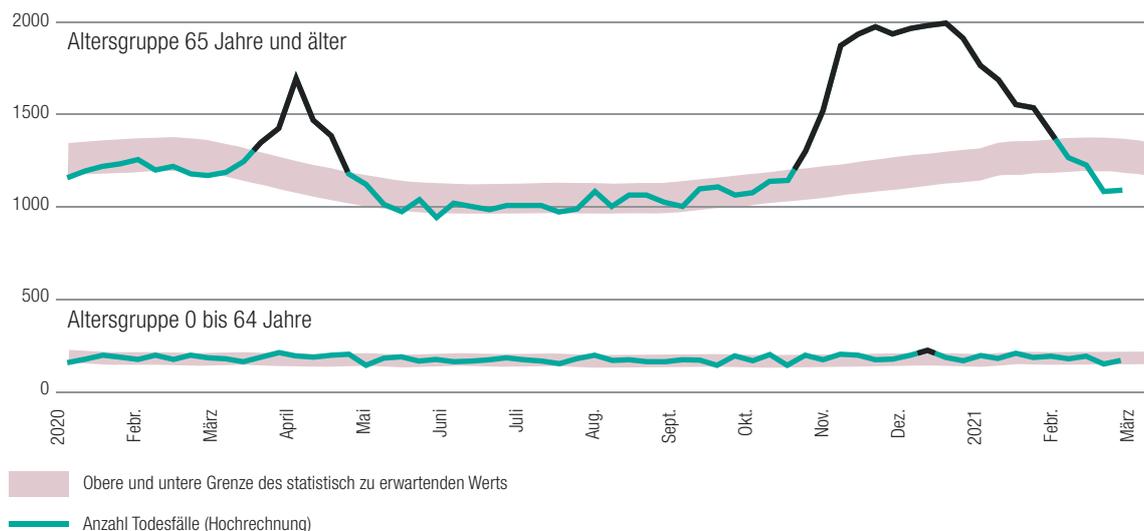
Sprechen Sie mit uns – wir freuen uns auf Ihre Kontaktaufnahme.

MoneyPark AG

Besnik Salihaj
T +41 (0)44 200 76 95
besnik.salihaj@moneypark.ch
www.moneypark.ch



Wöchentliche Todesfälle, 2020 bis 2021



Die Anzahl Todesfälle wird anhand der bis zum Vortag gemeldeten Fälle für die aktuelle Periode hochgerechnet, unter Berücksichtigung der zeitlichen Verzögerung für die Erstattung einer Meldung. Die Daten der letzten zwei Wochen sind teilweise unvollständig, es werden noch Nachmeldungen erwartet.
Quelle: BFS, Stand der Datenbank: 9. Februar 2021.

Coronavirus keinen statistisch signifikanten Einfluss.

Ab Mitte Oktober und dem Einsetzen der zweiten Welle stieg die Sterblichkeit bei den über 65-Jährigen wieder über das langjährige Mittel. Die Sterblichkeit bei jüngeren Altersgruppen lag im Normalbereich.

Einfluss auf das Underwriting

Obwohl die Pandemie noch nicht vorbei ist und es noch länger dauern wird, bis die Folgen umfassend geklärt sind, lassen sich bereits jetzt wichtige Erkenntnisse für Lebensversicherer ableiten. Von besonderem Interesse sind die längerfristigen Auswirkungen der Infektionskrankheit, weil diese die laufenden Versicherungspolizen betreffen und in Zukunft das medizinische Underwriting beeinflussen werden. Bereits heute zeichnen sich Methodenänderungen zur Qualitätsverbesserung im Underwriting sowie die Neubewertungen von Risiken ab.

Alter

Da das Alter in Bezug auf die Corona-Todesfälle eine wichtige Rolle spielt, kann der Altersmix der in einem Portfolio versicherten Personen sehr unterschiedliche Sterblichkeitsraten aufweisen. Das Swiss Re Institute sieht auch

Hinweise auf einen bedeutenden, steigenden Sterblichkeits-Prozentsatz bei jüngeren Personen – insbesondere bei Personen mit Vorerkrankungen.

Geschlecht

Männer mit einer Coronavirusinfektion haben eine höhere Todesrate als Frauen. Portfolios mit einem deutlich höheren Männeranteil sind wahrscheinlich stärker betroffen als solche mit ausgeglichenerem Geschlechteranteil.

Gesundheitsfaktoren

Personen, die eine Lebensversicherung abschliessen wollen, müssen sich in der Regel einem Gesundheitscheck unterziehen. Erfahrungsgemäss weist diese Gruppe eine bessere Gesundheit auf als die breite Bevölkerung. Da Vorerkrankungen ein wichtiger Faktor für Todesfälle in Zusammenhang mit dem Virus sind, ist zu erwarten, dass die Corona-Sterblichkeitsraten in Versicherungsportfolios tiefer sind als bei der Allgemeinbevölkerung. Trotzdem wird auch die Mortalität der versicherten Bevölkerung wegen der Pandemie höher ausfallen als im bisherigen Durchschnitt. Um in Zukunft die Risiken in Zusammenhang mit Coronaerkrankungen genauer und detaillierter bewerten zu können,

werden die Underwriting-Prozesse anzupassen sein.

Stadt versus Land

Beim Vergleich der altersbereinigten Sterblichkeitsraten aufgrund der Coronaviruserkrankungen nach geografischen Gebieten deutet gemäss Swiss Re Institute vieles darauf hin, dass grosse Ballungsräume – insbesondere internationale Verkehrsknotenpunkte – viel höhere Sterblichkeitsraten aufweisen als nicht-grosstädtische Gebiete.

Langzeitfolgen

Auch wenn wir jeden Tag neue Erkenntnisse über das Infektionsgeschehen gewinnen, die Forschung zu den langfristigen Auswirkungen des Coronavirus hat erst begonnen. Relevante Daten zu signifikanten Gesundheitsschäden an Organen oder den Konsequenzen auf psychische Erkrankungen sind heute nur spärlich vorhanden. Als Lebensversicherer können wir erste Lehren bereits in unser Underwriting einfließen lassen. Die entscheidenden Hinweise zu den langfristigen Auswirkungen auf unser Geschäft stehen noch aus. |

Solutions hypothécaires pour les investisseurs institutionnels

Dans le contexte actuel, il est difficile pour les caisses de pension de trouver des investissements qui génèrent un rendement intéressant avec un niveau de risque acceptable. Ceci pousse les caisses de pension à se tourner de plus en plus vers la classe d'actif des hypothèques. MoneyPark, le plus grand spécialiste hypothécaire et immobilier indépendant de Suisse, a développé, avec sa filiale finovo, une solution hypothécaire complète qui répond aux besoins spécifiques des investisseurs institutionnels. La caisse de pension ALSA fait partie de ces investisseurs.

La caisse de pension ALSA entre dans la classe d'actif « hypothèque » : ce qui l'a motivée et les avantages pour ses assurés.

En tant que partenaire familial extrêmement performant, ALSA fournit la prévoyance professionnelle obligatoire et surobligatoire selon la LPP à environ 500 entreprises et plus de 14'000 assurés. Dans le contexte actuel de taux d'intérêts négatifs ainsi que de pénurie de placement, des solutions innovantes sont nécessaires, afin d'investir la prévoyance retraite de manière rentable et consciente des risques. La classe d'actifs des hypothèques fait partie de ces solutions: elle constitue une alternative de placement diversifiée, peu risquée, bon marché et présentant des rendements intéressants.

Protection des rentes

Comparée aux obligations de premier ordre comme les emprunts d'État, la classe d'actifs des hypothèques présente des rendements plus élevés et permet un meilleur calcul des risques. Les hypothèques constituent une classe d'actifs très peu risquée, garantie par un gage immobilier et prévue pour les caisses de pension par le législateur. Grâce à la comptabilisation de la valeur nominale, l'investisseur bénéficie de plus d'un placement stable, sans fluctuation de valeur, même avec des taux d'intérêts changeants, ce qui en augmente l'attractivité auprès des assurés de caisses de pension comme ALSA.

Constitution d'un portefeuille en quelques mois

Il manque la force de vente ainsi que l'expertise en crédit et en traitement aux investisseurs institutionnels pour pouvoir entrer sur le marché de masse hypothécaire, c'est notamment le cas d'ALSA.

ALSA a décidé de faire appel à un partenaire qui prend en charge les processus de constitution et de gestion. La vérification de la solvabilité est aussi un facteur important dans cette décision. L'offre B2B de MoneyPark est convaincante car sa force de vente conclut plus de 3,4 milliards de francs de volume hypothécaire chaque année. Cela permet une augmentation rapide du volume à l'échelle nationale.

Un traitement central efficace avec des frais administratifs faibles

La gestion efficace d'hypothèques est seulement possible par un logiciel spécialisé. Elle demande un haut niveau de personnalisation afin de concrétiser de manière rapide et rentable les paramètres de financement de l'investisseur, comme les volumes, les

régions, les débiteurs ou le type d'objet. Les exigences d'ALSA concernaient autant la diversification géographique que les échéances courtes, si souhaité. Les sûretés, le traitement des versements, la gestion du portefeuille, le recouvrement des intérêts, la facturation, etc. sont traités par le groupe MoneyPark.

Un aperçu constant grâce à un rapport détaillé

Un rapport régulier et automatique donne à l'investisseur une vision de la structure de son portefeuille. Celui-ci affiche autant la répartition géographique que les segments clients, le type de produit, la durée et la structure des échéances.

Hypothèque avec MoneyPark – Votre solution simple et complète



En un an, la caisse de pension ALSA a constitué un portefeuille hypothécaire de plus de 200 millions de francs avec MoneyPark. Désirez-vous également profiter de notre soutien pour investir dans la classe d'actifs des hypothèques ?

Pour toute demande, nous sommes à votre entière disposition.

MoneyPark AG

Vincent Allaz
T +41 (0)21 348 10 76
vincent.allaz@moneypark.ch
www.moneypark.ch



Pandémie du coronavirus

Les enseignements à en tirer pour les assureurs-vie

La pandémie bouleverse les taux de mortalité historiques et rend les projections futures difficiles. Dans une étude publiée récemment,¹ le Swiss Re Institute constate que les assureurs-vie, en particulier, sont affectés par les facteurs de mortalité ainsi que par les conséquences sanitaires à plus long terme, encore peu connues.

EN BREF

Afin de pouvoir évaluer les risques liés aux maladies à coronavirus de manière plus précise et plus détaillée à l'avenir, les processus de souscription devront être adaptés.

Les études publiées à ce jour montrent que les hommes sont plus susceptibles de mourir d'une infection à coronavirus que les femmes. En outre, il existe des corrélations claires entre l'âge et le taux de mortalité. Selon Swiss Re Institute, les personnes en surpoids, issues de milieux défavorisés et souffrant d'un certain nombre de pathologies préexistantes ont également un risque plus élevé de tomber gravement malade à cause du coronavirus ou d'en mourir.

Propagation dans les établissements médico-sociaux

L'étude du Swiss Re Institute, comme d'autres, identifie la propagation du virus dans les maisons de retraite comme l'une des principales raisons des taux de mortalité élevés. Rien qu'aux États-Unis, 30 à 40 % des décès sont survenus dans des maisons de retraite. Un schéma similaire a été observé dans d'autres pays occidentaux, avec toutefois de grandes variations de la mortalité en maison de retraite imputable au coronavirus.

En Suisse, environ 49 % des personnes décédées des suites d'une infection à coronavirus sont mortes dans un établissement de soins. Cependant, il est impossible de dire combien de personnes décédées à l'hôpital avaient auparavant vécu dans une maison de retraite. Par conséquent, le nombre total des per-

sonnes qui résidaient dans un EMS et qui sont décédées de causes liées au coronavirus est inconnu. Selon l'Office fédéral de la santé publique, les personnes décédées dans les maisons de retraite et de soins (2686 décès) ont été plus nombreuses que celles décédées dans les hôpitaux (2138) lors de la deuxième vague.

Les mesures de protection efficaces ont souvent été introduites trop tard dans les maisons de retraite. Selon le Swiss Re Institute, le coronavirus a raccourci la vie de nombreux résidents de maisons de retraite de quelques mois à plusieurs années.

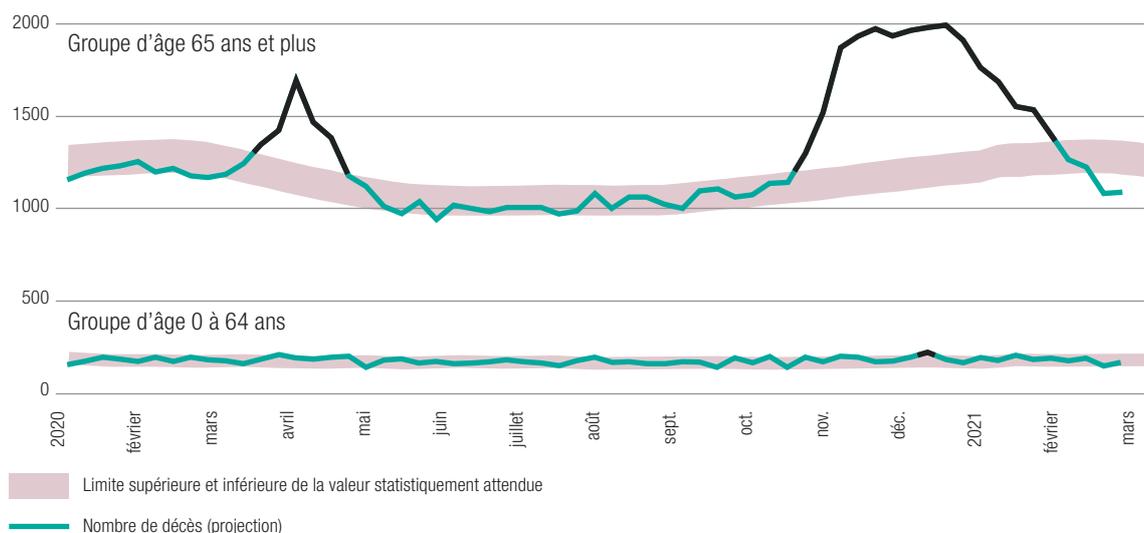
Surmortalité importante

Le Swiss Re Institute fonde ses affirmations concernant la surmortalité sur une étude d'EuroMOMO (European Mortality Monitoring), qui compare la surmortalité au cours des cinq dernières années (juin 2015 jusqu'au 12 juin 2020) dans les pays européens. Selon cette étude, le coronavirus a provoqué une surmortalité importante.

Le nombre de décès est supérieur à celui qui peut être attribué au coronavirus. En voici quelques explications possibles: des décès survenus dans les EMS ou d'autres lieux étaient liés au coronavirus mais n'ont pas été comptabilisés comme décès causés par le virus. Il y a également eu des décès prématurés parce que les traitements d'autres maladies, comme le cancer, ont été interrompus à cause de la pandémie.

¹ Swiss Re Institute: Unravelling the true death toll of COVID-19 of Priya Dwarakanath and Hengchang Pan, 2020.

Décès hebdomadaires, 2020 à 2021



Le nombre de décès est extrapolé pour la période en cours sur la base des cas déclarés jusqu'à la veille, en tenant compte du délai de déclaration. Les données des deux dernières semaines sont partiellement incomplètes, des rapports supplémentaires sont attendus. Source: OFS, état de la base de données: 9 février 2021.

Selon l'Office fédéral de la statistique, un regard sur la Suisse montre qu'à la mi-avril 2020, il y a eu plus de 400 décès supplémentaires en une semaine par rapport à la mortalité normale. Seul le groupe d'âge des plus de 65 ans était affecté. Le coronavirus n'a pas eu d'effet statistiquement significatif sur la mortalité des personnes plus jeunes.

À partir de la mi-octobre, quand la deuxième vague a commencé, la mortalité des plus de 65 ans a de nouveau dépassé la moyenne à long terme. La mortalité parmi les groupes d'âge plus jeunes se situait dans la fourchette normale.

Influence sur la tarification

Bien que la pandémie ne soit pas encore vaincue et qu'il faudra un certain temps avant que ses conséquences ne soient complètement claires, on peut déjà en tirer des enseignements importants pour les assureurs-vie. Les effets à plus long terme de la maladie infectieuse sont particulièrement intéressants, car ils affectent les polices d'assurance actuelles et influenceront la tarification médicale à l'avenir. Des changements dans les méthodes visant à améliorer la qualité de la souscription ainsi que la réévaluation des risques se font déjà sentir.

Âge

Comme l'âge joue un rôle important par rapport aux décès dus au corona-

virus, les taux de mortalité peuvent varier fortement dans un portefeuille d'assurés selon la structure d'âge des individus qui le composent. Le Swiss Re Institute observe également certains indices d'une augmentation significative du pourcentage de mortalité chez les jeunes, en particulier chez les personnes qui souffraient de maladies préexistantes.

Genre

Les hommes atteints d'une infection à coronavirus ont un taux de mortalité plus élevé que les femmes. Les portefeuilles dont la proportion d'hommes est nettement plus élevée sont susceptibles d'être plus affectés que ceux présentant une répartition plus équilibrée entre les genres.

Déterminants de la santé

Les personnes qui souhaitent souscrire une assurance-vie doivent généralement se soumettre à un examen de santé. L'expérience montre que ce groupe est en meilleure santé que la population générale. Étant donné que les conditions préexistantes sont un facteur important dans les décès liés au virus, les taux de mortalité liés au coronavirus dans les portefeuilles d'assurance devraient être plus faibles que dans la population générale. Néanmoins, les taux de mortalité de la population assurée attribuables à la pandémie seront également plus élevés que la moyenne précédente. Afin de pou-

voir évaluer les risques inhérents aux maladies liées au coronavirus de manière plus précise et plus détaillée à l'avenir, les processus de souscription devront être adaptés.

Ville et campagne

Selon le Swiss Re Institute, lorsqu'on compare par zones géographiques les taux de mortalité ajustés en fonction de l'âge imputables aux maladies à coronavirus, de nombreux éléments suggèrent que les grandes zones métropolitaines – en particulier les plaques tournantes internationales – présentent des taux de mortalité beaucoup plus élevés que les zones non-métropolitaines.

Effets à long terme

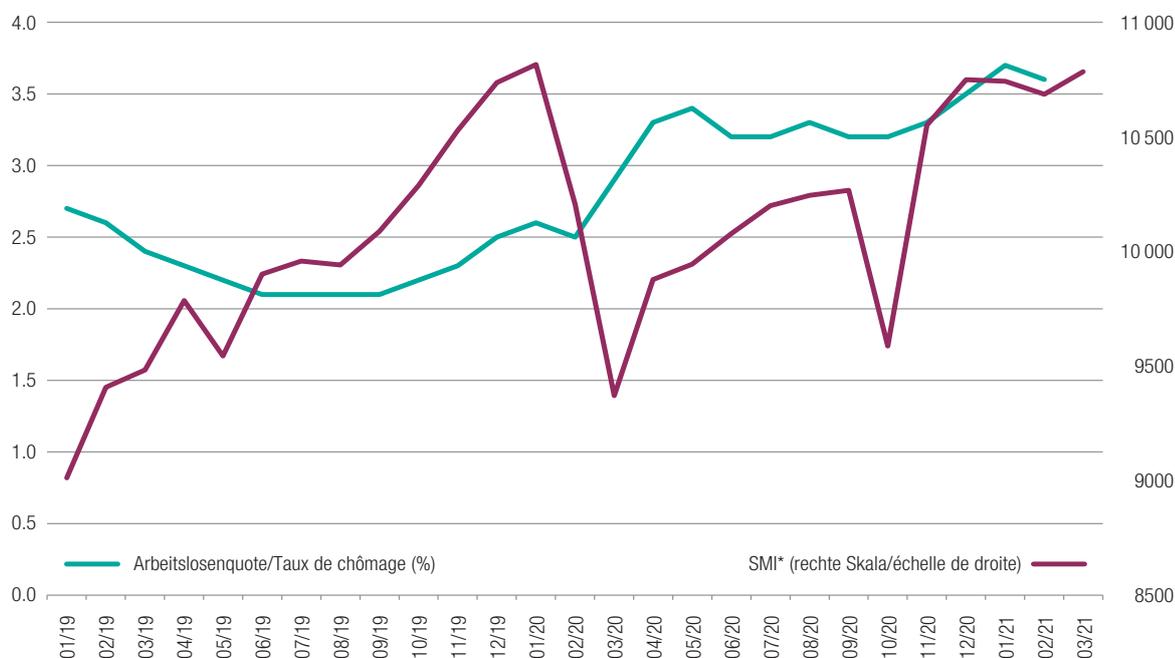
Même si nous acquérons chaque jour de nouvelles connaissances sur le processus d'infection, la recherche sur les effets à long terme du coronavirus ne fait que commencer. Il manque encore, pour l'heure, des données pertinentes sur les dommages significatifs aux organes ou concernant l'impact sur les maladies mentales. En tant qu'assureur-vie, nous pouvons déjà intégrer les premiers enseignements dans notre souscription. Les indications concluantes concernant les effets à long terme sur notre activité font encore défaut. |

Patricia Mattle

Grafik des Monats / Graphique du mois

Arbeitslosigkeit belastet Sozialwerke Le chômage pèse sur les systèmes de sécurité sociale

Entwicklung von Arbeitslosenquote und SMI 2019–2021 / Evolution du taux de chômage et du SMI de 2019 à 2021



* Höchststand am letzten Handelstag des Monats / Pic du dernier jour de négociation du mois
Quellen/Source: Seco, SIX; eigene Darstellung/représentation personnelle

gg. Die Corona-Pandemie hat sowohl auf dem Aktienmarkt als auch bei der Arbeitslosenquote deutliche Spuren hinterlassen. Die erste und die zweite Welle haben zu deutlichen Einbrüchen beim SMI geführt, wobei sich die Märkte jeweils rasch wieder erholen konnten. Das zeigt sich auch bei den Renditen der Pensionskassen, die das Jahr 2020 mit einer positiven Performance abschliessen konnten.

Längerfristige Auswirkungen dürfte die Pandemie auf die Arbeitslosenquote haben, die von 2.1 % im Sommer 2019 auf 3.7 % im Januar 2021 gestiegen ist. Selbst wenn nach Beendigung des Teil-Lockdowns auch hier wieder mit einer Erholung gerechnet werden darf, werden die Folgen noch länger zu spüren sein. Es müssen wieder neue Stellen geschaffen werden und die Arbeitslosen eine Anstellung fin-

den. Dank der Arbeitslosenversicherung ist das Einkommen zwar teilweise gesichert, aber die tieferen Einkommen schlagen sich in den Beiträgen an AHV und BVG nieder und führen letztlich zu tieferen Renten. |

gg. La pandémie de coronavirus a laissé de profondes traces tant sur le marché des actions que sur le taux de chômage. Les première et deuxième vague ont entraîné des baisses importantes du SMI, mais les marchés se sont rétablis rapidement dans chaque cas. Cela se reflète également dans les rendements des caisses de pensions qui ont clôturé l'année 2020 avec une performance positive.

A plus long terme, la pandémie va certainement avoir un impact sur le taux de chômage qui est passé de 2.1 % à l'été 2019 à 3.7 % en janvier 2021. Même si on peut également s'attendre à une reprise sur le marché du travail une fois le confinement partiel terminé, les conséquences se feront sentir pendant un certain temps. De nouveaux emplois devront être créés et les chômeurs devront retrouver un em-

ploi. Grâce à l'assurance chômage, le revenu est partiellement assuré, mais la baisse des revenus se répercute sur les cotisations à l'AVS et à la LPP et conduit finalement à une baisse des rentes. |

7.2 Milliarden – oder doch nicht?

In der Diskussion zur BVG-Reform werden die Zahlen der Oberaufsichtskommission (OAK) zur Umverteilung als Tatsache ins Feld geführt. Dabei handelt es sich um eine Schätzung, die sich hinterfragen lässt.

Wie viel Geld fliesst jährlich von den Aktiven zu den Rentnern? Der Fall scheint klar: Allein im letzten Berichtsjahr (2019) 7.2 Mrd. Franken, so teilt es immerhin die oberste Aufsichtsbehörde über die 2. Säule mit. Die Zahl der OAK basiert jedoch auf einem Modell und stellt eine Schätzung dar, die sich auch kritisch hinterfragen lässt.

Die folgenden Ausführungen stützen sich auf eine Analyse des Pensionsversicherungsexperten Jürg Jost, ergänzend werden eine VZ-Studie sowie der Complementa Risiko-Check-Up beigezogen.¹ Die Stellungnahme der OAK lesen Sie in einem Kasten am Ende des Artikels. Konkret beleuchten wir zwei Punkte: die Zahl der aktiven Versicherten und Rentner sowie die Art und Weise, wie Rückstellungen einfließen. Wird in diesen beiden Punkten ein anderer Ansatz gewählt, fällt die Zahl deutlich tiefer aus (zweite Kolonne in der Tabelle).

Die Überlegungen zu den OAK-Zahlen lassen sich auch auf eine andere Studie zur Umverteilung anwenden: Das VZ kam in einer im März 2020 publizierten Studie zu ähnlichen Resultaten wie die OAK.² Die Autoren stützen sich dabei zu einem guten Teil auf dieselben Zahlen wie die OAK, insbesondere gehen sie vom gleichen Verhältnis Aktive/Rentner aus und berücksichtigen die Bildung der Reserven ebenfalls nicht.

Wer wird überhaupt berücksichtigt?

Eine entscheidende Grösse für jede Umverteilungsschätzung ist das Verhält-

nis der Vorsorgekapitalien von Aktien und Rentnern. Während dieses für die autonome Pensionskassenwelt ausgewiesen wird, fehlen die Zahlen zu den Rentnern der Lebensversicherer. Die OAK berücksichtigt daher nur die Aktivversicherten der Versicherer. Dies führt offensichtlich zu einer Verzerrung zugunsten der Aktiven.

In der korrigierten Schätzung werden konsequenterweise auch die Aktiven der Versicherer nicht berücksichtigt. Damit fällt das berücksichtigte Kapital geringer aus, vor allem aber verschiebt sich das Verhältnis von Aktiven zu Rentnern von 59.4 zu 40.6 auf 55.8 zu 44.2. In der proportionalen Aufteilung der Erträge werden die Rentner (entsprechend ihrem Vorsorgekapital) stärker berücksichtigt, die Umverteilung verringert sich.³

Rückstellungen für die Senkung des technischen Zinssatzes

Die OAK erfasst für ihre Umverteilungsschätzung die Rückstellungen im Moment ihrer Verwendung. Ihre Äufnung fliesst nicht in die Zahlen ein (wie auch beim VZ nicht).

Für die Senkung des technischen Zinssatzes werden seitens der Pensionskassen technische Rückstellungen gebildet. Diese werden in aller Regel aus den Kapitalerträgen des Vorsorgevermögens der Pensionskasse gebildet – also auch aus denjenigen der Rentnervermögen.

Eine genaue Analyse ist schwer vorzunehmen, insbesondere ohne genauen

Einblick in die Daten. Doch der Betrag kann als zu bedeutend erachtet werden, um ihn einfach zu vernachlässigen. In der Tabelle der korrigierten Schätzung wurden dafür als Annäherung 3 Mrd. Franken eingesetzt, um die sich die Kosten für die Senkung des technischen Zinsses verringern.⁴

Mit der Umsetzung dieser beiden Schritte verringert sich die ausgewiesene Umverteilung für das Jahr 2019 von Aktiven zu Rentnern von 7.2 auf 5.1 Mrd. Franken.

Zwischen Schätzungen und Fakten unterscheiden

Wozu die Zahlenschieberei, mag man sich fragen? Wie einleitend gesagt, werden die von der OAK kommunizierten 7.2 Mrd. Franken in der laufenden Debatte oft als Fakt ins Feld geführt. Das sind sie jedoch nicht. Zumindest in Fachkreisen sollte eine differenzierte Debatte möglich sein, und dafür ist eine klare Unterscheidung zwischen Fakten und Schätzungen zwingend. Die Umverteilung löst sich durch die obigen Schritte nicht in Luft auf und entsprechend bleibt auch der Handlungsbedarf unbestritten. Aber das Bild der Rentner, die es sich auf Kosten der Jungen gut

¹ Texte und Tabelle stützen sich auf die Zahlen von 2019, analog liessen sich aber auch frühere Zahlen wie auch die kommende Schätzung für 2020 analysieren.

² Umverteilung in der beruflichen Vorsorge. VZ-Studie 2020.

³ Was die Versicherten der (teil-)autonomen Pensionskassen angeht, dürften diese 55 % immer noch vorsichtig geschätzt sein. So zeigt der Risiko-Check-Up der Complementa, dass der Anteil der aktiven Versicherten am gesamten Vorsorgevermögen von 2002 bis 2019 durchgehend bei rund 50 % liegt (Abbildung 6.1, Risiko-Check-Up 2020).

⁴ Einen Anhaltspunkt dazu gibt der Risiko-Check-Up 2020: Dort geben die Kassen an, 2019 26 % der gesamten Jahresperformance (die bei gut 10 % lag) für die «Anpassung Parameter» genutzt zu haben (Sonderthema, Seite 82), wobei der technische Zins eine zentrale Rolle spielen dürfte. Wendet man diese Annäherung auf die OAK-Zahlen an, kommt man auf rund 25 Mrd. Franken, die unter anderem zur Äufnung der entsprechenden Rückstellung verwendet wurde. Die Rentner trugen dazu entsprechend ihrem Vermögensanteil bei.

gehen lassen, wird doch etwas relativiert.

Für das Jahr 2019 liesse sich die Umverteilung durchaus auch grundsätzlich hinterfragen: Unterstellt man für das Vorsorgekapital Rentner (376 Mrd.) die durchschnittliche Rendite von 10.4 Prozent, so ergibt sich ein Ertrag von 39.1 Mrd. Franken. Folgt man der OAK-Logik, wurden davon nur 21.3 Mrd. den Rentnern zugewiesen (9.6 Mrd. Verzinsung, 9.6 Mrd. technische Rückstellungen sowie 2.1 Mrd. Pensionierungsverluste). Eine Umverteilung hin zu den Rentnern ist in diesen Zahlen nicht erkennbar – vielmehr trugen die Rentner (wie auch die Aktiven) 2019 zum Aufbau von Rückstellungen und Wertschwankungsreserven bei.

Die Zahlen zur Umverteilung müssen im Übrigen nicht nur rückblickend kritisch hinterfragt werden. Im Jahr 2020 sind coronabedingt leider mehr Todesfälle eingetreten als angenommen, was sich versicherungstechnisch in «Mutationsgewinnen» niederschlägt. Wie wirken sich diese auf die Zahlen zur Umverteilung aus?

Die Zahlen zu 2021 liegen zwar noch ein gutes Jahr in der Zukunft. Doch darf man gespannt sein, wie dem Umstand Rechnung getragen wird, dass die Langlebigkeit in den Generationentafeln bzw. den Reservierungen bei Periodentafeln nach neuesten Erkenntnissen eher überschätzt wurde. **I**

Kaspar Hohler

Schätzung Umverteilung 2019 in der beruflichen Vorsorge – Vergleich

(in Mrd. CHF)

	Schätzung OAK BV	Korrekturen an Schätzung OAK BV
Effektive Zuweisungen:		
Verzinsung Aktive	13.5	
Verzinsung Aktive ohne Vollversicherung		11.6
Total Aktive	13.5	11.6
Verzinsung Rentner zzgl. Langlebigkeit	9.6	9.6
Senkung technischer Zinssatz	9.6	9.6
Fehlende Berücksichtigung techn. Rückstellungen		-3.0
Pensionierungsverluste	2.1	2.1
Total Rentner	21.3	18.3
Total Aktive und Rentner	34.8	29.9
Proportionale Verteilung:		
VK Aktive	551.1	475.4
VK Rentner	376.1	376.1
Total Vorsorgekapital	927.2	851.5
Anteil VK Aktive in %	59.44	55.83
Anteil VK Rentner in %	40.56	44.17
Proportional Aktive	20.7	16.7
Proportional Rentner	14.1	13.2
Umverteilung:		
Umverteilung (Abgabe Aktive)	-7.2	-5.1
Umverteilung (Zuweisung Rentner)	7.2	5.1
Umverteilung in % Vorsorgekapital (Total)	0.77	0.60

Quelle: OAK BV/Berechnungen Jost

Stellungnahme OAK BV

Die OAK BV begrüsst die Diskussion zur Umverteilung und deren Rechnungsgrundlagen. Sie weist ihre Zahlen zur Umverteilung klar als jährliche Schätzungen aus, die auf möglichst zutreffenden Annahmen basieren. Die Stetigkeit der Annahmen ist wichtig, damit die Zahlen über die Jahre vergleichbar bleiben. Die Nichtberücksichtigung der Aktivversicherten von Vollversicherungen würde die prozentuale Schätzung der Umverteilung netto nicht verändern, jedoch eine Methodenänderung bedeuten und dem Grundsatz der

Stetigkeit widersprechen. Für die Zuordnung der Bildung und Auflösung von Rückstellungen existieren keine Daten, die eine belastbare und damit für die OAK BV vertretbare Schätzung zulassen würden. Rückstellungen können zudem wieder aufgelöst werden, solange sie nicht dem Kapital der Rentner oder der Aktiven gutgeschrieben sind. Bei der Schätzung wird deshalb Kapital zugunsten von Aktiven oder Rentnern erst berücksichtigt, wenn es dem Vorsorgekapital effektiv zugeordnet worden ist.

7.2 milliards – ou quand même pas?

Dans la discussion sur la réforme de la LPP, les chiffres fournis par la Commission de haute surveillance (CHS) au sujet de la redistribution sont présentés comme un fait acquis.

Or en réalité, il s'agit d'une estimation sujette à caution.

Combien d'argent passe chaque année des actifs aux retraités? La réponse semble claire: pour la seule dernière année de référence (2019), l'autorité suprême de surveillance du 2^e pilier fait état de 7.2 milliards de francs. Cependant, le chiffre de la CHS est le fruit d'une modélisation, et représente donc une estimation qui peut soulever des questions critiques.

Les explications qui suivent s'appuient sur une analyse de l'expert en assurances de pension Jürg Jost, complétée d'éléments tirés d'une étude VZ et de l'étude Risk-Check-Up de Complementary.¹ La CHS expose sa position dans l'encadré que vous pouvez lire à la fin de l'article. Deux points nous intéressent tout particulièrement: le nombre d'assurés actifs et de retraités, et la manière dont il est tenu compte des provisions. Si l'on adopte une approche différente pour ces deux points, le chiffre obtenu est nettement inférieur à celui de la CHS (deuxième colonne du tableau, dans l'article allemand, page 21).

Les réflexions concernant les chiffres de la CHS peuvent également s'appliquer à une autre étude sur la redistribution qui a été publiée par VZ en mars 2020 et qui aboutit à des résultats similaires à ceux de la CHS.² Les auteurs s'appuient en grande partie sur les mêmes chiffres que la CHS, ils supposent notamment le même rapport entre les actifs et les retraités et ne tiennent pas compte non plus de la constitution des réserves.

Qui est pris en considération?

Une variable décisive pour toute estimation de la redistribution est le rapport entre le capital de prévoyance des actifs et celui des retraités. Dans l'univers des caisses de pensions autonomes, ces chiffres sont divulgués, pour les retraités des assureurs-vie ils font défaut. La CHS ne prend donc en compte que les assurés actifs des assureurs. Il en résulte évidemment un biais en faveur des actifs.

Dans l'estimation corrigée, les actifs des assureurs ne sont donc logiquement pas non plus pris en compte. En conséquence, le capital inclus dans les calculs est plus faible, mais surtout, le rapport entre actifs et retraités n'est plus de 59.4 à 40.6, mais de 55.8 à 44.2. Dans la répartition proportionnelle des revenus, les retraités sont pris en compte davantage (en fonction de leur capital de prévoyance), et la redistribution diminue.³

Provisions pour la réduction du taux d'intérêt technique

Pour son estimation de la redistribution, la CHS saisit les provisions au moment où elles sont utilisées. Leur accumulation n'est pas intégrée dans les chiffres (ce qui est également le cas pour VZ).

Les caisses de pensions ont constitué des provisions techniques pour couvrir la baisse du taux d'intérêt technique. En règle générale, ces provisions sont formées à partir des revenus du placement de la fortune de prévoyance de l'institution de

prévoyance – c'est-à-dire également à partir de ceux de la fortune des retraités.

Il est difficile de procéder à une analyse précise, surtout sans un examen approfondi des données. Mais le montant paraît trop important pour simplement l'ignorer. Dans le tableau de l'estimation corrigée, 3 milliards de francs suisses ont été supposés à titre d'approximation dont se réduit ainsi le coût de la baisse du taux d'intérêt technique.⁴

Une fois ces deux éléments inclus, la redistribution calculée pour 2019 des actifs vers les retraités diminue de 7.2 milliards à 5.1 milliards de francs.

Faire la différence entre les estimations et les faits

Pourquoi ce compte d'apothicaire, me direz-vous? Comme mentionné dans l'introduction, les 7.2 milliards de francs avancés par la CHS sont souvent cités comme un fait établi dans le débat actuel. Or, ce n'est pas le cas. Au moins dans les milieux spécialisés, un débat différencié devrait être possible, et à cet effet une distinction claire entre faits et estimations est impérative. La redistribution ne disparaît pas comme par enchantement à la suite des inclusions susmentionnées, et la nécessité d'agir

¹ Le texte et le tableau sont basés sur les chiffres de 2019, mais les chiffres des années précédentes et l'estimation pour 2020 pourraient également être analysés de la même manière.

² La redistribution dans la prévoyance professionnelle. Étude VZ 2020.

³ En ce qui concerne les assurés des caisses (partiellement) autonomes, ce chiffre de 55% est probablement encore une estimation prudente. L'étude Risk-Check-Up de Complementary montre que la part des assurés actifs dans la fortune de prévoyance totale s'est maintenue à environ 50% de 2002 à 2019 (figure 6.1, Risk-Check-Up 2020).

⁴ Le Risk-Check-Up 2020 en donne une indication: les caisses y indiquent qu'en 2019, elles ont utilisé 26% de la performance annuelle totale (de quelque 10%) pour «l'ajustement des paramètres» (thème spécial, page 82), le taux d'intérêt technique jouant sans doute un rôle central. Si l'on applique cette approximation aux chiffres de la CHS, on arrive à environ 25 milliards de francs, qui ont été utilisés entre autres pour alimenter les provisions correspondantes. Les retraités y ont contribué en proportion de leur part d'actifs.

RÉFORME LPP

reste donc incontestée. Mais l'image des retraités vivant un troisième âge doré au détriment des jeunes est quelque peu relativisée.

Pour 2019, la redistribution pourrait même être fondamentalement remise en question: en supposant un rendement moyen de 10.4 % pour le capital de prévoyance des retraités (376 milliards), il en résulte un revenu de 39.1 milliards de francs. Si l'on suit la logique de la CHS, seuls 21.3 milliards ont été attribués aux retraités (9.6 milliards d'intérêts, 9.6 milliards de provisions techniques et 2.1 milliards de pertes de conversion). Au vu de ces chiffres, il ne peut être question d'une redistribution vers les retraités – au contraire, les retraités (de même que les actifs) ont contribué à la constitution des provisions et des réserves de fluctuation en 2019.

Au demeurant, les chiffres de la redistribution ne doivent pas seulement être remis en question rétrospectivement.

En 2020, malheureusement, le nombre de décès a été plus élevé que prévu en raison de la pandémie du coronavirus, ce qui se traduit en termes actuariels par des «gains de mutation». Comment cela affecte-t-il les chiffres de la redistribution?

Il faudra encore attendre une bonne année avant de disposer des chiffres

pour 2021. Il sera toutefois intéressant de voir comment il y est tenu compte du fait que, selon les enseignements les plus récents, la longévité a été surestimée dans les tables de génération, ou dans la constitution de réserves en cas de tables périodiques. |

Kaspar Hohler

Position de la CHS PP

La CHS PP salue la discussion sur la redistribution et ses bases de calcul. Elle présente clairement ses chiffres de redistribution comme des estimations annuelles basées sur des hypothèses aussi précises que possible. La cohérence des hypothèses est importante pour que les chiffres restent comparables au fil des ans. Ne pas inclure les assurés actifs des assurances complètes ne changerait pas l'estimation du pourcentage net de redistribution, mais représenterait un changement de méthodologie et serait en contradiction

avec le principe de cohérence. Il n'existe pas de données pour l'attribution de la création et de la dissolution de provisions qui permettraient une estimation fiable et justifiable pour la CHS PP. En outre, les provisions peuvent être dissoutes tant qu'elles ne sont pas créditées au capital des retraités ou des actifs. Dans l'estimation, le capital en faveur des salariés actifs ou des retraités n'est donc pris en compte qu'une fois qu'il a été effectivement affecté au capital de prévoyance.

WERBUNG

PUBLICITÉ

T. Rowe Price
INVEST WITH CONFIDENCE



ACTIONS AMÉRICAINES



Couvrez
l'ensemble
du territoire
américain



Couvrez
l'ensemble des
opportunités du
marché actions
américaines

Un symbole de fiabilité sur le long terme

Découvrez notre gamme de fonds actions américaines sur [us-equities.com](https://www.us-equities.com)

Il existe un risque de perte en capital. Réservé aux seuls investisseurs qualifiés. Pas de distribution ultérieure.

Informations importantes. Ce document est fourni à des fins d'information et/ou de marketing uniquement et ne constitue pas une recommandation d'investissement. Il est recommandé aux investisseurs potentiels de demander un avis juridique, financier et fiscal indépendant avant de prendre une décision d'investissement. **Les performances passées ne constituent pas un indicateur fiable des performances futures.** Publié en Suisse par T. Rowe Price (Switzerland) GmbH, Talstrasse 65, 6e étage, 8001 Zurich, Suisse. © 2021 T. Rowe Price. Tous droits réservés. T. Rowe Price, INVEST WITH CONFIDENCE et l'image du mouflon d'Amérique sont, collectivement et/ou séparément, des marques commerciales ou des marques déposées de T. Rowe Price Group, Inc. ID:1574718

Fachbeitrag der Previs Vorsorge

Eigenständige Pensionskasse wechselt zur Previs Vorsorge

Die Pensionskasse der Einwohnergemeinde Muri bei Bern hat auf Jahresbeginn zur Previs Vorsorge gewechselt. Steigende Komplexität und Regulationsdichte sowie wachsender Aufwand bei der Führung der selbstständigen Pensionskasse waren die Hauptgründe. Die Previs bietet vielseitige Anschlussmöglichkeiten für öffentlich-rechtliche oder private Arbeitgeber.



Stefan Ernst
Leiter Kunden & Kommunikation,
Stv. Geschäftsführer
Previs Vorsorge

«Seit längerem sah sich unsere eigenständige Pensionskasse mit ähnlichen Herausforderungen konfrontiert wie andere selbstständige Vorsorgeeinrichtungen auch», sagt Thomas Hanke, Gemeindepräsident von Muri bei Bern und vormaliger Präsident der PK Muri: Zunehmend strengere regulatorische Anforderungen, steigende Komplexität und wachsender Aufwand sowie der Kampf gegen die Unterdeckung hätten es immer schwieriger gemacht, selber ein Vorsorgewerk zu betreiben. «Wir wollen als Pensionskasse fit werden und offen sein für die Zukunft», habe deshalb das Credo der PK Muri gelautet, erklärt Hanke. Als die Kasse per 2019 nach einigen Jahren wieder aus der Unterdeckung herausfand, startete der Stiftungsrat konkrete Abklärungen für eine neue Vorsorgelösung und zog dafür einen Versicherungsbroker bei.

Nutzwertanalyse: Previs schwingt obenaus

Die PK Muri – mit 330 Versicherten, 100 Rentnern und einem Vorsorgekapital von

rund 75 Mio. Franken – konnte schliesslich die Offerten von sechs verschiedenen Vorsorgeanbietern beurteilen. «Wir haben eine Nutzwertanalyse vorgenommen und beispielsweise die Nachhaltigkeit, die Kosten und den Verwaltungsprozess beurteilt», sagt Thomas Hanke. Bei dieser Bewertung habe die Previs klar am besten abgeschnitten. Die vormals bei der PK Muri versicherten Arbeitgeber – Gemeindeverwaltung und -betriebe sowie das Alterszentrum Alenia – schlossen sich bei der Previs dem Vorsorgewerk Service Public an. In diesem gilt eine hohe Solidarität unter den Arbeitgebern sowie zwischen den Versicherten und den Rentnern. «Wir haben uns bewusst dafür entschieden, die Selbstständigkeit aufzugeben», erklärt Hanke. «Es wäre zwar möglich gewesen, ein eigenes Vorsorgewerk zu bilden. Dies hätte jedoch weiterhin eine hohe Eigenständigkeit punkto Versichertenbestand bedeutet sowie eine erneute Suche geeigneter Verantwortungsträger mit sich gebracht.» Darin sah die frühere PK Muri für sich keinen Mehrwert. Thomas Hanke betont: «Im Vorsorgewerk Service Public sind wir in bester Gesellschaft mit anderen Gemeinden und öffentlich-rechtlichen Institutionen.»

Die Previs hat Erfahrung mit der Aufnahme von Pensionskassen

«Wir freuen uns sehr über diesen weiteren Zuwachs», sagt Stefan Ernst, Leiter Kunden & Kommunikation. «Als offene Sammelstiftung konnten wir in der Vergangenheit bereits einige Pensionskassen bei uns aufnehmen. Zudem haben wir 2017 erfolgreich mit der Vorsorgestiftung Comunitas fusioniert.» Die Previs verfügt über viel Erfahrung und Kompetenz sowie über die geeigneten Strukturen, um Wechsel wie denjenigen der PK Muri erfolgreich abzuwickeln. «Unsere Pensionskasse ist im öffentlichen Sektor stark verankert», erklärt Ernst, «zugleich eignen sich unsere vielseitigen Anschlusslösungen auch für Kunden aus dem privaten Sektor.»

Druck auf Pensionskassen steigt weiter

Nebst aufsichtsrechtlichen Anforderungen, Komplexität und Aufwand nennt Stefan Ernst weitere Faktoren, die den Druck gerade auf kleinere und mittlere Pensionskassen künftig noch erhöhen dürften. Zum Beispiel erwarten die Versicherten heute eine digitalisierte und moderne Vorsorge sowie geringe Verwaltungskosten. Gerade die Digitalisierung setzt jedoch hohe Investitionen voraus.

Verschiedenartige Vorsorgewerke für unterschiedliche Bedürfnisse

	Vorsorgewerke Service Public und Comunitas	Arbeitgeber Vorsorgewerke	Verbund Vorsorgewerke
Charakter	Mit anderen Anschlüssen solidarisch in einem Verbund	eigenständig	Mit anderen Anschlüssen solidarisch in einem Verbund
Branche	Gemeinden, gemeindenaher Betriebe, Institutionen des Gesundheitswesens, der Bildung und Kultur, der Ver- und Entsorgung usw.	branchenoffen	
Vorsorgeplan	Über 30 modulare Spar- und Risikolösungen	frei wählbar	
Anlagen	Anlagestrategie mit 30% Aktienanteil	Anlagestrategie wählbar	
Rentner	Integriert in den Vorsorgewerken	gepoolt im Vorsorgewerk Rentner	
Mehr Informationen auf: www.previs.ch/vorsorgewerke-plaene			

«Wir wurden sehr gut begleitet.»



Reto Rutschi
Leiter Abteilung
Finanzen/Steuern
Gemeinde
Muri b. Bern

Gab es Knacknüsse beim Wechsel der Versicherten, Rentner und Vermögensanlagen der PK Muri zur Previs?

Der Übergang verlief reibungslos. Wir konnten beispielsweise die Sparpläne der Versicherten unverändert transferieren. Eine gewisse Knacknuss war die Frage, wie wir die Besitzstandsgarantie, welche ältere Versicherte im Zuge früherer Sanierungsmassnahmen bei der PK Muri erhalten hatten, weiterführen können. Aber mit der Previs haben wir auch dafür eine pragmatische Lösung gefunden.

Konnten alle Vermögensanlagen übertragen werden, oder mussten Sie gewisse Anlagen vorher abtossen?

Einige Fonds konnten wir direkt an die Previs übertragen, einen grösseren Teil unserer Anlagen haben wir vor dem Übertritt veräussert und als entsprechende Liquidität eingebracht. Über direkte Immobilien hatte die PK Muri nicht verfügt.

Wie wurden Sie in der Vorbereitungsphase des Transfers von der Previs begleitet?

Wir fühlten uns stets sehr gut begleitet und unterstützt. Bei konkreten Fragestellungen zeigten uns die Verantwortlichen der Previs jeweils wertvolle Lösungsvarianten auf. Für die Vorbereitung des eigentlichen Übertritts unterstützte uns unsere neue Pensionskasse mit hilfreichen Check- und To-do-Listen. Die Erfahrung der Previs mit der Integration von eigenständigen PKs kam uns sicher zugute.

Was ändert sich für die Versicherten und Rentner?

Kongruente Lösungen für die Versicherten und Rentner ohne Verschlechterung – so lautete das Ziel, als wir den Evaluationsprozess gestartet haben. Und mit der Previs haben wir dies erreicht. In gewissen Leistungsbereichen ergab sich sogar eine Besserstellung.

Wie wurden die Mitarbeitenden in die Entscheidungsfindung involviert?

Ihr Einbezug war uns sehr wichtig. Angesichts der Pandemiesituation war es jedoch nicht ganz einfach, da wir zum Beispiel keine Informationsveranstaltungen durchführen konnten.

Wir haben deshalb die relevanten Informationen in einem kurzen Film zusammengefasst und den Mitarbeitenden zugestellt. Sie hatten nebst der allgemeinen Fragemöglichkeit auch Gelegenheit zu einem persönlichen Gespräch mit dem PK-Experten. Die schriftliche Abstimmung unter den Versicherten über den Wechsel ergab schliesslich ein praktisch einstimmiges Ja.

Konnten Sie als ehemaliger Geschäftsführer der PK Muri «Ihr Baby» loslassen?

Ich habe ein lachendes und ein weinendes Auge. Ich habe die Aufgabe gerne ausgeführt, es war eine spannende Horizonsweiterung und ich habe sehr viel über die berufliche Vorsorge gelernt. Zugleich gibt es nun eine spürbare Entlastung. Die Führung einer Pensionskasse quasi im Nebenamt stösst aus meiner Sicht zunehmend an Grenzen. Die Anforderungen steigen, die Regulatorien werden immer komplexer, der Aufwand immer grösser.

Réformes des retraites

Les femmes forment les femmes

Conçue par le Groupe de travail retraite lancé par le collectif vaudois de la grève des femmes, une formation sur le système des trois piliers et les réformes en cours rencontre un franc succès.

Les collectifs de la grève des femmes ne se sont pas mis au chômage une fois les banderoles rangées. Celui du canton de Vaud a notamment créé un Groupe retraite qui a conçu une formation sur le système des trois piliers et les réformes en cours. Cette conférence a vocation à tourner auprès des collectifs des différents cantons romands. A l'invitation du collectif genevois, plus de cinquante participantes se sont ainsi retrouvées en visioconférence pour plus de deux heures de formation et de débat. Cette rencontre était ouverte aux hommes intéressés.

L'occasion de découvrir ou redécouvrir qu'en Suisse, le «gender gap» – la différence entre les rentes de vieillesse des femmes et celles des hommes – est particulièrement prononcé. Pour l'AVS, la statistique des rentes versées en Suisse en 2018 montre que la rente moyenne d'une femme est équivalente à celle d'un homme: 1862 francs par mois pour la première et 1832 francs pour le second. Mais il en va tout autrement dans le 2^e pilier: cette même année 2018, la rente mensuelle moyenne des femmes était de 1547 francs contre 2949 francs pour les hommes.

Pas de 2^e pilier pour 44% des nouvelles rentières AVS

Des moyennes qui reflètent mal la situation globale des femmes. En 2019, 318 542 d'entre elles seulement percevaient une rente du 2^e pilier, alors que 501 345 hommes complétaient ainsi leur rente AVS. Globalement, 44% des nouvelles rentières et 15% des nouveaux rentiers AVS de l'année 2018 n'ont pas reçu de prestations du 2^e pilier. Résultat: ce sont les femmes qui forment le gros du contingent des 160 000 personnes – quelque 10% des rentiers AVS –

contraintes de recourir aux prestations complémentaires.

Ceux qui prennent une retraite anticipée du 2^e pilier sont majoritairement ceux qui en ont les moyens. Un tableau mentionnant les nouvelles rentes moyennes mensuelles (caisses de pensions et institutions de libre passage) versées en 2018 par classe d'âge pour les hommes et les femmes permet de constater que la rente moyenne la plus élevée de 5056 francs a été perçue par des hommes de 60 ans, alors que la rente médiane pour les hommes de 65 ans était de 1802 francs. Chez les femmes, la rente moyenne la plus élevée était de 2697 francs à 60 ans, alors que la médiane à 64 ans atteignait à peine 1000 francs.

Faible salaire médian net au féminin

Les raisons expliquant ces différences de rentes de 2^e pilier sont bien connues: déduction de coordination, temps partiels, interruptions de carrière et salaires trop faibles. A y regarder de près, nombre de femmes perçoivent de fait des rémunérations faibles. En 2018, le salaire net médian mensuel – non converti en temps plein – était de 3957 francs pour une femme et de 5834 francs pour un homme, soit 32% de différence.

Et les temps partiels ne sont pas seuls en cause: en 2018 toujours, l'écart salarial mensuel inexplicable entre les hommes et les femmes était encore de 684 francs dans le secteur privé et de 602 francs dans le public. Par ailleurs, les femmes occupent près des deux tiers des postes avec un salaire brut à plein temps inférieur à 4359 francs. En outre, ce sont les femmes qui assurent la grande majorité des tâches ménagères et de soin. Or, si ce travail non rémunéré est pris en compte dans le calcul des rentes AVS avec le split-

ting et les bonifications pour tâches éducatives ou d'assistance, il est invisible dans le 2^e pilier.

Solide augmentation de la masse salariale

Menant campagne contre la réforme AVS 21, ces femmes se sont aussi penchées sur l'argument type de la baisse du nombre de cotisants pour un rentier dans l'AVS. La donnée pertinente reste toutefois, soulignent-elles, la masse salariale sur laquelle les cotisations AVS sont prélevées. Et cette masse salariale a fortement augmentée au fil des années. Au point que la part prise par l'AVS sur chaque franc de PIB généré en Suisse est restée très stable au fil des années: 5 centimes en 1975 et 6 centimes en 2013.

Enfin, contrairement à la dixième réforme de l'AVS qui avait offert des contreparties durables aux femmes pour l'augmentation de leur âge de retraite de 62 à 64 ans, «la réforme AVS 21 ne comporte que des mesures transitoires qui ne bénéficieront qu'aux femmes les plus proches de l'âge de la retraite.»

Et ces militantes d'argumenter: «Augmenter l'âge de la retraite revient à baisser les rentes». De manière très concrète pour celles qui n'étant plus en emploi à un an ou deux de l'âge terme subiront des baisses définitives si elles demandent une rente anticipée de l'AVS, mais aussi sur la durée pour toutes les autres puisque le montant total des rentes de vieillesse effectivement perçu sera inférieur à espérance de vie égale.

A écouter le débat qui a suivi cette formation, la colère des membres des collectifs de la grève des femmes ne semble pas prête de s'éteindre. Outre leur ferme opposition à la réforme AVS 21, elles entendent s'engager pour un futur «système de retraites féministe et durable.» Si une femme avertie en vaut deux, les débats à venir sur la réforme des retraites promettent d'être très nourris. |

Geneviève Brunet

Correspondante en Suisse romande

Aldo Ferrari, vice-président d'Unia

Un enterrement de 1^{re} classe

L'histoire se répète... quelle que soit l'époque, comme si les signaux donnés par les votations populaires étaient un miroir aux alouettes. Manifestement, rien n'y fait. Ni la situation sanitaire qui a démontré que la discipline du peuple s'étirole avec les mois qui passent, ni la nécessité de réformer un régime de prévoyance qui en a besoin du point de vue du financement comme de celui des objectifs sociétaux qu'il vise ou recherche.

Sourd à tout appel

La Chambre haute a démontré lors des premières discussions qu'elle était sourde à tout appel des femmes pour que la révision ne se fasse pas sur leur dos. Elle maintient un cap qui est voué à l'échec. Après avoir tergiversé sur toute mesure sérieuse et contraignante sur l'égalité salariale ou pour une vraie égalité dans les organes des sociétés anonymes, le Conseil des Etats a décidé de suivre le Conseil fédéral et d'introduire la hausse de l'âge de retraite à 65 ans pour les femmes. Il crée ainsi l'égalité la plus discriminatoire qui soit: celle du nivellement par le bas.

Alors que personne ne conteste la nécessité de trouver un financement pour pérenniser notre régime de l'AVS, on aurait pu s'attendre à ce qu'il soit pris note qu'aucune des dernières révisions n'a passé le cap devant le peuple dès lors que l'âge de la retraite des femmes ou le niveau des prestations était touché. Manifestement, ces signaux – le dernier en date étant celui des 300 000 signatures récoltées en un weekend par l'USS pour rappeler une opposition claire au relèvement de l'âge de la retraite – n'ont trouvé le moindre écho. Cette arrogance ne présage rien de bon si ce n'est de la frustration et le sentiment que ce qui se joue au Parlement n'est autre qu'un poker menteur ou chacun accuse l'autre d'attendre pour prendre des mesures ou pour les rendre inacceptables.

Au-delà du contenu du projet qui vise au relèvement de la retraite pour tous à 66 ans, tout aussi sourd aux appels récents du peuple, reconnaissons ici à la jeunesse radicale, un certain courage: celui de demander un effort aussi aux hommes. Une lecture à peine plus attentive amène au constat que si le résultat d'une telle initiative est une égalité assumée, l'effort lui ne l'est pas du tout: un tiers à charge des hommes et deux tiers à charge des femmes. Les femmes contre les hommes, les jeunes contre tous. Un beau programme pour les votations populaires à venir: Trump is coming back to Switzerland!

Un effort sur le dos des plus discriminées du régime des retraites en Suisse

Il est bon de se rappeler que nous parlons, entre le 1^{er} et le 2^e pilier, d'une rente moyenne versée de 3449 francs par mois en 2018. Pour les femmes, cette rente moyenne était inférieure



«Dans la majorité des cas, une lacune de couverture existe pour les femmes à la retraite. Dans ces conditions, une réforme qui se limite à des économies sur le dos des femmes n'a aucune chance devant le souverain.»

à 3000 francs. Dans ces conditions, on se demande comment certains osent prétendre que la mesure prévue dans l'AVS n'est pas discriminatoire pour les femmes.

La prévoyance professionnelle l'est encore plus en raison d'une couverture liée à l'activité salariée, au seuil d'entrée dans l'assurance et au montant de coordination. Dans la majorité des cas, une lacune de couverture existe pour les femmes à la retraite. Dans ces conditions, une réforme qui se limite à des économies sur le dos des femmes n'a aucune chance devant le souverain.

Un financement plus flexible

Aujourd'hui, l'AVS souffre d'un flagrant déficit de financement, inadapté aux effets du baby-boom et connu depuis longtemps des chambres. Il est de bon goût de parler de flexibilisation ou d'augmentation de l'âge de la retraite. Il serait certainement préférable de parler de flexibilisation du financement de l'AVS. Des mesures qui viseraient à un financement temporaire de l'AVS, partagé entre la TVA et une hausse des cotisations pour les quinze prochaines années, nous permettraient de faire face de manière responsable sans attendre la faillite du système et les mesures inévitables qui remettront en cause la confiance du souverain dans notre système de retraites. L'introduction d'une cotisation réduite pour celles et ceux qui sont à même, souhaitent ou sont contraints de poursuivre leur activité après l'âge légal de retraite pourrait aussi être une solution profitable à l'AVS. D'autant plus si le manque de main d'œuvre lié aux départs à la retraite devait se vérifier ces prochaines années.

Sur ces bases, des mécanismes non discriminatoires d'adaptation des paramètres pourraient ensuite être envisagés. Alors que la révision du financement adoptée par le peuple au moment de la RFFA a permis de dégager près de 2 milliards par an, un second pas est maintenant nécessaire. Il est prioritaire pour un pays riche comme la Suisse d'assumer la quasi-absence de mesures de financement à long terme de son régime de retraites ces vingt dernières années tout en ne faisant pas reposer lesdites mesures sur le dos d'une seule catégorie de sa population. Être cité en exemple par les rapports de l'OCDE ne suffit plus à notre système des trois piliers pour affronter les défis qui s'accroissent. Ils sont démographiques mais aussi sociétaux. Sur ce point, la révision de la LPP qui va suivre celle de l'AVS pourra nous éclairer sur la distance qui sépare la majorité du Parlement de la réalité. |

Dans l'édition de mai de la «Prévoyance Professionnelle Suisse» vous lirez un commentaire de Stephan Wyss.

Aldo Ferrari, Vizepräsident der Unia

Ein Begräbnis erster Klasse

Die Geschichte wiederholt sich ... unabhängig von der Epoche, als ob die vom Volk an der Urne abgegebenen Signale bloss Rauchschwaden wären. Nichts scheint diese Tatsache ändern zu können. Weder die gegenwärtige sanitäre Lage, in der sich gezeigt hat, dass die Disziplin der Menschen mit jedem Monat nachlässt, noch die Notwendigkeit, ein Rentensystem anzupassen, das eine Revision dringend braucht, und zwar sowohl unter finanziellen als auch gesellschaftlichen Aspekten.

Taub für alle Rufe

In den ersten Diskussionen zeigte sich der Ständerat taub für die Forderung der Frauen, dass die Revision nicht auf ihre Kosten gehen dürfe. Er bleibt also einem Kurs treu, der nur Schiffbruch erleiden kann. Nach langem Zaudern über ernsthafte und verbindliche Massnahmen zur Lohngleichheit oder zur echten Gleichstellung in den Gremien von Aktiengesellschaften hat der Ständerat beschlossen, dem Bundesrat zu folgen und das Rentenalter der Frauen auf 65 Jahre zu erhöhen. Dies schafft die diskriminierendste aller Gleichheiten: die Nivellierung nach unten.

Zwar bestreitet niemand die Notwendigkeit, eine Finanzierung zu finden, mit der die Nachhaltigkeit unseres AHV-Systems gesichert ist. Man hätte aber erwarten können, dass inzwischen jeder davon Kenntnis genommen hat, dass in der jüngeren Vergangenheit keine Revision vor dem Volk Bestand hatte, sobald das Rentenalter der Frauen oder die Höhe der Leistungen angetastet wurden. Offensichtlich haben all diese Signale – das jüngste davon waren die 300 000 Unterschriften, die der SGB an einem einzigen Wochenende gesammelt hat, um die klare Ablehnung einer Erhöhung des Rentenalters zu bekräftigen – nicht die geringste Resonanz gefunden. Diese Arroganz verheisst nichts Gutes, ausser Frustration und ein Gefühl, dass das, was sich im Parlament abspielt, nichts anderes ist als ein Lügenpoker, bei dem jede Seite die andere beschuldigt, abzuwarten anstatt Massnahmen zu ergreifen, oder sie durch zu langes Zögern unzumutbar zu machen.

Ein Effort zulasten der am meisten Benachteiligten im Schweizer Rentensystem

In der ganzen Debatte ist zu bedenken, dass wir von einer durchschnittlichen kumulierten Rente der 1. und 2. Säule von 3449 Franken pro Monat im Jahr 2018 sprechen. Für Frauen lag diese Durchschnittsrente bei weniger als 3000 Franken. Unter diesen Umständen fragt man sich, wie manche Leute es wagen zu behaupten, die in der AHV geplante Massnahme sei nicht frauendiskriminierend.

Die betriebliche Altersvorsorge ist stärker und in für viele Frauen unvorteilhaftere Weise an die Erwerbstätigkeit gekop-

pelt, durch die Eintrittsschwelle und den Koordinationsabzug. Bei den meisten Frauen besteht beim Eintritt in den Ruhestand eine Vorsorgelücke. Unter diesen Umständen hat eine Reform, die sich darauf beschränkt, auf dem Buckel der Frauen zu sparen, keine Chance vor dem Souverän.

«Bei den meisten Frauen besteht beim Eintritt in den Ruhestand eine Vorsorgelücke. Unter diesen Umständen hat eine Reform, die sich darauf beschränkt, auf dem Buckel der Frauen zu sparen, keine Chance vor dem Souverän.»

Flexiblere Finanzierung

Heute leidet die AHV unter einem eklatanten Finanzierungsdefizit, weil das System nicht an die Auswirkungen des Babybooms angepasst wurde, die dem Parlament doch schon lange bekannt sind. Es gehört zum guten Ton, über eine Flexibilisierung oder Erhöhung des Renteneintrittsalters zu sprechen. Es wäre sicher besser, über eine Flexibilisierung der Finanzierung der AHV zu sprechen. Massnahmen zur vorübergehenden Finanzierung der AHV, aufgeteilt auf die Mehrwertsteuer und eine Beitragserhöhung für die nächsten fünfzehn Jahre, würden es uns ermöglichen, der Situation verantwortungsvoll

zu begegnen, ohne den Konkurs des Systems und die unvermeidlichen Massnahmen abzuwarten, die das Vertrauen des Souveräns in unser Rentensystem in Frage stellen werden. Auch die Einführung eines reduzierten Beitrags für diejenigen, die nach dem gesetzlichen Rentenalter weiterarbeiten können, wollen oder müssen, könnte eine Lösung sein, die der AHV zugutekommt. Dies gilt insbesondere dann, wenn der Mangel an Arbeitskräften aufgrund von Pensionierungen in den nächsten Jahren weiter anhält.

Auf einer solchen Basis könnten dann nicht-diskriminierende Mechanismen zur Anpassung der Parameter in Betracht gezogen werden. Während die vom Volk mit der STAF angenommene Finanzierungsreform der AHV fast zwei Milliarden Zusatzeinnahmen pro Jahr bescherte, ist nun ein weiterer Schritt erforderlich. Es muss für ein reiches Land wie die Schweiz vorrangig sein, die Verantwortung zu tragen für das seit zwanzig Jahren effektive Nichtvorhandensein von Finanzierungsmassnahmen für ein nachhaltiges Rentensystem und diese Massnahmen nun nicht zulasten einer einzigen Bevölkerungskategorie umzusetzen. In den OECD-Berichten als Vorbild genannt zu werden, reicht für unser Drei-Säulen-System nicht mehr aus, um den immer schneller auf uns zukommenden Herausforderungen demografischer und gesellschaftlicher Natur Herr zu werden. In diesem Punkt wird die im Anschluss an die AHV-Revision folgende BVG-Revision uns Aufschluss darüber geben können, wie weit die Mehrheit des Parlaments von der Realität entfernt ist. |

In der Maiausgabe der «Schweizer Personalvorsorge» lesen Sie einen Kommentar von Stephan Wyss.

Nachhaltigkeit.

Wir meinen es ernst.

Den wahren Gegenstand nachhaltigen Investierens zu erkennen, wird immer schwieriger. Für uns ist das Thema nicht neu, anders oder trendy, und wir werden Ihnen keine Märchen erzählen.

Seit unseren ersten Tagen im Jahr 1983 bieten wir nachhaltige Vermögensbildung, um die Welt ein bisschen besser zu machen.

sustainability.hermes-investment.com

Der Wert von Anlagen und die daraus erzielten Erträge können sinken oder steigen, und es ist möglich, dass Sie weniger als den investierten Betrag zurückerhalten.

Nur für **professionelle Anleger**. Herausgegeben und genehmigt von Hermes Fund Managers Ireland Limited, die von der Central Bank of Ireland zugelassen wurde und von dieser reguliert wird. Eingetragene Adresse: The Wilde, 53 Merrion Square, Dublin 2, Irland.

**Federated
Hermes** 
International

NUR FÜR QUALIFIZIERTE ANLEGER IN DER SCHWEIZ

Klimarisiken vorhersehen und Wachstumschancen nutzen

17  96
LOMBARD ODIER
 INVESTMENT MANAGERS

In einer Welt der Dekarbonisierung sind vorausschauende Messungen des Klimarisikos für Investoren von entscheidender Bedeutung, um die attraktivsten Investitionsmöglichkeiten zu identifizieren und gestrandete Vermögenswerte zu vermeiden, die in einer Welt mit Emissionsbeschränkungen wahrscheinlich erheblich an Wert verlieren werden. Mit dem *Lombard Odier Portfolio Temperature Alignment Tool* zeichnen wir den Temperaturverlauf von Portfolios und den darin enthaltenen globalen Unternehmen im Vergleich zu den Temperaturzielen des Pariser Klimaabkommens auf.



Von Dr. Christopher Kaminker
 Head of Sustainable Investment
 Research & Strategy von Lombard
 Odier Investment Managers

Als Investmentunternehmen sind wir davon überzeugt, dass wir uns am Beginn eines Wirtschaftsumbruchs befinden. Die Entkopplung des Wachstums von negativen Umwelt- und sozialen Einflüssen wird dank Unternehmen, die Lösungen zur Wertschöpfung durch kreislauforientiertes, produktivitätssteigerndes, integratives und saubereres Wirtschaften finden, immer realistischer. Wir nennen diesen Wandel

den Übergang von einem WILD-Modell, das unwirtschaftlich (wasteful), ineffizient (idle), ungleich (lopsided) und verschmutzt (dirty) ist, zu einer kreislauforientierten (circular), produktivitätssteigernden (lean), integrativen (inclusive) und sauberen (clean) CLIC™-Wirtschaft und wir halten es für unsere treuhänderische Pflicht, unseren Kunden dabei zu helfen, die mit diesem Wandel verbundenen Risiken zu mindern und entsprechende Anlagechancen zu nutzen.

Wir halten es für unerlässlich, die einzelnen Unternehmen in unseren Anlageuniversen zu beobachten, um festzustellen, wo sie sich auf dem „Pfad zum Temperaturziel“ befinden und diese Erkenntnisse zu quantifizieren. Das bedeutet wir prüfen, ob und wie weit die Unternehmen vom Dekarbonisierungspfad abweichen, den die Klimaziele des Pariser Abkommens, das die Erderwärmung auf 1,5°C bis 2,0°C beschränken soll, erfordern. Ein Unternehmen, das sich beispielsweise auf einem Pfad befindet, der eher zu einer Erwärmung von 3°C führt, reduziert zwar möglicherweise seine

„ Unseres Erachtens sind vorausschauende Massnahmen unerlässlich, wenn wir den Anlegern helfen wollen, die Übergangspfade von Vermögenswerten zu verstehen, das Risiko gestrandeter Vermögenswerte zu meiden und wertvolle Anlagechancen ausfindig zu machen.“

direkten und indirekten CO₂- und Treibhausgasemissionen zum Teil, aber seine Dekarbonisierungsanstrengungen reichen nicht aus, um die Ziele des Pariser Klimaabkommens zu erreichen. Ein solches Unternehmen muss gegebenenfalls zum Beispiel seinen Betrieb strenger regeln, verliert an Wettbewerbsfähigkeit und riskiert schlechtere Wachstumsprognosen und gestrandete Vermögenswerte – all das wirkt sich negativ auf die zukünftige Rentabilität aus.

Dank dieser Analyse können wir unsere Portfolios anpassen, indem wir jene Unternehmen ausfindig machen,

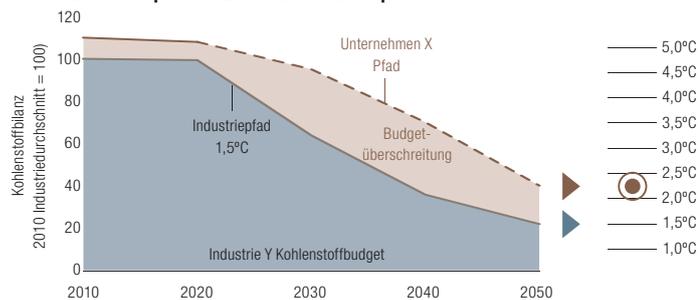
Wie können Portfolios auf die Temperaturziele ausgerichtet werden?

Bei Lombard Odier haben wir ein unternehmenseigenes Rahmenwerk entwickelt, um die Übereinstimmung eines Portfolios mit den Temperaturzielen zu analysieren. Bislang haben die Unternehmen nicht einheitlich darüber berichtet, wie sie den Übergang zu einer emissionsfreien Welt gestalten. Unser Tool ermöglicht es, Portfolios auf die Unternehmen auszurichten, die am besten positioniert sind, um die Chancen des Klimawandels zu nutzen, und gleichzeitig spezifische und systemische Risiken für jene Unternehmen zu identifizieren, die die Dringlichkeit und die Art des Wandels nicht verstanden haben.

die am besten aufgestellt sind, um von der Gesamtheit der Anlagechancen zu profitieren, die sich aus der Klimawende ergeben und die spezifischen und systemrelevanten Risiken jener Unternehmen identifizieren, welche die Dringlichkeit und das Ausmass der Wende nicht erkannt haben. Dank dem Lombard Odier Portfolio Temperature Alignment (LOPTA) Tool können wir die Temperaturverläufe aller Portfolios strategisch analysieren.

Wir sind in der Lage, eine transparente Kennzahl – Portfolio Temperature Alignment – bereitzustellen, die einen vollständigen Einblick in die komplexe zugrundeliegende Analyse der Dekarbonisierungspfade von Unternehmen und die Wechselwirkung zwischen den Verläufen in verschiedenen Branchen und Regionen sowie den Kosten der Emissionsverringerung bietet. Unser Ziel ist es, unseren Kunden zu helfen, das Dekarbonisierungsziel und den Dekarbonisierungspfad ihrer Portfolios durch eine einzige und einfach zu verwendende Metrik zu verstehen.

"Pfad zum Temperaturziel" am Fallbeispiel der Firma X



32%
Budget-überschreitung
 Wenn jedes Unternehmen in Branche Y wie Unternehmen X wäre, würde die Branche ihr Budget um 32% überschreiten.

2,2°C
 Wenn die gesamte Wirtschaft ihre Ziele um so viel verfehlt wie Unternehmen X, würde die globale Erwärmung bis 2100 auf 2,2 °C geschätzt

Wir stellen Nachhaltigkeit in den Mittelpunkt unserer Anlagephilosophie. Als Vermögensverwalter sehen wir es als unsere Aufgabe an, in Unternehmen zu investieren, die gut positioniert sind, um von dieser Nachhaltigkeitsrevolution zu profitieren. Denn diese Firmen werden langfristig vermutlich erhebliche Mehrrenditen erzielen. Erfahren Sie mehr unter www.loim.com.

WICHTIGE HINWEISE

Nur für professionelle Investoren. Dieses Dokument wurde von Lombard Odier Funds (Europe) S.A. herausgegeben, einer in Luxemburg ansässigen Aktiengesellschaft mit Sitz an der Route d'Arlon 291 in 1150 Luxemburg, die von der Luxemburger Finanzmarktaufsichtsbehörde („CSSF“), als Verwaltungsgesellschaft im Sinne der EU-Richtlinie 2009/65/EG in der jeweils geltenden Fassung und der EU-Richtlinie 2011/61/EU über die Verwalter alternativer Investmentfonds (AIFMD-Richtlinie) zugelassen wurde und deren Aufsicht unterstellt ist. Geschäftszweck der Verwaltungsgesellschaft ist die Errichtung, Vermarktung, Administration, Verwaltung und der Vertrieb von luxemburgischen und ausländischen OGAW, alternativen Investmentfonds („AIF“) sowie anderen regulierten Fonds, kollektiven und sonstigen Anlagevehikeln sowie das Angebot von Portfolioverwaltungs- und Anlageberatungsdiensten. Lombard Odier Investment Managers („LOIM“) ist ein Markenzeichen. Dieses Dokument wird ausschließlich zu Informationszwecken bereitgestellt und stellt weder ein Angebot noch eine Empfehlung zum Kauf oder Verkauf eines Wertpapiers oder einer Dienstleistung dar. Es darf nicht in Rechtsordnungen verbreitet, veröffentlicht oder genutzt werden, in denen eine solche Verbreitung, Veröffentlichung oder Nutzung rechtswidrig wäre. Dieses Dokument enthält keine personalisierte Empfehlung oder Beratung und ersetzt keinesfalls eine professionelle Beratung zu Anlagen in Finanzprodukten. Anleger sollten vor Abschluss eines Geschäfts die Angemessenheit der Investition unter Berücksichtigung ihrer persönlichen Umstände sorgfältig prüfen und gegebenenfalls einen unabhängigen Fachberater hinsichtlich der Risiken und etwaiger rechtlicher, regulatorischer, finanzieller, steuerlicher und buchhalterischer Auswirkungen konsultieren. Dieses Dokument ist Eigentum von LOIM und wird den Empfängern ausschließlich zum persönlichen Gebrauch überlassen. Es darf ohne vorherige schriftliche Genehmigung von LOIM weder ganz noch auszugsweise vervielfältigt, übermittelt, abgeändert oder für einen anderen Zweck verwendet werden. Dieses Dokument gibt die Meinungen von LOIM zum Datum seiner

Veröffentlichung wieder. Weder das vorliegende Dokument noch Kopien davon dürfen in die USA, in die Gebiete unter der Hoheitsgewalt der USA oder in die der Rechtsprechung der USA unterstehenden Gebiete versandt, dorthin mitgenommen, dort verteilt oder an US-Personen bzw. zu deren Gunsten abgegeben werden. Als US-Person gelten zu diesem Zweck alle Personen, die US-Bürger oder Staatsangehörige sind oder ihren Wohnsitz in den USA haben, alle Personengesellschaften, die in einem Bundesstaat oder Gebiet unter der Hoheitsgewalt der USA organisiert sind oder bestehen, alle Kapitalgesellschaften, die nach US-amerikanischem Recht oder dem Recht eines Bundesstaates oder Gebiets, das unter der Hoheitsgewalt der USA steht, organisiert sind, sowie alle in den USA ertragssteuerpflichtigen Vermögensmassen oder Trusts, ungeachtet des Ursprungs ihrer Erträge. Datenquelle: Sofern nicht anders angegeben, wurden die Daten von LOIM aufbereitet. Obwohl gewisse Informationen aus als verlässlich geltenden öffentlichen Quellen stammen, können wir ohne eine unabhängige Prüfung die Genauigkeit oder Vollständigkeit aller aus öffentlichen Quellen stammenden Informationen nicht garantieren. Die in diesem Dokument geäußerten Ansichten und Einschätzungen dienen ausschließlich Informationszwecken und stellen keine Empfehlung von LOIM zum Kauf, Verkauf oder Halten von Wertpapieren dar. Die Ansichten und Einschätzungen entsprechen dem Stand zum Zeitpunkt dieses Dokuments und können sich ändern. Sie sind nicht als Anlageberatung zu verstehen. Dieses Material darf ohne vorherige Genehmigung von Lombard Odier Funds (Europe) S.A. weder vollständig noch auszugsweise (i) in irgendeiner Form oder mit irgendwelchen Mitteln kopiert, fotokopiert oder vervielfältigt oder (ii) an Personen abgegeben werden, die nicht Mitarbeiter, leitende Angestellte, Verwaltungsratsmitglieder oder bevollmächtigte Vertreter des Empfängers sind. In Luxemburg gilt dieses Material als Werbematerial; es wurde von Lombard Odier Funds (Europe) S.A. genehmigt, die von der CSSF zugelassen wurde und deren Aufsicht unterstellt ist. ©2021 Lombard Odier IM. Alle Rechte vorbehalten.



AUS DEM BUNDESHAUS

Claude Chatelain, Vorsorge- und Finanzjournalist, Bern

Wieder ein Angriff auf die Anlagevorschriften

Bundesbern funktioniert folgendermassen: Man hat eine Branche. Diese hat einen Interessenverband. Im Vorstand dieses Verbands sitzt ein Mitglied der Bundesversammlung, wo es für die Anliegen ihrer Branche eintritt, am besten als Mitglied der zuständigen Kommission. Die Krankenkassen zeigen beispielhaft, wie das geht: Kaum eine Kasse, in deren oberstem Gremium nicht eine Parlamentarierin, ein Parlamentarier sitzt.

Oder, das ist die zweite Strategie, man betraut eine Lobbyorganisation mit der Aufgabe, in der Wandelhalle die Brancheninteressen zu vertreten.

Manchmal läuft es nochmals anders ab: Eine Kommission reicht einen Vorstoss ein, der vordergründig im Interesse der Branche A agiert, hintergründig aber im Interesse der Branche B fungiert.

Die Motion 21.3017 «Sichere Renten dank umfassend kompetenter Verwaltung der Pensionskassengelder» ist ein solches Beispiel. Branche A ist die Pensionskassenwelt; Branche B die Finanzindustrie. Eingereicht wurde die Motion am 5. Februar 2021 von der Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Nationalrats (SGK-N). Die Kommission stellt drei Forderungen:

- mehr Anlagekompetenz in den Stiftungsräten;
- mehr Risikomanagement;
- mehr Verantwortung in der Anlagebewirtschaftung.

Kein Anlass für eine weitere Legiferierung

Um es vorwegzunehmen: Der Pensionskassenverband ASIP unterstützt die Motion nicht. «Es besteht bezüglich Vermögensbewirtschaftung und Risikomanagement kein Anlass zu einer weiteren Legiferierung», erklärt Asip-Direktor Hanspeter Konrad.

Wieder und wieder versuchen FDP-Politiker, die Agenda der Bankiervereinigung umzusetzen, um die Vorsorgeeinrichtungen zu Anlagen zu drängen, bei denen das Risiko und die Gebühren hoch sind, der Ertrag aber nicht garantiert ist.

Prudent Investor Rule? Nein danke

Zu erinnern sei an die Motion «Zeitgemässe Anlagevorschriften zur Stärkung der beruflichen Vorsorge (18.3806)».



«Wieder und wieder versuchen FDP-Politiker, die Agenda der Bankiervereinigung umzusetzen, um die Vorsorgeeinrichtungen zu Anlagen zu drängen, bei denen das Risiko und die Gebühren hoch sind, der Ertrag aber nicht garantiert ist.»

Der Zuger FDP-Nationalrat Bruno Pezzatti hatte die Motion im September 2018 eingereicht. Fast gleichzeitig reichte der Urner FDP-Ständerat Josef Dittli eine Interpellation (18.3816) gleicher Stossrichtung ein.

Pezzattis Motion wurde im zurückliegenden September abgeschrieben, weil sie nicht innert zwei Jahren im Rat abschliessend behandelt werden konnte.

Pezzatti und Dittli wollten für Pensionskassengelder die Prudent Investor Rule einführen und die Maximallimiten eliminieren. Schon damals machten Pensionskassenvertreter klar, dass ein Übergang zur Prudent Investor Rule kaum zu einer substantziellen Verhaltensänderung führen würde.

Diese Meinung vertritt der ASIP auch heute noch. «Angesichts der Milizstruktur unserer beruflichen Vorsorge stehen wir Vorgaben bezüglich Anlagekompetenzen kritisch gegenüber», sagt Hanspeter Konrad. Die heutigen Bestimmungen enthielten

ausreichende Grundlagen für ein praxistaugliches Risikomanagement. Die Streichung der Anlagequoten verbessere das Ertragspotenzial nicht per se. Womit der ASIP die Meinung des Bundesrats grundsätzlich teilt.

Infrastrukturanlagen als eigene Kategorie

Auch sonst sind die Anlagerichtlinien der 2. Säule ein beliebter Tummelplatz. Im September 2015 reichte der Grünliberale Thomas Weibel die Motion «Infrastrukturanlagen für Pensionskassen attraktiver machen» (15.3905) ein. Der grünliberale Zürcher wollte in den Anlagevorschriften für die berufliche Vorsorge für Infrastrukturanlagen eine neue Anlagekategorie mit einer eigenen Maximalanlagenquote schaffen. Obschon auch hier Bundesrat und ASIP die Ablehnung der Motion beantragten, nahmen beide Kammern die Motion an. Sie wurde mit der Verordnungsänderung vom 26. August 2020 umgesetzt.

Auch FDP-Nationalrat Derder Fathi wollte im Dezember 2017 die Anlagerichtlinien anpassen. Im Unterschied zu Thomas Weibel aber ohne Erfolg. Der Waadtländer verlangte vom Bundesrat Massnahmen, um Pensionskassen zu ermutigen, in einheimische Unternehmen zu investieren, namentlich in nichtbörsenkotierte Schweizer KMU. Seine Motion 17.4286,

die der Bundesrat zur Ablehnung beantragt hat, wurde im Dezember 2019 abgeschrieben, weil der Urheber aus dem Rat ausgeschieden ist. Wie die genannten Bruno Pezzatti und Thomas Weibel ist auch Derder Fathi im Herbst 2019 nicht mehr zur Wiederwahl angetreten.

Mit PK-Geld Sozialhilfeschulden abstottern?

Ein Thema, das Pensionskassen nur am Rande tangiert, hat SP-Nationalrätin Gabriela Suter im Dezember 2020 aufgegriffen. «Keine Zweckentfremdung von Altersguthaben», fordert sie in der Motion 20.4716. Die 48-jährige Aargauerin verlangt vom Bundesrat eine Gesetzesänderung, damit die angesparten obligatorischen Pensionskassenbeiträge in der Pensionskasse oder auf dem Freizügigkeitskonto nicht für die Rückerstattung von Sozialhilfe verwendet werden können.

Der Bundesrat stellt sich klar gegen jeglichen Zwang, Vorsorgeguthaben entgegen dem Vorsorgezweck für die Rückzahlung von Sozialhilfeschulden zu verwenden. Eine gesetzliche Regelung sei aber nicht durchführbar, schreibt er in seiner Stellungnahme vom 24. Februar 2021. Nach Auszahlung des Pensionskassenguthabens sei das Geld nicht mehr vor den Ansprüchen der Gläubiger und damit auch nicht vom Zugriff der Sozialhilfebehörden geschützt.

Jede fünfte Kinderrente geht ins Ausland

Brisant ist die parlamentarische Initiative 20.412: «Keine Kinderrenten mehr ins Ausland transferieren». Der Berner SVP-Nationalrat Erich Hess reichte sie im Mai letzten Jahrs ein. Kinderrenten führten nicht selten zu Missbräuchen, schreibt er. «Auswanderer nutzen diese Regelung als Finanzierungsmodell für ihr Leben». Die nationalrätliche Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit (SGK-N) hat an ihrer

Sitzung von Ende März mit 18 zu 7 Stimmen beschlossen, ihr keine Folge zu geben.

Wie viele Renten betroffen wären und wie viele Franken eingespart werden könnten, schreibt Erich Hess nicht. Wir helfen nach: Gemäss einem im August 2019 publizierten Bericht des Büros für arbeits- und sozialpolitische Studien, bekannt als Büro Bass, werden insgesamt 20 % der rund 96 000 Kinderrenten an Rentempfänger im Ausland ausbezahlt. Frankenmässig sind das knapp 100 Mio. Franken.

Die Notwendigkeit von Kinderrenten für IV-Rentner ist unbestritten. Fraglich sind Kinderzusatzrenten für AHV-Rentner. All die Ü65, die verhältnismässig spät Kinder zeugen, haben also Anspruch auf eine Zusatzrente pro Kind unter 18 oder unter 25 Jahren, sofern es sich noch in der Ausbildung befindet. Und dies von der 1. wie auch von der 2. Säule.

Und noch eine interessante Zahl: 33%, also jede dritte Kinderrente zur AHV, findet den Weg zu einem Rentner, seltener zu einer Rentnerin, die im Ausland Wohnsitz hat. Die Rede ist hier nur von der AHV-Kinderrente. IV-Kinderrenten finden im Verhältnis weniger oft den Weg ins Ausland.

Das Onlineportal «Swissinfo» publizierte am 9. Juli letzten Jahres eine Rangliste der Zielländer von AHV-Kinderrenten: Frankreich, Italien und bereits an dritter Stelle Thailand. Ob das der Grund ist, weshalb der Berner SVP-Nationalrat seine parlamentarische Initiative einreichte? |

Auf unserer Website finden Sie einen Überblick über Motionen, Postulate und parlamentarische Initiativen: <https://vps.epas.ch/unsere-zeitschriften-im-ueberblick/schweizer-personalvorsorge/dossier>



WEITERDENKEN,

DIE ZUKUNFT LENKEN

UNABHÄNGIGKEIT
TRANSPARENZ
SICHERHEIT www.copre.ch
FLEXIBILITÄT

copré
 LA COLLECTIVE
 DE PRÉVOYANCE
 SEIT 1974



DU PALAIS FEDERAL

Claude Chatelain, journaliste financier spécialisé dans la prévoyance, Berne

Nouvel assaut lancé contre les directives de placement

Voici comment fonctionne la Berne fédérale: vous avez un secteur d'activité. Il a une association d'intérêts. Un membre du comité de cette association siège à l'Assemblée fédérale, où il défend les intérêts de son secteur, de préférence en tant que membre de la commission compétente. Les caisses-maladie sont un bon exemple de ce mode de fonctionnement: il n'est pratiquement pas de caisse qui ne compte un membre du Parlement dans son organe suprême.

Ou bien, une deuxième stratégie consiste à confier à une organisation de lobbying la tâche de représenter les intérêts du secteur d'activité dans la salle des pas perdus.

Parfois, cela fonctionne encore différemment: une commission dépose une intervention qui, à première vue, est en faveur du secteur d'activité A, mais qui agit en réalité pour le secteur d'activité B.

La motion 21.3017 «Des rentes sûres grâce à une gestion maîtrisée des avoirs des caisses de pensions» en est l'illustration. Le secteur A est le monde des caisses de pensions, le secteur B celui de l'industrie financière. La motion a été déposée le 5 février 2021 par la Commission de la sécurité sociale et de la santé du Conseil national (CSSS-N). La commission formule trois demandes:

- davantage de compétences en matière de placements au sein des conseils de fondation;
- davantage de gestion des risques;
- davantage de responsabilité dans la gestion des placements.

Pas besoin de légiférer davantage

Que ce soit claire d'emblée: l'association des institutions de prévoyance ASIP ne soutient pas la motion. «Il n'est pas nécessaire de légiférer davantage sur la gestion des actifs et des risques», explique Hanspeter Konrad, directeur de l'ASIP.

Les politiciens libéraux-radicaux tentent régulièrement de mettre en œuvre le programme de l'Association des banquiers, qui consiste à pousser les caisses de pensions vers des placements où le risque et les frais sont élevés mais où le rendement n'est pas garanti.

Règle de l'investisseur prudent? Non merci.

Dans ce contexte, il convient de rappeler la motion «Moderniser les règles de placement afin de renforcer la prévoyance

professionnelle» (18.3806). Le conseiller national PLR zougais Bruno Pezzatti avait déposé la motion en septembre 2018. Presque au même moment, Josef Dittli, conseiller aux États PLR du canton d'Uri, avait déposé une interpellation (18.3816) allant dans le même sens.

La motion Pezzatti a été classée en septembre dernier parce qu'elle n'avait pu être traitée de manière concluante au Conseil dans un délai de deux ans.

Pezzatti et Dittli voulaient introduire la règle de l'investisseur prudent pour les actifs des caisses de pensions et éliminer les limites maximales. À l'époque, les représentants des caisses de pensions avaient déjà clairement indiqué qu'un passage à la règle de l'investisseur prudent n'entraînerait guère de changement de comportement substantiel.

C'est encore l'avis de l'ASIP aujourd'hui: «Compte tenu de la structure de milice de notre prévoyance professionnelle, nous avons des réserves à l'endroit d'exigences en matière de compétences de placement», déclare Hanspeter Konrad. Les dispositions actuelles constituent une base suffisante pour

une gestion pratique des risques. La suppression des pourcentages de placement n'améliorerait pas le potentiel de gains en soi. En d'autres termes, l'ASIP rejoint en gros l'avis du Conseil fédéral.

Les actifs d'infrastructure en tant que catégorie distincte

Les directives de placement du 2^e pilier sont de toute façon un terrain de jeu de prédilection. En septembre 2015, Thomas Weibel présentait la motion «Rendre les placements dans les infrastructures plus attrayants pour les caisses de pensions» (15.3905). Le Vert' libéral zurichois voulait introduire dans le règlement de placement de la prévoyance professionnelle une nouvelle catégorie de placement avec son propre pourcentage maximal de placements dans les infrastructures. Bien que le Conseil fédéral et l'ASIP aient là aussi demandé le rejet de la motion, les deux Chambres l'ont acceptée. Elle a été mise en œuvre par la modification de l'ordonnance du 26 août 2020.

Autre tentative: celle du conseiller national PLR Derder Fathi du mois de décembre 2017. Contrairement à Thomas Weibel, cependant, Fathi a échoué. Le Vaudois avait chargé le Conseil fédéral de prendre des mesures encourageant les caisses de pensions à investir dans des entreprises locales, notamment

«Les politiciens libéraux-radicaux tentent régulièrement de mettre en œuvre le programme de l'Association des banquiers, qui consiste à pousser les caisses de pensions vers des placements où le risque et les frais sont élevés mais où le rendement n'est pas garanti.»

dans des PME suisses non cotées. Sa motion 17.4286, dont le Conseil fédéral avait demandé le rejet, a été radiée en décembre 2019 car son auteur ne siège plus au Conseil. Comme Bruno Pezzatti et Thomas Weibel, Derder Fathi ne s'est pas représenté à l'automne 2019.

Rembourser les dettes envers l'aide sociale avec l'argent de la CP?

Une question qui ne concerne que marginalement les caisses de pensions a été reprise par la conseillère nationale PS Gabriela Suter en décembre 2020: «Non au détournement des avoirs de prévoyance vieillesse», demandait-elle dans sa motion 20.4716. Cette Argovienne de 48 ans a chargé le Conseil fédéral de modifier la loi afin de garantir que les avoirs de prévoyance obligatoire accumulés auprès d'une institution de prévoyance ou sur un compte de libre passage ne puissent pas être utilisés pour rembourser l'aide sociale.

Le Conseil fédéral s'oppose clairement à l'idée d'exercer une quelconque pression poussant à utiliser ces avoirs de prévoyance pour rembourser une dette d'aide sociale, car cela contreviendrait à la finalité même de la prévoyance professionnelle. Dans sa prise de position du 24 février 2021, il écrit toutefois qu'une réglementation ne serait pas réalisable. Une fois les avoirs versés par la caisse de pensions, l'argent n'est plus protégé contre les prétentions des créanciers, y compris celles des autorités de l'aide sociale.

Une rente pour enfant sur cinq part à l'étranger

L'initiative parlementaire 20.412: «Renoncer au versement de rentes pour enfants à l'étranger» est explosive. Le conseiller national UDC bernois Erich Hess l'avait présentée en mai de l'année dernière. Il n'est pas rare que les rentes pour enfants conduisent à des abus, écrivait-il. «Pour certains expatriés, la réglementation en vigueur sert de modèle de financement pour leur vie à l'étranger». La Commission de la sécurité sociale et de

la santé du Conseil national (CSSS-N) a décidé, lors de sa réunion de fin mars, par 18 voix contre 7, de ne pas donner suite.

Erich Hess ne révèle pas combien de rentes seraient touchées et combien de francs pourraient être économisés. Nous pouvons vous éclairer à ce sujet: selon un rapport publié en août 2019 par le bureau d'études de politique du travail et de politique sociale BASS, 20% au total des quelque 96 000 rentes pour enfants sont versées à des bénéficiaires de rente à l'étranger. En francs, cela représente un peu moins de 100 millions de francs.

Personne ne conteste la nécessité de verser une rente aux enfants de bénéficiaires d'une rente AI. Les rentes complémentaires pour enfants de retraités AVS sont discutables. Toutes les personnes de plus de 65 ans qui ont eu des enfants relativement tard dans leur vie ont actuellement droit à une rente complémentaire à l'AVS pour chaque enfant de moins de 18 ans, ou de moins de 25 ans lorsque ces enfants sont encore en formation. Et ce du 1^{er} aussi bien que du 2^e pilier.

Autre chiffre intéressant: 33%, soit une rente pour enfant sur trois allouées en plus de l'AVS, aboutit chez un retraité, plus rarement chez une retraitée, résidant à l'étranger. Nous ne parlons ici que des rentes pour enfant de l'AVS. Les rentes pour enfant de l'AI partent proportionnellement moins souvent à l'étranger.

Le 9 juillet dernier, le portail en ligne Swissinfo a publié un palmarès des pays de destination des rentes pour enfant de l'AVS: la France, l'Italie et déjà en troisième position, la Thaïlande. Est-ce la raison pour laquelle le conseiller national bernois UDC a déposé son initiative parlementaire? |

Sur notre site web, vous trouverez un aperçu des motions, postulats et initiatives parlementaires: <https://vps.epas.ch/unsere-zeitschriften-im-ueberblick/schweizer-personalvorsorge/dossier>.

WERBUNG

PUBLICITÉ

Albin // Kistler

Vermögensverwaltung für Private
& Asset Management

PRÉVOYANCE COMPÉTITIVE

Une philosophie d'investissement avérée.

Nous tenons parole.



Les thèmes fétiches des médias en mars

Les pièges du télétravail

Le Tribunal fédéral a rendu deux arrêts qui suscitent des discussions.

Les aînés se portent bien, Winterthur va un peu mieux et un étrange tweet sème la confusion.

Depuis le début de l'année dernière, la plupart d'entre nous sommes devenus beaucoup plus casaniers que d'habitude. Nous commencerons donc par nous pencher sur deux arrêts du Tribunal fédéral qui concernent avant tout les quatre murs d'un chacun.

L'inconvénient du bureau à domicile

Les avantages et les inconvénients du télétravail ont déjà été discutés à satiété. Pour les personnes souffrant d'un handicap, cette discussion peut cependant prendre une toute autre dimension. Comme le rapporte le «Blick» du 28 mars, le Tribunal fédéral a récemment décidé qu'une rente AI (partielle) peut être annulée si la personne concernée ne peut pas travailler dans un bureau mais uniquement à domicile en raison de son handicap. Concrètement, l'incapacité de travail a été réduite de 40 à 20 % au prétexte que la possibilité de faire du télétravail a ouvert de nouvelles possibilités – ce qui a éliminé le besoin d'une rente AI.

Dans la discussion sur le même arrêt dans le «Tagesanzeiger», la thèse émise est que le Tribunal fédéral part en l'occurrence d'un marché du travail fictif – car les chances de trouver un nouvel emploi dans lequel on travaille uniquement chez soi sont quasi nulles.

Égalité ou honte?

Un autre arrêt récent du Tribunal fédéral scandalise également les uns, tandis que d'autres le célèbrent comme un grand pas en avant. De quoi s'agit-il? En bref, les ex-partenaires recevront des pensions alimentaires plus modestes à l'avenir.

Dans le «Tagesanzeiger», le commentateur de l'auteure du «Mamablog» (29 mars) au sujet du jugement est cinglant: elle confesse une colère noire à l'idée que certains célèbrent l'arrêt

comme une contribution à l'égalité. Car, raisonne-t-elle, le corollaire serait que le nombre d'hommes au foyer devrait augmenter, ce dont personne ne parle. Elle est également en colère parce que la société continue de traiter le travail éducatif et d'assistance avec mépris «sous le couvert d'une prétendue égalité». Le travail et la famille n'étant toujours pas vraiment conciliables, cette jurisprudence risque de plonger de nombreuses femmes dans la pauvreté. Appeler cela «un pas vers l'égalité est une vraie honte.»

Beaucoup se portent bien

Les personnes âgées sont susceptibles d'être plus détendues quant à leur situation financière que les femmes divorcées: plus des trois quarts des senior.e.s arrivent à bien joindre les deux bouts avec leurs revenus et leur fortune, rapporte «Le Temps» (24 mars), qui cite une étude de l'Office fédéral de la statistique. Alors que 28.7 % des personnes âgées de 18 à 64 ans disposent de réserves financières supérieures à 100 000 francs, une bonne moitié des plus de 65 ans se trouve dans cette heureuse situation.

Toutefois, le tableau doit être considéré dans toutes ses nuances: à côté de cette majorité aisée, 15.6 % des senior.e.s disposent de moins de 10 000 francs de réserves, et 8.7 % peinent à couvrir leurs dépenses courantes. Les personnes seules ont tendance à être plus touchées par la pauvreté dans la vieillesse que les couples.

Rester autonome

Dans certaines situations, moins d'argent peut être une bonne chose, surtout lorsqu'il s'agit d'assainir la caisse de pensions. Les années de querelles sur la solution de prévoyance de la ville de Winterthur sont terminées. Le Conseil municipal a adjugé le contrat à la caisse de pensions de la ville de Winterthur

(PKSW) après un appel d'offres public, rapporte le «Landbote» (12 mars). La caisse s'est imposée devant un autre candidat en lice. La ville continue donc à avoir sa propre caisse de pensions.

L'appel d'offres avait été déclenché il y a deux ans par le refus d'une coalition de centre-droit de déboursier 144 millions de francs pour l'assainissement de la PKSW. Ce montant a depuis été réduit, par la magie des marchés financiers, à 46 millions de francs. L'appel d'offres a également montré que, contrairement à la logique de certains politiciens, il ne suffit pas d'adhérer à une institution collective pour qu'un découvert se résorbe comme par magie.

!;:gmlxzssaw

Terminons ce texte sur une note légère et par conséquent, laissons de côté les deux articles «Des hypothèses erronées et des contraintes politiques mettent la prévoyance vieillesse dans une mauvaise passe» («NZZ», 23 mars) et «Demande de remboursement de plus de 16 millions de francs par la caisse de pensions» («Thuner Tagblatt», 19 mars).

La protection des données n'est pas seulement cruciale pour les caisses de pensions, mais aussi pour les autorités publiques. Il est donc compréhensible qu'un tweet de l'autorité américaine du nucléaire avec le texte «!;:gmlxzssaw» ait provoqué un malaise: l'autorité, ou du moins son compte, avait-elle été piratée? C'est finalement un tout autre «coupable» qui a été identifié selon le portail en ligne «spiegel.de» (31 mars): le tweet avait été écrit par un «très jeune enfant» du responsable des réseaux sociaux, alors qu'il avait laissé son ordinateur sans surveillance pendant un court moment. Bons baisers du télétravail. |

Kaspar Hohler



Auf der Suche nach risikobewussten Anlagelösungen?

Die AXA bietet zwei neue, attraktive Anlagelösungen für institutionelle Anlegerinnen und Anleger:

- **Hypothekenanlagestiftung** mit Fokus auf Wohnimmobilien und tiefer Belehnungsquote
- **Nicht kotierter Immobilienfonds** als breit diversifizierte Alternative für Direktanlagen

Die AXA Gruppe gehört zu den grössten Vermögensverwalterinnen weltweit. Alleine in der Schweiz betragen die uns anvertrauten Anlagegelder rund CHF 100 Milliarden.

Wir legen hohen Wert auf stabile Renditen bei einer gleichzeitig robuster Wertentwicklung.

Dank mehr als 140 Jahren Erfahrung in der Vermögensverwaltung und dank risikobewussten Anlagegrundsätzen verfügt die AXA Gruppe über hohe Expertise im Bereich von illiquiden Anlagelösungen.

Gerne beraten wir institutionelle Anleger im aktuellen Anlageumfeld individuell.

Mehr Infos unter: anageloesungen@axa.ch und [AXA.ch/anageloesungen](https://www.axa.ch/anageloesungen)

Was die Medien im März bewegte

Tücken des Homeoffice

Das Bundesgericht hat zwei Urteile gefällt, die zu diskutieren geben.

Senioren geht es gut, Winterthur etwas besser und ein seltsamer Tweet lässt aufhorchen.

Die meisten von uns haben seit Anfang letzten Jahrs das eigene Zuhause ausgiebiger genutzt als zuvor. Steigen wir daher mit zwei Bundesgerichtsurteilen ein, die sich zu einem guten Teil auf die eigenen vier Wände beziehen.

Kehrseite des Homeoffice

Die Diskussion über Vor- und Nachteile des Homeoffice wurde bereits sattsam geführt. Für Menschen mit einer Beeinträchtigung ergeben sich daraus aber spezielle Fragen. Wie der «Blick» am 28. März berichtet, hat das Bundesgericht jüngst entschieden, dass eine (Teil-) IV-Rente gestrichen werden darf, wenn die betroffene Person aufgrund ihrer Beeinträchtigung nicht im Büro, sondern nur zuhause arbeiten kann. Konkret wurde die Arbeitsunfähigkeit von 40 auf 20% gesenkt, weil die Möglichkeit des Homeoffice neue Möglichkeiten eröffne – womit eine IV-Rente entfällt.

In der Diskussion desselben Urteils im «Tagesanzeiger» wird gemutmasst, das Bundesgericht gehe hier von einem fiktiven Arbeitsmarkt aus – die Chance, neu eine Arbeitsstelle zu finden, in der man nur im Homeoffice arbeite, sei gleich null.

Gleichstellung oder ein Hohn?

Rein gar nichts können einige auch einem anderen aktuellen Bundesgerichtsurteil abgewinnen, während andere dieses als grossen Fortschritt feiern: Ex-Partnerinnen sollen, verkürzt ausgedrückt, künftig weniger Unterhaltszahlungen erhalten.

Im «Tagesanzeiger» wird in der Kolumne «Mamablog» (29. März) mit dem Urteil hart ins Gericht gegangen: Die Autorin ist «unfassbar wütend» darüber, dass einige das Urteil als Beitrag zur Gleichberechtigung feiern. Dies, weil niemand

davon spreche, dass es in der Konsequenz einen Aufschwung an Hausmännern geben müsste. Wütend auch, weil die Gesellschaft «unter dem Deckmäntelchen der vermeintlichen Gleichberechtigung» der Care-Arbeit weiterhin verachtend gegenüberstehe. Da Beruf und Familie immer noch nicht wirklich vereinbar seien, drohe diese Rechtsprechung viele Frauen in die Armut zu treiben. Dies «als einen Schritt hin zur Gleichberechtigung zu bezeichnen, ist ein Hohn».

Vielen geht es gut

Senioren dürften in der Regel ihre finanzielle Situation etwas gelassener sehen als geschiedene Frauen: Über drei Viertel von ihnen können ihre Ausgaben gut aus Einkommen und Vermögen bestreiten, berichtet «Le Temps» (24. März) unter Berufung auf eine Studie des Bundesamts für Statistik. Während 28.7% der Personen zwischen 18 und 64 Jahren finanzielle Reserven von über 100 000 Franken haben, liegt dieser Anteil bei den über 65-Jährigen bei «gut der Hälfte».

Das Bild muss allerdings differenziert betrachtet werden: Neben dieser wohl-situierten Mehrheit haben 15.6% der Seniorinnen und Senioren weniger als 10 000 Franken Reserven, 8.7% haben Mühe, ihre laufenden Ausgaben zu bezahlen. Alleinstehende sind tendenziell stärker von Altersarmut betroffen als Paare.

Selbständig bleiben

Weniger Geld kann auch gut sein: Dann nämlich, wenn man es zur Sanierung der Pensionskasse in die Hand nehmen muss. Das jahrelange Gezerre um die Vorsorgelösung der Stadt Winterthur hat ein Ende gefunden. Der Stadtrat hat nach einer öffentlichen Ausschreibung der Pensionskasse Stadt Winterthur

(PKSW) den Zuschlag gegeben, berichtet der «Landbote» (12. März). Sie setzte sich in der Ausmarchung gegen einen Mitbewerber durch. Die Stadt hat damit weiterhin eine eigene Pensionskasse.

Auslöser der Ausschreibung war, dass eine Mitte-Rechts-Koalition vor zwei Jahren einen Sanierungsbeitrag von 144 Mio. Franken für die PKSW verweigert hatte. Dieser Betrag hat sich, Magie der Finanzmärkte, unterdessen auf 46 Mio. Franken reduziert. Auch hat die Ausschreibung gezeigt, dass sich eine Unterdeckung entgegen der Logik einiger Politiker erstaunlicherweise nicht dadurch lösen lässt, dass man sich einer Sammeleinrichtung anschliesst.

!;:gmlxzssaw

Beenden wir diesen Text auf einer leichten Note und lassen die beiden Artikel «Falsche Annahmen und politische Zwänge bringen Altersvorsorge in Schief-lage» («NZZ», 23. März) und «Pensions-kasse fordert über 16 Millionen Franken zurück» («Thuner Tagblatt», 19. März) deshalb beiseite.

Datenschutz ist nicht nur für Pensionskassen ein zentrales Thema, sondern auch für Behörden. Entsprechend sorgte ein Tweet der amerikanischen Atomschutzbehörde US Strategic Command mit dem Text «!;:gmlxzssaw» für Unruhe: Wurde die Behörde oder zumindest ihr Account gehackt? Die Ursache, berichtet das Onlineportal «spiegel.de» am 31. März, war jedoch eine andere: Der Tweet sei von einem «sehr jungen Kind» des Social-Media-Managers verfasst worden, als dieser seinen Computer kurzzeitig unbeaufsichtigt gelassen habe. Homeoffice lässt grüssen. |

Kaspar Hohler



Vous cherchez des placements aux risques mesurés?

AXA propose deux nouvelles solutions de placement intéressantes pour les investisseurs institutionnels:

- **une fondation de placement hypothécaire** ciblant les biens immobiliers résidentiels et un faible taux d'endettement
- **un fonds immobilier non coté**, solution alternative aux placements directs non-diversifiés

Le Groupe AXA compte parmi les principaux gestionnaires de fortune au monde. Rien qu'en Suisse, les capitaux qui nous sont confiés se montent à près de 100 milliards de CHF.

Nous visons à obtenir à la fois des rendements stables et une performance solide.

Le Groupe AXA dispose d'une expérience de plus de 140 ans dans la gestion de fortune ainsi que de principes de placement soucieux des risques. Elle peut ainsi se prévaloir d'une grande expertise dans le domaine des solutions de placements illiquides.

Nous nous ferons un plaisir de conseiller personnellement les investisseurs institutionnels dans l'environnement de placement actuel.

Pour plus d'informations: anageloesungen@axa.ch ou [AXA.ch/solutions-placement](https://www.axa.ch/solutions-placement)

39–69

Das Drei-Säulen-System
im Härtetest

Le système des trois piliers
soumis au test de résistance



Stiftungsräte/Conseils de fondation
Diese Artikel richten sich speziell an
Führungsgorgane von Vorsorgeeinrichtungen

40 Die Realität lässt grüssen
Peter Schnider

50  Visionen und Entscheidungen
im Realitätscheck
Séverine Arnold

54 Alle für einen und jeder für sich
Kommentar von Gregor Gubser

59 Individueller Spielraum in der Altersvorsorge
Juerg Mueller, Marc Weibel

67 Was kann man aus dem internationalen
Vergleich lernen?
Ivan Guidotti

43 Quand la réalité vous rattrape
Peter Schnider

46  Visions et choix à l'épreuve de la réalité
Interview avec Séverine Arnold

56 Tous pour un et chacun pour soi
Commentaire de Gregor Gubser

61 Une possibilité d'individualisation
de la prévoyance vieillesse
Juerg Mueller, Marc Weibel

65 Que peut-on apprendre de la comparaison
internationale?
Ivan Guidotti

Fünf Kernüberlegungen zur Altersvorsorge

Die Realität lässt grüssen

Das Schweizer Drei-Säulen-System ist ein Erfolgsmodell. Dieses Mantra haben wir uns jahrelang eingebläut, um nun mit Verwunderung festzustellen, dass die Schweiz bei diversen Vorsorge-Rankings nach hinten rutscht. Kann das sein? Oder verstehen die internationalen Firmen, die diese Rankings erstellen, unser System nicht richtig? So einfach ist die Lösung leider nicht.

IN KÜRZE

Tiefe Zinsen und das scheinbare Versagen des dritten Beitragszahlers fordern das System heraus. Wichtiger ist es aber, die Bevölkerung zu informieren und das System in immer neuen Reformen an gesellschaftliche Entwicklungen anzupassen.

Wenn Sie nun erwarten, dass ich über die tiefen Zinsen, das immer länger werdende Leben und die überbordende Bürokratie in Bern schreibe, muss ich Sie enttäuschen. Ich möchte den Fokus etwas öffnen und fünf generelle Herausforderungen diskutieren.

1. Reformen sind nicht für die Ewigkeit

Die Wirtschaft und das soziale Leben sind ein sehr beweglicher und dynamischer Organismus. Die Wirtschaft ist im ständigen Wandel. Neue Berufe und Berufsbilder sowie Beschäftigungsformen entstehen. Oder anders gesagt: Wer hätte vor 20 Jahren gewusst, was ein Webmaster macht und wer hätte sich gefragt, ob eine Influencerin nun angestellt oder selbständig ist?

Dasselbe ist auch in der Gesellschaft und mit unseren gesellschaftlichen Rollenbildern im Gange. Als das BVG und erst recht als die AHV eingeführt wurde, gab es ganz andere Gesellschafts- und Rollenbilder. Der Mann war der Ernährer in der Familie. Ob es beispielsweise in einer Zeit der Gleichberechtigung eine Witwen- oder Witwerrente braucht, ist eine Frage, die auch schon diskutiert wurde. Demgegenüber sind gesetzliche Normen und Weisungen ein starres Konstrukt, das man von Zeit zu Zeit an die veränderten Realitäten anpassen muss.

Das hat bei der AHV während der ersten 50 Jahre recht gut geklappt. Immerhin zehn Revisionen hat die Sozialversicherung erlebt. Die Erfinder des BVG gingen sogar so weit, dass sie schon

bei der Einführung verlangten, dass nach spätestens zehn Jahren eine Revision stattfinden muss. Mit der Einführung der vollständigen Freizügigkeit wurde nach zehn Jahren in der Tat ein wichtiger Meilenstein gesetzt.

Heute dagegen leiden wir unter Reformstau. AHV- und BVG-Revisionen scheitern regelmässig, sei es bereits im Parlament oder dann an der Urne. Mit jedem neuen Reformversuch wird eine noch perfektere und detailliertere Lösung gesucht, die mindestens für die nächsten 30 Jahre Gültigkeit haben soll. Prognosen und Kostenberechnungen werden entsprechend langfristig angelegt und – wen wundert's – aufgrund der unsicheren Datenlage immer wieder verworfen.

Wer heute ein Rechtskorsett entwickeln will, das in einer dynamischen Gesellschaft wie der unseren für die nächsten 30 oder 50 Jahre Bestand haben soll, der wird scheitern. Aber die Zeit drängt, denn das Korsett kann die reale Entwicklung nicht aufhalten. Wir brauchen keine perfekte Reform, sondern eine, die möglichst bald in Kraft tritt und eine Lösung für die nächsten paar Jahre bringt. Nach der Reform ist vor der Reform. Das war schon immer so.

2. Die Wirtschaftswelt in starkem Wandel

Die AHV wurde kurz nach dem 2. Weltkrieg eingeführt, das BVG entstand im Geist der Hochkonjunktur Ende der sechziger Jahre. Beide Sozialversicherungen bauen auf eine stark



Peter Schnider
Direktor vps.epas

wachsende Wirtschaft, auf eine stark wachsende Bevölkerung und auf eine stabile Unternehmenssituation.

Als unsere Altersvorsorge eingeführt wurde, war es nicht unüblich, dass Mitarbeitende von der Lehre bis zur Pensionierung beim selben Arbeitgeber waren, dass sich das Berufsbild eines Mitarbeiters während seiner Zeit als aktiver Arbeiter nicht allzu stark veränderte und dass eine Person in der Regel einen Job hatte. Heute werden 100-Prozent-Anstellungen mehr und mehr zur Ausnahme. Neben Job und Familienbetreuung gibt es auch Mehrfachbeschäftigungen, Angestellte, die teilzeitselbständig sind und Angestellte, bei denen nicht mehr ganz klar ist, ob sie nun selbständig erwerbend sind oder nicht. Arbeitgeber werden öfters gewechselt, Karriereverläufe sind nicht mehr linear und die Berufsbilder ändern sich rasant. «New Work» und Digitalisierung sind aktuelle Stichworte, die vor allem Flexibilisierung bringen.

Die Altersvorsorge ist erst teilweise auf diese flexible Arbeitswelt eingerichtet. Im Bereich der 2. Säule zum Beispiel sind in diesem Zusammenhang der Koordinationsabzug und die Eintrittsschwelle zu überdenken. Die Beschäftigung bei mehreren Arbeitgebern wird immer noch als Ausnahmefall erachtet und Art. 7 BVG (Voraussetzungen der obligatorischen Versicherung, Mindestlohn und Alter) funktioniert nur in der Theorie. Die Digitalisierung bringt den Vorsorgeeinrichtungen nicht nur Herausforderungen, sondern auch weitere Möglichkeiten, ihre Angebote zu flexibilisieren. Viele meinen allerdings immer noch, ein Jahresbericht oder ein Vorsorgeausweis im PDF-Format bedeuteten Digitalisierung.

3. Die Gesellschaft in starkem Wandel

Dieses Jahr feiern wir 50 Jahre Frauenstimmrecht. Dass Frauen nicht zur Urne durften, kann man sich heute glücklicherweise kaum mehr vorstellen. Aber auch in der AHV war die Rolle der Frau immer speziell. Seit der Einführung war in der AHV der Mann als «Normalperson» definiert, während es je nach Zivilstand und Erwerbstätigkeit mehrere Kategorien von Frauen gab. Erst die 10. AHV-Revision von 1994 verbesserte durch Splitting sowie Erziehungs- und Betreuungsgutschriften die Stellung der Frauen wesentlich. Die Rolle des Mannes war die des «Ernährers» und des «Familienoberhaupts». Stichworte wie Gleichberechtigung, gemeinsame Kinderbetreuung, Teilzeitarbeit oder Patchworkfamilien, Konkubinat oder gleichgeschlechtliche Partnerschaften sind heute gesellschaftliche Normalität, die in der Altersvorsorge noch mangelhaft rezipiert werden.

4. «Sieben auf einen Streich» geht nur im Märchen

AHV und BVG wurden eingeführt, um den Versicherten im Falle von Invalidität, Tod oder Alter ein Einkommen zu sichern. Diesen drei Zielen sind im Laufe der Zeit neue hinzugefügt worden. Mit der Wohneigentumsförderung erreichte man, dass die Versicherten zu mehr Wohneigentum kamen. Etwas kritischere Stimmen meinten damals, es sei eine Nachfrageabsicherung für die Baulobby.

Die Idee der Wirtschaftsförderung wurde kurz nach der Einführung der Wohneigentumsförderung wieder aufgegriffen. 1997 hat die Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Nationalrats mit einer Motion den Bundesrat beauftragt, Anlage- und Aufsichtsvorschriften für Pensionskassen zu lockern, um die Risiko- und Wagniskapitalanlage vermehrt zu ermöglichen. Der Bundesrat meinte damals noch, die Vorsorgeeinrichtungen handelten eigenverantwortlich und könnten sich gemäss Art. 49a BVV 2 bereits am Wagniskapital beteiligen.

OUTPERFORMANCE AUF LANGE SICHT.

- | Fokus auf stabile Erträge
- | Diszipliniertes Risikomanagement
- | Herausragendes Research

Schließen Sie sich dem Streben nach Outperformance an auf [PGIMFixedIncome.com](https://www.pgimfixedincome.com)

Jacques-Etienne Doerr, CFA
Principal – Head of Institutional Sales,
Switzerland
+41 79 470 7232

Ausschließlich für professionelle Investoren bestimmt.
Alle Investments sind mit Risiken verbunden, einschließlich möglicher Kapitalverluste.

© 2021. PGIM ist die Vermögensverwaltungsgesellschaft von Prudential Financial, Inc. (PFI). PGIM Fixed Income ist die Asset Management Einheit für öffentliche festverzinsliche Anlagen und wird durch PGIM, Inc. betrieben, einem in den USA registrierten Anlageberater. PFI, PGIM, ihre jeweiligen Logos und das Rock-Symbol sind Dienstleistungsmarken von PFI und seinen zugehörigen Unternehmen und in zahlreichen Jurisdiktionen weltweit eingetragen. PFI aus den USA gehört nicht zum Unternehmensverbund Prudential plc, der seinen Hauptsitz im Vereinigten Königreich hat, noch zum Unternehmensverbund Prudential Assurance Company, einer Tochtergesellschaft von M&G plc mit Hauptsitz im Vereinigten Königreich. Im Europäischen Wirtschaftsraum („EWR“) werden die Informationen von PGIM Netherlands B.V. bereitgestellt; dieses Unternehmen ist von der niederländischen Finanzmarktaufsicht (Autoriteit Financiële Markten, „AFM“) in den Niederlanden zugelassen. 2021-2570

In der Zwischenzeit haben alternative Anlagen längst als Kategorie in die BVV 2 Einzug gehalten.

Das Thema der Wirtschaftsförderung wurde mit der Motion Graber im Jahre 2013 für die Schaffung eines Zukunftsfonds Schweiz wieder aufgegriffen.

2005 wollte Thomas Minder die Pensionskassen mit seiner Abzocker-Initiative einspannen, gegen übermässige Managerlöhne vorzugehen. Auf Managerlöhne hatte die Initiative keinen Einfluss, dagegen auf das Anlageverhalten von mittleren und kleinen Pensionskassen. Bei diesen war eine Umschichtung auf kollektive Instrumente zu beobachten, um sich vor einem weiteren Aufwand ohne Ertrag zu drücken.

Die hier begonnene Aufzählung ist längst nicht abgeschlossen. Das Fazit ist einfach. Je mehr Ziele man mit dem Vor-

sorgegeld erreichen will, desto grösser ist die Gefahr von Zielkonflikten.

5. Alle freuen sich auf die erste Rente, aber niemand interessiert sich

Ein letztes Phänomen ist die erstaunliche Gleichgültigkeit, mit der die Betroffenen sich um ihre Vorsorge kümmern (oder eben nicht). Dieses Unwissen fängt schon früh an. Man kann in der Schweiz problemlos obligatorische Schulzeit, Lehre oder auch Studium absolviert haben, ohne je etwas von der Altersvorsorge gehört zu haben, obwohl diese einen prominenten Platz in Staatskunde einnehmen müsste.

Im späteren Leben haben die Versicherten mit zwei Problemen zu kämpfen. Die Informationen der Vorsorgeeinrichtungen sind oft so abgefasst, dass es ein gehöriges Mass an Masochismus braucht,

um diese zu lesen. Demgegenüber leiden die klassischen Informationsvermittler wie Zeitungen oder Fernsehen am vorhin erwähnten Problem, dass ihre Journalisten fachlich oftmals relativ unbelastet über die Materie berichten. Das summiert sich bei Abstimmungen (Punkteins) zu schwierigen Konstellationen.

Der Schweizerische Pensionskassenverband ASIP hat in den letzten Jahren grosse Anstrengungen unternommen, die neutrale Information der Bevölkerung zu intensivieren. Vor allem die jüngere Generation müsste man in dieser Frage wohl mit einer spielerischen Informationsvermittlung anzusprechen versuchen. |

WERBUNG

PUBLICITÉ



Vontobel

Emerging Market Corporate Bonds – Risikoanlage oder Ertragschance?

Anleihen: Denken Sie um!

Vontobel EM Corporate Bonds

- Stark wachsendes Anlageuniversum
- Ineffiziente Anlageklasse mit zahlreichen Chancen
- Überzeugender Leistungsausweis



Erfahren Sie mehr:
vontobel.com/emcb-insight

Asset Management

Cinq points clés à intégrer dans la planification de la retraite

Quand la réalité vous rattrape

Le système suisse des trois piliers est un modèle à succès.

Ce mantra nous a été inculqué pendant des années, et nous découvrons maintenant avec surprise que la Suisse perd du terrain dans les différents classements de la prévoyance. Comment est-ce possible? Et si les entreprises internationales qui établissent ces classements ne comprenaient pas vraiment le mode de fonctionnement de notre système? Malheureusement, la solution n'est pas si simple.

EN BREF

Les faibles taux d'intérêt et l'échec apparent du tiers-payant remettent le système en question. Mais il est plus important d'informer la population et d'adapter le système aux évolutions sociales par des réformes régulières.

Si vous vous attendez maintenant à ce que je vous parle de la faiblesse des taux d'intérêt, de l'allongement de l'espérance de vie et de la bureaucratie excessive à Berne, vous allez être déçus. J'aimerais ouvrir un peu le débat et discuter de cinq défis généraux.

1. Les réformes ne sont pas pour l'éternité

L'économie et la vie sociale sont des organismes très mobiles et dynamiques. L'économie est en constante évolution. De nouveaux métiers, descriptifs de poste et formes d'emploi apparaissent. En effet: il y a 20 ans, qui aurait su ce que fait un webmaster et qui se serait demandé si une influenceuse a un statut de salariée ou d'indépendante?

Une évolution similaire s'observe au niveau de la société et de nos modèles sociétaux. Lorsque la LPP a été introduite, et plus encore lorsque l'AVS a été introduite, les modèles sociétaux, les rôles de genre et les attentes y liées étaient totalement différents. L'homme était le gagne-pain de la famille. La question de savoir si, par exemple, une pension de veuve ou de veuf est nécessaire à l'ère de l'égalité, a déjà fait l'objet de discussions. Par contraste, les normes et directives juridiques sont une construction rigide qui doit être adaptée aux réalités changeantes de temps à autre.

Ce mécanisme a bien fonctionné pour l'AVS pendant ses 50 premières années

d'existence où pas moins de dix révisions de l'assurance sociale ont abouti. Les inventeurs de la LPP sont même allés jusqu'à exiger, dès l'introduction de la nouvelle loi, qu'une révision ait lieu au plus tard après dix ans. Avec l'introduction du libre passage complet, une étape importante a en effet été franchie après dix ans.

Aujourd'hui, en revanche, nous souffrons d'un blocage des réformes. Les révisions de l'AVS et de la LPP échouent régulièrement, que ce soit déjà au Parlement ou ensuite dans les urnes. À chaque nouvelle tentative de réforme, on cherche une solution encore plus parfaite et détaillée qui est censée tenir pour au moins les 30 prochaines années. Les prévisions et les calculs des coûts sont donc effectués sur le long terme et – cela ne surprendra personne – sont régulièrement rejetés en raison des données trop hypothétiques.

En voulant tailler aujourd'hui un corset juridique qu'une société dynamique comme la nôtre pourra porter confortablement pendant 30 à 50 années, on ne peut qu'échouer. Cependant, le temps presse, car le corset ne peut contenir les évolutions réelles. Nous n'avons pas besoin d'une réforme parfaite, mais d'une réforme qui entre en vigueur le plus rapidement possible et qui apporte une solution pour les prochaines années. Après la réforme, c'est avant la réforme. C'est connu depuis longtemps.



vps.epas

vps.epas-Labor

Finanzielle Führung von Pensionskassen

Eintägiger Workshop über chancen- und risikoorientierte Führung:

Wo sind die zentralen Risiken?

Wie werden sie überwacht und gesteuert?

Donnerstag, 20. Mai 2021, St. Gallen
Dienstag, 21. September 2021, Zürich

Interaktiv
und
multimedial

Anspruchsvolle Anlagemärkte, die Dynamik der Zusammensetzung der Destinatäre und die zunehmende Regulierung sind Herausforderungen für das Führen von Pensionskassen. Führungsorgane müssen sich deshalb mit den wichtigsten Steuerungsgrössen auseinandersetzen, wissen, wie diese mit Risikokennzahlen überwacht werden können und insbesondere das Zusammenspiel einzelner Risikokennzahlen verstehen.

Die Kenntnisse über die zentralen Risiken der Vorsorgeeinrichtung gehören zu den wichtigsten und nicht-delegierbaren Führungsaufgaben. Die wichtigsten Risikokennzahlen müssen aber nicht bloss identifiziert werden. Wichtig ist auch das Wissen, wie sie voneinander abhängen, wie sie überwacht werden können und müssen und welche Korrekturmassnahme welche Wirkung hervorruft.

Der Workshop vertieft folgende Fragen interaktiv anhand der Online-Software «pkcockpit»: Kenntnis über die zentralen Risiken. Das Zusammenspiel von Aktiv-

und Passivseite richtig einschätzen. Beurteilung der wichtigsten Risikokennzahlen. Festlegen von Zielen und erkennen, wie viel Spielraum zu Abweichungen vertretbar ist. Umgang mit Frühwarnsignalen. Kenntnis von Korrekturmassnahmen.

Referentinnen und Referenten

Prof. Dr. Karl Frauendorfer
Jeannette Leuch
Christoph Plüss

Weitere Informationen finden Sie unter vps.epas.ch. Programmänderungen vorbehalten.

Ort
Universität St. Gallen, HSG Trading Room,
Tellstrasse 2, 9000 St. Gallen

KV Business School Zürich AG,
Bildungszentrum Sihlpost,
Sihlpostgasse 2, 8004 Zürich

Zeit
08.45 – 17.00 Uhr

**Kosten, Credit Points und
Anmeldung unter vps.epas.ch**

Auskünfte
Rita Käslin
+41 (0)41 317 07 60
rk@vps.epas.ch
vps.epas.ch

Credit Points



2. Un monde économique en pleine mutation

L'AVS a été introduite peu après la Seconde Guerre mondiale, la LPP a été créée dans l'euphorie du boom de la fin des années 1960. Les deux régimes d'assurance sociale reposent sur une économie en forte croissance, une population en pleine expansion et une situation stable des entreprises.

Lorsque notre régime de retraite a été introduit, il n'était pas rare que les salariés travaillent pour le même employeur depuis leur apprentissage jusqu'à leur retraite et que le descriptif de leur poste ne change pas trop tout au long de leur vie active; de même, le mono-emploi était la règle. Aujourd'hui, l'emploi à 100% devient de plus en plus l'exception. Il y a ceux qui doivent concilier vie professionnelle et vie familiale, ceux qui cumulent plusieurs emplois, les indépendants à temps partiel et les travailleurs pour lesquels il n'est plus tout à fait clair s'ils sont indépendants ou non. On change plus souvent d'employeur, les parcours professionnels ne sont plus linéaires et les profils professionnels évoluent rapidement. Le «new work» et la numérisation, deux nouveaux concepts qui sont dans toutes les bouches, sont avant tout synonymes de plus de flexibilité.

Le système de prévoyance vieillesse n'est que partiellement équipé pour ce monde du travail flexible. Dans le 2^e pilier, par exemple, la déduction de coordination et le seuil d'entrée doivent être reconsidérés dans ce contexte. Le pluri-emploi est toujours considéré comme un cas exceptionnel et l'art. 7 LPP (conditions d'assurance obligatoire, salaire minimum et âge) ne fonctionne qu'en théorie. La numérisation n'apporte pas seulement des défis aux institutions de prévoyance, mais aussi de nouvelles possibilités de rendre leurs offres plus flexibles. Toutefois, nombreux sont ceux qui pensent encore qu'un rapport annuel ou un certificat de prévoyance au format PDF constituent le summum de la numérisation.

3. Une société mutation

Cette année, nous célébrons les 50 ans du droit de vote des femmes en Suisse. Heureusement, il est difficilement imaginable aujourd'hui qu'il fut un temps où

les femmes n'étaient pas autorisées à se rendre aux urnes. Mais dans l'AVS aussi, le rôle des femmes a toujours été particulier. Depuis son introduction, l'AVS considère l'homme comme étant «la norme», tandis qu'il existe plusieurs catégories de femmes, selon l'état civil et l'activité. Ce n'est qu'avec la 10^e révision de l'AVS de 1994 que la position des femmes a été sensiblement améliorée grâce au partage des rentes et aux bonifications pour tâches d'assistance et tâches éducatives. Le rôle de l'homme était celui du «soutien de famille» et du «chef de famille». Aujourd'hui, l'égalité des droits, la garde conjointe des enfants, le travail à temps partiel ou les familles recomposées, la cohabitation et les partenariats entre personnes du même sexe sont des normes acceptées par la société, mais dont il n'est pas suffisamment tenu compte dans la prévoyance vieillesse.

4. «Sept d'un coup» ne fonctionne que dans les contes de fées

L'AVS et la LPP ont été introduites pour assurer un revenu aux assurés en cas d'invalidité, de décès ou de vieillesse. De nouveaux objectifs se sont ajoutés à ces trois-là au fil du temps. L'encouragement de l'accès à la propriété a permis à plus d'assurés de devenir propriétaires d'un logement. Des voix un peu plus critiques avaient affirmé à l'époque que c'était le lobby du bâtiment qui avait ainsi garanti la demande au secteur.

L'idée de l'encouragement de l'économie avait ressurgi peu après l'introduction de l'encouragement à la propriété du logement. En 1997, la Commission de l'économie et des redevances du Conseil national avait adopté une motion chargeant le Conseil fédéral d'assouplir les règles de placement et de surveillance régissant les caisses de pensions afin de permettre plus de placements à risque et en capital-risque. A l'époque, le Conseil fédéral avait encore estimé que les institutions de prévoyance agissaient sous leur propre responsabilité et pouvaient déjà participer au capital-risque en vertu de l'art. 49a OPP 2. Entre-temps, les placements alternatifs ont depuis longtemps fait leur entrée dans l'OPP 2 sous la forme d'une classe d'actifs propre.

En 2013, la motion Graber revenait à la charge avec sa demande de création d'un Fonds Suisse pour l'Avenir.

En 2005, Thomas Minder avait voulu gagner les caisses de pensions à la cause de son initiative contre les rémunérations abusives. L'initiative n'a eu aucun effet sur les salaires des dirigeants, mais elle a eu un impact sur le comportement de placement des moyennes et petites caisses de pensions. Ces dernières ont recomposé leur portefeuille en faveur des instruments collectifs afin d'éviter de nouvelles dépenses sans retour.

La liste commencée ici est loin d'être exhaustive. La conclusion est simple. Plus on veut atteindre d'objectifs avec le capital de prévoyance, plus le risque de conflits d'objectifs est grand.

5. Tout le monde attend avec impatience la première rente, mais personne ne se soucie de la prévoyance vieillesse

Un dernier phénomène est celui de l'étonnante indifférence avec laquelle les intéressés s'occupent (ou non) de leur prévoyance vieillesse. Cette ignorance commence dès le plus jeune âge. On peut avoir terminé l'école obligatoire, un apprentissage ou même un diplôme universitaire en Suisse sans avoir jamais entendu parler de la prévoyance vieillesse, qui devrait pourtant occuper une place de choix dans l'instruction civique.

Plus tard dans la vie, les assurés doivent faire face à deux problèmes. Les informations fournies par les institutions de prévoyance sont souvent rédigées dans un jargon tellement technique qu'il faut une bonne dose de masochisme pour les lire. Les fournisseurs d'informations traditionnels, tels que les journaux et la télévision, souffrent du problème contraire, à savoir que leurs journalistes qui traitent le sujet ont souvent un bagage de connaissances techniques relativement léger en la matière. Il en résulte des constellations difficiles au moment des votations (point 1).

L'Association suisse des institutions de prévoyance ASIP a fait de gros efforts ces dernières années pour intensifier la diffusion d'informations neutres à la population. La jeune génération, en particulier, doit être approchée sur un ton ludique lorsqu'on veut lui fournir des informations sur cette question. |

Peter Schnider



Séverine Arnold, 38 ans, mariée et mère d'un garçon de 3 ans, Professeure ordinaire en Sciences actuarielles à l'Université de Lausanne. Elle enseigne les thèmes des assurances sociales et de la prévoyance professionnelle en formation bachelor et master auprès de la Faculté des HEC. Depuis un an, Madame Arnold siège aussi dans la Commission de haute surveillance de la prévoyance professionnelle (CHS-PP).

Visions et choix à l'épreuve de la réalité

Notre système de prévoyance voire notre société tout entière sont actuellement mis à rude épreuve face à des évolutions démographiques, financières et techniques rapides. Faisons le point avec Prof. Dr. Séverine Arnold de l'Université de Lausanne qui s'engage professionnellement dans le domaine de la prévoyance.

Madame Arnold, comment êtes-vous entrée dans le monde de la prévoyance professionnelle?

Séverine Arnold: il y a dix ans, j'ai travaillé une année en tant qu'actuaire auprès d'une firme de conseil en matière de prévoyance. Je faisais des calculs actuariels en lien avec différentes caisses de pensions.

Quelles leçons avez-vous pu tirer de ce travail?

Ce qui m'a frappé était la complexité du système. La théorie vue en cours lorsque j'étais étudiante était bien plus simple que les cas réels rencontrés, ces cas réels ayant de nombreuses particularités. Il fallait être quelque peu créatif en calculant par exemple les primes et les réserves.

Que pensez-vous de l'état actuel de la prévoyance en Suisse?

Je ne m'inquiète pas particulièrement pour le 2^e pilier. Oui, les changements techniques sont massifs: je pense à l'intelligence artificielle, à l'apprentissage automatique. Nous devons apprendre à intégrer ces avancées technologiques dans la gestion du 2^e pilier. Mais les fondements de la prévoyance n'en seront pas impactés.

Y-a-t-il encore de la place pour la solidarité dans ce nouveau système?

On observe une forte individualisation du système au détriment de la solidarité. Autrefois, la solidarité était non seulement valorisée dans l'AVS mais aussi dans le 2^e pilier, surtout en primauté de prestations.

Comment ce système individualiste va-t-il évoluer?

Nous devons agir sur le taux de conversion et l'âge de la retraite. Mais ces actions doivent être acceptées par le peuple. Le système doit d'un côté continuer à garantir une vie décente à la retraite tel qu'il est stipulé dans la constitution, mais également être viable sur le long terme. Au niveau technique, il est facile de trouver des solutions. Mais on doit aussi garder en tête que le 2^e pilier reste une institution sociale.

Vous donnez des cours à l'université en assurances sociales et prévoyance professionnelle. Quel est votre message principal à vos étudiants?

J'aimerais qu'ils comprennent bien toutes les implications et toutes les relations qui existent entre les différents domaines de la prévoyance, entre les différents types d'assurance. Une décision dans un domaine a toujours des conséquences dans d'autres domaines. Je parle aussi beaucoup de l'impact des différents systèmes de financement. Il n'existe pas un système meilleur que les autres. Ils ont tous des caractéristiques très différentes. S'ils sont correctement mis en place, ils sont tous viables sur le long terme. Le choix d'un système de financement est donc une question de vision et de préférence, qui dépend aussi de la situation économique et démographique du moment.

Vous êtes aussi membre de la CHS-PP.

Le travail dans la commission me plaît beaucoup: elle est mon lien avec la pratique. Dans le cadre de mes travaux de recherche, j'aime étudier des questions pertinentes pour notre société. A travers le travail dans la commission, je perçois mieux les défis

«Le plus grand défi n'est pas d'être une femme ou un homme, mais d'être une mère ou un père, d'être parents.»

concrets auxquels doit faire face la prévoyance et les questions qui sont, pour le moment, encore sans réponse.

A quels défis vous voyez-vous confrontée en tant que femme dans le 2^e pilier?

Je n'ai jamais ressenti d'obstacles ou de discrimination par rapport au fait d'être une femme dans le monde de la prévoyance. Au contraire, j'ai probablement été nommée à la CHS-PP entre autres parce que j'étais une femme, et une femme francophone de plus. Cependant, tout change quand on devient maman. C'est à ce moment-là que les femmes rencontrent des obstacles dans le monde du travail.

Et en tant que professeure ordinaire dans le monde universitaire?

J'ai sciemment choisi de devenir d'abord professeure ordinaire avant d'avoir un enfant. En tant que professeure à l'université notre succès est mesuré par rapport au nombre et à la qualité de nos publications scientifiques. Cependant quand je suis tombée enceinte, automatiquement, je n'étais plus capable de la même performance académique.

Pourquoi?

Être enceinte n'est pas que source d'épanouissement. Au contraire, on est fatiguée. On a des douleurs. Notre performance diminue. Puis vient le congé maternité pendant lequel il est impossible de démarrer de nouveaux projets. On vit beaucoup de nuits blanches, la fatigue s'accumule. C'est toujours compliqué de revenir à son poste de travail. Il faut bien s'organiser et cela prend du temps pour trouver son nouveau rythme, dans mon cas, une bonne année.

Comment conciliez-vous vie professionnelle et vie privée?

Après mon congé maternité, j'ai repris mon travail à 100%. Je ne peux pas être professeure à temps partiel. Si je tombais en dessous de 80%, je perdrais même mon titre académique de professeure ordinaire. Mon mari est enseignant dans un gymnase. Après la naissance de notre fils, il a réduit son taux d'activité. Nous mettons aussi notre garçon à la crèche depuis qu'il est petit. Cependant, une fois à la crèche, les petits sont souvent

Pour en savoir plus:

Dans son édition de mars 2021, la «Prévoyance Professionnelle Suisse» (PPS) se penche sur le défi de la longévité et les différents modèles de mortalité. Nous en avons aussi parlé avec Séverine Arnold. Vous trouvez cette partie de l'entrevue sur notre site web: <https://vps.epas.ch/fr/nos-revues-en-un-coup-doeil/prevoyance-professionnelle-suisse/extra>.



Webinaire en direct

Développement continu de l'AI: questions sur la mise en œuvre pratique dans les régimes de pension

Mercredi 19 mai 2021, 13h30 – 15h00

Le développement continu de l'AI doit entrer en vigueur le 1^{er} janvier 2022. La réforme a pour objectif d'améliorer le système d'assurance invalidité, en partant du principe du renforcement de la réintégration. L'accent est mis sur un soutien et une gestion plus intensifs en cas d'infirmités congénitales, un soutien ciblé pour les jeunes en transition vers la vie professionnelle et une intensification du suivi des personnes souffrant de troubles psychiques. Mais quel est le rapport avec les institutions de prévoyance? Beaucoup!

Nous abordons les questions de mise en œuvre relatives à la révision de la LAI avec le webinaire qui portera sur les effets du développement continu de l'AI pour les caisses de pension.

Parmi les questions à traiter lors de la mise en œuvre pratique, on peut citer

- Qu'est-ce qui change? (Vue d'ensemble)
- Système de rente linéaire
- Adaptation des pensions actuelles (dispositions transitoires, révision)
- Nécessité d'adapter les règlements des institutions de prévoyance

Groupe cible

Le webinaire s'adresse aux membres des organes paritaires, aux gérants/gérantes et collaborateurs/collaboratrices des institutions de prévoyance

Intervenantes et intervenants

Jürg Brechbühl, licencié en droit, 2012 – 2019
Directeur de l'Office fédéral des assurances sociales, Conseiller juridique auprès de Prof. Dr. Marc Hürzeler GmbH, Président du Conseil de fondation de la fondation de placement Adimora, Membre du Conseil de surveillance de la caisse de compensation et de l'Office IV du canton de Berne

Sylvie Pétremand, Dr. iur., Conseillère juridique auprès de Prof. Dr. Marc Hürzeler GmbH, Chargée de cours de droit assurances sociales à l'Université Lausanne, Juge cantonale suppl. à la Cour des assurances sociales du Tribunal cantonal vaudois, Membre de la Commission fédérale pour la prévoyance professionnelle

Vous trouverez de plus amples informations sur vps.epas.ch. Sous réserve de modifications du programme.

Programme

Après une introduction avec deux courtes présentations, les participants auront l'occasion de poser des questions

Coûts

Fr. 85.- par participant(e)

Inscription

Les personnes intéressées peuvent s'inscrire sur notre page d'accueil. Les participants inscrits recevront à l'avance un lien web pour accéder à la plateforme de formation vps.epas.

Inscription sur vps.epas.ch

Renseignements

Beatrice Steiner
+41 (0)41 317 07 48
bs@vps.epas.ch
vps.epas.ch

«Il faudrait mieux prendre en compte le temps partiel et attaquer le problème du seuil d'accès.»

malades. Dans ce cas, l'un des deux parents doit rester à la maison. Comme il m'est un peu plus difficile de manquer mes cours, c'est généralement mon mari qui s'annonce absent à son travail et qui assure la garde de notre enfant quand il est malade. Cet engagement implique mon mari fortement dans son rôle de père.

Comment considérez-vous l'état d'émancipation des femmes dans notre société en Suisse aujourd'hui?

Nous avons longtemps vécu avec une vision archaïque: l'homme travaille et la femme s'occupe de la maison. Aujourd'hui, cette vision a partiellement changé: il est largement accepté que la femme travaille elle-aussi. Cependant, en parallèle, notre société a encore de la peine à accepter que les hommes s'investissent dans leur vie de famille, alors que de nombreux papas souhaiteraient aussi s'occuper de leurs enfants. Pour beaucoup d'hommes, il est impossible de passer à un temps partiel, leur employeur ne le leur permettant pas.

Quel est le plus grand défi par rapport à ces inégalités entre hommes et femmes?

Le plus grand défi n'est pas d'être une femme ou un homme, mais d'être une mère ou un père, d'être parents. Il est évident qu'une femme est plus impactée qu'un homme durant la grossesse et les premiers mois de vie de l'enfant avec l'allaitement, etc., et ce pour des raisons biologiques. Mais rapidement, les hommes peuvent et beaucoup veulent s'investir. Qu'on soit homme ou femme, père ou mère, on rencontre les mêmes difficultés pour concilier vie professionnelle avec vie familiale.

Quels effets au détriment de la gente féminine discernerez-vous dans les trois piliers de notre prévoyance?

Il est prouvé que dans l'AVS il n'y a quasi pas de discrimination des femmes par rapport aux hommes en regard du niveau

des rentes. Les rentes sont en effet plafonnées et l'on peut cotiser même si on ne travaille pas afin de ne pas avoir de lacunes dans la couverture d'assurance. Dans le 2^e pilier, le gender pension gap se situe toujours aux alentours des 60%. Mais ce n'est pas un problème spécifique aux femmes parce qu'elles sont des femmes. Mais parce qu'elles travaillent très souvent à temps partiels après la naissance de leurs enfants. Les femmes célibataires sans enfants perçoivent des rentes du 2^e pilier en moyenne équivalentes à celles touchées par les hommes célibataires, car elles travaillent généralement à 100%. En regard du 3^e pilier, les

«J'ai l'impression que la solidarité ne reviendra pas vraiment à la mode.»

femmes cotisent généralement moins que les hommes, leurs revenus étant plus bas de par leur taux d'activité réduit. Et donc, nécessairement, les rentes du 3^e pilier versées aux femmes sont plus faibles que pour les hommes.

Qu'en est-il des hommes dans ce calcul?

Le problème serait le même s'il y avait plus d'hommes à temps partiel. Il s'agit là d'un défi par rapport à la déduction de coordination et du seuil d'accès que l'on devrait sensiblement baisser, ou encore adapter au taux d'activité, voire éliminer. La question du temps partiel va se démocratiser de plus en plus. Notre société est en train de changer. On s'éloigne du modèle de famille classique qui forme le contexte dans lequel la LPP a été fondée.

Est-ce que ces désavantages peuvent être diminués voire même éliminés à travers les projets de réforme de l'AVS 21 et de celui pour la LPP?

L'AVS 21 n'agit quasiment pas sur le temps partiel. Dans le 2^e pilier, le projet

de réforme du Conseil fédéral prévoit de réduire de moitié la déduction de coordination. C'est un premier pas qui va clairement aider. Mais il faudrait mieux prendre en compte le temps partiel et attaquer le problème du seuil d'accès.

Le système des trois piliers se trouve à un carrefour. D'après votre expérience quelle évolution subira la prévoyance suisse les prochaines années?

J'imagine des adaptations progressives. Vis-à-vis des types de carrière, je prévois plus de temps partiel, le cumul de plusieurs emplois, plus de changements avec des carrières moins linéaires. Je pense qu'il faudra davantage de flexibilité en fin de carrière pour passer à une retraite progressive. De plus, nous devons mieux prendre en compte les indépendants et les nouvelles formes d'emploi comme le travail sur plateforme tel que l'ubérisation. J'ai l'impression que la solidarité ne

reviendra pas vraiment à la mode, le système deviendra de plus en plus individualiste. J'ai cependant de la peine à voir des révolutions, comme le libre choix de sa caisse de pensions. |

Entrevue: Anne Yammine

Photos: Véronique Botteron



Visionen und Entscheidungen im Realitätscheck

Unser Vorsorgesystem ist demografisch, finanziell und auch technisch stark gefordert. Es muss der aktuellen gesellschaftlichen Realität angepasst werden. Wir müssen den Umwandlungssatz und das Rentenalter anpassen, Teilzeitarbeit bei Frauen und Männern stärker berücksichtigen und die Eintrittsschwelle im BVG angehen. Dies einige Kernpunkte eines Interviews mit Séverine Arnold, Professorin an der Uni Lausanne.

Séverine Arnold stiess vor zehn Jahren in die Welt der beruflichen Vorsorge vor. Sie arbeitete damals als Aktuarin bei einer Beratungsfirma in Vorsorgefragen. Am meisten beeindruckt war und ist sie noch heute von der Komplexität des Systems. Dieses steht vor «massiven technischen Veränderungen». Dabei denkt Arnold an künstliche Intelligenz und maschinelles Lernen. Ihrer Meinung nach «müssen wir lernen, die technologischen Fortschritte in die Verwaltung der 2. Säule zu integrieren.»

Zunehmende Individualisierung verdrängt Solidarität

Früher wurde Solidarität in der AHV noch grossgeschrieben, aber auch in der 2. Säule, vor allem im Leistungsprimat. Heute sieht Arnold «eine starke Individualisierung zulasten der Solidarität». Auch ein individualisiertes System müsse weiterhin «ein Leben in Würde auch nach der Pensionierung garantieren können». Es müsse aber auch «langfristig lebensfähig sein».

Anpassungen im System, wie beim Umwandlungssatz und beim Rentenalter, müssen vom Volk akzeptiert und mitgetragen werden. Dabei dürfe nicht vergessen werden, «dass die 2. Säule eine soziale Institution bleibt».

Als Frau in der Welt der 2. Säule

Séverine Arnold ist Mitglied in der Oberaufsichtskommission Berufliche Vorsorge (OAK BV). Ihre Arbeit in diesem Rahmen gefällt ihr sehr: «Sie ist mein Link zur Praxis. Durch die Arbeit in der Kommission nehme ich viel besser die konkreten Herausforderungen wahr, denen die Vorsorge sich stellen muss, und welche Fragen noch unbeantwortet sind.» Die Professorin, die Aktuarwissenschaften lehrt, hat bisher als Frau in der Welt der beruflichen Vorsorge weder Hindernisse noch Diskriminierung erlebt. Im Gegenteil: Sie ist davon überzeugt, dass sie in die OAK BV gewählt wurde, gerade weil sie eine Frau ist.

Eltern werden und weiterarbeiten

Schwierig werde es erst, wenn aus der Frau eine Mutter wird. Arnold hat bewusst zuerst ihre Karriere vorangetrieben, bevor sie schwanger wurde. Sie war bereits ordentliche Professorin, als ihr Sohn zur Welt kam. Die Schwangerschaft war nicht nur ein erfüllender Schritt der Selbstverwirklichung: «Als ich schwanger wurde, war ich automatisch nicht mehr zur gleichen akademischen Performance fähig.»



Séverine Arnold, 38, verheiratet und Mutter eines 3-jährigen Knaben, ordentliche Professorin in Aktuarwissenschaften an der Universität Lausanne. Sie unterrichtet Themen der Sozialversicherungen und der beruflichen Vorsorge im Bachelor- und Master-Studiengang an der Fakultät HEC. Seit einem Jahr ist Arnold auch Mitglied der Oberaufsichtskommission Berufliche Vorsorge (OAK BV).

Auch während des Mutterschaftsurlaubs war es Frau Arnold nicht möglich, neue Projekte zu lancieren. Genauso war es schwierig, nach dem Mutterschutz zurück in die Arbeitswelt zu kommen. Sie und ihr Mann mussten sich gut organisieren. Um ihren Professorintitel nicht zu verlieren, musste Arnold mindestens 80% arbeiten. Sie wählte gar 100%. Wenn ihr Sohn krank ist, bleibt meist ihr Mann zuhause, der als Gymnasiallehrer sein Pensum reduziert hat und etwas flexibler ist, was unvorhergesehene Absenzen angeht.

Arnold betont, dass längst nicht alle Männer, die sich mehr in die Kinderbetreuung einbringen möchten, auch Teilzeit arbeiten können: «Oftmals erlaubt dies der Arbeitgeber nicht.» Arnold ist überzeugt, «die grösste Herausforderung ist es nicht, eine Frau oder ein Mann zu sein, sondern Mutter oder Vater, das heisst Eltern.» Die archaische Vision, dass der Mann arbeitet und die Frau zuhause bleibt, sei längst überholt: «Männer können und wollen sich mehr einbringen.» Es sei für Frauen und Männer

«Die grösste Herausforderung ist es nicht, eine Frau oder ein Mann zu sein, sondern Mutter oder Vater, das heisst Eltern.»

gleichermassen schwer, Familie und Beruf in Einklang zu bringen.

Verbesserungen durch die aktuellen Reformen?

Der Gender Pension Gap in der 2. Säule liegt bei rund 60%. Aber gemäss Arnold ist dieser «nicht ein spezifisches Problem der Frauen», sondern liegt darin begründet, dass «sie nach der Geburt ihrer Kinder sehr häufig in Teilzeit arbeiten». Arnold ist davon überzeugt, dass «sich die Teilzeitfrage zunehmend demokratisieren wird». Unsere Gesellschaft befindet sich im Wandel: «Wir entfernen uns vom klassischen Familienmodell, in dessen Kontext das BVG geschaffen wurde.»

Das Reformprojekt des Bundesrats für die 2. Säule sieht vor, den Koordinationsabzug zu halbieren. Arnold erkennt darin einen ersten Schritt, «aber es wäre besser, man würde der Teilzeitarbeit mehr Beachtung schenken und das Problem der Eintrittsschwelle angehen».

Für die Zukunft würde Arnold «progressive Anpassungen» vorschlagen. Sie ist überzeugt, dass es mehr Teilzeitarbeit geben wird. Ausserdem wür-

den mehrere Jobs kumuliert und die Karrieren immer weniger linear ablaufen. In ihren Augen wird «es noch mehr Flexibilität brauchen, um einen schrittweisen Eintritt in den Ruhestand gewährleisten zu können». Revolutionen wie die freie Pensionskassenwahl werde es jedoch wohl keine geben. |

Interview: Anne Yammine
Foto: Véronique Botteron



Dieser Artikel ist Teil einer Serie über das Thema Frauen in der beruflichen Vorsorge. Im Rahmen dieser Serie präsentieren wir Porträts von Frauen, die in der 2. Säule arbeiten, und analysieren das Thema Frauen und ihre berufliche Vorsorge in der Schweiz.

Weiterführende Informationen

Die «Schweizer Personalvorsorge» (SPV) befasst sich in ihrer Märzausgabe 2021 mit der Herausforderung der Langlebigkeit und den verschiedenen Sterblichkeitsmodellen. Wir haben auch dies mit Séverine Arnold besprochen. Diesen Teil des Interviews finden Sie auf unserer Website: vps.epas.ch/unsere-zeitschriften-im-ueberblick/schweizer-personalvorsorge/extra

WERBUNG

PUBLICITÉ

Da sein, wenn es drauf ankommt.

Wir sind aktiv daran, die Folgen von COVID-19 für unsere Kunden und deren Versicherte einzuschätzen und potenzielle Schäden zu begrenzen. Stellenabbau führt häufig zu psychischen Belastungen – eine rasche, gezielte Hilfestellung kann dazu beitragen, dass die Arbeitsunfähigkeit verkürzt und eine Invalidität verhindert wird. Dafür setzen wir uns ein.

Erfahren Sie mehr unter
pkruock.com/wir-kuemmern-uns

pkruock



Luis Freitas de Oliveira,
Portfolio Manager, Genf

Welche Faktoren werden Emerging-Market-Anleihen 2021 antreiben?

Erfahren Sie von Capital Group Portfolio Manager Luis Freitas de Oliveira, wie er die Assetklasse sieht

Der Markt scheint sehr optimistisch zu sein für das globale Wachstum. Teilen Sie die Konsenseinschätzung? Und was bedeutet das für Emerging-Market-Anleihen?

Ich schätze die Weltkonjunktur genauso ein wie der Marktkonsens. Die Pandemie war schmerzhaft und schwierig, doch im Vergleich zu früheren Krisen wurde diesmal sehr viel weniger Kapital zerstört, und auch das Finanzsystem hat weiterhin funktioniert. Da das Ende der Pandemie jetzt absehbar scheint, könnte sich die Weltwirtschaft deutlich erholen. Plausibel finde ich auch die Konsenseinschätzung, dass die USA dabei eine wesentliche Rolle spielen werden. Wegen ihrer Grösse und ihres Leistungsbilanzdefizits sorgen sie weltweit für Wachstum.

Dieser optimistische Ausblick mit den USA als Wachstumsmotor ist besonders gut für die stark konjunkturabhängigen Emerging-Market-Anleihen. In den Schwellenländern sorgt Wachstum für steigende Einkommen. Die Staatsfinanzen stabilisieren sich; Zahlungsbilanzkrisen werden unwahrscheinlicher. Alles in allem dürfte eine starke Weltwirtschaft die Risikoprämien von Emerging-Market-Anleihen sinken lassen.

Welche Anlagechancen sehen Sie heute bei Emerging-Market-Anleihen?

Alles in allem halte ich die steigende Kreditqualität konjunktursensitiver Länder für eine echte Chance. Um sie zu nutzen, kann man beispielsweise in höher verzinsliche US-Dollar-Titel investieren. Im Lokalwährungsbereich halten wir viele Währungen für interessant und schätzen

auch den attraktiven Zinsvorsprung. Bei Lokalwährungsanleihen lohnt sich eine längere Duration eher als bei Hartwährungstiteln, vor allem bei Ländern mit Leistungsbilanzüberschüssen.

Bei genauerem Hinsehen erweist sich der Markt für US-Dollar-Anleihen aber als zweigeteilt. Die Investment-Grade-Titel – etwa 60% – haben hier meist eine längere Duration. Sie reagieren auf die US-Renditen und haben sehr enge Spreads – eine klassische defensive Anlage. Sie scheinen mir aber teuer, und ich sehe kaum wirkliche Chancen. Allerdings sind die High-Yield-Spreads im Verhältnis zu den Investment-Grade Spreads zurzeit hoch wie selten. Höher verzinsliche US-Dollar-Anleihen scheinen daher recht interessant, zumal sie auch eine kürzere Duration haben und deshalb weniger stark auf Renditeänderungen in den USA reagieren. Hochverzinsliche US-Dollar denominierte Emerging-Market-Anleihen sind das konjunktursensitivste Marktsegment. Entsprechend stark können sie von einer Reflation profitieren.

Bei Lokalwährungsanleihen scheinen mir länger laufende asiatische Titel aus Ländern mit Leistungsbilanzüberschüssen interessant, etwa aus China und Malaysia. In Ländern, wo wir neben dem Zinsvorsprung auch die Währung schätzen, uns aber die Inflationserwartungen Sorgen machen, kommen auch inflationsindexierte Titel oder eine sehr kurze Duration infrage. Beispiele sind Brasilien und die Türkei.

Unternehmensanleihen scheinen nach ihren zuletzt enormen Gewinnen hingegen weniger attraktiv. Noch immer eignen sie sich aber zur Diversifikation. Vor allem bei einer kürzeren Duration bieten sie einen gewissen Renditevorsprung gegenüber den laufzeitgleichen Staatsanleihen.

Wie positionieren Sie sich für die Erholung von COVID-19?

Drei Punkte scheinen mir hier wichtig: Erstens dürften stark exportorientierte Länder, vor allem Güterproduzenten, grosse Fortschritte machen, wenn sich der Welthandel wirklich erholt. Stark vom Tourismus abhängige Länder, und das ist mein zweiter Punkt, schätze ich aber zurückhaltender ein. Grundsätzlich glaube ich zwar, dass Menschen auch nach Corona noch reisen wollen, doch könnte die Erholung Zeit brauchen – und vielleicht kommen auch wieder neue Restriktionen. Der grösste Unsicherheitsfaktor, und das wäre drittens, sind aber die politischen Folgen von Corona. Sicher dürfte es den Schwellenländern vergleichsweise leichtfallen, die expansive Geld- und Fiskalpolitik wieder herunterzufahren, da sie es von Anfang an nicht übertrieben haben. Ich fürchte aber, dass einige Regierungen wegen ihres Umgangs mit der Pandemie stark unter Druck geraten. Politische Instabilität würde dann wahrscheinlicher.

In den letzten zehn Jahren hat die Wechselkursentwicklung Lokalwährungsanleihen sehr geschadet. Was erwarten Sie in nächster Zeit vom US-Dollar, und wie schätzen Sie die Bewertungen der Emerging-Market-Währungen ein?

In meinem Basisszenario bleibt der Dollar schwach. Aber das könnte sich ändern, wenn die Finanzbedingungen in den USA unerwartet schnell straffer werden.

Die Emerging-Market-Währungen scheinen attraktiv, weil sie sich vom Ausverkauf im letzten Jahr bislang nur zum Teil erholt haben. Allerdings gibt es Bewertungsunterschiede. Es überrascht nicht, dass vor allem die Währungen von Ländern mit Leistungsbilanzüberschüssen überbewertet sind. Wie sich deren Wechselkurse weiterhin entwickeln, hängt vor allem vom US-Dollar ab. Auf der anderen Seite gibt es Währungen mit hohen länderspezifischen Risiken, denen

ein schwacher Dollar natürlich mehr hilft. So oder so: Die dazugehörigen Anleihen bieten entweder einen grossen Zinsvorsprung oder steile Zinsstrukturkurven – oder sie sind einfach nur sehr günstig bewertet.

Wo sehen Sie die grössten Risiken für die Anlageklasse?

Ich sehe vor allem zwei Risiken. Wenn die Weltwirtschaft stärker wächst als erwartet, könnten die Finanzbedingungen straffer werden. Wenn dies zu schnell passiert, würde es den Schwellenländern schaden. Man muss also sehr genau auf die Reaktionsfunktion der Notenbanken achten.

Das zweite Risiko ist die Inflation. In meinem Hauptszenario dauert es aber noch mindestens einige Monate, wenn nicht ein gutes Jahr, bis man sich darüber wirklich Sorgen macht. Für mich ist das Inflationsrisiko vor allem für die Durationssteuerung relevant. In US-Dollar denominierte Titeln setze ich auf eine kurze Duration, und bei länger laufenden Lokalwährungspapieren bin ich sehr selektiv.

Beim Risikomanagement kommt es für mich auf angemessene Positionsgrössen, Diversifikation und Liquidität an.

Welche Auswirkungen hatte die Aufnahme Chinas in den JPMorgan GBI-EM Index?

Als fundamentaler Investor orientiert man sich immer gern an der Realwirtschaft. Je genauer die Indizes die Welt abbilden, desto besser ist es also. China ist die zweitgrösste Volkswirtschaft der Welt, mit einem riesigen Finanzmarkt. Der einzige Grund, weshalb wenig in chinesische Anleihen investiert wurde, war die Marktinfrastruktur. Aber jetzt wird dereguliert. Da ist es nur folgerichtig, dass China im Anlageuniversum stark vertreten sein sollte. Die Auswirkungen auf den Index sind hingegen nicht so gross, wie man hätte meinen können. Die chinesischen Renditen sind nämlich nicht niedriger als die anderer Investment-Grade Länder.

Die Aussagen einer bestimmten Person geben deren persönliche Einschätzung am Tag der Veröffentlichung wieder. Sie entspricht möglicherweise nicht der Meinung anderer Mitarbeiter der Capital Group oder ihrer Tochtergesellschaften.

Risikofaktoren, die vor einer Anlage zu beachten sind:

- Dies ist keine Investmentberatung oder persönliche Empfehlung.
- Der Wert von Anlagen und Erträgen kann schwanken, sodass Anleger ihr investiertes Kapital möglicherweise nicht oder nicht vollständig zurückerhalten.
- Die Ergebnisse der Vergangenheit sind kein Hinweis auf künftige Ergebnisse.
- Wenn Ihre Anlagewährung gegenüber der Währung aufwertet, in der die Anlagen des Fonds denominated sind, verliert Ihre Anlage an Wert.
- Je nach Strategie können Risiken bei Investitionen in festverzinslichen Wertpapieren, Derivaten, Emerging-Market- und/oder High-Yield-Anleihen auftreten. Emerging-Market-Anlagen sind volatil und ggf. auch illiquide.

Dieses Dokument wurde von Capital International Sàrl, einem von der Eidgenössische Finanzmarktaufsicht (FINMA) genehmigten und regulierten Unternehmen, erstellt. Capital International Sàrl ist eine Tochtergesellschaft von Capital Group Companies, Inc. (Capital Group). Die Capital Group trifft angemessene Massnahmen, um Informationen aus Drittquellen zu beziehen, die sie für verlässlich hält. Das Unternehmen gibt aber keine Garantie und übernimmt keine Verantwortung für die Richtigkeit, Verlässlichkeit oder Vollständigkeit der Informationen. Sie sind weder umfassend noch eine Anlage-, Steuer- oder sonstige Beratung.

Gregor Gubser, Redaktor «Schweizer Personalvorsorge»

Alle für einen und jeder für sich

Jede Versicherung baut auf dem Prinzip der Solidarität auf. Das Versichertenkollektiv tritt gemeinsam für Schäden Einzelner ein. Noch ausgeprägter ist die Solidarität in obligatorischen Sozialversicherungen wie der Altersvorsorge. Staatlich verpflichtet sind beispielsweise alle in der Schweiz wohnhaften Personen der AHV unterstellt – unabhängig davon, ob sie arbeiten oder nicht. Die AHV soll allen im Alter die Existenz sichern. Dazu wird sie sowohl mit Beiträgen von Erwerbstätigen und ihren Arbeitgebern und Nichterwerbstätigen als auch über Steuern finanziert. Das Versichertenkollektiv ist also die ganze Bevölkerung. In der beruflichen Vorsorge nach BVG setzt sich das Kollektiv selektiver zusammen. Versichert sind nur Erwerbstätige, deren Einkommen über der Eintrittsschwelle liegt. Die Erwerbstätigen sind zudem in einzelnen Vorsorgeeinrichtungen versichert.

Sowohl in der AHV als auch im BVG gibt es verschiedene Solidaritäten (siehe Darstellung). Diese sind mehrheitlich gewollt und werden von der Bevölkerung getragen. Doch auch Solidarität hat ihre Grenzen. Bekommen einzelne Personen oder bestimmte Bevölkerungsgruppen den Eindruck, dass sie systematisch und über Gebühr einzahlen, dann fühlen sie sich benachteiligt und bekommen Zweifel am System. Sind es nur einzelne Personen, die so empfinden, ist das noch keine Gefahr für das System. Findet sich aber eine grössere Gruppierung, die nicht mehr bereit ist, das System mitzutragen, könnte dies dank demokratischen Instrumenten Folgen für das System haben.

Damit es nicht soweit kommt, gibt es aber auch Elemente in der Altersvorsorge, die dem Individuum einen gewissen Spielraum gewähren. Namentlich sind das der Kapitalbezug in



«Solidaritäten sind mehrheitlich gewollt und werden von der Bevölkerung getragen.»

der beruflichen Vorsorge oder die Säule 3a. In beiden Fällen steht dem Versicherten nach der Pensionierung Kapital zur Verfügung, das er nach eigenem Gutdünken einsetzen und sogar vererben kann.

Zusätzlich wäre denkbar, in der beruflichen Vorsorge die Umwandlungssätze zu individualisieren. Angefangen beim Geschlecht (tiefere Lebenserwartung der Männer) und dem Zivilstand (Alleinstehende lösen keine Hinterlassenenleistungen aus) bis hin zum individuellen Verhalten (z. B. haben Raucher eine kürzere Lebenserwartung). Würde man aber damit anfangen, ist nicht absehbar, wo die Individualisierung enden soll, und die Gefahr, jegliche Solidarität zu untergraben, wäre gross.

Bei Versicherten mit höherem Einkommen besteht – je nach Vorsorgeeinrichtung – die Möglichkeit von 1e-Plänen. Dabei kann nebst dem Kapitalbezug auch schon während des Sparprozesses individuell entschieden werden, ob eine riskantere Anlagestrategie verfolgt werden soll.

Hier zeigt sich die Kehrseite der Medaille: Zwar können individuelle Entscheidungen getroffen werden, aber auch das damit verbundene Risiko trägt der Versicherte allein. Jedenfalls fast. Sollten nämlich alle Stricke reissen und in Folge unglücklicher Umstände das Einkommen die notwendigen Ausgaben nicht mehr decken können, kommt schliesslich wieder die Solidarität zum Tragen: die steuerfinanzierten Ergänzungsleistungen.

Wir dürfen uns also glücklich schätzen, in einem Land zu wohnen, in dem unsere Altersvorsorge solidarisch gesichert wird und in dem wir dennoch den einen oder anderen Entscheid individuell treffen dürfen. |

WERBUNG

PUBLICITÉ

Risiko Check-up 2021

Gewinnen Sie wertvolle Erkenntnisse dank der kostenfreien, kassenindividuellen Auswertung.

Teilnehmen auf www.complementa.ch

complementa
Investments • Wissen • Werte

Save the date!
8. Sept. 2021
Präsentation
der Studie in
Zürich

Solidarische und individuelle Elemente in der Altersvorsorge

Solidarisch

Individuell

AHV

Umlageverfahren

Die Beiträge der Erwerbstätigen werden laufend den Rentnern ausgerichtet.

Jung → Alt (Generationensolidarität)

BVG

Invalidenleistungen

Wer eine Invalidenrente bezieht, dem öffnet die Pensionskasse weiterhin das Altersguthaben.

Gesunde → Invalide

AHV BVG

Geschlechtersolidarität

Frauen haben die höhere Lebenserwartung, Männer hinterlassen häufiger jüngere Partnerinnen.

Frauen ↔ Männer

BVG

Kapitalbezug

Wer sich sein Alterskapital auszahlen lässt, entzieht der Pensionskasse Kapital und hofft, individuell mehr davon zu profitieren.

AHV BVG

Hinterlassenleistungen

Witwen und Waisenrenten oder Kapitalabfindungen für Hinterlassene.

Alleinstehende → Paare/Familien

BVG

Kapitaldeckungsverfahren

Alterskapital wird basierend auf den individuellen Beiträgen gebildet und individuell in eine Rente umgewandelt oder als Kapital ausgerichtet. Das Anlagerisiko wird solidarisch getragen.

AHV BVG

Langlebigkeit

Wer früher stirbt, bezieht weniger Rente. Wer länger lebt, bezieht mehr Rente. Arme sterben früher als Reiche.

Früh Versterbende → Lang Lebende

3a

Individuelle Vorsorge

Jeder spart für sich und kann darüber hinaus Steuern sparen.

AHV

Maximale Rente

Die AHV-Renten sind nach oben begrenzt. Beiträge werden auf unbegrenzt hohen Löhnen erhoben.

Reich → Arm

BVG

Pensionierungsverluste

Bei Pensionierungen mit zu hohem Umwandlungssatz entstehen Pensionierungsverluste, die von den aktiven Versicherten gedeckt werden.

Jung → Alt

AHV

Beiträge für Ehegatten

Übersteigen die Beiträge des erwerbstätigen Ehegatten den doppelten Minimalbeitrag, gilt auch die Beitragspflicht des nichterwerbstätigen Ehegatten als erfüllt.

Alleinstehende → Verheiratete

AHV

Plafonierte Eherenten

Beziehen beide Ehepartner eine AHV-Rente, werden diese zusammen auf das 1.5-Fache begrenzt.

Verheiratete → Alleinstehende

BVG

1e-Pläne

Das Anlagerisiko (sowie die Chancen) wird auf den einzelnen Versicherten übertragen.

AHV

Erziehungsgutschriften

Wer sich um Kinder oder betreuungsbedürftige Angehörige kümmert, erhält Erziehungs- oder Betreuungsgutschriften.

Gesellschaft → Betreuende

Gregor Gubser, rédacteur de la «Prévoyance Professionnelle Suisse»

Tous pour un et chacun pour soi

Toute police d'assurance est basée sur le principe de la solidarité. Le collectif des assurés indemnise conjointement les pertes des individus. La solidarité est encore plus prononcée dans les régimes d'assurance sociale obligatoire tels que l'assurance vieillesse. Par exemple, toutes les personnes vivant en Suisse sont soumises à l'AVS par obligation étatique – qu'elles travaillent ou non. L'AVS a pour but de garantir le minimum vital à toute personne dans la vieillesse. À cette fin, elle est financée par les cotisations des personnes exerçant une activité lucrative et de leurs employeurs, ainsi que par celles des personnes sans activité lucrative et par des recettes fiscales. Le collectif d'assurés est donc l'ensemble de la population. Dans la prévoyance professionnelle sous le régime de la LPP, le collectif présente une composition plus sélective. Seuls les salariés dont le revenu est supérieur au seuil d'entrée sont assurés. Les salariés sont par ailleurs assurés dans des institutions de prévoyance individuelles.

Il existe diverses solidarités tant dans l'AVS que dans la LPP (voir schéma). La majorité d'entre elles sont souhaitées et soutenues par la population. Cependant, la solidarité a aussi ses limites. Si des individus ou certains groupes de la population ont l'impression de cotiser systématiquement et excessivement au système, ils se sentent désavantagés et commencent à douter du système. Si ce sentiment n'est partagé que par un certain nombre d'individus isolés, le système en soi n'est pas encore menacé. Mais si un groupe de personnes plus important n'est plus prêt à soutenir le système, il pourrait recourir aux instruments démocratiques pour remettre en question tout le système.

Afin d'éviter d'en venir là, la prévoyance vieillesse comporte des éléments qui laissent une certaine marge de manœuvre à

l'individu. Il s'agit notamment du retrait en capital dans la prévoyance professionnelle ou du pilier 3a. Dans les deux cas, l'assuré dispose d'un capital après sa retraite qu'il peut utiliser comme il l'entend et même donner en héritage.

En outre, il serait concevable d'individualiser les taux de conversion dans la prévoyance professionnelle. Le genre serait un premier différenciateur (espérance de vie plus faible pour les hommes), l'état civil également (les célibataires ne déclenchent pas de prestations de survivants), et jusqu'au comportement individuel (par exemple, les fumeurs ont une espérance de vie plus courte). Mais si on s'engageait dans cette voie, on ne voit plus où l'individualisation devrait s'arrêter, et le danger de saper toute solidarité serait grand.

Pour les assurés disposant de revenus plus élevés, il existe la possibilité – dans certaines institutions de prévoyance – de souscrire un plan 1e. Outre le versement sous forme de capital, ces plans offrent également la possibilité de décider individuellement, déjà au cours du processus d'épargne, s'il convient d'opter pour une stratégie de placement plus risquée.

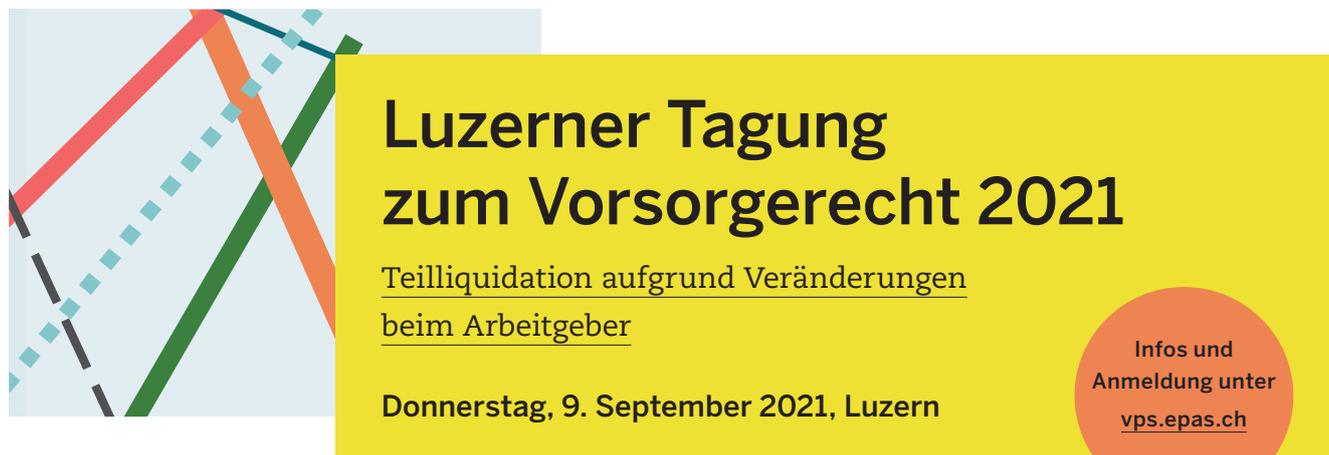
C'est là qu'apparaît le revers de la médaille: bien que des décisions individuelles puissent être prises, l'assuré supporte également seul le risque associé. En tout cas dans une certaine mesure. Si tout va mal et que, par un enchaînement de circonstances malencontreuses, les revenus ne permettent plus de couvrir les dépenses nécessaires, la solidarité entre à nouveau en jeu sous forme des prestations complémentaires financées par les recettes fiscales.

Nous pouvons donc nous estimer heureux de vivre dans un pays où notre prévoyance vieillesse est garantie sur une base solidaire et où il nous est néanmoins permis de prendre l'une ou l'autre décision individuellement. |

«Les solidarités sont voulues dans leur majorité et sont soutenues par la population.»

WERBUNG

PUBLICITÉ



**Luzerner Tagung
zum Vorsorgerecht 2021**

Teilliquidation aufgrund Veränderungen
beim Arbeitgeber

Donnerstag, 9. September 2021, Luzern

Infos und
Anmeldung unter
vps.epas.ch

Solidarité et éléments individuels dans la prévoyance vieillesse

Solidaire

Individuel

AVS

Système de répartition

Les cotisations des salariés sont versées sur une base régulière aux bénéficiaires d'une rente.

Jeunes → Vieux (solidarité générationnelle)

LPP

Prestations d'invalidité

Si vous êtes au bénéfice d'une rente d'invalidité, la caisse de pensions continuera à accumuler vos avoirs de vieillesse.

Valides → Invalides

AVS LPP

Solidarité entre les genres

Les femmes ont une espérance de vie plus élevée, les hommes laissent plus souvent des partenaires survivantes plus jeunes.

Femmes ↔ Hommes

LPP

Versement en capital

Les retraités qui se font verser leur capital-vieillesse soustraient un capital à la caisse de pensions et espèrent en profiter davantage à titre individuel.

AVS LPP

Prestations de survivants

Rentes de veuve et d'orphelin ou indemnité en capital pour les survivants.

Célibataires → Couples/familles

LPP

Système de capitalisation

Le capital-vieillesse est constitué sur la base de cotisations individuelles et converti individuellement en une rente ou versé sous forme de capital. Le risque de placement est supporté conjointement et solidairement.

AVS LPP

Longévité

Les personnes qui décèdent plus tôt touchent moins de rente. Celles qui vivent plus longtemps touchent plus de rente. Les pauvres meurent plus tôt que les riches.

Morts prématurés → Personnes vivant longtemps

3a

Prévoyance individuelle

Chacun économise pour lui-même et peut en plus économiser des impôts.

AVS

Rente maximale

Les rentes AVS sont plafonnées. Le montant des salaires soumis à cotisation est illimité.

Riches → Pauvres

LPP

Pertes sur retraites

Les départs à la retraite avec un taux de conversion trop élevé entraînent des pertes sur retraites qui sont couvertes par les assurés actifs.

Jeunes → Vieux

AVS

Cotisations pour les conjoints

Si les cotisations du conjoint qui travaille dépassent le double de la cotisation minimale, le conjoint qui ne travaille pas est également réputé avoir rempli son obligation de cotiser.

Célibataires → Mariés

AVS

Rentes de couple plafonnées

Si les deux conjoints perçoivent une rente AVS, celle-ci est plafonnée à 1.5 fois le montant.

Mariés.e.s → Célibataires

LPP

Plans 1e

Le risque de placement (ainsi que les opportunités) sont transférés à l'assuré individuel.

AVS

Bonifications pour tâches éducatives

Des bonifications pour tâches éducatives ou pour tâches d'assistance sont créditées aux personnes qui s'occupent d'enfants ou de personnes à charge nécessitant des soins.

Société → Personnes prodiguant des soins



Gemeinsam erreichen wir mehr

Die besten Ergebnisse erzielt man mit vereinten Kräften. Mit Erfahrung im Rücken und der Zukunft im Blick. Mit unterschiedlichen Perspektiven, die alle Möglichkeiten erfassen. Gemeinsam erreichen wir mehr:
inves.co/gemeinsam-ch



Die 3. Säule

Individueller Spielraum in der Altersvorsorge

Die Säule 3a ergänzt die Altersvorsorge von AHV und beruflicher Vorsorge. Obwohl Einzahlungen in die Säule 3a von der Einkommenssteuer abgezogen werden können, machen davon nur 32% der Steuerpflichtigen Gebrauch.

 IN KÜRZE

Unselbständige können (aktuell) jährlich 6883 Franken steuerbegünstigt in die Säule 3a einzahlen. Dank langem Anlagehorizont bieten sich Anlagefonds an. Die 3. Säule soll die Lebenshaltung in gewohntem Umfang ermöglichen.

Die 3. Säule ist Teil des auf drei Säulen basierenden Schweizer Vorsorgesystems. Sie ist die individuelle Ergänzung zur AHV/IV (1. Säule) und der beruflichen Vorsorge (2. Säule), die beide kollektiv und weitgehend obligatorisch ausgestaltet sind. In der 3. Säule können Leistungsziele und Finanzierung eigenständig bestimmt werden – wobei die finanziellen Möglichkeiten dem individuellen Sparen in aller Regel Grenzen setzen.

Finanzielle Sicherheit im Alter dank Selbstvorsorge

Innerhalb der 3. Säule, auch Selbstvorsorge genannt, werden zwei verschiedene Formen unterschieden: die gebundene Selbstvorsorge der Säule 3a und die freie Selbstvorsorge der Säule 3b. Letztere umfasst neben Lebensversicherungen den gesamten privaten Vermögensaufbau, insbesondere auch Immobilien.

Der vorliegende Artikel konzentriert sich auf die gebundene Vorsorge der Säule 3a für Arbeitnehmende mit Anschluss an eine Vorsorgeeinrichtung der 2. Säule, auch als kleine Säule 3a bekannt. Dies, da von den schweizweit jährlichen Einzahlungen in die Säule 3a von 10 bis 11 Mrd. Franken über 83% von unselbständig erwerbenden Arbeitnehmenden aufgebracht werden.

Dass die Selbstvorsorge mittels Säule 3a sinnvoll, wenn nicht gar notwendig ist, liegt darin begründet, dass die 1. und 2. Säule nach Pensionierung selbst bei durchschnittlichen Einkommen kaum mehr als zwei Drittel des letzten Einkommens abdecken.

Steuerabzug für Einzahlungen in Säule 3a

Ein Hauptziel des Gesetzgebers liegt bei der Säule 3a denn auch im Öffnen von zusätzlichem Vorsorgekapital, um individuelle Vorsorgelücken im Alter zu schliessen. Um entsprechende Einzahlungen attraktiv zu machen, lässt er diese von der Einkommenssteuer absetzen: Bei der im Jahr 2021 maximal möglichen Einzahlung von 6883 Franken in die kleine Säule 3a lassen sich bei einem Grenzsteuersatz von 30% gut 2000 Franken an Einkommenssteuern sparen – die wegfallende Vermögenssteuer auf dem einbezahlten Vorsorgekapital sowie die innerhalb der Säule 3a steuerfrei anfallenden Erträge nicht eingerechnet. Allerdings fällt die Steuerersparnis je nach Einkommen und Kanton unterschiedlich aus. Gemäss dem Comparis-Report «Steuerersparnisse für den Mittelstand vom Februar 2019» fährt der untere Mittelstand in Neuenburg mit einer Steuerersparnis von über 1700 Franken am besten, in Zug am schlechtesten (433 Franken).

Nur ein Drittel zahlt ein

Eine unselbständig erwerbende Person, die seit Alter 25 respektive seit Einführung der Säule 3a 1987 jedes Jahr den Maximalbetrag einbezahlt hat, weist per 31. Dezember 2020 ein Vorsorgekapital von rund 300 000 Franken aus. Ein solcher hoher Betrag wäre für viele ein grosser Anteil der Altersvorsorge.

Steuerstatistiken zeigen jedoch, dass lediglich knapp 32% der Steuerpflichti-

Juerg Mueller

lic. oec. HSG,
Finanzberatung und
Vermögensverwaltung,
Geschäftsleitung,
WM Weibel Mueller AG



Marc Weibel

lic. oec. HSG,
Finanzberatung und
Vermögensverwaltung,
Geschäftsleitung,
WM Weibel Mueller AG



Freiwilliges Sparen, aber wozu?

Sowohl in der 2. Säule als auch in der Säule 3a besteht Spielraum, die eigene Vorsorge zu stärken. Eine Übersicht der Optionen.

Aspekt	Einzahlung Säule 3a	Einkauf 2. Säule
Einkommenssteuern sparen	Ja	Ja, jedoch individuelle Einkaufsrestriktionen beachten
Maximalbeiträge 2021	6883 Franken	In Abhängigkeit der persönlichen Vorsorgelücken
Anlageform	Vorsorgekonto oder Depot mit Anlagefonds	Gemäss Vorsorgeplan bzw. Anlagestrategie der Vorsorgeeinrichtung
Zins	Vorzugszins auf Konto	Garantierter Mindestzins auf obligatorischem Teil von derzeit 1%
Versicherung	Möglich	Möglich, je nach Vorsorgeeinrichtung bzw. Vorsorgereglement
Bezug	In der Regel als Kapital	Häufig als Rente, teilweise als Kapital; vielfach Mischform
Bezug vor dem ordentlichen Rentenalter	5 Jahre vor Erreichen des AHV-Alters	Nach Reglement; frühestens mit 58 Jahren
Gestaffelter Bezug	Möglich; kantonale Steuerbestimmungen beachten	Möglich im Rahmen von Teilpensionierungen gemäss Reglement; kantonale Steuerbestimmungen beachten
Einzahlung nach dem ordentlichen Rentenalter	Ja, falls erwerbstätig	Falls im Reglement vorgesehen
Bezug nach dem ordentlichen Rentenalter	Nur falls erwerbstätig bis zum Alter von 69 (Frauen) und 70 (Männer)	Ja, sofern weiterhin erwerbstätig und im Reglement vorgesehen
Todesfall	Auszahlung gemäss Begünstigtenordnung	Hinterlassenenrente/Auszahlung gemäss Begünstigtenordnung, nur falls im Reglement vorgesehen

Quelle: Credit Suisse

WERBUNG

PUBLICITÉ

Teilhaben an attraktiven Anlagealternativen.



Jetzt teilhaben unter [anlagestiftung.ch](https://www.anlagestiftung.ch)



Swisscanto
Anlagestiftungen

Mit der Anlagegruppe Swisscanto AST Hypotheken Schweiz profitieren institutionelle Anleger vom Zugang zu inländischen Hypothekenforderungen.

Rechtliche Hinweise

Diese Publikation dient ausschliesslich Informations- und Werbezwecken. Sie stellt weder ein Angebot noch eine Empfehlung zum Erwerb, Halten oder Verkauf von Finanzinstrumenten oder zum Bezug von Produkten oder Dienstleistungen dar, noch bildet sie eine Grundlage für einen Vertrag oder eine Verpflichtung irgendwelcher Art. Alleinverbindliche Grundlage für Anlagen sind die Statuten, Reglemente, Anlagerichtlinien und allfälligen Prospekte der Swisscanto Anlagestiftung. Diese können bei der Swisscanto Anlagestiftung, Bahnhofstrasse 9, 8001 Zürich, oder unter [swisscanto.com](https://www.swisscanto.com) kostenlos bezogen werden. Dieses Dokument wurde von der Swisscanto Anlagestiftung mit geschäftsüblicher Sorgfalt erstellt. Sie bietet jedoch keine Gewähr für die Richtigkeit und Vollständigkeit der darin enthaltenen Informationen und lehnt jede Haftung für Schäden ab, die sich aus der Verwendung des Dokumentes ergeben. © 2021 Swisscanto Anlagestiftung. Alle Rechte vorbehalten.

gen Einzahlungen in die Säule 3a vornehmen. Dies mag auf den ersten Blick überraschen. Ein Hinweis auf das durchschnittlich verfügbare Einkommen der Privathaushalte in der Schweiz sorgt für Klärung: Bei einem Erwerbseinkommen von 7069 Franken pro Monat (Stand 2018) und aufgrund der Tatsache, dass 60% aller Haushalte ein tieferes Einkommen erzielen, dürfte vielen der finanzielle Spielraum fehlen, um Einzahlungen in die Säule 3a – zumindest im maximal möglichen Umfang – zu tätigen.

Damit zeigt sich, dass die Säule 3a in der Realität nur einem Teil der Bevölkerung offensteht. Entsprechend stellt sich die Frage, wem die geplante Revision der Säule 3a, namentlich die neu über die letzten fünf Jahre rückwirkend möglichen Einzahlungen, etwas bringen. Auch wenn solche Erneuerungen grundsätzlich sinnvoll sind, dürfte lediglich ein kleiner Bevölkerungsteil davon profitieren.

Wenig in Anlagefonds investiert

Interessant ist, wie die verschiedenen Einzahlungsmöglichkeiten in die Säule

3a genutzt werden: Ende 2019 lagen von insgesamt gut 130 Mrd. Franken in der Säule 3a rund 63% bei Banken und 37% bei Versicherungen. Von den bei den Banken liegenden knapp 82 Mrd. Franken befinden sich gut 60 Mrd. (73%) auf Vorsorgekonten und 22 Mrd. Franken (27%) in Anlagefonds, wobei letztgenannter Wert auf Schätzungen basiert.

Vorsorgekonten sind zwar sicher, da keine Verluste eingefahren werden können, werfen aber im heutigen Tiefzinsumfeld kaum noch eine Rendite ab. Umso mehr erstaunt, dass der bei den Banken in Anlagefonds investierte Anteil nicht höher ist, weist er langfristig doch ein substantiell grösseres Ertragspotenzial auf.

Langer Anlagehorizont

Gerade die Möglichkeit, mittels Anlagefonds zu sparen, macht die Säule 3a attraktiv. Es besteht bei der Säule 3a, im Gegensatz zur 2. Säule, nämlich deutlich mehr Spielraum, in Aktien zu investieren. Bei dem in der Säule 3a langen Anlagehorizont – bei einer vierzigjährigen

Person beträgt er 20 bis 25 Jahre – lassen sich bei einem aktienlastigen Vorsorge depot deutlich höhere Renditen erwirtschaften als bei einem Vorsorgekonto. Mit nahender (Früh-)Pensionierung sollte das Aktien- bzw. Anlagerisiko allerdings kontinuierlich reduziert werden.

Nicht unterschätzt werden dürfen die Kosten für das Wertschriftensparen in der Säule 3a. Bei einer jährlichen Einzahlung des maximalen Betrags und 1% tieferen jährlichen Kosten durch den Einsatz von kostengünstigen und liquiden, börsengehandelten ETF (Exchange Traded Funds), resultiert über 20 Jahre ein mehr als 10% höheres Vorsorgevermögen!

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass Vorsorgesparen in der Säule 3a grundsätzlich sinnvoll ist, reduziert es nicht nur die Steuerbelastung, sondern es erhöht auch den finanziellen Spielraum im Alter. **I**

Quellen: Publikationen des Bundesamts für Sozialversicherungen (BSV), des Bundesamts für Statistik (BFS) und der NZZ.

Le 3^e pilier

Une possibilité d'individualisation de la prévoyance vieillesse

Le pilier 3a complète l'AVS et la prévoyance professionnelle. Bien que les versements au pilier 3a puissent être déduits de l'impôt sur le revenu, seuls 32% des contribuables font usage de cette option.

Le 3^e pilier est l'un des trois piliers du système de prévoyance suisse. Il est le complément individuel de l'AVS/AI (1^{er} pilier) et de la prévoyance professionnelle (2^e pilier), toutes deux collectives et largement obligatoires. Dans le 3^e pilier, les objectifs de prestation et le financement peuvent être déterminés de manière indépendante – bien que les possibilités financières fixent généralement des limites à l'épargne individuelle.

La sécurité financière dans la vieillesse grâce à la prévoyance individuelle

Au sein du 3^e pilier, également appelé prévoyance individuelle, on distingue deux formes différentes: la prévoyance individuelle liée du pilier 3a et la prévoyance individuelle libre du pilier 3b. Cette dernière couvre, outre l'assurance-vie, l'ensemble de la constitution d'un patrimoine privé, dont notamment l'immobilier.

Le présent article se concentre sur la prévoyance liée du pilier 3a pour les sala-

EN BREF

Les salariés dépendants peuvent (actuellement) effectuer un versement fiscalement privilégié de 6883 francs par an au pilier 3a. Au vu de l'horizon de placement à long terme, les fonds de placement offrent une solution attrayante. Le 3^e pilier doit permettre de maintenir le niveau de vie habituel.

riés affiliés à une institution de prévoyance du 2^e pilier, le dénommé «petit pilier 3a». En effet, plus de 83 % des 10 à 11 milliards de francs de versements annuels au pilier 3a effectués dans toute la Suisse le sont par des personnes qui exercent une activité salariée.

La raison pour laquelle il est judicieux, voire nécessaire, de se constituer un pilier 3a est que, même pour des revenus moyens, le 1^{er} et le 2^e pilier couvrent à peine plus de deux tiers du dernier revenu après la retraite.

Déduction fiscale pour les versements au pilier 3a

L'un des principaux objectifs visés par le législateur avec le pilier 3a est d'encourager l'accumulation d'un capital de prévoyance supplémentaire afin de combler les lacunes individuelles dans la prévoyance vieillesse. Pour rehausser l'attrait de tels versements, ils sont déductibles de l'impôt sur le revenu: en versant le maximum possible de 6883 francs dans le

petit pilier 3a en 2021, il est possible d'économiser 2000 francs d'impôt sur le revenu à un taux marginal d'imposition de 30 % – sans compter l'impôt sur la fortune non perçu sur le capital de prévoyance versé et les revenus non imposables du pilier 3a. Toutefois, les économies d'impôt varient en fonction du revenu et du canton. Selon le rapport de Comparis sur les économies d'impôts pour la classe moyenne de février 2019, c'est à Neuchâtel que la classe moyenne inférieure profite le plus, avec une économie d'impôts de plus de 1700 francs, tandis qu'à Zoug, elle s'en sort le moins bien (433 francs).

Seul un tiers effectue des versements

Une personne qui exerce une activité salariée et qui a versé le montant maximal chaque année depuis l'âge de 25 ans ou depuis l'introduction du pilier 3a en 1987 dispose d'un capital de prévoyance de quelque 300 000 francs au 31 décembre 2020. Pour bon nombre de per-

sonnes, un tel montant représenterait une part importante de leur prévoyance vieillesse.

Cependant, les statistiques fiscales montrent que seulement un peu moins de 32 % des contribuables effectuent des versements au pilier 3a. Cela peut paraître surprenant à première vue. Un coup d'œil sur le revenu disponible moyen des ménages privés en Suisse apporte quelques éclaircissements: avec un revenu du travail de 7069 francs par mois (état en 2018) et du fait que 60 % de tous les ménages gagnent un revenu inférieur, beaucoup n'ont probablement pas la marge de manœuvre financière nécessaire pour effectuer des versements au pilier 3a – du moins pas le maximum possible.

Cela montre qu'en réalité le pilier 3a n'est accessible qu'à une partie de la population. Dès lors, la question se pose de savoir qui bénéficiera de la révision prévue du pilier 3a, et notamment de la nouvelle possibilité d'effectuer des paiements rétroactifs sur les cinq dernières

WERBUNG

PUBLICITÉ

Participez à des solutions de placement attrayantes.



Participez maintenant sur fondationplacement.ch

Avec le groupe de placement Swisscanto FP Hypothèques Suisse, les investisseurs institutionnels bénéficient d'un accès à des créances hypothécaires suisses.



Swisscanto
Fondations de
Placement

Mentions légales

Cette publication a un caractère purement informatif et publicitaire. Elle ne constitue ni une offre, ni une recommandation d'acquisition, de détention ou de vente d'instruments financiers, ou encore d'achat de produits ou de services. Elle ne constitue pas non plus la base d'un contrat ou d'un engagement de quelque nature que ce soit. Les seules sources d'information faisant foi pour les placements sont les statuts, les règlements, les directives de placement et les prospectus éventuels de Swisscanto Fondation de placement. Ceux-ci sont disponibles gratuitement auprès de Swisscanto Fondation de placement, Bahnhofstrasse 9, 8001 Zurich ou sur le site www.swisscanto.ch. Le présent document a été établi par Swisscanto Fondation de placement avec la diligence habituellement requise. Celle-ci ne donne toutefois aucune garantie quant à l'exactitude et à l'exhaustivité des informations qui y figurent, et décline toute responsabilité concernant les dommages pouvant découler de l'utilisation du document. © 2021 Swisscanto Fondation de placement. Tous droits réservés.

années. Même si les innovations prévues ont un sens en principe, seule une petite partie de la population est susceptible d'en bénéficier.

Peu d'investissements dans les fonds de placement

Il est intéressant de voir comment sont utilisées les différentes possibilités de versements au pilier 3a: à fin 2019, sur un total d'un peu plus de 130 milliards de francs dans le pilier 3a, environ 63 % se trouvaient auprès des banques et 37 % auprès des compagnies d'assurance. Sur les 82 milliards de francs détenus par les banques, 60 milliards (73 %) se trouvaient sur des comptes de prévoyance et 22 milliards (27 %) dans des fonds de placement, ce dernier chiffre n'étant basé que sur des estimations.

Bien que les comptes de prévoyance soient sûrs car ils ne peuvent subir aucune perte, ils ne rapportent pratiquement rien dans le contexte actuel de faibles taux d'intérêt. Il est donc d'autant

plus surprenant que la part investie dans les fonds de placement des banques ne soit pas plus élevée, car ces fonds offrent un potentiel de gains nettement plus important à long terme.

Horizon de placement à long terme

C'est précisément la possibilité d'épargner par le biais de fonds de placement qui rend le pilier 3a attrayant. Contrairement au 2^e pilier, le pilier 3a offre une marge de manœuvre nettement plus importante pour investir dans des actions. Avec l'horizon de placement long du pilier 3a – 20 à 25 ans pour une personne de 40 ans – un dépôt de prévoyance avec une forte exposition aux actions peut générer des rendements nettement plus élevés qu'un compte de prévoyance. Toutefois, à l'approche de la retraite (anticipée), le risque lié aux actions et aux placements devrait être progressivement réduit.

Les coûts de l'épargne en titres dans le cadre du pilier 3a ne doivent pas être

sous-estimés. Si le montant maximal est versé annuellement et que les coûts annuels sont réduits de 1 % grâce à l'utilisation de fonds négociés en bourse (ETF) rentables et liquides, il en résulte un avoir de prévoyance supérieur de plus de 10 % sur 20 ans!

En résumé, on peut dire que l'épargne-prévoyance au titre du pilier 3a est fondamentalement judicieuse, car elle permet non seulement de réduire la charge fiscale, mais aussi d'augmenter la marge de manœuvre financière dans la vieillesse. **I**

Sources: Publications de l'Office fédéral des assurances sociales (OFAS), de l'Office fédéral de la statistique (OFS) et de la NZZ.

Juerg Mueller
Marc Weibel

L'épargne volontaire, mais à quelle fin?

Tant le 2^e pilier que le pilier 3a offrent de la marge pour améliorer la prévoyance individuelle. Un aperçu des options.

Aspect	Versement au pilier 3a	Rachats dans le 2 ^e pilier
Économie d'impôts sur le revenu	Oui	Oui, mais il faut respecter les restrictions d'achat individuelles
Contributions maximales 2021	6883 francs	En fonction des lacunes de prévoyance personnelles
Forme de placement	Compte de prévoyance ou dépôt avec fonds de placement	Conformément au plan de prévoyance ou à la stratégie de placement de l'institution de prévoyance
Intérêt	Intérêt préférentiel sur le compte	Intérêt minimum garanti sur la partie obligatoire, actuellement de 1%
Assurance	Possible	Possible, en fonction de l'institution de prévoyance ou du règlement de prévoyance
Versement	En règle générale, sous forme de capital	Souvent sous la forme d'une rente, parfois sous la forme de capital; souvent une forme mixte
Versement avant l'âge de retraite ordinaire	5 ans avant d'atteindre l'âge de l'AVS	Selon la réglementation, au plus tôt à l'âge de 58 ans
Versement échelonné	Possible; tenir compte des règles fiscales cantonales	Possible dans le cadre d'une retraite partielle – conformément au règlement; tenir compte des dispositions fiscales cantonales
Paiements après l'âge ordinaire de la retraite	Oui, en cas d'activité lucrative	Si cela est prévu par le règlement
Versement après l'âge ordinaire de la retraite	Seulement en cas d'activité lucrative jusqu'à l'âge de 69 ans (femmes) et 70 ans (hommes)	Oui, si la personne exerce toujours une activité lucrative et que le règlement le prévoit
En cas de décès	Versement conformément à l'ordre des bénéficiaires	Rente de survivant/versement du capital conformément à l'ordre des bénéficiaires, pour autant que cela soit prévu par le règlement

Source: Credit Suisse

CONINCO MASTER CLASS

20^{ème} Séminaire interactif sur la
gestion des investissements

LES ANNÉES 20 2.0
LES (NOUVELLES) OPPORTUNITÉS
DE LA DÉCENNIE

9 thématiques
4 plénums

inscriptions - programme - info
www.conincomasterclass.ch

9-10
juin
2021
VEVEY



Système de retraite suisse

Que peut-on apprendre de la comparaison internationale?

Le système de retraite suisse occupe la 12^e place en comparaison internationale. Position honorable, mais des opportunités d'amélioration existent. L'adéquation et la viabilité ont souffert au cours des dernières années.

EN BREF

La Suisse obtient la note B. Ce résultat reflète la lenteur des réformes, le faible taux de remplacement, les investissements peu audacieux et le manque de réponses à la démographie défavorable.

Noté «B», le système de retraite suisse occupe la 12^e place au niveau global. Ces conclusions sont tirées de l'édition 2020 du Mercer CFA Institute Global Pension Index (MCGPI), une étude qui compare 39 systèmes de retraite et en juge leur qualité relative à l'aide de trois critères: l'adéquation, la viabilité et l'intégrité. Un système adéquat offre des prestations de retraite d'un niveau satisfaisant. Un système viable paye les prestations actuelles sans mettre en danger son équilibre financier à long terme. Un système intègre jouit de la confiance des individus qui y sont assujettis. Bien évidemment ces critères sont interdépendants. Par exemple on peut améliorer l'adéquation en versant des prestations financées de façon insuffisante qui à terme mettent en danger la viabilité du système, et un cadre légal bien défini, qui est souvent synonyme d'intégrité, contribue à l'adéquation et à la viabilité du système.

Les réformes avancent (trop) lentement

Le MCGPI, paru peu de temps avant le message du Conseil fédéral concernant la réforme LPP 21, permet d'établir un bilan de santé du système de retraite suisse et d'en identifier les forces et les points qui conservent un potentiel d'amélioration.

On découvre ainsi, qu'en comparaison internationale, la situation du système suisse s'est détériorée au cours des dix dernières années. C'est surtout son adéquation et sa viabilité qui ont souffert, alors que son intégrité est restée stable au fil du temps. Il faut souligner que cette dégradation est déterminée par la nature relative des indicateurs. En

termes absolus, la qualité du système de prévoyance de notre pays a peu évolué, pendant que de nombreux pays ont mis en place des mesures qui ont amélioré l'adéquation et la viabilité de leurs systèmes.

Ces constats mènent à deux réflexions. Premièrement, la réforme de la prévoyance professionnelle suisse avance lentement. Après le refus populaire de la réforme prévoyance vieillesse 2020, plus de trois ans ont été nécessaires afin que le Conseil fédéral accepte le message sur la réforme LPP 21 et un long chemin reste à parcourir. Deuxièmement, une réforme «légère» pourrait ne pas suffire à régler les problèmes du système de prévoyance suisse. Cependant, des mesures trop incisives auront de la peine à être acceptées par le peuple.¹ Il y a donc un travail d'information et d'éducation à mener afin que la réforme puisse être menée à bon port.

Le taux de remplacement est inférieur

L'adéquation semble être le talon d'Achille de la prévoyance suisse. Un des facteurs qui pèse le plus sur cette faiblesse est le taux de remplacement effectif qui paraît être bien inférieur à l'objectif généralement accepté de la prévoyance vieillesse, c.-à-d. d'assurer des prestations correspondantes à 60% du dernier revenu. Selon les chiffres publiés par l'OCDE, le taux de remplacement en Suisse est de 45% pour les revenus moyens et de 32% pour les salaires éle-

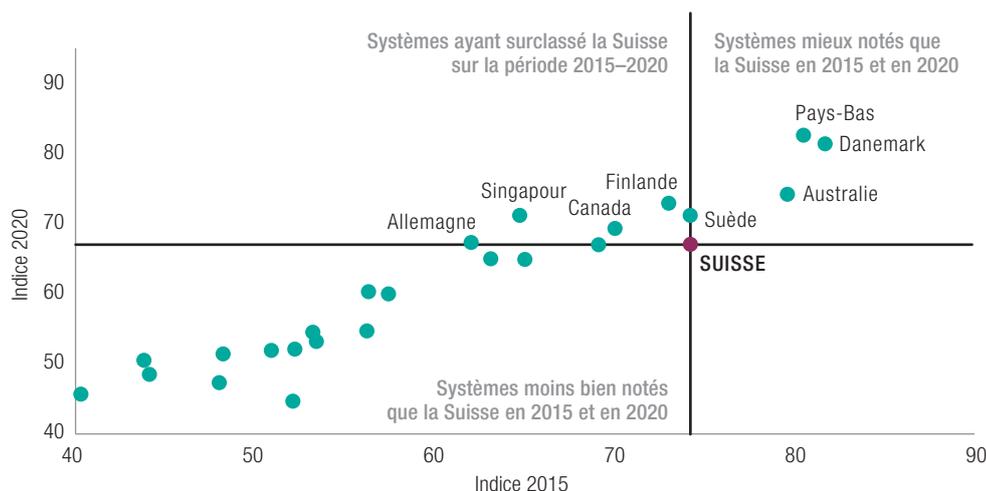


Ivan Guidotti

PhD, CFA, Investment Officer,
XO Investments SA, Neuchâtel

¹ Voir par exemple l'article de Stephan Wyss paru sur «Prévoyance Professionnelle Suisse» 01/21.

Indice MCGPI 2015 vs 2020



vés. Pour de nombreux pays européens ce taux est supérieur à 70 %. Au niveau national, le taux de remplacement semble également être destiné à diminuer dans le futur en raison de la diminution du taux de conversion et des faibles taux d'intérêt crédités aux avoirs de vieillesse.

Ce dernier point ne doit pas être naïvement attribué à l'environnement des faibles taux d'intérêt: sur la période 2010–2019 les caisses de pension suisses ont affiché un rendement de 4.3 % par année, en moyenne, et ont distribué aux assurés actifs 2.1 % par année. Malgré cela, le taux de couverture moyen n'a augmenté que de 0.7 % par année.² Le tiers cotisant ne s'est pas affaibli, mais l'utilisation de sa contribution a changé au cours du temps.

Investissements prudents

La prudence proverbiale des confédérés se reflète également sur les investissements des institutions de prévoyance. Par rapport à des systèmes d'importance similaire, les avoirs de vieillesse sont investis de façon défensive en Suisse, avec une allocation aux instruments obligataires significative. Les investissements alternatifs ont également été délaissés, probablement en raison de l'attention portée aux frais de gestion plutôt qu'à la performance nette. Cela se traduit par un rendement inférieur d'environ 1 % par année en termes réels.

Indépendamment de la taille de l'institution de prévoyance, une approche plus institutionnelle et organisée de l'ac-

tivité d'investissement contribuera à diminuer cet écart et par conséquent améliorer les prestations de retraite.

Une démographie défavorable

La démographie restera un défi majeur pour les systèmes de retraite. Selon les projections des Nations Unies, l'espérance de vie en Suisse augmentera de trois ans au cours des prochaines 30 années. Si l'âge de la retraite reste constant, cela représente une augmentation de 12 % de l'espérance de vie à l'âge de la retraite. Le ratio de dépendance des personnes âgées atteindra un niveau de 50 % à l'horizon 2050 (+70 % par rapport au niveau actuel).

De nombreux pays ont réagi en agissant sur deux axes. Premièrement, en augmentant l'âge de la retraite afin de réduire le fardeau futur de la prévoyance. Cette mesure est efficace uniquement si l'employabilité des seniors est garantie, mais c'est un facteur exogène au système de prévoyance. Deuxièmement, en abandonnant le financement par répartition car sa viabilité est mise en question par des ratios de dépendance élevés.

Baisser le seuil d'entrée

L'écart de pension entre les sexes est un autre challenge global. En Suisse, on observe des différences prononcées, surtout dans le 2^e pilier. De nombreux facteurs contribuent à cela, le principal est probablement le travail à temps partiel qui concerne en particulier les femmes et qui ne cesse de croître.

Une solution consiste à favoriser l'assujettissement des travailleurs à temps partiel à la prévoyance avec des salaires

assurés plus élevés, en agissant par exemple sur le seuil d'entrée LPP et la déduction de coordination. Ces mesures risquent cependant d'avoir un effet négatif sur les salaires nets et par voie de conséquence sur le chômage.

Les données internationales montrent que l'écart de pension entre les sexes ne peut être diminué qu'avec des mesures plus amples, notamment en abattant les obstacles qui empêchent aux femmes de s'impliquer davantage dans la vie professionnelle.

Racines des problématiques dans la société

En conclusion, la comparaison internationale des systèmes de retraite met en évidence plusieurs points qui méritent notre attention. La prévoyance suisse est en perte de vitesse et une réforme est désormais nécessaire. L'adéquation et la viabilité du système doivent être mis au centre de l'attention, même si des mesures dans ce sens risquent de rencontrer une résistance au niveau populaire.

Alors que les réflexions se focalisent sur des paramètres techniques et les montants limites, il convient de rappeler que les investissements ont également un rôle à jouer.

Les systèmes de retraite étrangers montrent certainement des directions à suivre, mais ils rappellent surtout que la prévoyance est étroitement liée à la société. Certaines problématiques ont leurs racines dans la société et aucun système de retraite ne peut les résoudre. ■

² Voir les études sur les caisses de pension Swisscanto.

Schweizer Rentensystem

Was kann man aus dem internationalen Vergleich lernen?

Das Schweizer Rentensystem belegt im internationalen Vergleich den Platz 12. Das ist zwar ein beachtliches Ranking, es gibt aber durchaus Verbesserungsmöglichkeiten. Vor allem bei den Unterkategorien Angemessenheit und Nachhaltigkeit, in denen wir in den letzten Jahren zurückgefallen sind.

Mit der Note «B» belegt das Schweizer Rentensystem im globalen Vergleichsranking den Platz 12. Dies sind die Schlussfolgerungen des Mercer CFA Institute Global Pension Index (MCGPI) 2020, einer Studie, die 39 Renteneinkommenssysteme weltweit anhand der drei Kriterien Angemessenheit, Nachhaltigkeit und Integrität beurteilt.

Ein angemessenes System bietet Altersleistungen auf einem zufriedenstellenden Niveau. Und während in einem nachhaltigen System die laufenden Renten das langfristige finanzielle Gleichgewicht nicht gefährden, genießt ein integriertes System das Vertrauen der ihm angeschlossenen Individuen.

Dass diese Kriterien einander wechselseitig bedingen, liegt auf der Hand. So kann man beispielsweise die Angemessenheit verbessern, indem man ungenügend finanzierte Leistungen auszahlt und dadurch allmählich die Nachhaltigkeit des Systems aushöhlt, während ein klar definierter rechtlicher Rahmen, der oft ein Synonym für Integrität ist, wiederum zur Angemessenheit und Nachhaltigkeit des Systems beiträgt.

Reformen kommen (zu) langsam voran

Der MCGPI, der kurz vor der Botschaft des Bundesrats zur Reform BVG 21 veröffentlicht wurde, erlaubt es, die gesundheitliche Verfassung des Schweizer Rentensystems unter die Lupe zu nehmen und dessen Stärken, aber auch die verbesserungswürdigen Aspekte zu ermitteln.

Dabei fällt auf, dass das Schweizer Rentensystem in den vergangenen zehn Jahren im internationalen Vergleich zu-

rückgefallen ist. Vor allem dessen Angemessenheit und Nachhaltigkeit gerieten ins Hintertreffen, während die Integrität in all den Jahren stabil geblieben ist.

Man darf aber nicht vergessen, dass diese Zurückstufung durch die Relativität der Indikatoren gegeben ist. In absoluten Zahlen hat sich die Qualität des Vorsorgesystems in unserem Land kaum verändert, doch viele Länder haben inzwischen Massnahmen eingeführt, die die Angemessenheit und die Nachhaltigkeit ihrer Systeme verbessert haben.

Diese Feststellung lässt zwei Schlussfolgerungen zu. Erstens, dass die Reform der beruflichen Vorsorge in der Schweiz langsam vorankommt. Nach dem Volksnein zur Reform Altersvorsorge 2020 vergingen mehr als drei Jahre, bis der Bundesrat die Botschaft zur Reform BVG 21 verabschiedete, und der Weg dorthin ist noch weit.

Zweitens, dass eine «Reform light» unter Umständen nicht ausreicht, um die Probleme des Schweizer Vorsorgesystems zu beheben. Andererseits dürften es allzu einschneidende Massnahmen schwer haben, in einer Volksabstimmung eine Mehrheit zu finden.¹ Es braucht somit viel Informations- und Aufklärungsarbeit, um der Reform zum Erfolg zu verhelfen.

Die Ersatzquote ist zu niedrig

Die Angemessenheit ist die Achillesferse der Schweizer Altersvorsorge. Einer der wichtigsten Faktoren für diese Schwachstelle ist die tatsächliche Ersatz-

IN KÜRZE

Die Schweiz hat die Note «B» erhalten. Dieses Ergebnis ist auf das langsame Reformtempo, die geringe Ersatzquote, die verhaltene Risikobereitschaft auf der Anlageseite sowie auf die fehlende Reaktion auf den demografischen Wandel zurückzuführen.

quote, die deutlich unter dem allgemein akzeptierten Ziel der Altersvorsorge zu liegen scheint, nämlich Leistungen zu gewährleisten, die bei 60 % des letzten Lohns liegen. In der Schweiz liegt die Ersatzquote laut den von der OECD veröffentlichten Zahlen indessen bei 45 % für die mittleren Einkommen und bei 32 % für die hohen Einkommen. In vielen europäischen Ländern liegt diese Quote bei über 70 %. Auf nationaler Ebene dürfte die Ersatzquote aufgrund der Senkung des Umwandlungssatzes und angesichts der tiefen Verzinsung der Altersguthaben in Zukunft weiter schrumpfen.

¹ Siehe etwa Stephan Wyss: Durchgezogenes Wissen, bedingter Reformwille, «Schweizer Personalvorsorge» 01/21, Seite 16.



Pensionskassenführung für Stiftungsräte

Zweitägiger Einführungs-Workshop mit zahlreichen Case Studies

Dienstag, 15. und 22. Juni 2021, Olten

Der Intensivkurs vermittelt Rechtsgrundlagen, Versicherungstechnik, Kapitalanlagen und Rechnungswesen in kompakter Form. Profitieren Sie als Workshopteilnehmer/in vom Erfahrungsaustausch, von der Aktualisierung des Wissensstands und der Festigung des theoretischen und praktischen Fachwissens.

Dienstag, 15. Juni 2021

Grundlagen

Übungsanlage; Rahmenbedingungen; Recht der beruflichen Vorsorge; Stiftungsrat; Rolle des Stiftungsrats/Case Study

Organisation, Führung und Kontrolle

Organisation der beruflichen Vorsorge; Organisation der Vorsorgeeinrichtung; Führungsrolle des Stiftungsrats; Kontrolle und Aufsicht über die Vorsorgeeinrichtung; Rolle des Stiftungsrats/Case Study

Markus Lustenberger, Rechtsanwalt

Dieter Stohler, Dieter Stohler Vorsorge GmbH

Dienstag, 22. Juni 2021

Führungsinstrumente

Controlling/Reporting – Teil 1

Ziele/Grundlagen Rechnungswesen; Risikomanagement; Internes Kontrollsystem; Finanzbuchhaltung/Jahresrechnung; Technische Buchhaltung; Bewertungsgrundsätze; Spezialthemen Rechnungswesen; Controlling/Reporting; Steuern und berufliche Vorsorge

Führungsinstrumente

Controlling/Reporting – Teil 2

Versicherungstechnische Bilanz; Technischer Zinssatz; Umwandlungssatz; Asset-/Liability-Analyse; Sanierungsmassnahmen (Case Study); Teilliquidation unter Berücksichtigung des Fusionsgesetzes (Case Study); Zusammenfassung der Führungsinstrumente

Bruno Purtschert, Partner BDO AG

Christoph Ryter, Geschäftsleiter

Migros-Pensionskasse

Weitere Informationen finden Sie unter vps.epas.ch.
Programmänderungen vorbehalten.



Ort
Hotel Arte, Riggenbachstrasse 10,
4600 Olten

Zeit
2 Tage, 09.00 – 16.45 Uhr

**Kosten, Credit Points und
Anmeldung unter vps.epas.ch**

Weitere Durchführung
im September 2021

Auskünfte
Rita Käslin
+41 (0)41 317 07 60
rk@vps.epas.ch
vps.epas.ch

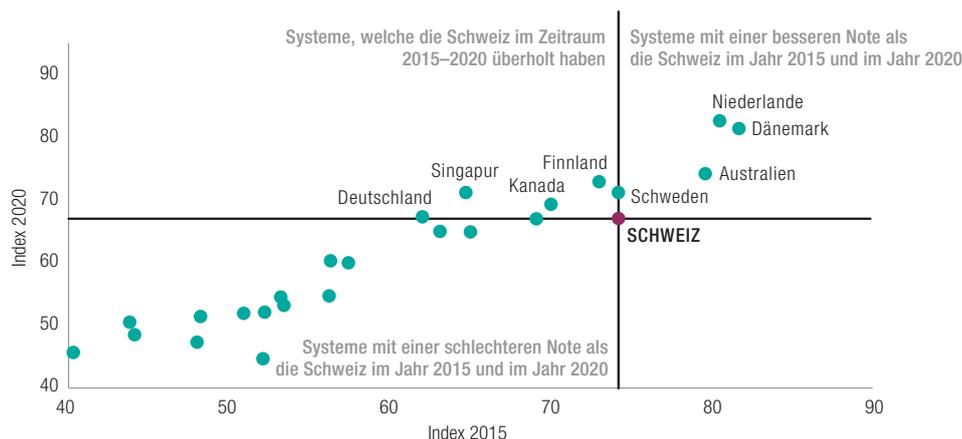
Credit Points



FinanzPlaner
Verband
Schweiz



MCGPI 2015 vs. 2020



Der zweite Punkt darf jedoch nicht einfach nur dem schwachen Zinsumfeld angelastet werden, denn im Zeitraum von 2010 bis 2019 erzielten die Schweizer Pensionskassen eine durchschnittliche Rendite von 4.3 % pro Jahr und gaben 2.1 % den aktiven Versicherten weiter. Trotzdem ist der durchschnittliche Deckungsgrad lediglich um 0.7 % pro Jahr gestiegen.² Der dritte Beitragszahler hat also nicht an Bedeutung verloren, nur die Verwendung dieses Beitrags hat sich im Laufe der Jahre verändert.

Vorsichtiges Investieren

Die sprichwörtliche schweizerische Vorsicht schlägt sich auch in der Anlagetätigkeit der Pensionskassen nieder. Denn im Vergleich mit ähnlich grossen ausländischen Systemen werden in der Schweiz die Altersguthaben mit einem erheblichen Obligationenanteil defensiv angelegt. Auch die alternativen Anlagen wurden vernachlässigt, vermutlich weil der Fokus vor allem auf die Verwaltungsgebühren statt auf die Nettoperformance gelegt wird. Unabhängig von der Grösse der Vorsorgeeinrichtung dürfte ein eher institutioneller und organisierter Ansatz bei der Anlagetätigkeit dazu beitragen, diese Lücke zu schliessen und letztlich die Rentenleistungen zu verbessern.

Ungünstige demografische Entwicklung

Die Demografie bleibt die grösste Herausforderung für die Altersvorsorge. Gemäss den Prognosen der Vereinten Nationen wird die Lebenserwartung in der Schweiz in den nächsten 30 Jahren um drei Jahre steigen. Bei einem unver-

änderten Pensionsalter entspricht dies einer Erhöhung der Lebenserwartung bei Erreichen des Pensionsalters von 12 %. Damit würde der Altenquotient bis 2050 auf 50 % steigen (+70 % gegenüber dem heutigen Stand).

Zahlreiche Länder haben in zwei Bereichen darauf reagiert. Erstens, indem sie das Renteneintrittsalter angehoben haben, um die zukünftige Belastung des Rentensystems zu verringern. Diese Massnahme greift aber nur dann, wenn die Beschäftigung von älteren Arbeitnehmenden gewährleistet ist, worauf die Vorsorgesysteme keinen Einfluss haben. Zweitens, indem sie von der Finanzierung im Umlageverfahren abkommen, weil diese durch den hohen Altenquotient zunehmend in Frage gestellt wird.

Senkung der Eintrittsschwelle

Die Ungleichheit zwischen den Geschlechtern bei der Altersvorsorge ist eine weitere globale Herausforderung. Auch in der Schweiz lässt sich eine Kluft zwischen Männern und Frauen ausmachen, vor allem in der 2. Säule. Dafür gibt es viele Gründe, aber der wohl wichtigste ist die Teilzeitarbeit, die insbesondere die Frauen betrifft und die stetig zunimmt.

Ein Lösungsansatz besteht darin, die Teilzeitbeschäftigten mit höheren Löhnen in der beruflichen Vorsorge zu versichern, indem man beispielsweise beim Koordinationsabzug und bei der Eintrittsschwelle den Hebel ansetzt. Solche Massnahmen könnten sich jedoch negativ auf die Nettolöhne und somit auch auf die Arbeitslosigkeit auswirken.

Internationale Daten zeigen, dass man das geschlechtsspezifische Rentengefälle nur mit weitreichenden Massnahmen

verringern kann, insbesondere durch den Abbau der Hemmschwellen, die die Frauen daran hindern, vermehrt einer Erwerbstätigkeit nachzugehen.

Wurzeln der Problematik in der Gesellschaft

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass der internationale Vergleich der Rentensysteme mehrere Punkte ans Licht gebracht hat, die unsere Aufmerksamkeit verdienen. Das Schweizer Vorsorgesystem fällt im internationalen Vergleich zurück und eine Reform ist nunmehr unumgänglich. Besonderes Augenmerk ist auf die Angemessenheit und die Nachhaltigkeit des Systems zu legen, selbst wenn sich in der Bevölkerung Widerstand gegen zielführende Massnahmen regen sollte.

Während der Fokus vor allem auf die technischen Parameter und Grenzbeiträge gelegt wird, sollte man nicht vergessen, dass auch die Investitionen eine Rolle spielen.

Die ausländischen Rentensysteme zeigen zwar klar auf, in welche Richtung die Entwicklungen gehen müssen, aber auch, dass die Altersvorsorge eng an die Gesellschaft gebunden ist. Gewisse Probleme haben ihre Wurzeln in der Gesellschaft, und diese kann kein Rentensystem lösen. |

Ivan Guidotti

² Siehe Swisscanto Pensionskassenstudien.

Mit M&S | Pension effizient im HomeOffice

Mit M&S | Pension arbeiten Sie auch ausserhalb Ihres Büros mit der gewohnten Effizienz und Sicherheit. Seit Jahren bewährt und aktuell speziell von Bedeutung.

Sie benötigen hierfür nur einen Internetzugang.

Dank dem elektronischen Posteingang sowie dem integrierten Geschäftsprozessmanagement erhalten Sie alle Unterlagen digital in Ihr Postfach!

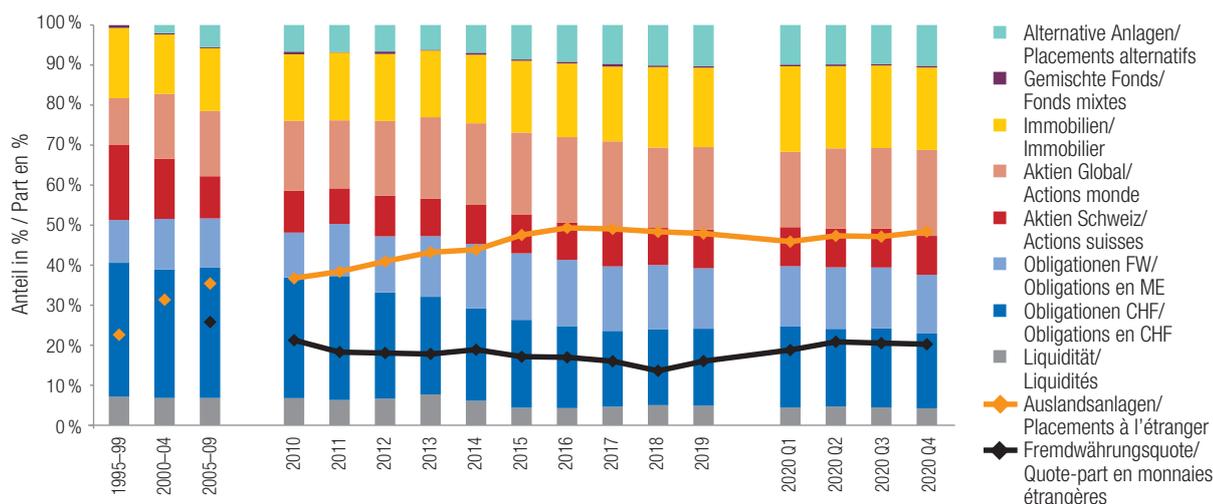


Mehr:
www.m-s.ch/OnTheGo

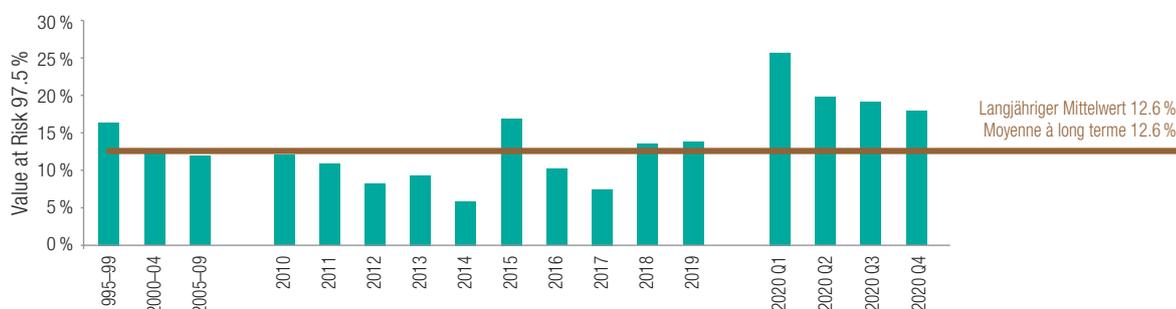


**On
The Go**

Anlagemix 2. Säule / Mix de placements 2^e pilier (Quelle/Source: Complementa AG)



Verlustpotenzial des Anlagemixes / Potentiel de pertes du mix de placements (Quelle/Source: Complementa AG)



Fixierte Quote – oder nicht?

ho. Die durchschnittliche Anlagestrategie der Schweizer Pensionskassen hat sich seit 2018 nicht verändert. Auch die Marktverwerfungen im Frühling 2020 haben daran nichts geändert. Die Fixed-Income-Quote (inklusive Liquidität) hat sich bei knapp 40 % eingependelt. Eine fixierte Quote.

Während diese Quote in den letzten Jahren vor allem deswegen Kopfzerbrechen bereitete, weil sie praktisch keine Rendite lieferte, gibt es nun neuen Anlass, über sie nachzudenken: Möglicherweise meldet sich die totgegläubte Inflation doch langsam wieder. In den USA gibt es erste zaghafte Anzeichen anziehender Zinsen. Und steigende Zinsen bedeuten sinkende Obligationenkurse.

Pensionskassen können dieser möglichen Entwicklung etwas gelassener entgegensehen als andere Investoren, weil ihre Verpflichtungsseite mit steigenden Zinsen ebenfalls an Gewicht verliert. Ein Grund, deswegen die Hände in den Schoss zu legen, ist dies aber nicht. Geld zu verlieren ist nie schön, auch wenn man weniger zum Ausgeben braucht. Vielleicht kommt daher doch wieder etwas Bewegung in die scheinbar fixe Fixed-Income-Quote. |

Quote-part fixe – ou pas?

ho. La stratégie de placement moyenne des caisses de pensions suisses n'a pas changé depuis 2018. Même pendant les turbulences du marché au printemps 2020 elle n'a pas bougé. La quote-part des revenus fixes (y compris les liquidités) s'est établie autour de 40 %. Ce repère est fixe.

Si la quote-part a été un casse-tête ces dernières années, principalement parce qu'il n'en résultait pratiquement aucun rendement, il y a maintenant une nouvelle raison d'y réfléchir: l'inflation, que l'on disait morte, semble lentement faire son retour après tout. Aux États-Unis, on observe les premiers signes timides de hausse des taux d'intérêt. Et qui dit hausse des taux d'intérêt dit baisse du cours des obligations.

Les caisses de pensions peuvent envisager cette évolution avec plus de sérénité que les autres investisseurs, car leur passif perd également du poids avec la hausse des taux d'intérêt. Toutefois, ce n'est pas une raison de tourner les pouces et d'attendre. Perdre de l'argent n'est jamais agréable, même si les dépenses diminuent également. Il est donc concevable que la quote-part apparemment fixe des revenus fixes recommence à bouger un peu. |



Live Webinar

IVG-Revision: Fragen zur Umsetzung in VE

Mittwoch, 19. Mai 2021, 10.30 – 12.00 Uhr

Die Weiterentwicklung der IV wird am 1. Januar 2022 in Kraft treten. Ziel der Reform ist die Verbesserung der IV durch eine Verstärkung der Wiedereingliederung. Im Zentrum steht die intensivere Begleitung und Steuerung bei Geburtsgebrechen, die gezielte Unterstützung von Jugendlichen bei der Eingliederung ins Erwerbsleben und die Verbesserung der Betreuung und Begleitung von Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen. Aber was hat das mit der Beruflichen Vorsorge zu tun? Sehr viel!

Mit der Weiterentwicklung der IV wird nicht nur das IVG, sondern auch das BVG geändert. Mit diesem Webinar werden die Umsetzungsfragen aus der Sicht der Vorsorgeeinrichtungen behandelt.

In der praktischen Umsetzung sind folgende Fragen zu klären

- Was ändert sich (Gesamtüberblick)
- Stufenloses Rentensystem
- Anpassung der laufenden Renten (Übergangsbestimmungen, Revision)
- Anpassungsbedarf für Vorsorge- reglemente

Zielgruppe

Das Webinar richtet sich an Mitglieder der paritätischen Organe sowie an die Geschäftsführungen und Mitarbeitenden von Vorsorgeeinrichtungen

Weitere Informationen finden Sie unter vps.epas.ch. Programmänderungen vorbehalten.

Referentinnen und Referenten

Jürg Brechbühl, lic. iur., ehemaliger Direktor des Bundesamts für Sozialversicherungen, BSV, Rechtskonsulent der Prof. Dr. Marc Hürzeler GmbH, Stiftungsratspräsident der Anlagestiftung Adimora, Mitglied im Aufsichtsrat über die Ausgleichskasse und die IV-Stelle des Kantons Bern

Patricia Usinger-Egger, Dr. iur., Lehrbeauftragte an der Universität Luzern, Rechtskonsulentin der Prof. Dr. Marc Hürzeler GmbH

Programm

Nach einer Einführung mit zwei Kurzreferaten werden die Themen in einer Fragerunde mit den Teilnehmenden vertieft

Kosten

Fr. 85.– pro Teilnehmer/in

Anmeldung

Interessierte können sich auf unserer Website anmelden. Die angemeldeten Teilnehmenden erhalten im Voraus einen Weblink für den Zutritt zur vps.epas-Lernplattform.
Anmeldung unter vps.epas.ch

Auskünfte

Beatrice Steiner
+41 (0)41 317 07 48
bs@vps.epas.ch
vps.epas.ch

Kryptowährungen

Bitcoins und Ethereum für Pensionskassen?

Es herrscht Goldgräberstimmung. Nachdem sich der Kurs des Bitcoins in weniger als zwölf Monaten nahezu verzehnfacht hat, verfügte das Segment der Kryptowährungen im Februar 2021 über eine deutlich grössere Marktkapitalisierung als der Schweizer Aktienmarkt. Zeit, als institutioneller Investor einzusteigen?

IN KÜRZE

Kryptowährungen bergen diverse Risiken, die für einen Investor kritisch sein können. Zudem erfüllen sie aus ALM-Sicht Grundanforderungen an eine Kapitalanlage nicht.

Etablierte Finanzdienstleister haben das Segment der Kryptowährungen in ihr Sortiment aufgenommen. Der Zugang wird durch die Verfügbarkeit von Kollektivanlagen und Derivaten erleichtert. Sollen nun auch Schweizer Vorsorgeeinrichtungen diesem Trend folgen?

Der Markt für Kryptowährungen

Im Februar 2021 ist die Marktkapitalisierung der Kryptowährungen auf über 1.5 Billionen Schweizer Franken angewachsen. Der Datenanbieter CoinMarketCap zählte zu diesem Zeitpunkt 8723 Kryptowährungen, die an 305 verschiedenen Marktplätzen gehandelt werden. Durch Abgabelungen («Forks») und Neuentwicklungen kommen laufend neue Kryptowährungen auf den Markt.

Ein Teil dieser Kryptowährungen ist jedoch nicht als Alternative zum Bitcoin konzipiert und für spekulative Zwecke nicht geeignet. Wichtige Beispiele dafür umfassen Stablecoins, deren Kurs an eine reguläre Landeswährung gebunden ist, oder Utility Coins, mit denen ausschliesslich spezifische Dienstleistungen bezahlt werden können.

Trotz der hohen Anzahl an Währungen ist der Markt sehr konzentriert: Ungefähr zwei Drittel, also rund eine Billion, konnte im Februar 2021 dem Bitcoin zugeordnet werden (zu dessen Wertentwicklung, siehe Grafik, Seite 74). Die Nummer zwei der Kryptowährung, Ethereum, war zu diesem Zeitpunkt etwa 200 Milliarden wert, dies ist ungefähr gleich viel, wie die nächsten zehn Kryptowährungen zusammen.

Risiken von Kryptowährungen

Folgende Risiken müssen bei Kryptowährungen als kritisch eingeschätzt werden.

Fehlender Investorenschutz

Da Kryptowährungen in der Regel nicht als Wertpapiere klassifiziert werden, sind sie bisher weitgehend unreguliert.

Marktmanipulationen

Das Risiko von Marktmanipulationen ist in vielen Fällen hoch. Kritische Faktoren sind Marktstruktur, Transparenz und Liquidität.

Regulatorische Risiken

Greifen Regulatoren doch ein, kann dies zu starken Kurseinbrüchen führen.

Technologische Risiken

Neue Kryptowährungen und andere Innovationen können die aktuell bestehenden Kryptowährungen überflüssig machen.

Cyberkriminalität und Technik

Technologische Schwachstellen und Cyberkriminalität führen immer wieder zum Verlust von Vermögenswerten.

Nachhaltigkeit

Der Energieverbrauch für die Produktion von und die Transaktionen mit Kryptowährungen, insbesondere Bitcoins, ist exorbitant. Die Investition in Kryptowährungen ist daher schwer mit Nachhaltigkeitsgrundsätzen zu vereinbaren.



Philipp Weber
CFA, Senior Consultant,
Leiter Research,
c-alm AG

Strategische Eignung aus ALM-Sicht

Gemäss gesetzlichem Auftrag sollen Vorsorgeeinrichtungen bei der Anlage des Vermögens darauf achten, dass die Sicherheit der Erfüllung der Vorsorgezwecke und damit die Auszahlung von Renten in Franken gewährleistet ist.

Solange Renten nicht in Bitcoins oder anderen Kryptowährungen bezahlt werden, ist die Anlage von Vorsorgegeldern in diesen Währungen daher als unvorteilhaft zu beurteilen. Diese Feststellung gilt grundsätzlich auch für herkömmliche Fremdwährungen oder für Anlagen wie Gold oder Edelmetalle.

Vereinbarkeit mit der Anlagephilosophie

Beteiligungsrechte repräsentieren einen Anspruch an einem Vermögen und an den erwirtschafteten Erträgen. Nominalwerte repräsentieren eine Forderung auf Couponzahlungen und die Rückzahlung des Nennwertes. Auch wenn die daraus resultierende Verzinsung im aktuellen Tiefzinsumfeld gering oder gar negativ ist, so ist sie objektiv messbar.

Kryptowährungen und Währungen im Allgemeinen sind hingegen keine Kapitalgüter und zahlen entsprechend keinen Kapitalertrag. Ihr Anlageversprechen lässt sich mit den folgenden drei Stichworten zusammenfassen.

Erhoffte Wertsteigerung

Vorhersehbare Verschiebungen von Angebot und Nachfrage sind im aktuellen Preis noch nicht inkludiert und sollen zu substantiellen Wertsteigerungen führen.

Diversifikation

Die Anlageklasse weist eine tiefe Korrelation mit den übrigen Anlageklassen auf. Dies wird entweder durch empirische Korrelationszahlen belegt oder ökonomisch begründet.

Schutz vor Inflation

Inflation und Inflationsängste treiben Investoren in Anlagen, die nicht vom Kaufkraftzerfall der regulären Landeswährungen betroffen sind.

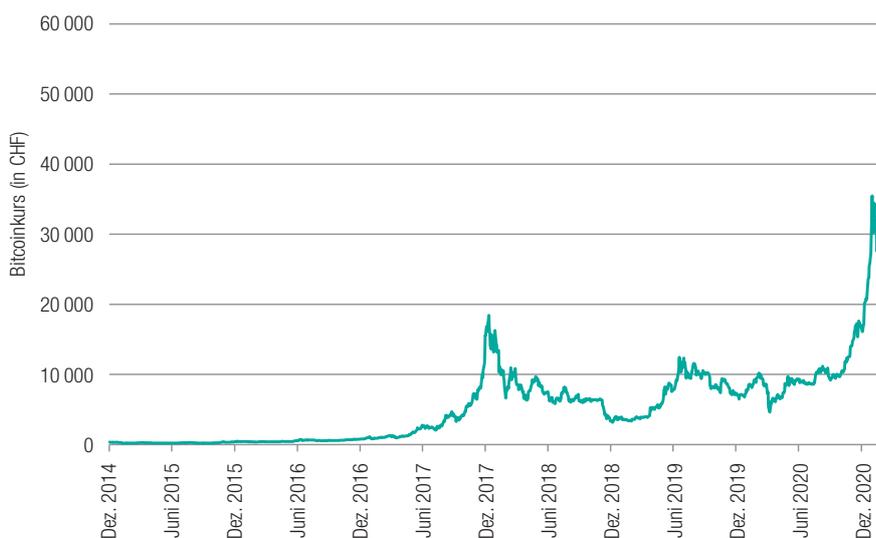
Erfahrungen aus der Rohstoffhaussse

Auffällig ist die Ähnlichkeit dieser Versprechen mit den Verkaufsargumenten für Rohstoffprodukte in den 2000^{er} Jahren. Wie sind diese ex post zu beurteilen?

Investitionen in Rohstoffe – Annahmen versus Realität

Argument	Realität
Die wachsende Nachfrage in China und den Schwellenländern führt angesichts der Endlichkeit vieler Rohstoffe zu massiven Preissteigerungen.	Die Nachfrage aus China und anderen Schwellenländern ist gestiegen, nicht jedoch die Preise. Die Gesamtmarktindizes liegen immer noch deutlich unter den Höchstständen kurz vor der Finanzkrise.
Das Hinzufügen von hochvolatilen Rohstoffprodukten reduziert aufgrund von vorteilhaften Diversifikationseigenschaften die ausgewiesene Portfoliovolatilität.	Gemessen an der historischen Portfoliovolatilität konnte die Diversifikation teilweise verbessert werden. Vor den massiven Kurseinbussen während der Finanzkrise boten Rohstoffanlagen jedoch keinen Schutz.
Die Anlage in Gold bietet einen wirkungsvollen Schutz vor Inflation.	Der starke Anstieg des Goldpreises ab 2006 erfolgte (aus Schweizer Sicht) in einem weitgehend inflationsfreien Umfeld. Angesichts der stark ausgeweiteten Notenbankgeldmengen rechnen aber viele Investoren mit einem erhöhten Inflationsrisiko.
Der Markt folgt stabilen Mustern. Durch technische Handelsregeln kann der Markt einfach geschlagen werden.	Anlageprodukte mit persistentem Alpha in allen Marktphasen sind eher selten.

Wertentwicklung Bitcoin (Quelle: Bundesamt für Statistik, Refinitiv, c-alm AG)



len? Die Tabelle gibt einen entsprechenden Überblick. Die Versprechen, so ein kurzes Fazit, erfüllten sich nicht.

Kein Investment Case für Pensionskassen

Der Markt für Kryptowährungen ist im vergangenen Jahr vor allem aufgrund der Explosion des Bitcoinpreises auf eine substantielle Grösse angestiegen. Ein konzentrierter Markt, fehlende Investorenschutzbestimmungen, potenzielle re-

gulatorische Eingriffe und die Entwicklung von Substitutionsprodukten stellen schwer kalkulierbare Risiken dar.

Da Renten nicht in Kryptowährungen gezahlt werden, ist die Berücksichtigung von Kryptowährungen in der Anlagestrategie aus ALM-Sicht kritisch zu beurteilen. Kryptowährungen sind wie andere Währungen und Rohstoffe kein Kapitalgut. Diese Eigenschaft ist nicht zu vereinbaren mit einer fundamental ertragsorientierten Anlagephilosophie. |

Cryptomonnaies

Les caisses de pensions doivent-elles se mettre au bitcoin et à l'ethereum?

Il règne une ambiance de ruée vers l'or. Suite à la hausse du bitcoin, dont le prix a pratiquement décuplé en moins de douze mois, le segment des cryptomonnaies affichait une capitalisation boursière nettement supérieure à celle de la bourse suisse en février 2021. Le moment d'entrer dans le jeu est-il venu pour les investisseurs institutionnels?

Des prestataires de services financiers établis ont inclus le segment des cryptomonnaies dans leur gamme de produits. L'accès est facilité par la disponibilité de placements collectifs et de produits dérivés. Les caisses de pensions suisses devraient-elles se jeter à l'eau et nager avec le courant?

Le marché des cryptomonnaies

En février 2021, la capitalisation boursière des cryptomonnaies franchissait le cap des 1.5 trillion de francs suisses et le site spécialisé CoinMarketCap recensait 8723 cryptomonnaies échangées sur 305 places de marché différentes. De nouvelles cryptomonnaies arrivent constamment sur le marché à la suite de bifurcations (forks) et de nouveaux développements.

Cependant, certaines de ces cryptomonnaies ne sont pas conçues comme une alternative au bitcoin et ne sont pas adaptées à des fins spéculatives. Parmi les exemples importants, citons les stablecoins, dont le taux de change est lié à une monnaie nationale régulière, ou les pièces utilitaires, qui peuvent être utilisées exclusivement pour payer des services spécifiques.

Malgré le grand nombre de monnaies, le marché est très concentré: environ deux tiers, soit environ un trillion, pouvaient être attribués au bitcoin en février 2021 (pour sa performance, voir le graphique). Le numéro deux des cryptomonnaies,

l'ethereum, valait alors environ 200 milliards, soit à peu près autant que les dix cryptomonnaies suivantes réunies.

Risques des cryptomonnaies

Les risques suivants doivent être considérés comme critiques pour les cryptocurrencies.

Manque de protection des investisseurs

Comme les cryptomonnaies ne sont généralement pas classées comme valeurs mobilières, elles ne sont pratiquement pas réglementées jusqu'à ce jour.

Manipulations du marché

Le risque de manipulation du marché est élevé dans de nombreux cas. Les facteurs critiques sont la structure du marché, la transparence et la liquidité.

Risques réglementaires

Si les régulateurs décident quand même d'intervenir, il peut en résulter des effondrements des prix importants.

Risques technologiques

De nouvelles cryptomonnaies et d'autres innovations peuvent rendre obsolètes les cryptomonnaies actuellement existantes.

Cybercriminalité et technologie

Les vulnérabilités technologiques et la cybercriminalité entraînent régulièrement la perte d'actifs.

EN BREF

Les cryptomonnaies comportent divers risques qui peuvent être critiques pour un investisseur. De plus, du point de vue de l'ALM, elles ne remplissent pas les conditions de base d'un placement.

Durabilité

La consommation d'énergie pour la production et les transactions en cryptomonnaies, notamment en bitcoins, est exorbitante. Investir dans les cryptomonnaies est donc difficile à concilier avec les principes de durabilité.

L'adéquation stratégique dans l'optique ALM

Selon le mandat légal, les institutions de prévoyance doivent veiller à ce que la sécurité du but de la prévoyance, à savoir le paiement des rentes en francs suisses, soit garantie lors du placement de la fortune.



Cours avancé pour responsables de caisses de pensions

Formation approfondie

Mardi 15 juin 2021, Paudex

Les participants pourront voir en détail l'ensemble des éléments qui sont de la compétence du conseil de fondation. Le cours fait le tour des tâches fixées aux articles 51a LPP et 49a OPP 2 avec des spécialistes reconnus dans les domaines comptable, actuariel du droit et de la communication.

Contenu

- Actualités de la prévoyance
- Expert (tâches)
- Organe de révision (tâches)
- Responsabilité
- Communication
- Problématiques discutées

Intervenantes et intervenants

Francis Bouvier, Actuaire ASA, Actuaire IAF, Responsable pôle Prévoyance Professionnelle BCV, Directeur Fondation BCV 2^e pilier

Guy Chervet, Expert-comptable diplômé, associé et administrateur au sein du Groupe de sociétés fiduciaires BfB

Yves-Marie Hostettler, Licence en droit et brevet d'avocat, Représentant de l'ASIP en Suisse romande et responsable du secteur juridique de Retraites Populaires

Michèle Mottu Stella, Experte agréée LPP, Prevanto Partner

Laurent Pittet, Directeur Conseiller en communication, titulaire du Diplôme fédéral, Pittet Communication SA

Vous trouverez de plus amples informations sur vps.epas.ch. Sous réserve de modifications du programme.

Lieu
Centre Patronal,
Route du Lac 2, 1094 Paudex

Heure
09h00 – 16h30

Coûts, credit points et inscription sur vps.epas.ch

Renseignements
Beatrice Steiner
+41 (0)41 317 07 48
bs@vps.epas.ch
vps.epas.ch

Co-organisateur

Credit Points



Tant que les rentes ne sont pas versées en bitcoins ou autres cryptocurrencies, le placement des avoirs de prévoyance dans ces monnaies doit donc être jugé désavantageux. La même affirmation vaut en principe pour les devises étrangères conventionnelles ou des investissements tels que l'or ou les métaux précieux.

Compatibilité avec la philosophie de placement

Les titres de participation représentent une créance sur un actif et sur les revenus générés. Les valeurs nominales représentent un droit aux paiements de coupons et au remboursement de la valeur nominale. Même si l'intérêt résultant est faible, voire négatif dans le contexte actuel de taux d'intérêt bas, il est objectivement mesurable.

Les cryptomonnaies et les devises en général, en revanche, ne sont pas des immobilisations et ne donnent donc pas lieu à un rendement du capital. Leur promesse de placement peut être résumée par les trois points suivants:

Augmentation espérée de la valeur

Les évolutions prévisibles de l'offre et de la demande ne sont pas encore prises en compte dans le prix actuel et devraient conduire à des augmentations substantielles de la valeur.

Diversification

La classe d'actifs présente une faible corrélation avec les autres classes d'actifs. Ceci est soit soutenu par des chiffres de corrélation empiriques, soit justifié par des raisons économiques.

Protection contre l'inflation

L'inflation et les craintes d'inflation poussent les investisseurs à se tourner vers des placements qui ne sont pas affectés par l'effondrement du pouvoir d'achat des monnaies nationales ordinaires.

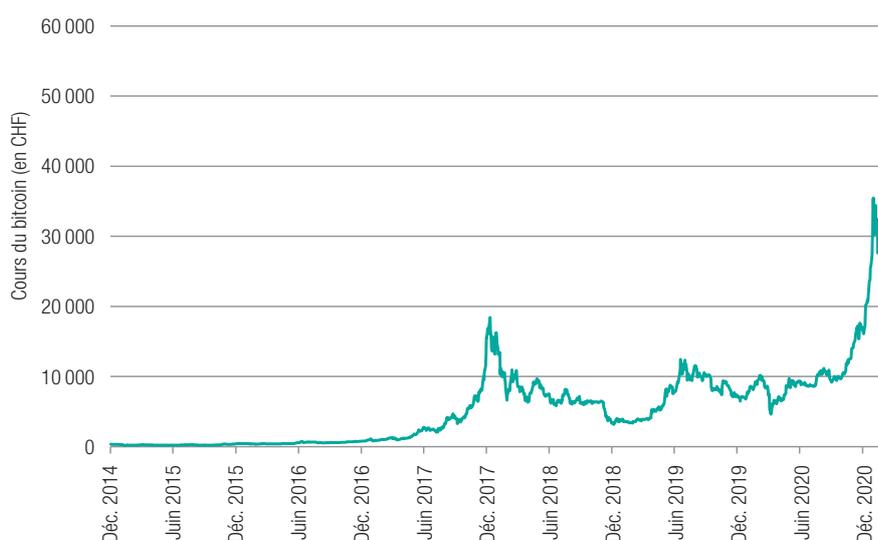
L'expérience du boom des matières premières

La similitude de ces promesses avec les argumentaires de vente des matières premières dans les années 2000 est frappante. Comment les évaluer ex post? Le tableau donne un aperçu correspondant. En résumé, on peut dire que les promesses ne se sont pas réalisées.

Placements dans les matières premières – hypothèses et réalité

Arguments	Réalité
Etant donné que de nombreuses matières premières ne sont pas renouvelables, la demande croissante en Chine et dans les marchés émergents entraîne une augmentation massive des prix.	La demande de la Chine et d'autres marchés émergents a augmenté, mais pas les prix. Les indices boursiers globaux sont toujours bien en deçà des sommets atteints juste avant la crise financière.
L'ajout de matières premières hautement volatiles réduit la volatilité effective du portefeuille en raison des caractéristiques de diversification bénéfiques.	Mesurée par rapport à la volatilité historique du portefeuille, la diversification a été améliorée dans une certaine mesure. Toutefois, les placements dans les matières premières n'ont offert aucune protection contre les chutes massives des prix pendant la crise financière.
Investir dans l'or offre une protection efficace contre l'inflation.	La forte hausse du prix de l'or à partir de 2006 s'est déroulée dans un environnement largement exempt d'inflation (d'un point de vue suisse). Toutefois, compte tenu de la forte expansion de la masse monétaire de la banque centrale, de nombreux investisseurs s'attendent à un risque d'inflation accru.
Le marché suit des schémas stables. Grâce aux règles techniques de trading, il est facile de battre le marché.	Les produits de placement offrant un alpha persistant dans toutes les phases du marché sont plutôt rares.

Évolution de la valeur du bitcoin (Source: Office fédéral de la statistique, Refinitiv, c-alm AG)



Pas d'arguments en faveur d'une exposition pour les caisses de pensions

Le marché des cryptomonnaies a atteint une taille considérable l'année dernière, principalement en raison de l'explosion du prix du bitcoin. Un marché concentré, l'absence de dispositions relatives à la protection des investisseurs, une intervention réglementaire potentielle et le développement de produits de substitution posent des risques difficiles à jauger.

Les rentes n'étant pas payées en cryptomonnaies, l'inclusion des cryptomonnaies dans la stratégie de placement est délicate du point de vue de l'ALM. Les cryptomonnaies, comme les autres devises et les matières premières, ne sont pas un bien d'investissement. Cette caractéristique n'est pas compatible avec une philosophie de placement fondamentalement axée sur le rendement. |

Philipp Weber

Komplexe Verbindungen.

Engagement im Investment.



HIG | Immobilien
Anlage
Stiftung

Die HIG Immobilien Anlage Stiftung investiert Mittel von Vorsorgeeinrichtungen in direkt gehaltene, bedürfnisgerechte, zukunftsfähige Schweizer Immobilien. Ihre Tochter, die HIG Asset Management AG, führt und entwickelt Immobilienportfolios von Vorsorgeeinrichtungen auf Mandatsbasis.

KONTAKT

HIG Asset Management AG – Löwenstrasse 25 – 8001 Zürich – Tel. 044 213 61 61 – E-Mail info@hig.ch – www.hig.ch

Worauf zu achten ist

Historisch tiefe Zinsen und Fragen zu den wirtschaftlichen Folgen der Pandemie stellen institutionelle Investoren vor grosse Herausforderungen. Breit diversifizierte Immobilienanlagen gewinnen in diesem Umfeld an Bedeutung.

IN KÜRZE

Wichtig sind insbesondere die Berücksichtigung unterschiedlicher Länder und Sektoren sowie die richtige Wahl des Anlageinstruments und des Managements.

Trotz Umschichtungen bei Aktien und Anleihen gestaltet sich die Suche nach sicheren und zugleich ertragsorientierten Anlagen zusehends schwieriger. Die Politik der Notenbanken wirft zudem die Frage auf, ob in den nächsten Jahren die Inflation zurückkehren könnte.

Investitionen in Immobilien gelten in diesem Umfeld als aussichtsreiche Alternative für sehr langfristig ausgerichtete Investoren. Ungeachtet des Tiefzinsumfelds versprechen sie zum einen stabile Ausschüttungen von Erträgen und zum anderen, in ausgewählten Sektoren, einen längerfristigen Wertzuwachs.

Diversifizieren über Länder und Sektoren

Grosse, paneuropäische Immobilienfonds überzeugen mit einem hohen Grad an Diversifikation und mit Ertragsaussichten in ganz unterschiedlichen Sektoren wie Wohnen, Logistik, Gewerbe oder Büro. Das gilt nicht allein für dynamische Ballungszentren wie London, Paris oder Berlin. Das Wachstumspotenzial in ausgewählten Immobiliensektoren wie Logistik und E-Commerce oder auch Wohnen verheisst an vielen weiteren Standorten in ganz Europa erfolgversprechende Investments und sichere Erträge aus der Vermietung.

Oberstes Gebot ist dabei immer die optimale Diversifikation über mehrere Länder, Städte und Sektoren. Ein Anlageinstrument oder ein Fonds, dessen Portfolio zum Beispiel zehn oder zwölf Objekte umfasst, weist noch nicht die nötige kritische Grösse auf.

Weshalb ist die Diversifikation dermassen elementar? Zum einen schneiden die verschiedenen europäischen Regio-

nen bei den Wachstumsaussichten sehr unterschiedlich ab. Zum anderen unterliegen die einzelnen Sektoren unterschiedlichen und teils gegenläufigen Zyklen. Der wesentliche Vorzug grosser Anlagegefässe liegt weiter darin, dass fortwährend eine gewisse «Rotation» gewährleistet ist. Laufend kommen zum Beispiel Büro- oder Gewerbeimmobilien in eine Phase der Neuvermietung, Repositionierung und Anpassung.

In der aktuellen Lage erweisen sich Investments im Wohnbereich als zuverlässiger Wert mit ausgesprochen stabilen Cashflows. Die Mieten in den Bereichen Einzelhandel, Shoppingcenter und Büroflächen sind seit dem Ausbruch der Pandemie hingegen in weiten Teilen Europas unter Druck gekommen.

Ob das Fondsmanagement in diesem Umfeld der Diversifikation von Anfang an die nötige Aufmerksamkeit geschenkt hat und wenn nötig gewisse Sektoren unter- oder übergewichtet, erweist sich als wesentlicher Erfolgsfaktor. Aktuell haben Anlageprodukte das Nachsehen, die einseitig Büros und Einzelhandel im Fokus haben. 2020 kamen entsprechende Immobilien massiv unter Druck. Sinkende Ertragsaussichten haben tendenziell tiefere Bewertungen der Objekte zur Konsequenz, während umgekehrt Wachstumspotenzial bei den Mieten gewisse Aufwertungen rechtfertigen.

Ausschüttungen auch im Krisenjahr

Gerade im Krisenjahr 2020 sind breit diversifizierte Strategien optimal aufgegangen. Trotz schwieriger Umstände sind bei grossen paneuropäischen Fonds mit einer Anlagestrategie im Core-Bereich jährliche Ausschüttungen in der



Rainer Suter
Dr. oec.,

Co-Head of Core Fund Strategies,
AXA Investment Managers

Größenordnung von 3 bis 4% realistisch.

Der Anleger partizipiert dabei nicht allein an den Mietzinsausschüttungen, sondern auch am Kapitalwert des Investments. Die meisten Experten gehen davon aus, dass in der Summe beider Komponenten bei Core-Immobilien auf lange Sicht eine Gesamtrendite im mittleren bis höheren einstelligen Bereich jährlich liegen könnte.

Management vor Ort ist entscheidend

Was sind von der Diversifikation abgesehen, die weiteren Anforderungen? Das Management im Immobilienbereich muss über profunde Fachkenntnisse und über ein enges lokales Netzwerk in verschiedenen Ländern verfügen. Es ist unmöglich, weit entfernt von einer Zentrale aus zu operieren und Chancen zu nutzen. Das gilt sowohl für den Transaktions- als auch den lokalen Mietermarkt.

Die Kunst besteht darin, hochwertige Objekte im passenden Kontext an zukunftssträchtiger Lage zu suchen, zu fin-

den und erfolgreich zu akquirieren. Dies ist nicht nach einem einfachen Raster nach Ländern und Sektoren möglich. Im jeweiligen lokalen Kontext müssen die besten Wohn-, Logistik-, Business- oder Industrieimmobilien aufgespürt werden.

Regulierung und Anlagereglement

Vor einem Anlageentscheid ist weiter zu prüfen, in welchem Umfang dem Anlageprodukt Honorare belastet werden und ob das Management Anreize hat, eine langfristige Strategie im Interesse der Fondsanleger umzusetzen. Je nach Regulierung und Domizilort des Fonds sind manche Details recht unterschiedlich geregelt.

Relevant sind für die Anleger immer auch die Themen Zeichnungen und Rücknahmen. Üblich sind je nach Ausgestaltung des Fonds quartalsweise oder jährliche Rückgabe- bzw. Zeichnungsmöglichkeiten. Obwohl aufgrund der hohen Attraktivität im aktuellen Umfeld eher Wartelisten geführt werden und Rückgaben kein Thema sind, sollten Anleger die Spielregeln für Rückgaben oder

gegebenenfalls sogar eine Liquidation des Produkts auf Herz und Nieren prüfen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass Immobilien grundsätzlich illiquid sind. Zum Schutz bestehender Anleger macht es Sinn, unter ungewöhnlichen Situationen Schliessungen eines Produkts vorzusehen.

Der im heutigen Umfeld gewichtige Effekt der Diversifikation gegenüber anderen Anlagen wie Aktien kommt dann am besten zum Tragen, wenn das Produkt keine börsennotierten Titel umfasst. Unzählige Studien für verschiedene Ländern kommen zu einem klaren Ergebnis: Der Diversifikationseffekt spielt dann optimal, wenn sich die Anleger entweder für Direktanlagen oder Produkte entschieden, die auf dem Net Asset Value (NAV) basieren. Das heisst, dass der Anleger jederzeit zum fair und unabhängig geschätzten inneren Wert der Fondsliegenschaften ein- und aussteigen kann. Prämien, wie sie sich beim Börsenhandel bilden, sind damit zum vornherein ausgeschlossen. |

WERBUNG

PUBLICITÉ

Katastrophenanleihen

Plenum 
Insurance Linked Capital

Zinsrisiken

Mit CAT Bonds raus aus dem Kapitalmarkt



www.plenum.ch

Capital goes Re®

Immobilier en Europe

Ce à quoi il faut être attentif

Les taux d'intérêt historiquement bas et l'incertitude sur les conséquences économiques de la pandémie constituent des défis majeurs pour les investisseurs institutionnels. Les placements immobiliers largement diversifiés gagnent en importance dans cet environnement.

EN BREF

Il importe en particulier de prendre en compte différents pays et secteurs et de faire le bon choix en matière d'instrument de placement et de gestion.

Malgré les recompositions au niveau des actions et des obligations, il devient de plus en plus difficile de trouver des placements à la fois sûrs et rentables. En outre, il faut se demander si la politique des banques centrales ne va pas conduire au retour de l'inflation dans les prochaines années.

Dans ce contexte, les placements dans la pierre semblent offrir une alternative intéressante aux investisseurs qui ont un horizon à très long terme. En dépit de la faiblesse des taux d'intérêt, l'immobilier promet en effet une rentrée stable de revenus, d'une part, et, dans certains secteurs, une croissance de la valeur à long terme, d'autre part.

Diversifier les pays et les secteurs

Les grands fonds immobiliers paneuropéens convainquent par une forte diversification et des perspectives de gains dans des secteurs très différents tels que le résidentiel, la logistique, le commercial ou les bureaux. Cela ne s'applique pas uniquement aux conurbations dynamiques telles que Londres, Paris ou Berlin. Le potentiel de croissance de certains secteurs immobiliers tels que la logistique et le commerce électronique, ainsi que le résidentiel, promet des placements rentables et des revenus locatifs sûrs dans de nombreux autres endroits en Europe.

La priorité absolue est toujours une diversification optimale entre plusieurs pays, villes et secteurs. Un véhicule ou un fonds placement dont le portefeuille comprend dix ou douze propriétés, par exemple, n'a pas encore la taille critique nécessaire.

Pourquoi la diversification est-elle si fondamentale? D'une part, les différentes

régions européennes ont des perspectives de croissance très différentes. Deuxièmement, les différents secteurs sont soumis à des cycles divergents et parfois opposés. Le principal avantage des grands véhicules de placement est qu'un certain degré de «rotation» est garanti à tout moment. Les immeubles de bureaux ou commerciaux, par exemple, passent constamment par une phase de relocation, de repositionnement et d'ajustement.

Dans la situation actuelle, les placements dans le secteur résidentiel s'avèrent être une valeur sûre avec des flux de trésorerie extrêmement stables. En revanche, les loyers dans les secteurs du commerce de détail, des centres commerciaux et des bureaux ont subi des pressions dans de nombreuses régions d'Europe depuis l'apparition de la pandémie.

Dans cet environnement, le fait que la direction du fonds ait accordé dès le départ l'attention nécessaire à la diversification et, si nécessaire, sous-pondéré ou surpondéré certains secteurs, s'avère être un facteur clé de succès. Actuellement, les produits de placement unilatéralement axés sur les bureaux et le commerce de détail sont perdants. En 2020, l'immobilier dans ces secteurs a subi une pression massive. La baisse des perspectives de bénéfices tend à entraîner une baisse de la valeur des biens immobiliers, alors qu'à l'inverse, le potentiel de croissance des loyers justifie certaines réévaluations.

Des dividendes même durant l'année de crise

Surtout durant l'année de crise 2020, les stratégies largement diversifiées ont

été les grandes gagnantes. Malgré les circonstances difficiles, des distributions annuelles de l'ordre de 3 à 4 % sont réalistes pour les grands fonds paneuropéens ayant une stratégie de placement de base.

L'investisseur participe non seulement aux distributions de loyers, mais aussi à la valeur actuelle nette du placement. La plupart des experts supposent que la somme des deux composantes de l'immobilier de base pourrait donner lieu à un rendement total annuel à un chiffre d'un niveau moyen à élevé sur le long terme.

La gestion sur place est cruciale

Outre la diversification, quelles sont les autres exigences? Le management dans le secteur immobilier doit disposer d'une expertise approfondie et d'un réseau local étroit dans différents pays. Il est impossible d'opérer et de profiter des opportunités loin d'une centrale. C'est vrai à la fois pour le marché des transactions et pour le marché des locataires locaux.

Tout l'art consiste à rechercher, trouver et acquérir avec succès des propriétés

de haute qualité dans un contexte approprié et dans un endroit prometteur. Cela n'est pas possible sur la base d'une simple grille de pays et de secteurs. Les meilleures propriétés résidentielles, logistiques, commerciales ou industrielles doivent être recherchées dans le contexte local respectif.

Réglementation et règles de placement

Avant de prendre une décision de placement, il est également important de vérifier dans quelle mesure des honoraires sont imputés au produit de placement et si la direction est incitée à mettre en œuvre une stratégie à long terme dans l'intérêt des investisseurs du fonds. Selon la réglementation et le domicile du fonds, certains détails sont réglementés de manière très différente.

Les souscriptions et les rachats sont toujours pertinents pour les investisseurs. Selon la structure du fonds, les options de rachat ou de souscription trimestrielles ou annuelles sont courantes. Bien qu'il existe plutôt des listes d'attente et que les rachats ne posent pas de problème en raison du niveau élevé d'attrac-

tivité dans l'environnement actuel, les investisseurs doivent examiner attentivement les règles de rachat, ou même de liquidation du produit, le cas échéant. Il ne faut pas oublier que l'immobilier est fondamentalement illiquide. Pour protéger les investisseurs existants, il est logique de prévoir la fermeture d'un produit dans des circonstances inhabituelles.

L'effet de diversification, si important dans l'environnement actuel, est plus efficace lorsque le produit ne comprend pas de titres cotés. D'innombrables études portant sur différents pays sont arrivées à une conclusion claire: l'effet de diversification joue de manière optimale lorsque les investisseurs choisissent soit des placements directs, soit des produits basés sur la valeur nette d'inventaire (VNI). Cela signifie en effet que les investisseurs peuvent entrer et sortir à tout moment à la valeur intrinsèque juste des propriétés du fonds estimée de manière indépendante. Les primes, telles qu'elles apparaissent dans les transactions boursières, sont donc exclues d'emblée. |

Rainer Suter

WERBUNG

PUBLICITÉ



Cours de base en prévoyance professionnelle

Cours destiné aux conseils de fondation et autres personnes intéressées au sein des caisses de pensions

Intervenantes et intervenants:

Yves-Marie Hostettler, Michèle Mottu Stella, Emmanuel Vauclair, Francis Bouvier, Gilbert Hellegouarch, Ludovic Derenne, Isabelle Amschwand, Yves-Marie Hostettler

Mercredi 8 et mardi 14 septembre 2021, Paudex

Informations
et inscription sur
vps.epas.ch



Das Frühwarnsystem für Ihre Vorsorgeeinrichtung

Mit dem pkcockpit erhalten Sie umfassende beratungsunabhängige **Informationen zur Gesamtpensionskasse, aber auch zu einzelnen Vorsorgewerken**. Es evaluiert Kennzahlen systematisch und weist dabei frühzeitig auf drohende Ungleichgewichte hin. Das pkcockpit zeigt Führungsverantwortlichen die aktuellen Handlungsmöglichkeiten auf und simuliert deren jeweilige Folgen für die Pensionskasse. Nutzen Sie ein anschauliches und interaktives System zur zukunftsicheren Steuerung Ihrer Pensionskasse!



Mehr Infos:
www.pkcockpit.ch



Ihr Ansprechpartner

Jeannette Leuch
Partner
j.leuch@invalue.ch
invalue ag
Gallusstrasse 32
CH-9000 St. Gallen
T+41 (0)71 224 80 10
www.invalue.ch



Dashboard: Übersicht für den Stiftungsrat

Komprimierte Darstellung relevanter Kennzahlen, Entwicklungen und Grafiken.



Cockpit: Regelmässige Bewertung von Kennzahlen

Visuell attraktive Aufbereitung sämtlicher Kennzahlen und deren Entwicklung.



Peer-Vergleiche: Bessere Einschätzung der eigenen Situation

Umfassende Peer-Datenbank für den Vergleich mit anderen Pensionskassen und Märkten.



Steuerungsmöglichkeiten: Massnahmen und deren Wirkung

Ein interaktives Werkzeug zeigt dem Stiftungsrat adäquate Eingriffsmöglichkeiten und simuliert deren Wirkung.



Kommunikation mit den Aufsichtsbehörden: Automatisierung

Kennzahlen werden direkt im Tool generiert und mit Kommentaren ergänzt.



Dokumentenverwaltung

Zentrale Verwaltung der wichtigsten Dokumente des Stiftungsrates: z.B. Protokolle.



Individuelle Einstellungen

Pensionskassenspezifische Einstellungen und Vorgaben.



pkcockpit



Die Alviso Pensionskasse hat sich vor kurzem neu aufgestellt und tritt im Vorsorge Markt mit frischem Erscheinungsbild und neuen Partnern auf. Die bereits vor über 35 Jahren von einem Treuhandbüro gegründete Sammelstiftung zählt bisher hauptsächlich Betriebe aus der Ost- und Zentralschweiz sowie dem Wirtschaftsraum Zürich zum Kundenstamm. Alviso hat in den vergangenen zwei Jahren alle Dienstleistungen neu ausgeschrieben. Der Stiftungsrat kam nach intensiver Prüfung zum Schluss, dass die Sammelstiftung heute in der Lage ist, die technische Verwaltung und Geschäftsführung selber durchzuführen. Somit kündigte Alviso den Vertrag mit der LLB Vorsorge AG und hat seit Oktober 2020 ein direkt von der Stiftung angestelltes Verwaltungsteam von vier Personen. Man hat die damit verbundene Mehrarbeit wie Suche neuer Mitarbeiter und Büroräumlichkeiten, neues Logo, neue Homepage oder die Evaluation einer Verwaltungssoftware nicht gescheut. Auch die Vermögensverwaltung wurde neu vergeben. Als Lohn sind Kostensenkungen möglich geworden und die Stiftung hat potenzielle Interessenskonflikte minimiert.

Das Angebot an die KMU ist gleich geblieben. Alviso bietet Anschlussverträge, bei welchen die Kunden individuelle, massgeschneiderte Vorsorgepläne – auch Kaderpläne – definieren können. Die Vorsorgewerke der Alviso werden kollektiv finanziert (keine getrennte Rechnung), die einzelnen Vorsorgewerke haben aber einen eigenen Deckungsgrad. Das bedeutet, dass der Deckungsgrad, die Führung der Wertschwankungsreserven und der freien Mittel auf Ebene jedes Vorsorgewerks individuell ausgewiesen werden. Deshalb kann jedes Vorsorgewerk auch seine eigene Verzinsung des Sparkapitals festlegen. Aktuell verfügen alle angeschlossenen 342 Vorsorgewerke über einen Deckungsgrad von über 100%. Die Gesamtstiftung ist aufgrund einer nach wie vor gesunden Struktur zwischen Aktiven und Rentnern deutlich Cashflow positiv. Das Vorsorgekapital der 2286 Aktiven ist immer noch rund 2.5 Mal höher als das

jenige der 374 Rentner. Die Stiftung bilanziert seit dem Abschluss 2020 mit einem technischen Zins von 1.5% und Generationentafel, was im Quervergleich im Sammelstiftungsmarkt etwas marktnäher ist. Der Umwandlungssatz sinkt aber nur langsam und steht per Ende 2022 immer noch bei 5.8%. Für den Umgang mit den daraus resultierenden Pensionierungsverlusten wird auch die Alviso in den nächsten Jahren noch geeignete Lösungen finden müssen.

Die Anlagestrategie entspricht dem marktüblichen Muster. Die Stiftung hat im 2020 ihre zwei Liegenschaften im Di-

rektbesitz in eine Immobilienanlagestiftung eingebracht. Seit dann wird die 20-prozentige Immobilienquote mit Kollektivgefässen in der Schweiz und im Ausland umgesetzt. Bemerkenswert ist das Bestreben der Alviso, das Vorsorgethema auch jüngeren Versicherten besser zugänglich zu machen. Zu diesem Zweck hat man in Zusammenarbeit mit einem Kommunikationsberater innovative Videoclips, die vorderhand auf verschiedenen Social Media Plattformen aufgeschaltet werden, produziert. |

Daniel Dubach

STECKBRIEF

Rechtsform	Sammelstiftung
Vorsorgeplan	Beitragsprimat für Alter, Leistungsprimat für Risiko
Art der Kasse	teilautonom, kongruente Rückversicherung für Risiken Tod und Invalidität

Gründungsjahr	1984
Sitz	Cham/Schlieren
Website	www.alviso-pensionskasse.ch

KENNZAHLEN PER 31.12.2020

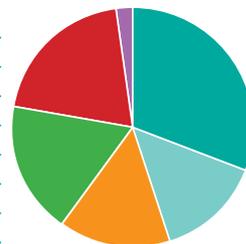
Anzahl Versicherte	2286
Anzahl Rentner	374
Beitragsverhältnis AG/AN	individuell pro Vorsorgewerk
Angeschlossene Arbeitgeber	342
Zins Altersguthaben 2019	2.0%
Technische Grundlagen	BVG 2015/GT
Umwandlungssatz Alter 65*	6.00%
Technischer Zins	1.50%
VK Rentner	101.7 Mio.
VK aktive Versicherte	272.0 Mio.
Total VK	373.7 Mio.
Technische Rückstellungen	25.7 Mio.

Notw. Vorsorgekapital	399.4 Mio.
Vorsorgevermögen netto	427.5 Mio.
DG nach Art. 44 BVV 2	105.8%
Vorh. Wertschwankungsreserve	21.7 Mio.
Sollwert Wertschwankungsreserve	63.5 Mio.
Sollrendite 2021	2.08%
Erwartete Rendite 2021	2.30%
Anlageperformance 2020	2.95%
Vermögensverwaltungskosten (Transparenzquote 100%)	0.49%
Verwaltungsart Anlagen	Kollektivanlagen
Verwaltungskosten pro aktiven Versicherten	416 CHF

* Senkung auf 5.8% bis 2022

KAPITALANLAGEN

	Strategie per 31.12.20	Bandbreiten
Liquidität und Geldmarktanlagen	0.0%	0.0– 5.0%
Obligationen CH (inkl. Hypotheken)	31.0%	19.2–42.7%
Obligationen FW	14.0%	8.8–19.3%
Aktien Schweiz	15.0%	9.4–20.6%
Aktien Ausland (inkl. EMMA)	18.0%	11.2–25.1%
Immobilien (inkl. Ausland)	20.0%	12.0–28.0%
Alternative Anlagen (Private Equity)	2.0%	1.2– 2.8%



WICHTIGE DIENSTLEISTER

Experte für berufliche Vorsorge	Roger Baumann, c-alm AG, St. Gallen
Revisionsstelle	Franco Poerio, BDO AG, Zürich
Geschäftsführung, Administration	inhouse
Berater Kapitalanlagen	c-alm AG, St. Gallen
Geschäftsführer	Thomas Schmidiger (043 444 64 44, thomas.schmidiger@alviso-pensionskasse.ch)

STIFTUNGSRAT

Arbeitgebervertreter	Remo Schällibaum (Präsident), Fritz Schoch (Vizepräsident), Bernhard Frei, Maximilian Walter
Arbeitnehmervertreter	Wolfgang Fanger, Michel Huber, Martin Hard, Fabian Keller

Genussvorsorge

Herr Schällibaum, wie ist die Stiftung seinerzeit zum Namen Alviso gekommen?

Alviso ist die abgekürzte Namensschöpfung aus ALtersVOrSORge, womit wir einen eingängigen Brand erschaffen haben. Aus meiner Sicht wäre wohl Genussvorsorge der passendere Begriff. Unsere Dienstleistung ist das Sparen für die Zeit in Rente, also auch die Zeit des Genusses!

Was waren die Hauptgründe, im Markt alle Dienstleistungen neu auszuschreiben und den langjährigen Partner LLB zu verlassen?

Als oberstes Gremium ist es Pflicht des Stiftungsrats, regelmässig den Markt zu analysieren. Wir erwarten, dass die aufwendigen Einmalkosten des Wechsels und der Neupositionierung innerhalb von zwölf bis vierundzwanzig Monaten bereits durch die Einsparungen aufgewogen werden.

Können Sie die Resultate der Ausschreibung in Bezug auf die Organisation und die Dienstleistungen an die Destinatäre zusammenfassen?

Aus Sicht der Kunden ist entscheidend, dass wir mit der Neuaufstellung einerseits unsere Unabhängigkeit und die Transparenz stärken können. Das Angebot bleibt flexibel und zukunftsgerichtet, sodass keine Abstriche zu früher zu verzeichnen sind. Mit einem eigenen Verwaltungsteam schaffen wir mehr Nähe zu unseren Destinatären. Insgesamt würde ich sagen, ergibt sich ein deutlich optimiertes Zusammenspiel von Kosten, Transparenz, Unabhängigkeit und Flexibilität.

Alviso ist jüngst auch einen spannenden neuen Weg mittels Videoclips gegangen, um das Vorsorgethema jüngeren Versicherten schmackhaft zu machen. Was sind die Reaktionen?

Wir haben uns ganz bewusst mit der jüngeren Generation zusammengesetzt und sind bestrebt, in der Kommunikation diese Generation besser zu adressieren. Die Herausforderung besteht wie wir alle wissen darin, den jungen Leuten bewusst

zu machen, dass sich eine frühzeitige Beschäftigung mit dem Thema lohnt. Deshalb suchen wir den Zugang unter anderem über lockere Videoclips. Es ist noch verfrüht für eine Beurteilung der Wirkung. Die ersten Reaktionen sind aber ausserordentlich positiv.

Alviso senkt den Umwandlungssatz bis Ende 2022 auf 5.8%. Genügt das? Wie sehen Sie die weitere Entwicklung, auch mit Blick auf die Konkurrenz zu anderen Sammelstiftungen?

Die Tendenz ist allgemein in die Richtung einer Senkung des Umwandlungssatzes. Auch in unserem Stiftungsrat sind wir uns der Problematik der Umverteilung bewusst, die mit einem zu hohen Umwandlungssatz einher geht. Corona bedingt haben wir die weitere Diskussion jedoch aufgeschoben. Wir wollen dieses für die Destinatäre zentrale Thema nicht über eine Videokonferenz abhandeln. Im Quervergleich der Sammelstiftungen befinden wir uns im Gros des Felds. Man sieht, dass wir am Thema seit längerem arbeiten. Vorreiter wollen wir jedoch ebenso wenig sein wie Nachzügler.

Wie schätzen Sie allgemein die Entwicklung des Sammelstiftungsmarkts in den kommenden Jahren ein?

Die unmittelbaren und längerfristigen Herausforderungen werden sicher nicht weniger. Ein qualitatives Wachstum ist wichtig, weil sich die Anzahl der Anbieter stetig reduzieren wird. Wir sind aber überzeugt, dass Alviso mit den jüngst eingeleiteten und umgesetzten Massnahmen deutlich gestärkt im Wettbewerb steht und zu den Gewinnern gehören wird. Augen und Ohren halten wir zudem offen, um in einer aktiven Führungsrolle Kooperationen einzugehen, die den Destinatären Mehrwert schaffen können. |

Interview (schriftlich): Daniel Dubach

«Unsere Dienstleistung ist das Sparen für die Zeit in Rente, also auch die Zeit des Genusses!»



Remo Schällibaum

Remo Schällibaum

Inhaber und Geschäftsführer
der Schällibaum + Partner AG, Zürich

Stellung in der Organisation:
Präsident des Stiftungsrats seit 2015

Ausbildung:
dipl. Architekt FH

Hobbys:
Familie, Reisen, gut essen, Wein, Musik

Lebensmotto:
Geht nicht – gibt es nicht.

Weisung der OAK zu Sammeleinrichtungen

Praxistauglichkeit muss sich noch weisen

Mit einer neuen Weisung will die Oeraufsichtskommission Berufliche Vorsorge (OAK) Klarheit in die Strukturen von Sammeleinrichtungen bringen. Dies gelingt nur bedingt.

IN KÜRZE

Das neue Formular beantwortet wichtige Fragen nicht. Zielführender wäre der Weg über das Gutachten des Experten.

Mit dem versicherungstechnischen Gutachten nimmt der Experte für berufliche Vorsorge seine Prüfaufgabe bei Sammel- und Gemeinschaftseinrichtungen gemäss Art. 52e Abs. 1 BVG wahr. Er beachtet hierzu unter anderem die Fachrichtlinie FRP 5 (Mindestanforderungen an die Prüfung der Vorsorgeeinrichtung), FRP 6 (Unterdeckung und Sanierungsmassnahmen) und FRP 7 (Prüfung von Vorsorgeeinrichtungen mit mehreren Vorsorgewerken).

Am 26. Januar 2021 wurden die neuen Weisungen W-01/2021A der OAK zum Thema der Sammel- und Gemeinschaftseinrichtungen publiziert.¹ Sie sollen die Strukturtransparenz für Vorsorgeeinrichtungen im Wettbewerb sicherstellen, um den Aufsichtsbehörden die notwendigen Informationen zu den Risiko- und Entscheidungsstrukturen zur Verfügung zu stellen (nachfolgend «neue Weisungen» genannt). Zudem sollen sie die Experten für berufliche Vorsorge und die Revisionsstellen bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben unterstützen.

Formular zur Erfassung der Risiken

Zur Strukturtransparenz wird eine Matrix verwendet, in der die Risiken «Pensionierungsverlust», «Langlebigkeit», «Tod und Invalidität» sowie «Sanierung» den Risikoträgern «Versicherungsgesellschaft», «Vorsorgeeinrich-

tung», «Solidargemeinschaft» und «Vorsorgewerk» zugeordnet werden sollen. Analoges gilt für die Zuordnung der Entscheidung «Vermögensanlage» auf die Entscheidungsträger «Versicherungsgesellschaft», «Vorsorgeeinrichtung» und «Vorsorgewerk».

Dieser Aufbau soll den Fokus auf die Solidargemeinschaften und die Vorsorgewerke lenken, da diese die Risiken ganz oder teilweise selbst tragen. Sie werden somit auf das gleiche Niveau wie die Vorsorgeeinrichtung gehoben (ohne jedoch eine eigene Rechtspersönlichkeit zu haben).

Diese einheitliche Matrix wird als Strukturmodell bezeichnet. Jedes Strukturmodell bildet mindestens einen Anschluss an die Vorsorgeeinrichtung ab. Alle angeschlossenen Arbeitgeber und Rentnerbestände mit identischer Zuordnung von Risiken und Vermögensanlage sind Bestandteil eines Strukturmodells.

Strukturmodelle im Praxistest

Die Stossrichtung der neuen Weisungen verfolgt dieselben Ziele zur Offenlegung der Strukturen wie das versicherungstechnische Gutachten. Die bildliche Zusammenstellung der Risiko-/Entscheidungsträger und der Risiken soll den Überblick über die Strukturen einer Vorsorgeeinrichtung verbessern, allenfalls unklare Strukturen zum Vorschein bringen und somit potenzielle Risiken offenlegen.

Ob dieses Ziel mit den Strukturmodellen aus Sicht des Experten für berufliche Vorsorge erreicht wird,

Elena Fehr
Eidg. dipl. Pensionsversicherungsexpertin,
Swiss Life
Pension Services AG



Branko Poljak
Eidg. dipl. Pensionsversicherungsexperte,
Swiss Life
Pension Services AG



¹ Siehe dazu Artikel Häuselmann/Stahl: Anforderungen an Transparenz und interne Kontrolle, «Schweizer Personalvorsorge» 3/21, Seite 4.

kann am besten am Beispiel einer konkreten Sammelstiftung geprüft werden.

Die Sammelstiftung bietet den Vorsorgewerken drei Modelle an:

- ein teilautonomes Modell mit unterschiedlichen Anlagestrategien (Auswahl von fünf Strategien),
- ein teilautonomes Modell mit einer einheitlichen Vermögensanlage,
- ein Vollversicherungsmodell.

Die Risiken Tod und Invalidität sind rückversichert. Die Pensionierungsverluste sind pro Vorsorgewerk zu tragen. Bei Neuanschluss kann das Vorsorgewerk das Modell selbst wählen (sofern die notwendigen Mittel eingebracht werden können und die Zustimmung des Rückversicherers vorliegt).

Diese Sammelstiftung ist im Formular so zu erfassen, wie es in den Tabellen (Seite 88) dargestellt ist.

Formular bringt kaum Klarheit

Das Beispiel illustriert die Grenzen des Strukturmodells der OAK BV zur Strukturtransparenz: In den zu erstellenden Formularen werden potenzielle Probleme dieser Sammelstiftung (unklare Abgrenzung der Modelle, Quersubventionierung, Umverteilung etc.) nicht erkannt.

Neben der Darstellung der Risiko- und der Entscheidungsstrukturen hat sich der Experte für berufliche Vorsorge im Formular dazu zu äussern, ob die verschiedenen Risiken ausreichend finanziert sind und ob der technische Zinssatz sowie die Grundlagen der Versichertenstruktur angemessen sind. Basis für die Bestätigung ist ein jährlich zu erstellendes versicherungstechnisches Gutachten (in Ausnahmefällen mindestens alle drei Jahre). Weitere wesentliche Risiken muss er separat erläutern.

Im Rahmen eines sinnvollen Risikomanagements ist es zielführender, die

Strukturen nur im versicherungstechnischen Gutachten statt zusätzlich über die neuen Strukturmodelle offenzulegen. Voraussetzung dafür ist, dass der Geltungsbereich der FRP 7 auf Gemeinschaftseinrichtungen, konzerneigene Vorsorgeeinrichtungen etc. im Sinne der neuen Weisungen ausgedehnt und diese Fachrichtlinie von der OAK BV zum Mindeststandard erhoben wird.

So können die aktuelle Risikofähigkeit und deren Veränderung auf verschiedenen Ebenen im Detail sichtbar gemacht werden. Eine standardisierte Form mit Strukturmodellen kann die starke Individualisierung im Bereich der Vorsorgeeinrichtungen im Wettbewerb hingegen nicht vollumfänglich erfassen.

Negative Auswirkungen dieser Individualisierung sind beispielsweise individuelle Anlagestrategieentscheide auf der Ebene des Vorsorgewerks, die auch den technischen Zinssatz für Rentenzahlungen auf der Ebene der Vorsorgeeinrich-



Tiefere
Einblicke.
Asiatische
Anleihen.

Wie gewichten Sie
asiatische Anleihen
in Ihrem Portfolio?

Die Dynamik Asiens ist unbestreitbar.
Anlegern, die jetzt noch unterinvestiert sind in asiatische Anleihen, entgeht deren Wachstumspotenzial.

Profitieren Sie von der Dynamik Asiens.
Sprechen Sie uns an:

Fidelity International
Zurich & Geneva
Tel.: +41 (0)43 210 13 00

www.fidelity.ch

**Stark
in Asien.**

tung beeinflussen können, oder die Wahl eines BVG-Minimalplans, die zu Pensionierungsverlusten auf Stiftungsebene führen kann. Zudem können Rechte und Pflichten von Solidargemeinschaften und Vorsorgewerken nicht mit Weisungen geregelt werden.

Nicht bloss Momentaufnahmen

Entscheidend ist, dass nicht nur bei der Gründung, sondern auch während des ganzen Lebenszyklus einer Vorsorgeeinrichtung (zum Beispiel bei einer

nachträglichen Strukturanpassung) klar festgelegt wird, welche Risiken anfallen können, wer die Risikoträger sind, welche Solidaritäten gelten sollen, auf welchen Ebenen oder in welchen Teilbereichen Unterdeckungen anfallen und wer diese zu beheben hat.

Auf diese Weise werden verschiedene Risiken adäquat abgedeckt und gemanagt. Hier sei der Vollständigkeit halber auf die gesetzlichen Bestimmungen über die Gründung von Sammel- und Gemeinschaftseinrichtungen verwiesen. **I**

1. Teilautonomes Modell mit wählbaren Anlagestrategien

Risiko-/ Entscheidungsträger	Risiko				Entscheidung
	Pensionierungsverluste	Langlebigkeit	Tod & Invalidität	Sanierung	Vermögensanlage
Versicherungsgesellschaft	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Vorsorgeeinrichtung	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
Solidargemeinschaft	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
Vorsorgewerk	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

2. Teilautonomes Modell mit einheitlicher Anlagestrategie

Risiko-/ Entscheidungsträger	Risiko				Entscheidung
	Pensionierungsverluste	Langlebigkeit	Tod & Invalidität	Sanierung	Vermögensanlage
Versicherungsgesellschaft	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Vorsorgeeinrichtung	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
Solidargemeinschaft	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
Vorsorgewerk	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

3. Vollversicherungsmodell

Risiko-/ Entscheidungsträger	Risiko				Entscheidung
	Pensionierungsverluste	Langlebigkeit	Tod & Invalidität	Sanierung	Vermögensanlage
Versicherungsgesellschaft	<input checked="" type="checkbox"/>				
Vorsorgeeinrichtung	<input type="checkbox"/>				
Solidargemeinschaft	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
Vorsorgewerk	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

WERBUNG

PUBLICITÉ



Sammel- und Gemeinschaftseinrichtungen

Tagung für Geschäftsführer, Stiftungsräte und
Kadermitarbeitende zu aktuellen Fragen

Donnerstag, 16. September 2021, Zürich-Flughafen

Infos und
Anmeldung unter
vps.epas.ch

Directive de la CHS concernant les institutions collectives

L'utilité pratique reste à prouver

Avec une nouvelle directive, la CHS vise à clarifier les structures des institutions collectives. Ce n'est qu'un succès partiel.

EN BREF

Le nouveau formulaire ne répond pas à certaines questions importantes. L'expertise actuarielle s'y prête mieux.

Avec l'expertise actuarielle, l'expert en matière de prévoyance professionnelle accomplit sa tâche de contrôle des institutions de prévoyance collectives et communes conformément à l'art. 52e al. 1 LPP. A cet effet, il s'appuie notamment sur les directives techniques DTA 5 (Exigences minimales lors de l'examen de l'institution de prévoyance), DTA 6 (Découvert et mesures d'assainissement) et DTA 7 (Examen d'institutions de prévoyance comptant plusieurs œuvres de prévoyance).

Le 26 janvier 2021, les nouvelles directives D-01/2021A de la CHS sur le thème des institutions de prévoyance collectives et communes ont été publiées.¹ Elles visent à assurer la transparence structurelle des institutions de prévoyance en concurrence entre elles afin de fournir aux autorités de surveillance les informations nécessaires sur les risques et les structures décisionnelles (ci-après dénommées «les nouvelles directives»). En outre, elles sont destinées à soutenir les experts en matière de prévoyance professionnelle et les organes de révision dans l'exercice de leurs fonctions.

Formulaire de saisie des risques

Pour la transparence structurelle, on utilise une matrice dans laquelle les risques «pertes sur retraites», «longévité», «décès et invalidité», ainsi que «assainissement» doivent être affectés aux porteurs de risques «compagnie d'assurance», «institution de prévoyance», «communauté solidaire» et «œuvre de prévoyance». Il en va de même pour l'attribution de la décision «placement» aux

instances de décision «compagnie d'assurance», «institution de prévoyance» et «œuvre de prévoyance».

Cette structuration est destinée à mettre l'accent sur les communautés solidaires et les œuvres de prévoyance, étant donné que celles-ci supportent elles-mêmes tout ou partie des risques. Elles sont ainsi élevées au même niveau que les institutions de prévoyance (mais sans avoir de personnalité juridique propre).

Cette matrice uniforme est appelée modèle structurel. Chaque modèle structurel réplique au moins une affiliation à l'institution de prévoyance. Tous les employeurs et effectifs de rentiers affiliés présentant une répartition des risques et un placement des actifs identiques font partie d'un modèle structurel.

Test pratique des modèles structurels

L'orientation des nouvelles directives poursuit les mêmes objectifs de divulgation des structures que l'expertise actuarielle. La représentation visuelle des décideurs et des risques a pour but d'améliorer la vue d'ensemble des structures d'une institution de prévoyance, de mettre en évidence les structures peu claires et donc de révéler les risques potentiels.

La meilleure façon de vérifier si les modèles structurels permettent d'atteindre cet objectif du point de vue de l'expert en matière de prévoyance professionnelle consiste à faire le test avec une fondation collective concrète.

La fondation collective propose trois modèles aux œuvres de prévoyance:

- un modèle semi-autonome avec différentes stratégies de placement (un choix de cinq stratégies),
- un modèle semi-autonome avec une allocation d'actifs uniforme,
- un modèle d'assurance complète.

¹ Voir article Häuselmann/Stahl: Exigences de transparence et de contrôle interne, «Prévoyance Professionnelle Suisse» 03/21, page 6.



Live Webinar

Operationelles Risk-Management in der Praxis

Dienstag, 6. Juli 2021, 10.30 – 12.00 Uhr

Krisenfälle haben gezeigt, dass grosse Schäden nicht nur im Anlagebereich entstehen, sondern zum Beispiel auch durch mangelhafte Überwachung von Vertragspartnern, Fehler in der Administration oder durch Nichtentscheide des Stiftungsrats. Während die Handhabung von finanziellen und strukturellen Risiken von Vorsorgeeinrichtungen fortgeschritten ist, hinkt die Handhabung von operationellen Risiken hinterher.

Mit der Führung einer Vorsorgeeinrichtung sind:

- korrekte und zeitgerechte Geschäftsprozesse
- transparente Kosten oder
- gute Reputation verbunden

Risiken lauern beim Outsourcing von Geschäftstätigkeiten, beim Führen des Personals, bei latenten oder laufenden Prozessen, bei Betrugsfällen oder bei Cyberattacken. Die Vermeidung dieser Risiken ist Teil der Führungsaufgabe.

Zielgruppe

Das Webinar richtet sich an Mitglieder von paritätischen Organen, an Geschäftsführungen und Mitarbeitende von Vorsorgeeinrichtungen

Referent

Hans Lienhard, Dipl. Ing., MSc, Risk Management and Supply Chain Specialist

Weitere Informationen finden Sie unter [vps.epas.ch](https://www.vps.epas.ch). Programmänderungen vorbehalten.

Programm

Nach einer Einführung mit zwei Kurzreferaten werden die Themen in einer Fragerunde mit den Teilnehmenden vertieft

Kosten

Fr. 85.– pro Teilnehmer/in

Anmeldung

Interessierte können sich auf unserer Website anmelden. Die angemeldeten Teilnehmenden erhalten im Voraus einen Weblink für den Zutritt zur vps.epas-Lernplattform.
Anmeldung unter [vps.epas.ch](https://www.vps.epas.ch)

Auskünfte

Beatrice Steiner
+41 (0)41 317 07 48
bs@vps.epas.ch
[vps.epas.ch](https://www.vps.epas.ch)

Les risques de décès et d'invalidité sont réassurés. Les pertes sur retraites sont supportées individuellement par chaque œuvre de prévoyance. L'œuvre de prévoyance peut choisir elle-même le modèle lors de l'affiliation (à condition que les fonds nécessaires puissent être apportés et que l'accord du réassureur ait été obtenu).

Cette fondation collective doit être saisie dans le formulaire comme indiqué dans les tableaux.

Le formulaire ne clarifie guère les choses

Cet exemple illustre les limites du modèle structurel de la CHS PP en matière de transparence structurelle: les formulaires à remplir n'identifient pas les problèmes potentiels de cette fondation collective (délimitation peu claire des modèles, subventionnement croisé, redistribution, etc.)

En plus de la présentation des structures de risque et de décision, l'expert en matière de prévoyance professionnelle doit commenter dans le formulaire si les différents risques sont suffisamment financés et si le taux d'intérêt technique ainsi que les bases de la structure des assurés sont appropriés. Pour sa confirmation, l'expert se base sur une expertise actuarielle qui doit être établie annuelle-

ment (dans des cas exceptionnels, au moins tous les trois ans). Il doit expliquer séparément les autres risques importants.

Dans le cadre d'une gestion raisonnable des risques, il est plus judicieux de ne divulguer les structures que dans l'expertise actuarielle plutôt que d'y ajouter les nouveaux modèles structurels. La condition préalable est que le champ d'application de la DTA 7 soit étendu aux institutions communes, aux institutions de prévoyance de groupe, etc. au sens des nouvelles directives et que cette directive technique soit érigée en norme minimale par la CHS PP.

De cette manière, la capacité de risque actuelle et son évolution à différents niveaux peuvent être rendues visibles en détail. Une forme standardisée avec des modèles structurels ne peut par contre pas saisir entièrement la forte individualisation dans le domaine des institutions de prévoyance en concurrence entre elles.

Les effets négatifs de cette individualisation sont, par exemple, les décisions individuelles en matière de stratégie de placement au niveau de l'œuvre de prévoyance, qui peuvent également influencer le taux d'intérêt technique pratiqué pour les versements de rentes au niveau de l'institution de prévoyance, ou le choix d'un plan minimal LPP, qui peut entraîner des pertes sur retraites au ni-

veau de la fondation. En outre, les droits et obligations des communautés solidaires et des œuvres de prévoyance ne peuvent être réglés par des directives.

Pas de simples instantanés

Il est crucial que, non seulement au moment de la fondation, mais aussi pendant tout le cycle de vie d'une institution de prévoyance (par exemple, lors d'un ajustement structurel ultérieur), il soit clairement défini quels risques peuvent survenir, qui sont les porteurs de ces risques, quelles solidarités doivent s'appliquer, à quels niveaux ou dans quels sous-domaines se produisent les découverts et qui doit y remédier.

Les différents risques sont ainsi couverts et gérés de manière adéquate. Dans un souci d'exhaustivité, il convient de mentionner ici les dispositions légales relatives à la création d'institutions collectives et communes. |

Elena Fehr
Branko Poljak

1. Modèle semi-autonome avec choix des stratégies de placement

Porteur des risques/ instance de décision	Risque				Décision
	Pertes sur retraites	Longévité	Décès et invalidité	Assainissement	Placement
Compagnie d'assurance	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Institution de prévoyance	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
Communauté solidaire	<input type="checkbox"/>				
Œuvre de prévoyance	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

2. Modèle semi-autonome avec stratégie de placement unique

Porteur des risques/ instance de décision	Risque				Décision
	Pertes sur retraites	Longévité	Décès et invalidité	Assainissement	Placement
Compagnie d'assurance	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Institution de prévoyance	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
Communauté solidaire	<input type="checkbox"/>				
Œuvre de prévoyance	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

3. Modèle d'assurance complète

Porteur des risques/ instance de décision	Risque				Décision
	Pertes sur retraites	Longévité	Décès et invalidité	Assainissement	Placement
Compagnie d'assurance	<input checked="" type="checkbox"/>				
Institution de prévoyance	<input type="checkbox"/>				
Communauté solidaire	<input type="checkbox"/>				
Œuvre de prévoyance	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Jetzt
abonnieren:
penso.ch



Penso+
Vertiefungs-Webinare

PENSO

HR, Sozialversicherungen,
Personalvorsorge

Penso bietet als Webplattform und Zeitschrift Hintergrundwissen und Aktuelles rund um Personalmanagement, Sozialversicherungen, betriebliches Gesundheitsmanagement und berufliche Vorsorge sowie News aus den Verbänden, wegweisende Gerichtsentscheide und schliesslich Leithilfen zu Lebens- und Arbeitswelten.

Wählen Sie Ihr passendes Abonnement

Kurzabonnement Penso

Fr. 25.–

Während 7 Wochen

Unbeschränkter Zugang zu allen Inhalten auf penso.ch auf all Ihren Geräten

1 Print-Ausgabe

Zeitschrift als E-Paper lesen

Jahresabonnement Penso

Fr. 160.–

Während 1 Jahr

Unbeschränkter Zugang zu allen Inhalten auf penso.ch auf all Ihren Geräten

8 Print-Ausgaben

Zeitschrift als E-Paper lesen

Mehrfachabonnement Penso

Fr. 120.– pro Abonnement*

Während 1 Jahr

Unbeschränkter Zugang zu allen Inhalten auf penso.ch auf all Ihren Geräten

8 Print-Ausgaben

Zeitschrift als E-Paper lesen

* Der Preis gilt ab einer Bestellung von mindestens drei Abonnements während 1 Jahr

Firmenabonnement Penso

Fr. 880.–

Während 1 Jahr

Unbeschränkter Zugang zu allen Inhalten auf penso.ch für alle Mitarbeitenden sowie jeweils 8 Exemplare der Printausgabe, die 8 Mal jährlich erscheint

Zeitschrift als E-Paper lesen

Unternehmen, Institutionen und öffentliche Betriebe mit einer fixen IP-Range gewähren den Mitarbeitenden, Schülern und Studenten freien Zugang auf penso.ch ohne Passwort und Registrierung.

Penso+

Das Abo mit Vertiefungs-Webinaren

Leserinnen und Leser von Penso erhalten regelmässig Gelegenheit, aufgegriffene Themen mit einem Webinar zu vertiefen und ihre spezifischen Fragen an unsere Expertinnen und Experten zu stellen. Diese Penso-Webinare können einzeln unter vps.epas.ch oder gleich zusammen mit dem Abonnement von Penso gebucht werden (Penso+).

Penso+ Vertiefungs-Webinare

Mittwoch, 23. Juni 2021, 12.30 Uhr

Digitalisierung in den Sozialversicherungen

Mittwoch, 25. August 2021, 11.00 Uhr

Psychosomatische Alarmsignale am Arbeitsplatz

Montag, 27. September 2021, 11.00 Uhr

IV-Revision

Dienstag, 26. Oktober 2021, 11.00 Uhr

Das Mitarbeitergespräch

Dienstag, 9. November, 15.00 Uhr

Altersvorsorge-Revision AHV und BVG

Jahresabonnement

Penso+

mit Vertiefungs-Webinaren

Fr. 325.–

Während 1 Jahr

Unbeschränkter Zugang zu allen Inhalten auf penso.ch auf all Ihren Geräten

8 Print-Ausgaben

Zeitschrift als E-Paper lesen

Freie Teilnahme an allen Vertiefungs-Webinaren

Penso+ Vertiefungs-Webinare sind Angebote «on demand». Die Webinar-Teilnehmenden können live daran teilnehmen, oder sie zu einem späteren Zeitpunkt anschauen.

Gebucht werden können Abonnements Penso+ auf: penso.ch/services/abonnements/

Auf unserer Website vps.epas.ch können die Webinare auch einzeln gebucht werden.

Auskünfte Vertiefungs-Webinare

Rita Käslin, +41 (0)41 317 07 60, rk@vps.epas.ch, vps.epas.ch

Auskünfte Abonnements

Patricia Bärtschi Schmid, +41 (0)41 317 07 24, pbs@vps.epas.ch, vps.epas.ch

Die wichtigen Risiken im Blick

Die Oberaufsichtskommission Berufliche Vorsorge (OAK) geht gemeinsam mit den Direktaufsichten spezifische Herausforderungen bei Sammel- und Gemeinschaftseinrichtungen an.

Das Thema führt direkt zur Frage, welche Aufgaben die Aufsicht hat und was es mit dem Schlagwort Risikoorientierung auf sich hat. Das Gespräch knüpft an ein Interview in der Maiausgabe 2020 an.

Die OAK hat neue Weisungen zu Sammel- und Gemeinschaftseinrichtungen erlassen.¹ Was erhoffen Sie sich von diesem Schritt?

Kupper Staub: Das Thema Sammel- und Gemeinschaftseinrichtungen hatten wir zusammen mit den Aufsichtsbehörden vor einiger Zeit als wichtiges Aufsichtsthema identifiziert. Diese Einrichtungen werden immer bedeutender, sind aber anders als die klassische Pensionskasse

mit einem Arbeitgeber, die die Gesetzgebung eigentlich abdeckt. Bei Sammel- und Gemeinschaftseinrichtungen² können Interessenskonflikte auftreten, insbesondere zwischen den Geschäftsinteressen der Betreibergesellschaften dieser Vorsorgeeinrichtungen und den Interessen der Versicherten. Die Weisungen fokussieren auf Transparenz: Wo werden die versicherten Risiken getragen und wie muss die interne Kontrolle aussehen? Beide Aspekte sind wichtig für das Management der angesprochenen Interessenskonflikte. Die Weisungen sind aber nur ein erster Baustein, dem weitere folgen werden.

Sind diese Weisungen griffig genug, dass die Direktauf sicht effektiv mehr

sieht und mehr machen kann als bisher?

Tischhauser: Es handelt sich wie eben gesagt um einen ersten Baustein. Eine erhöhte Transparenz bei Sammeleinrichtungen dient allen Akteuren, um ihren Job besser zu machen. Der Baustein wird insbesondere in den Bereichen finanzielle Stabilität und Governance ergänzt werden müssen.

Transparenz ist oft der kleinste gemeinsame Nenner, gegen den kaum jemand etwas einzuwenden hat.

Tischhauser: Transparenz ist aber die Ausgangslage, um weitere Schritte sinnvoll vollziehen zu können. Seit Jahren haben wir uns für ein Verständnis in der Bran-

«Unser Anspruch ist nicht, Sammel- und Gemeinschaftseinrichtungen enger zu beaufsichtigen als die anderen. Unser Anspruch ist, sie gleich überwachen zu können wie die anderen.»

Vera Kupper Staub ist Präsidentin der Oberaufsichtskommission Berufliche Vorsorge (OAK BV). Die promovierte Ökonomin leitete zuvor den Anlagebereich der Pensionskasse Stadt Zürich und war Mitglied des ASIP-Vorstands.

¹ Die Weisungen wurden in der «Schweizer Personalvorsorge» 3/21 vorgestellt (Artikel Häuselmann/Stahl, Seite 4).

² Gemeint sind im weiteren Text bei Sammeleinrichtungen immer auch Gemeinschaftseinrichtungen.



che eingesetzt, dass eine Pensionskasse risikoorientiert geführt sein muss. Dies stellt hohe Anforderungen an die Stiftungsräte, die Geschäftsführenden und auch an uns als Direktaufsicht. Nun stellt sich gerade bei komplexeren Sammelstiftungen die Frage: Wie werden diese Anforderungen auf Ebene von risikotragenden Vorsorgewerke erfüllt? Ist sichergestellt, dass auch dort die entsprechende Führung und Überwachung erfolgt und dass die dafür notwendigen Fähigkeiten vorhanden sind? Mit der Weisung wird sich auch die Transparenz dazu verbessern.

Entfaltet dieser Baustein, die Transparenz, alleine schon eine Wirkung?

Tischhauser: Ich bin überzeugt, dass Transparenz für sich selber schon sehr viel bewirkt. Sie ermöglicht auf allen Ebenen, auf denen Risiken innerhalb einer Sammelstiftung getragen werden, eine angemessene Führung und Überwachung.

Kupper Staub: Natürlich gibt es Stiftungen, bei denen Transparenz nichts Zusätzliches bringt, weil sie schon transparent sind. Aber es bringt bei denen etwas, die bisher nicht sehr transparent gewesen sind, auch nicht gegenüber

ihrem Experten. Und bei den dunkleren Schafen, wo vielleicht eher die Geschäftsleitung den Stiftungsrat geführt hat als umgekehrt, wird es auch dem Stiftungsrat helfen.

Wie weit können Sie in der Gestaltung dieser Bausteine gehen, angesichts dessen, dass es keine gesetzliche Basis für spezifische Regelungen für Sammelstiftungen gibt?

Kupper Staub: Unser Anspruch ist nicht, Sammel- und Gemeinschaftseinrichtungen enger zu beaufsichtigen als die anderen. Unser Anspruch ist, sie gleich überwachen zu können wie die anderen. Für das haben wir die gesetzliche Grundlage. Es ist definiert, wie eine einfache, normale Pensionskasse beaufsichtigt wird und welche Informationen diese preisgeben muss. Nun haben wir komplexere Strukturen. Da muss die Aufsicht fähig sein, die entsprechenden Informationen zu erhalten, um eine einheitliche Aufsicht gewährleisten zu können.

Herr Tischhauser, in unserem letztjährigen Interview äusserten Sie das Anliegen, dass die OAK bereits bei der Erarbeitung neuer Weisungen an die Umsetzung denkt und diese vor dem

Erlass mit den Direktaufsichten klärt. Geschah dies bei dieser Weisung?

Tischhauser: Die Qualität der Zusammenarbeit hat sich deutlich verbessert. Wir haben im Vorfeld die verschiedenen Elemente diskutiert. Auch die Kammer der Experten, Revisionsstellen und einzelne Sammeleinrichtungen wurden involviert. Das ist der Weg, den man konsequent gehen muss. Logischerweise kann man nicht jedes Detail der Umsetzung antizipieren, aber die Grundzüge wurden geklärt. Später braucht es, wie beispielsweise bei der Umsetzung der neuen FRP4, einen laufenden Erfahrungsaustausch.

Kupper Staub: Ein wichtiges Thema der Zusammenarbeit zwischen OAK und Direktaufsicht ist die risikoorientierte Aufsicht. Was heisst das genau? Was sind die Mindestanforderungen an die Aufsichtstätigkeit in diesem Bereich? Im Anhörungsentwurf der Weisungen zu Sammel- und Gemeinschaftseinrichtungen hatten wir dazu zwei Elemente, die fi-

«Eine erhöhte Transparenz bei Sammeleinrichtungen dient allen Akteuren, um ihren Job besser zu machen.»

Roger Tischhauser ist Präsident der Konferenz der kantonalen BVG- und Stiftungsaufsichtsbehörden. Er leitet die BVG- und Stiftungsaufsichtsbehörde Zürich (BVS).



nanzielle Führung und die Governance, drin. In der Diskussion erkannten wir dann, dass diese Fragen alle Vorsorgeeinrichtungen betreffen und entsprechend grundsätzlich angegangen werden müssen. Entsprechend arbeiten wir jetzt an Weisungen zur risikoorientierten Aufsicht, die wir 2022 in die Anhörung geben und dann erlassen möchten.

Seitens der Konferenz besteht meinem Eindruck nach immer noch kein einheitliches Verständnis hinsichtlich Risikoorientierung. Wie nahe ist man einer gemeinsamen Linie?

Tischhauser: Die Überwachung von finanzieller Führung und Governance haben wir im vergangenen Jahr diskutiert, unter den Direktaufichtsbehörden und mit der OAK. Welche Grundsätze und Standards lassen sich definieren? Wir haben eine Basis geschaffen für ein gemeinsames Verständnis zu diesen fundamentalen Themen. Von da aus können wir nun weitergehen.

Was heisst dies konkret?

Tischhauser: Zur Überwachung der finanziellen Risiken muss die Aufsichtsbehörde ein eigenes Bild einer Stiftung haben: Wie steht sie in Bezug auf finanzielle Sicherheit und Stabilität da? Gibt es Handlungsbedarf? Wenn ja, was müsste sie machen und macht sie dies auch? Wir berücksichtigen dabei die Arbeit von Revisionsstellen und Experten, aber am Schluss muss sich die Direktauficht ein eigenes Bild machen. Um dieses Bild zu erhalten, müssen wir über Risikomodelle sprechen, etwa der finanziellen Risiken. Wir müssen aber auch über den Ermessensspielraum der Akteure sprechen und uns zu Aufsichtsdispositiven austauschen: Wie wird Ermessen definiert und was kann und muss eine Aufsicht machen, wenn sie Handlungsbedarf sieht? Diese Diskussion, diese Konkretisierung wird jetzt auf der Basis stattfinden, die wir gelegt haben. Das Ergebnis wird qualitativ besser, wenn wir diese Ansätze gemeinsam entwickeln, als wenn jede Aufsichtsbehörde für sich Modelle weiterentwickelt.

Kupper Staub: Risikoorientierte Aufsicht ist nicht nur im Bereich Pensionskassen ein Schlagwort, sondern in vielen Themenfeldern. Es ist ein Umsetzungsansatz einer Aufsicht, die immer viel mehr

Dinge kontrollieren muss, als sie Ressourcen hat. Würde eine Aufsichtsbehörde alles immer bis ins letzte Detail kontrollieren, wäre sie viel, viel teurer. Risikoorientierte Aufsicht heisst, die Aufsicht wird dort aktiv, wo sie die grössten Risiken sieht. Im Fall der Pensionskassen sind dies Risiken für die Versicherten, konkret die nicht zweckgemässe Verwendung der Mittel sowie die Stabilität der Vorsorgeeinrichtungen. Wir hatten vor einiger Zeit einen Weisungsentwurf mit Basisrisikokennzahlen vorgelegt. Dieser Ansatz war nicht zielführend.

Inwiefern?

Kupper Staub: Es reicht nicht, dass Aufsichtsbehörden anhand eines Sets von Risikokennzahlen sagen, diese Vorsorgeeinrichtung sei im Risiko und diese nicht. Nach einem Börsencrash werden beispielsweise sehr viele Pensionskassen in Unterdeckung und damit gemäss den Kennzahlen im Risiko sein. Aber das heisst noch lange nicht, dass sie ihre Verantwortung im Bereich Risikomanagement und finanzielle Führung nicht wahrgenommen haben. Die Aufsichtsbehörden müssen sich ein Bild über die Risiken einer Pensionskasse machen, aber

«Nach einem Börsencrash werden sehr viele Pensionskassen in Unterdeckung und damit gemäss den Kennzahlen im Risiko sein. Aber das heisst noch lange nicht, dass sie ihre Verantwortung im Bereich Risikomanagement und finanzielle Führung nicht wahrgenommen haben.»

Vera Kupper Staub

entscheidend ist, ob das Führungsorgan seine Verantwortung im Bereich finanzielle Führung/Risikomanagement wahrgenommen hat oder nicht. Wir machen einen grossen Schritt weg von reinen Kennzahlen, hin zu den gesetzlichen Verpflichtungen im Bereich des Managements der Risiken.

Im Sommer 2020 fällte das Bundesgericht ein Urteil im Fall First Swiss, in dem das Gericht ein sehr zurückhaltendes Rollenverständnis der Aufsicht stützte, eine reine Prüfung der Gesetzeskonformität. Sehen Sie eine Gefahr, dass man mit der Risikoorientierung eine Praxis etabliert, die sich als nicht gerichtsbeständig erweisen könnte?

Kupper Staub: Ich interpretiere dieses Urteil nicht so. Zudem: Was heisst «Prüfung der reinen Gesetzeskonformität»? Auch in der risikoorientierten Aufsicht geht es ausschliesslich um die Gesetzeskonformität. Wir machen nie etwas anderes. Im Gesetz gibt es aber nicht nur einfache, normative Vorschriften. Es gibt auch vagere Bestimmungen, etwa diejenigen zur Angemessenheit einer Anlagestrategie. Die Aufsicht muss darüber wachen, dass alle gesetzlichen Bestimmungen eingehalten sind. Ich habe das Urteil eher als Bekenntnis dazu interpretiert, dass eine Aufsichtsbehörde nicht allwissend sein kann und dass sie sich auf die Arbeiten von Revisionsstelle und Experte abstützen darf.

Tischhauser: Wir würden als Direktauficht nie etwas unterstützen, das nicht auf rechtlichen Grundlagen basiert und bei dem wir nicht eine ausreichende Sicherheit haben, dass das, was wir machen, auch gerichtsbeständig ist. Im Gesetz gibt es, wie dies Frau Kupper Staub ausgeführt hat, prinzipienbasierte Aussagen, bei denen nicht im Detail gesagt wird, was darunter zu verstehen ist, sondern die mit Leben gefüllt werden müssen. Wir überwachen, ob Gesetz und Statuten eingehalten werden, also müssen wir auch die Einhaltung dieser Prinzipien prüfen. Gerade den Aspekt der gesamten finanziellen Führung, ich denke da an die ALM-Sicht, decken auch Pensionskassenexperten nicht vollständig ab. Diese Verantwortung liegt beim Stiftungsrat und die Direktauficht muss ihn entsprechend überwachen.

Und wenn den Prinzipien nicht nachgelebt wird, schreiten Sie ein.

Tischhauser: Wenn es wesentliche Defizite gibt und der Stiftungsrat nichts unternimmt, ist ein Rechtsmangel gegeben. Wenn eine Vorsorgeeinrichtung ausserhalb ihres Ermessensspielraums agiert, dann muss eine Aufsicht handeln. Wenn wir nicht so handeln würden, wenn wir etwa die Einhaltung der prinzipienbasierten Normen ausser Acht lassen würden, kämen wir unserem gesetzlichen Auftrag nicht nach. Und für diese Prüfung müssen wir uns ein Bild von jeder Stiftung machen. Ist dieses Bild nicht klar oder sehen wir relevante Risiken, die nicht angemessen gemanagt werden, führen wir einen sogenannten Aufsichtsdialo g. In den allermeisten Fällen ist der Dialog zielführend, sodass weitere aufsichtsrechtliche Massnahmen nicht notwendig sind.

Aus Kassenperspektive kann es als Entmündigung gesehen werden, wenn die Aufsicht sich bei jeder Stiftung ein Bild davon macht, was diese machen müsste, und wenn sie's nicht macht, schreitet die Aufsicht ein.

Tischhauser: Die Realität ist, dass wir bei der BVS mit 5 bis 10 % der Kassen einen Aufsichtsdialo g führen, also einer wirklich beschränkten Zahl. In vielen Fällen geht es darum, ein gemeinsames Verständnis zur Sicherung einer nachhaltigen finanziellen Stabilität zu schaffen. Und wie gesagt, die Erfahrungen sind positiv. Ich sehe dies überhaupt nicht als Entmündigung. Schauen Sie sich das Ergebnis an: Die allermeisten Kassen haben ihre Hausaufgaben gemacht, die finanzielle Stabilität des Systems ist wohl so gut wie noch nie zuvor, und dies trotz anspruchsvoller Umstände.

Kupper Staub: Der Pfad, den die Aufsicht überprüft, ist ein relativ breiter Pfad. Das Ermessen definiert diese Breite. Zum Vorwurf der Entmündigung respektive der Verantwortung des obersten Organs möchte ich zwei Dinge sagen: Erstens sollen Aufsichtsbehörden nicht zu Beratungsfirmen werden, die fixe Lösungen vorgeben. Wir haben eine Vielzahl von Pensionskassen, damit auch die Risiken diversifiziert sind, weil eben nicht alle die Dinge gleich angehen. Das ist gut fürs System. Aber, und dies ist der zweite Punkt, wir können nicht alle Entscheide

«Wenn wir die Einhaltung der prinzipienbasierten Normen ausser Acht lassen würden, kämen wir unserem gesetzlichen Auftrag nicht nach.»

Roger Tischhauser

nur deshalb akzeptieren und stehen lassen, weil sie das oberste Organ getroffen hat. Die Aufsicht muss diese Entscheide überprüfen und beurteilen, ob sich das oberste Organ im gesetzlichen Rahmen bewegt. Sonst bringt die Aufsicht keinen Mehrwert.

Tischhauser: Wichtig ist zu verstehen, dass wir in diesem Aufsichtsdialo g nicht sagen, was die Stiftung machen muss. Wir sagen nur, wo man nicht auf dem Pfad ist, und erwarten, dass der Stiftungsrat aufzeigt, wie er die Ziele, die im Gesetz festgehalten sind, erreichen will. Es liegt am Stiftungsrat, allfällige Mängel zu beheben.

Bei den Weisungen zu Sammeleinrichtungen werden «erhöhte Anforderungen» an Stiftungsräte erwähnt. Diese haben einen Experten zur Seite, der viel definiert, haben eine Aufsicht, die einen – zwar breiten – Pfad vorgibt. Ist die Miliztauglichkeit, die auf der Fahne der 2. Säule steht, effektiv noch gegeben?

Tischhauser: Eine wichtige Präzisierung: Wenn Sie sagen, die Aufsicht gibt den Pfad vor, auch wenn er breit ist, stimmt das nicht. Die Aufsicht gibt keinen Pfad vor. Das Gesetz gibt den Pfad vor.

Mit dieser Präzisierung – ist die 2. Säule noch miliztauglich?

Kupper Staub: Die erwähnten «erhöhten Anforderungen» richten sich an die Organisation sowie deren Führung und

Kontrolle, da das Umfeld der Sammeleinrichtungen komplexer ist. Die wichtigsten Anforderungen an einen Stiftungsrat bleiben, dass er sich informiert, weiterbildet, kritisch ist und bei Unklarheiten Fragen stellt. Noch wichtiger als die rein fachlichen Voraussetzungen sind für einen Stiftungsrat die Anforderungen an seine Persönlichkeit.

Tischhauser: Im letzten Interview habe ich die Aussage gemacht, dass Konsolidierung und Professionalisierung Zukunftstrends sind. Wie sehen denn diese Entwicklungen aus? Die Konsolidierung bei den kleineren Pensionskassen geht ungebrochen weiter. Bei der BVS hat sich die Anzahl der betriebseigenen Pensionskassen unter 100 Millionen Bilanzsumme in den letzten sieben Jahren halbiert. Sammelstiftungen gewinnen hingegen an Bedeutung und schauen darauf, welche Fähigkeiten im Stiftungsrat vorhanden sein müssen und dass die Verantwortlichen Organe angemessen entschädigt werden. Auch bei den Revisionsstellen gibt es Initiativen zur Spezialisierung im BVG, und die Anforderungen an die Revision von grossen und komplexen Vorsorgeeinrichtungen sollen erhöht werden. Das sind Fakten, die mein Statement nach Konzentration und Professionalisierung stützen – ich sehe das weiterhin so.

Und wie sehen Sie die Frage der Miliztauglichkeit?

Tischhauser: Unsere Aufgabe ist es, die Destinatärsinteressen wahrzunehmen. Und es ist im Interesse der Destinatäre, dass ihr Vorsorgevermögen durch gut geführte Pensionskassen betreut wird, die dieser anspruchsvollen Aufgabe und den künftigen Herausforderungen gewachsen sind. In der Diskussion, was das richtige System ist, halten wir uns als Direktaufsicht zurück. |

Interview und Fotos: Kaspar Hohler



Sozialversicherungen aktuell

Aktuelle Entwicklungen
in den Sozialversicherungen

Dienstag, 15. Juni 2021

Neu
als Webinar

Die Tagung «Sozialversicherungen aktuell» informiert zu aktuellen Entwicklungen in den Sozialversicherungen und vermittelt Anregungen zur Umsetzung. Die Teilnehmenden profitieren von klaren, kompetenten und praxisorientierten Referaten und tragen angestossene Diskussionen weiter.

Vormittag: Ausblick auf die IV-Revision

IV-Revision 1

«Die IV auf der Rüttelstrecke»
Was wird sich ab 2022 ändern?

Stefan Ritler, Vizedirektor, Leiter des
Geschäftsfelds IV, BSV

IV-Revision 2

Wie sind Arbeitgebende und
Durchführungsstellen gefordert?

Rolf Born, lic. iur., Rechtsanwalt, Leiter
WAS IV, Luzern

IV-Revision 3

Wer gewinnt, wer verliert?

Felicitas Huggenberger, lic. iur., Rechts-
anwältin, Direktorin Pro Infirmis

AHV

Aktueller Stand der Revision

Monika Dudle-Ammann, lic. iur., Direktorin
Ausgleichskasse Nidwalden

Nachmittag: Umsetzungsfragen zur EL-Reform

EL-Reform 1

Was hat sich geändert, was soll damit
erreicht werden?

Andreas Dummermuth, lic. iur., Geschäftsleiter
Ausgleichskasse/IV-Stelle Schwyz

EL-Reform 2

Welche Herausforderungen stellen sich
in der Umsetzung?

Romana Zimmermann, lic. iur., Rechtsanwältin,
Direktorin Ausgleichskasse/IV-Stelle Zug

EL-Bezug verhindern

Weiterversicherung von Arbeitslosen
in der beruflichen Vorsorge

BVG

Aktueller Stand der Revision

Peter Fries, Betriebsökonom HWV, Vorsitz
Geschäftsleitung PKG Pensionskasse

Flexibel buchbar: nur vormittags/nur nachmittags/ganzer Tag

Weitere Informationen finden Sie unter vps.epas.ch. Programmänderungen vorbehalten.

Die Veranstaltung
wird online auf der
[vps.epas](https://vps.epas.ch)-Lernplattform
durchgeführt

Zeit
08.30 – 12.00 Uhr und
13.15 – 16.45 Uhr

Kosten und Anmeldung
unter vps.epas.ch

Auskünfte
Simone Ochsenbein
+41 (0)41 317 07 23
so@vps.epas.ch
vps.epas.ch

Partner



**LUZERNER
FORUM** für
Sozialversicherungen und
Soziale Sicherheit

ZGP Zürcher Gesellschaft für
Personal-Management

Garder à l'œil les principaux risques

La Commission de haute surveillance de la prévoyance professionnelle (CHS), en collaboration avec les autorités de surveillance directe, s'attaque aux défis spécifiques des institutions collectives et communes. Points clés d'une discussion avec Vera Kupper Staub, présidente de la CHS, et Roger Tischhauser (responsable de la surveillance à Zurich/président de la Conférence des autorités de surveillance directe) au sujet des ICC ainsi que des tâches de la surveillance et de la question de l'orientation sur les risques.

Fin janvier, la CHS a émis de nouvelles directives pour les institutions collectives et communes.¹ Vera Kupper Staub n'y voit qu'une «première pierre à l'édifice, qui sera suivie par d'autres». Roger Tischhauser explique que c'est la fondation d'une meilleure transparence, un «point de départ d'où l'on peut progresser par étapes judicieuses». Il faudra renforcer la charpente dans d'autres domaines, notamment ceux de la stabilité financière et de la gouvernance.

Questionnée au sujet de l'absence d'une base légale pour une réglementation spécifique aux ICC, Kupper Staub souligne: «Notre prétention n'est pas de surveiller les institutions collectives et communes plus étroitement que les autres. Notre revendication est de pouvoir les surveiller de la même manière. Et pour cela, la base légale existe», affirme-t-elle.

Pas de fixation sur les chiffres clés purs, la gestion des risques en point de mire.

Les thèmes de la gestion financière et de la gouvernance mentionnés par M. Tischhauser figuraient encore dans une première version de la directive. Toutefois, selon Kupper Staub, la discussion avec les autorités de surveillance directe a montré que ces questions concernent toutes les institutions de prévoyance et doivent être traitées en conséquence. «Dans cette optique, nous travaillons actuellement à l'élaboration d'une directive concernant la surveillance axée sur les risques que nous souhaitons mettre en consultation et publier en 2022.»

M. Tischhauser explique que les autorités de surveillance doivent se faire une idée de chaque fondation afin de pouvoir évaluer ses risques financiers. «Nous prenons en compte le travail des organes de révision et des experts, mais au final, la surveillance directe doit se faire sa propre idée.» A cet effet, les autorités de surveillance discutent des modèles de risque qu'ils utilisent, mais aussi de la marge de manœuvre qu'ils laissent aux acteurs. Kupper Staub souligne qu'il n'est pas possible de se faire une idée d'une fondation sur la base des seuls indicateurs de risque: «Nous nous éloignons des purs chiffres clés pour aller en direction des obligations légales en matière de gestion des risques.»

Un large sentier

Tous deux soulignent qu'il existe dans la loi des dispositions normatives assez faciles à contrôler, mais aussi des énoncés de principes où, comme le précise Tischhauser, «il n'est pas dit en détail ce qu'il faut entendre, mais qu'il faut remplir de vie.» Tischhauser pense notamment à la notion de gestion financière dont le conseil de fondation est responsable. «Si une institution de prévoyance agit en dehors de ses pouvoirs discrétionnaires, alors la surveillance doit intervenir». Kupper Staub ajoute que les caisses doivent avancer sur un chemin dont la largeur est définie par la marge de manœuvre.

Ne peut-on pas considérer comme une mise sous tutelle le fait que la surveillance se fasse une idée de chaque caisse et définisse le sentier qu'elle doit suivre sur cette base? Tischhauser conteste cette interprétation. La loi précise le parcours en question et l'autorité de surveillance ne doit discuter de la direction à prendre

qu'avec un «nombre vraiment limité» de caisses. Le résultat est d'ailleurs impressionnant: «La grande majorité des assureurs a fait ses devoirs et la stabilité financière du système est probablement meilleure que jamais, malgré les circonstances difficiles.»

Kupper Staub souligne que les autorités de surveillance «ne deviendront pas des cabinets de conseil qui prescrivent des solutions fixes.» Le fait même que toutes les caisses de pensions ne procèdent pas de la même manière permet également de diversifier les risques. Cependant, les autorités de surveillance ne peuvent pas accepter toutes les décisions simplement parce qu'elles ont été prises par l'organe suprême, mais doivent vérifier si l'organe suprême agit dans le cadre légal. «Sinon, la surveillance n'apporte aucune valeur ajoutée.»

Qu'en est-il de la compatibilité avec un système de milice?

Et qu'en est-il de la compatibilité de cet édifice de plus en plus complexe avec le système de milice? Kupper Staub admet que la tâche des conseils de fondation est très exigeante, surtout dans les institutions collectives. Cependant: «Plus importantes encore que les exigences professionnelles sont les exigences envers la personnalité d'un conseil de fondation.»

M. Tischhauser souligne que la professionnalisation augmente dans tous les domaines de la prévoyance professionnelle. Les institutions collectives «regardent quelles compétences doivent être présentes dans le conseil de fondation et veillent à une rémunération adéquate des organes responsables.» |

Kaspar Hohler

¹ Pour les directives, voir l'article Häuselmann/Stahl, «Prévoyance Professionnelle Suisse» 03/21, page 6).



ASIP – Schweizerischer Pensionskassenverband

VERBANDSMITTEILUNGEN 04/2021



Hanspeter Konrad,
Direktor ASIP

ESG-orientierte Anlagepolitik im Fokus der Pensionskassen

Umwelt-, Sozial- und Corporate Governance-Aspekte (ESG-Kriterien) sind Teil der ökonomischen Risiken und werden zu Recht durch die Pensionskassen entsprechend analysiert. Diese sind sich der Problematik und Risiken bewusst und auf dem Weg zu einer nachhaltigen, ESG-orientierten Anlagepolitik gut unterwegs. Dies ist das Ergebnis einer Umfrage unter unseren Mitgliedern. Der ASIP unterstützt die entsprechende Entwicklung seit Jahren mit Wissensvermittlung und Sensibilisierung für das Thema, wie man auch auf unserer Website (www.asip.ch) sehen kann. Der Verband stellt positiv fest, dass die Zahl der Pensionskassen, die ESG-Kriterien in ihrem Anlageprozess berücksichtigen, stetig zunimmt (vergleiche Ergebnisse der ASIP-Umfrage auf www.asip.ch). Das liegt auch im langfristigen Interesse der Versicherten, ohne dass dabei Renditeeinbussen in Kauf genommen werden müssten. Es geht um die Werthaltigkeit der An-

lagen. Wie Pensionskassen diesen Risiken im Rahmen des Anlageprozesses konkret Rechnung tragen, steht aber immer in der Verantwortung der obersten Führungsorgane. Sie tragen die treuhänderische Verantwortung für eine nachhaltige, zukunftsorientierte Bewirtschaftung der Vermögen ihrer Versicherten. Die Forderungen nach weiterer Regulierung sind daher nicht zielführend. Es braucht diesbezüglich keine Regulierung des Gesetzgebers. Mehr Regulierung verstärkt die Bürokratie und bläht die Verwaltungskosten unnötig auf, führt aber zu keinem Zusatznutzen. Hingegen ermuntern wir die Pensionskassen, gegenüber den Versicherten aufzuzeigen, in welcher Form sie ESG-Kriterien in den Anlageprozess einbauen. Wir werden in den kommenden Monaten, ausgehend von den Ergebnissen der Umfrage, verschiedene Lösungswege eines praxisorientierten Reportings aufzeigen.

Termine

Notieren Sie sich die nächsten ASIP-Termine in Ihrer Agenda.

Aus heutiger Sicht planen wir, die **ASIP-Mitgliederversammlung neu am 1. Juli 2021 in Bern** durchzuführen.

Fachtagung:

Donnerstag, 24. Juni 2021, Zürich

Weiterbildung für Führungsorgane (mit neuem Programm):

Dienstag, 6. Juli 2021, Olten
(je nach Situation digital oder vor Ort)

Informationstagung

ESG-Risikomanagement:

Donnerstag, 7. Oktober 2021, Zürich

Wir freuen uns auf ein Wiedersehen.
Bleiben Sie gesund!

BVG-Reform

Wir stehen einmal mehr am Anfang einer herausfordernden politischen Auseinandersetzung rund um die Reform der Beruflichen Vorsorge (BVG). Die Pensionskassen stehen auf dem Standpunkt, dass eine Lösung fair und einfach umsetzbar sein muss, dass sie keine unnötigen Kosten verursachen darf und dass Rentensenkungen verhindert werden müssen. Vor diesem Hintergrund fordert der ASIP im Rahmen der bevorstehenden parlamentarischen Beratungen eine Abkehr vom Vorschlag des Bundesrats und einen Wechsel auf ein auf dem ASIP-Vorschlag basierendes Reformmodell (sogenannter Mittelweg/ASIP-Vorschlag: Rückstellungsmodell). Dieses Reformmodell wird von zahlreichen Verbänden, zum Beispiel Baumeister, GastroSuisse, Arbeitgeber Banken, Swiss Retail Federation oder Bauernverband, unterstützt. Auch einzelne Arbeitnehmerorganisationen unterstützen den Mittelweg/ASIP-Vorschlag.

Mit dem Mittelweg/ASIP-Vorschlag kann die obligatorische berufliche Vorsorge fair und kostengünstig überarbeitet werden. Bei der Finanzierung der Übergangsgeneration kann auf Rückstellungen zurückgegriffen werden, die alle Pensionskassen extra für diesen Zweck gebildet haben. Die Rückstellungen sind für den hohen BVG-Umwandlungssatz gebildet worden und sollen auch für die Senkung des Umwandlungssatzes zugunsten der Versicherten verwendet werden.

Dies ist mit Abstand die sozialverträglichste und insgesamt auch die günstigste Lösung. Insgesamt ist der Rentenerhalt mit dem Mittelweg/ASIP-Vorschlag somit wesentlich einfacher sicherzustellen als mit dem Botschaftsmodell. Bestärkt fühlt sich der ASIP durch die Ergebnisse einer gfs.bern-Umfrage. Diese zeigt die grosse Akzeptanz dieses Vorschlags bei der Bevölkerung. Das gfs.bern hält fest, dass unser Reformmodell «eine wichtige Brücke zwischen Links und Rechts» schlägt.

ASIP – Schweizerischer
Pensionskassenverband
Kreuzstrasse 26, 8008 Zürich
Telefon 043 243 74 15
Telefax 043 243 74 17
www.asip.ch, info@asip.ch



Hanspeter Konrad,
directeur ASIP

Concentration sur une politique de placement axée sur les ESG dans les caisses de pension

Les aspects environnementaux, sociaux et de gouvernance (critères ESG) font partie des risques économiques et sont, à juste titre, analysés de manière appropriée par les caisses de pension. Celles-ci sont en effet conscientes des problèmes et des risques inhérents à leurs tâches de gestion et sont en bonne voie de pratiquer une politique de placement durable, s'orientant sur les critères ESG. Tel est le résultat d'un sondage réalisé auprès de nos membres. L'ASIP soutient cette démarche depuis des années en leur transmettant des savoirs et en les sensibilisant à ces questions, ainsi que vous pouvez le voir sur notre site web (www.asip.ch). L'association constate avec satisfaction que le nombre des caisses de pension qui prennent en compte les critères ESG dans leur processus de placement ne cesse d'augmenter (voir les résultats du sondage de l'ASIP sur www.asip.ch). Sur le long terme, c'est également dans l'intérêt des assurés, car, ce faisant, ils ne doivent pas supporter des rendements plus faibles. Seule compte la pérennité de

l'investissement. Toutefois, ce sont toujours les organes de direction suprêmes qui décident de la façon dont les caisses de pension prendront concrètement en compte ces risques dans le cadre du processus de placement. Ils assument leur responsabilité fiduciaire, celle d'assurer une gestion durable et axée sur l'avenir de la fortune de leurs assurés. Exiger d'autres règlements ne permettra pas de remplir cet objectif. Aucune nouvelle réglementation de la part du législateur n'est nécessaire. Davantage de réglementation renforce la bureaucratie et fait gonfler inutilement les coûts de gestion, sans créer en même temps de valeur ajoutée. En revanche, nous encourageons les caisses de pension à montrer à leurs assurés sous quelle forme ils entendent intégrer les critères ESG dans leur processus de placement. Nous présenterons dans les mois qui viennent différentes solutions possibles pour un reporting axé sur la pratique, en nous basant sur les résultats du sondage.

Dates à retenir

Veillez noter dans votre agenda les prochains rendez-vous de l'ASIP.

Dans la perspective actuelle, nous prévoyons d'organiser **l'Assemblée générale de l'ASIP à une nouvelle date: le 1^{er} juillet 2021 à Berne.**

Séminaires:

jeudi 24 juin 2021, à Zurich

Formation continue des organes de direction (avec nouveau programme):

mardi 6 juillet 2021, Olten
(selon la situation, en ligne ou sur place)

Séance d'information sur la gestion des risques ESG:

jeudi 7 octobre 2021, Zurich

Nous nous réjouissons de vous revoir et, d'ici là, vous souhaitons une bonne santé!

Réforme de la LPP

Une fois de plus, nous nous retrouvons au début d'une confrontation politique délicate concernant la réforme de la prévoyance professionnelle (LPP). Les caisses de pension sont d'avis qu'il faut une solution équitable et aisément applicable, qui ne génère pas de coûts inutiles et que les diminutions de rentes doivent être évitées. Dans ce contexte, l'ASIP demande que, dans le cadre des consultations parlementaires qui s'annoncent, le projet du Conseil fédéral soit abandonné et que l'on adopte plutôt un modèle de réforme basé sur une proposition de l'ASIP (désigné comme «voie moyenne»/projet de l'ASIP: modèle de provisionnement). Ce modèle de réforme est soutenu par maintes associations, telles la Société suisse des entrepreneurs, GastroSuisse, Employeurs Banques, la Swiss Retail Federation ou l'Union suisse des paysans, mais aussi par différentes organisations de salariés.

Le projet de «voie moyenne» de l'ASIP permettra de remanier la prévoyance professionnelle

obligatoire de manière équitable et plus avantageuse. Pour le financement de la génération de transition, les caisses de pension peuvent recourir aux provisions qu'elles ont constituées spécialement à cet effet, notamment pour compenser les effets d'un taux de conversion LPP trop élevé. Il convient donc de les utiliser également dans le contexte de ce taux de conversion, au profit des assurés.

C'est, de loin, la solution la plus supportable sur le plan social et la moins onéreuse. Dans l'ensemble, avec la «voie moyenne» de l'ASIP, le maintien des rentes est ainsi garanti de manière nettement plus simple qu'avec le modèle proposé dans le message du Conseil fédéral. L'ASIP se sent du reste confortée par les résultats d'une enquête de gfs.bern. Celle-ci montre que la population soutient largement notre projet. La société gfs.bern souligne par ailleurs que notre modèle de réforme «jette un pont important entre la gauche et la droite».

ASIP – Association Suisse
des Institutions de Prévoyance
Kreuzstrasse 26, 8008 Zurich
Téléphone 043 243 74 15
Fax 043 243 74 17
www.asip.ch, info@asip.ch

Neues Datenschutzgesetz

Auswirkungen auf Vorsorgeeinrichtungen

Die Schweiz revidiert ihr Datenschutzgesetz (DSG), um den veränderten technologischen und gesellschaftlichen Verhältnissen Rechnung zu tragen. Es sollen die Transparenz von Datenbearbeitungen verbessert und die Selbstbestimmung der betroffenen Personen über ihre Daten gestärkt werden.

IN KÜRZE

Die revidierten Datenschutzbestimmungen könnten per Mitte 2022 in Kraft gesetzt werden. Vor dem Hintergrund möglicher Sanktionen und eines Reputationschadens bei Verletzungen sollte dem Thema rechtzeitig Aufmerksamkeit geschenkt und die nötigen Anpassungen umgesetzt werden.

Die Revision des DSG ist insbesondere auch vor dem Hintergrund der europäischen Verordnung (EU) 2016/679 vom 27. April 2016, der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO), zu sehen. Für die Schweiz ist es zentral, von der EU weiterhin als Drittstaat mit einem angemessenen Datenschutzniveau anerkannt zu werden, damit die grenzüberschreitende Datenübermittlung auch künftig ohne Hürden möglich bleibt. Die Schweizer Datenschutzbestimmungen werden zu diesem Zweck an die DSGVO angeglichen, weichen jedoch in diversen Punkten von den Regelungen der DSGVO ab («Swiss Finish»).

Die Totalrevision des DSG wurde am 25. September 2020 vom Parlament verabschiedet. Aktuell wird die Anpassung der Ausführungsbestimmungen vorbereitet, insbesondere der Verordnung zum Datenschutzgesetz (VDSG). Die Vernehmlassung zur Revision der VDSG soll in der ersten Jahreshälfte 2021 eröffnet werden. Die revidierten Datenschutzbestimmungen könnten per Mitte 2022 in Kraft gesetzt werden.

Welche Datenschutzbestimmungen gelten für Vorsorgeeinrichtungen?

In der beruflichen Vorsorge ist zu beachten, dass die spezialgesetzlichen Datenschutzvorschriften des BVG und des FZG (Art. 85a ff. BVG und Art. 25 FZG) die Vorschriften des DSG mitunter verdrängen. Vorsorgeeinrichtungen, welche die obligatorische berufli-

che Vorsorge durchführen, unterliegen den vorsorgerechtlichen Datenschutzvorschriften. Die Vorschriften des DSG, insbesondere die Grundsätze der Datenbearbeitung (Art. 6 revDSG), kommen ergänzend zur Anwendung. Vorsorgeeinrichtungen gelten unter dem DSG als Bundesorgane und benötigen für die Bearbeitung und Bekanntgabe von Personendaten eine gesetzliche Grundlage, welche mit Art. 85a ff. BVG vorliegt.

Im Bereich der weitergehenden, über- und ausserobligatorischen beruflichen Vorsorge gelten Vorsorgeeinrichtungen als private Personen und es sind allein die Vorschriften des DSG (mit den in Art. 49 Abs. 2 BVG genannten Ausnahmen) anwendbar. Als private Personen dürfen sie Personendaten auch ohne gesetzliche Grundlage bearbeiten, sofern die Persönlichkeit der betroffenen Personen dabei nicht widerrechtlich verletzt wird. An dieser Systematik ändert das totalrevidierte DSG nichts.

Was ist anders im revidierten DSG?

Das revDSG gilt nach wie vor für die Bearbeitung von Personendaten natürlicher Personen, also Angaben, die sich auf eine bestimmte oder bestimmbar natürliche Person beziehen. Besondere Regeln gelten für besonders schützenswerte Personendaten wie beispielsweise Gesundheitsdaten. Daten von juristischen Personen werden demgegenüber vom revDSG nicht mehr erfasst.

Evelyn Schilter

Lic. iur., Rechtsanwältin,
LL.M.,
Willis Towers Watson



Estelle Caveng

MLaw,
Willis Towers Watson



Die Grundsätze der Datenbearbeitung bleiben im Wesentlichen gleich. Nach wie vor wird eine rechtmässige und verhältnismässige Bearbeitung vorausgesetzt. Die Daten dürfen nur zweckgemäss beschafft und bearbeitet werden und sind zu vernichten, sobald sie zum Zweck der Bearbeitung nicht mehr erforderlich sind. Neuerungen bestehen insbesondere im Bereich von Entscheidungen, die ausschliesslich automatisch getroffen werden (Profiling und Profiling mit hohem Risiko). Der Datenschutz muss weiterhin auch technisch gewährleistet sein. Neu sind datenschutzfreundliche Voreinstellungen («privacy by design and default») erforderlich (Art. 7 Abs. 3 revDSG).

Hinsichtlich der Prozesse und Dokumentation gibt es verschiedene Neuerungen: Insbesondere muss neu ein Verzeichnis der Bearbeitungstätigkeiten erstellt, über die Beschaffung von Personendaten informiert, ein Prozess zur Datenschutz-Folgenabschätzung und zur Meldung von Verletzungen der Datensicherheit eingeführt sowie der Prozess zur Auskunftserteilung angepasst und ein neuer Prozess für die Datenherausgabe oder -übertragung auf Verlangen eingeführt werden.

Zum Vollzug des revDSG ist anzumerken, dass der Eidgenössische Datenschutz- und Öffentlichkeitsbeauftragte (EDÖB) weitergehende Untersuchungs- und Handlungskompetenzen erhält und Verwaltungsmassnahmen ergreifen kann (Art. 49 ff. revDSG). Der EDÖB kann für bestimmte Dienstleistungen unter dem revDSG gegenüber privaten Personen Gebühren erheben (Art. 59 revDSG). Sodann werden der Anwendungsbereich der Sanktionen erweitert und die möglichen Bussen, die neu bis zu 250 000 Franken betragen können, signifikant erhöht.

Zudem werden die gesetzliche Grundlage für die Bearbeitung von Personen-

daten in der obligatorischen beruflichen Vorsorge redaktionell angepasst und eine ausdrückliche gesetzliche Grundlage für die Bearbeitung von Personendaten zur Beurteilung der Gesundheit, der Bedürfnissen und der wirtschaftlicher Situation der versicherten Person eingeführt (Art. 85a revBVG), mithin für die Bearbeitung von besonders schützenswerten Personendaten nach Art. 5 lit. c revDSG.

Wo haben Vorsorgeeinrichtungen Handlungsbedarf?

In Beachtung, dass die noch ausstehenden Ausführungsbestimmungen des Bundesrats weitere Anpassungen erfordern könnten, besteht aus heutiger Sicht insbesondere in folgenden Bereichen Handlungsbedarf:

- Anpassen der Datenschutzdokumente (neue Terminologie; Art. 5 revDSG) und der Datenschutzverträge (insbesondere betreffend Auftragsbearbeitung; Art. 9 revDSG);
- Implementieren datenschutzfreundlicher Voreinstellungen («privacy by design and default»; Art. 7 Abs. 3 revDSG);
- Erstellen eines Verzeichnisses der Bearbeitungstätigkeiten (Art. 12 revDSG);
- Überprüfung, ob Datentransfers ins Ausland stattfinden und datenschutzrechtlich genügend geschützt sind (Art. 16 revDSG);
- Implementierung einer Datenschutzerklärung bei der Beschaffung von Personendaten (neue Informationspflicht; Art. 19 f. revDSG);
- Eruieren, ob eine Datenschutz-Folgenabschätzung nötig ist und entsprechend eines festgelegten Prozesses erarbeitet werden kann (Art. 22 revDSG) sowie gegebenenfalls Implementierung eines Prozesses zur Konsultation des EDÖB (Art. 23 revDSG);
- Implementierung von Prozessen zur Meldung von Verletzungen der Daten-

sicherheit (Art. 24 revDSG), zur Auskunft über Datenbearbeitungen im Einklang mit dem revidierten DSG (Art. 25 revDSG) und zur Datenherausgabe oder -übertragung (Art. 28 f. revDSG).

Umsetzung

Die Vorsorgeeinrichtungen müssen mit Blick auf das revidierte Datenschutzgesetz insbesondere ihre Datenbearbeitungsprozesse analysieren, dokumentieren und anpassen, Datenschutzdokumente und -vereinbarungen prüfen und anpassen, Datenschutz durch technische Vorkehrungen und datenschutzfreundliche Voreinstellungen gewährleisten und die Informationsrechte und -pflichten sicherstellen. Umhüllende Einrichtungen sollten eine Lösung anstreben, welche die unterschiedlichen Anforderungen an Bundesorgane und private Personen in Einklang bringt.

Mit einem systematischen Ansatz und einem straff geführten Umsetzungsprojekt sollten die erforderlichen Anpassungen in der Regel relativ schlank umsetzbar sein. Vor dem Hintergrund möglicher Sanktionen und eines Reputationsschadens bei Verletzungen sollte dem Thema rechtzeitig Aufmerksamkeit geschenkt und die nötigen Anpassungen umgesetzt werden. ■

Nouvelle loi sur la protection des données

Conséquences sur les institutions de prévoyance

La Suisse révisé sa loi sur la protection des données (LPD) afin de tenir compte des évolutions technologiques et sociétales. Il s'agit d'améliorer la transparence des traitements de données et de renforcer le pouvoir d'autodétermination des personnes concernées sur leurs données.

EN BREF

Les dispositions remaniées sur la protection des données pourraient entrer en vigueur à la mi 2022. Dans le contexte des éventuelles sanctions et d'une atteinte à la réputation en cas de manquements, cette thématique devrait être examinée en temps utile et les adaptations nécessaires devraient être concrétisées.

La révision de la LPD s'explique notamment aussi dans le contexte du Règlement (UE) 2016/679 du 27 avril 2016, à savoir le règlement général sur la protection des données (RGPD). Pour la Suisse, il est capital de continuer à être reconnue par l'UE comme un État tiers offrant un niveau de protection des données approprié, pour qu'à l'avenir la transmission transfrontalière des données reste possible sans être entravée. À cet effet, les dispositions suisses relatives à la protection des données seront alignées sur le RGPD, mais différeront néanmoins des réglementations du RGPD sur certains points («Swiss Finish»).

La révision totale de la LPD a été adoptée par le Parlement le 25 septembre 2020. L'adaptation des dispositions d'exécution et plus particulièrement de l'ordonnance relative à la loi fédérale sur la protection des données (OLPD) est en cours de préparation. La consultation sur la révision de l'OLPD doit s'ouvrir le premier semestre 2021. Les dispositions remaniées sur la protection des données pourraient entrer en vigueur à la mi 2022.

Quelles dispositions en matière de protection des données s'appliquent-elles aux institutions de prévoyance?

Dans la prévoyance professionnelle, il est à noter que les prescriptions des lois spéciales applicables en matière de protection des données telles qu'énoncées dans la LPP et dans la LFLP (art. 85a ss LPP et art. 25 LFLP) évincent parfois les dispositions de la LPD. Les institutions

de prévoyance qui pratiquent la prévoyance professionnelle obligatoire sont soumises aux prescriptions en matière de protection des données du droit de la prévoyance. Les prescriptions de la LPD, notamment les principes régissant le traitement des données (art. 6 LPD^{rév}) s'appliquent à titre complémentaire. Dans le cadre de la LPD, les institutions de prévoyance sont considérées comme des organes fédéraux et ont besoin d'une base légale pour le traitement et la communication de données personnelles, qu'offrent les art. 85a ss LPP.

Dans le domaine de la prévoyance professionnelle étendue, sur- et hors obligatoire, les institutions de prévoyance sont considérées comme des personnes privées et seules les dispositions de la LPD sont applicables (avec les exceptions citées à l'art. 49 al. 2 LPP). En tant que personnes privées, elles peuvent traiter des données personnelles, même sans base légale, pour autant que la personnalité des personnes concernées ne soit pas enfreinte de façon illégale. La LPD entièrement révisée ne change rien à cette systématique.

Qu'est-ce qui change dans la LPD révisée?

La LPD^{rév} s'applique toujours au traitement des données personnelles des personnes physiques, autrement dit des informations qui se réfèrent à une personne physique identifiée ou identifiable. Des règles particulières s'appliquent aux données personnelles sensibles, par exemple les données de santé. Les don-

nées des personnes morales ne sont en revanche plus couvertes par la LPDrév.

Pour l'essentiel, les principes régissant le traitement des données restent inchangés. Un traitement licite et conforme aux principes de la proportionnalité est toujours supposé. Les données ne doivent être collectées et traitées que dans le but indiqué et doivent être détruites dès qu'elles ne sont plus requises aux fins du traitement. Des nouveautés existent notamment dans le domaine des décisions qui sont prises de manière exclusivement automatique (profilage et profilage à risque élevé). La protection des données doit continuer à être garantie également au plan technique. Des réglages par défaut propices à la protection des données («privacy by design and default») sont désormais nécessaires (art. 7 al. 3 LPDrév).

Il existe différentes nouveautés concernant les processus et la documentation: désormais, il faut notamment établir un registre des activités de traitement, informer de la collecte des données personnelles, introduire un processus d'analyse d'impact relative à la protection des données et d'annonce des manquements à la sécurité des données, mais aussi adapter le processus de fourniture de renseignements et introduire un nouveau processus pour la communication ou le transfert de données sur demande.

Concernant l'exécution de la LPDrév, rappelons que le Préposé fédéral à la protection des données et à la transparence (PFPDT) se voit doter de compétences d'investigation et d'action étendues et peut prendre des mesures administratives (art. 49 ss LPDrév). Le PFPDT peut percevoir des émoluments de personnes privées pour certaines prestations dans le cadre de la LPDrév (art. 59 LPDrév). Le champ d'application des sanctions est par ailleurs élargi et les amendes éventuelles qui peuvent désormais s'élever à

250 000 francs ont été significativement augmentées.

La rédaction de la base légale du traitement des données personnelles dans la prévoyance professionnelle obligatoire est en outre adaptée et une base légale expresse pour le traitement des données personnelles dans le but d'évaluer la santé, les besoins et la situation économique de la personne assurée est introduite (art. 85a LPDrév), autrement dit pour le traitement des données personnelles sensibles selon l'art. 5 let. c LPDrév.

Dans quels domaines les institutions de prévoyance doivent-elles agir?

Sachant que les dispositions d'exécution du Conseil fédéral pourraient encore nécessiter d'autres adaptations, une action est notamment requise dans les domaines suivants, dans une perspective actuelle:

- adaptation des documents relatifs à la protection des données (nouvelle terminologie; art. 5 LPDrév) et des contrats de protection des données (notamment en ce qui concerne le traitement sur mandat; art. 9 LPDrév);
- implémentation de réglages par défaut propices à la protection des données («privacy by design and default»; art. 7 al. 3 LPDrév);
- établissement d'un registre des activités de traitement (art. 12 LPDrév);
- vérification de l'existence de transferts de données à l'étranger et de leur protection suffisante au regard de la protection des données (art. 16 LPDrév);
- implémentation d'une déclaration relative à la protection des données lors de la collecte de données personnelles (nouveau devoir d'information; art. 19 s. LPDrév);
- détermination de la nécessité d'une analyse d'impact relative à la protection des données et de la possibilité correspondante d'élaborer un proces-

sus défini (art. 22 LPDrév) ainsi que, le cas échéant, implémentation d'un processus pour la consultation du PFPDT (art. 23 LPDrév);

- implémentation de processus relatifs à l'annonce de violations de la sécurité des données (art. 24 LPDrév), sur l'information sur les traitements de données conformément à la LPD révisée (art. 25 LPDrév) et sur la communication et le transfert de données (art. 28 s. LPDrév).

Mise en œuvre

Dans la perspective de la loi révisée sur la protection des données, les institutions de prévoyance doivent notamment analyser, documenter et adapter leurs processus de traitement des données, vérifier et adapter les documents et les conventions relatifs à la protection des données, garantir la protection des données grâce à des précautions techniques et garantir des réglages par défaut propices à la protection des données ainsi que garantir les droits et les devoirs d'information. Les institutions enveloppantes devraient rechercher une solution permettant de concilier les différentes exigences à l'égard des organes fédéraux et des personnes privées.

Grâce à une approche systématique et à un projet de mise en œuvre rigoureux, les adaptations nécessaires devraient généralement pouvoir être appliquées assez facilement. Dans le contexte des éventuelles sanctions et d'une atteinte à la réputation en cas de manquements, cette thématique devrait être examinée en temps utile et les adaptations nécessaires devraient être concrétisées. **I**

Evelyn Schilter
Estelle Caveng



Die PK Siemens (www.pk-siemens.ch) betreut rund 12 000 Versicherte und verwaltet ein Vermögen von knapp 4 Milliarden Franken. Für unser Team am Standort Zürich-Albisrieden suchen wir eine unternehmerische Persönlichkeit als Leiter/in Vorsorge aufgrund Pensionierung der aktuellen Stelleninhaberin. In dieser breit gefächerten Führungsposition leiten Sie das operative Geschäft des Bereichs Vorsorge und nehmen aktiv an Sitzungen des Stiftungsrats teil. Zu Ihren Hauptaufgaben zählen nebst der organisatorischen Weiterentwicklung des Bereichs Vorsorge mit 6 Mitarbeitenden die stetige Optimierung der Prozesse (Digitalisierung).

Leiter/in Vorsorge Pensionskasse – Mitglied der Geschäftsleitung 80–100%

Ihr neues Aufgabenfeld

- Operative, personelle und fachliche Gesamtverantwortung für den Bereich Vorsorge
- Mitglied der Geschäftsleitung und mitverantwortlich für die Umsetzung der strategischen Vorgaben des Stiftungsrats
- Sicherstellung einer hohen Systemqualität und massgebliche Mitwirkung bei der anstehenden Digitalisierung

Ihre Talente und Erfahrungen

- Mehrjährige fundierte Praxiserfahrung in der beruflichen Vorsorge mit erster Führungserfahrung im Bereich Pensionskassenvorsorge oder selbständige Mandatsleitung im Stiftungsmanagement
- Hochschul- oder Fachhochschulabschluss sowie idealerweise Abschluss als eidg. diplomierte/r Pensionskassenleiter/in oder vergleichbare Ausbildung
- Hohe Sozialkompetenz und sehr gute kommunikative Fähigkeiten
- Digitale Affinität und Freude am Arbeiten mit modernen Tools
- Sehr gute Deutsch- und gute mündliche Französischkenntnisse

Arbeitgeber- und Standortporträt

Erfahren Sie, weshalb Siemens jedes Jahr zu einem der beliebtesten Arbeitgeber der Schweiz gewählt wird und gewinnen Sie schon heute einen Einblick in Ihr neues Arbeitsumfeld sowie einen Eindruck von Ihren möglichen Kolleginnen und Kollegen. siemens.ch/arbeiten-in-zuerich

Ihre Bewerbung

Wir nehmen Ihre Privatsphäre sehr ernst und pflegen darum einen hohen Datenschutzstandard. Aus diesem Grund können wir Ihre Bewerbung ausschliesslich über unsere Bewerbungsplattform (new.siemens.com/ch) entgegennehmen. Die Job-ID lautet: 243642.

Für weitere Auskünfte stehen Ihnen der Geschäftsführer Markus Blaser (058 558 41 22) oder die aktuelle Stelleninhaberin Beatrice Fluri (058 558 61 65) gerne zur Verfügung.

Information für Personalvermittlungen:
Wir nehmen für diese Position keine Bewerbungen von Personalvermittlungen entgegen.

Pensionskasse der Siemens-Gesellschaften in der Schweiz

Freilagerstrasse 40 | CH-8047 Zürich | T +41 58 558 67 00 | info.pksgs.ch@siemens.com | www.pk-siemens.ch

Gedanken zum Urteil BGer 2C_46/2020

Bundesgerichtliche Beurteilung der Aufsichtstätigkeit

In einem Verfahren zur Haftung des Bundesamts für Sozialversicherungen (BSV) als Aufsichtsbehörde hat das Bundesgericht Aussagen zur Aufsichtstätigkeit gemacht, die näher betrachtet und im Lichte der aktuellen Rechtslage und des aktuellen Verhaltens von Aufsichtsbehörden gewürdigt werden sollten.

IN KÜRZE

Trotz eines durchaus sinnvollen risikobasierten Ansatzes in der operativen Aufsichtstätigkeit haben die Direktaufsichtsbehörden auch nach Einführung der Strukturreform eine rein repressive Aufsicht (als reine Rechtskontrolle) auszuüben.

Als Vorinstanz hielt das Bundesverwaltungsgericht fest, dass eine Aufsichtsbehörde nur dann mittels Massnahmen repressiv eingreifen kann, wenn sie im Handeln der Vorsorgeeinrichtung einen Verstoß gegen gesetzliche oder statutarische Vorschriften erkennt. Die BVG-Aufsicht sei als reine Rechtskontrolle ausgestaltet. Die Aufsichtsbehörde habe zu beachten, dass der Vorsorgeeinrichtung Autonomie zukomme und ein Ermessen zustehe. Sie dürfe nur bei Ermessensfehlern¹ tätig werden. Sie habe nur soweit einzugreifen, als die rechtmässige Zweckerfüllung einer Stiftung gefährdet sei.²

Betreffend Kontrollpyramide hielt das Bundesverwaltungsgericht fest, dass sich die Aufsichtsbehörde im Wesentlichen darauf beschränken kann, die Kontrollberichte von Revisionsstelle und PK-Experte zu überprüfen und bei Gesetzesverletzungen einzuschreiten. Sie dürfe sich auf einschränkungslose Berichte der Kontrollstelle bzw. des PK-Experten verlassen. Einzig offensichtliche Falschaussagen oder Berichte, die nicht plausibel erscheinen, seien zu hinterfragen. Die Aufsichtsbehörde nehme somit selbst keine direkte Einsicht in die Geschäftstätigkeit der Vorsorgeeinrichtung.³ Selbst auf die Kontrollhandlungen des obersten Organs könne sich die Aufsichtsbehörde verlassen, weil dieses Bestandteil der Kontrollpyramide sei und sich die Aufsicht auf deren Funktionieren verlassen

könne.⁴ Die Direktaufsichtsbehörde nehme im System der Kontrollpyramide lediglich eine zurückhaltende Aufsicht wahr, die einzig auf eine Rechtskontrolle ausgerichtet sei.⁵ Das Bundesverwaltungsgericht erkannte in der Folge keine haftungsrelevante Pflichtverletzung des BSV gegenüber der Sammelstiftung First Swiss.

Das Bundesgericht hat dieses Urteil nun geschützt.⁶ Es wies darauf hin, dass sich die Aufsichtsbehörde in reinen Ermessensfragen grösste Zurückhaltung aufzuerlegen und nur dann einzugreifen hat, wenn die Stiftungsorgane bei der Ausführung des Stifterwillens das ihnen zustehende Ermessen überschritten oder missbraucht haben; wenn also ein Entscheid unhaltbar ist, weil er auf sachfremden Kriterien beruht oder einschlägige Kriterien ausser Acht lässt. Greife die Aufsichtsbehörde ohne gesetzliche Grundlage in den Autonomiebereich der Stiftungsorgane ein, so verletze sie Bundesrecht.⁷

Allgemeine Bemerkungen

Seit der Verwirklichung des vorliegenden Sachverhalts wurden die Bestimmungen zur Gründung von Sammeleinrichtungen eingeführt und verschärft. Auch die Aufsicht wurde neu strukturiert. Es gibt nun Direktaufsichtsbehörden, die ihre Aufsichtstätigkeit nicht mehr repressiv, sondern prudentiell



Erich Peter

Dr. iur., Rechtsanwalt, LL.M. Taxation,
VIALEX Rechtsanwälte AG

¹ Über- oder Unterschreitung oder Missbrauch des Ermessens.

² BVGer A-7005/2018 E. 7.2.5.

³ BVGer A-7005/2018 E. 7.2.7.3. m.H.a. BGE 141 V 93 E. 6.2.4.

⁴ BVGer A-7005/2018 E. 7.4.3.5.

⁵ BVGer A-7005/2018 E. 7.2.7.3. m.H.a. BGE 141 V 93 E. 6.2.4.

⁶ BGer 2C_46/2020.

⁷ BGer 2C_46/2020 E. 7.1 m.H.a. BGE 140 V 348 E. 2.2.

wahrnehmen. Hierzu greifen sie vermehrt in das pflichtgemässe Ermessen des obersten Organs oder in die operative Tätigkeit der Vorsorgeeinrichtung ein. Damit verlassen sie nicht nur den Weg der gesetzlich vorgegebenen reinen Rechtskontrolle. Sie verhindern auch, dass sie sich in einem Haftungsfall auf ihre Stellung innerhalb der Kontrollpyramide berufen können. Denn je mehr eine Aufsichtsbehörde die operativen Entscheide einer Vorsorgeeinrichtung mitbeeinflusst, desto weniger kann sie behaupten, in der Kontrollpyramide lediglich an letzter Stelle zu stehen und sich nur auf die Plausibilisierung von Kontrollberichten verlassen zu dürfen.

Keine prudentielle Direktaufsicht

Das Bundesgericht weist in seinem Urteil mehrmals auf die reine Rechtskontrolle hin. Die Grundidee dieser repressiven Direktaufsicht bedeutet, dass die Aufsichtsbehörde nur bei Rechtsverstössen eingreift, ansonsten aber das korrekt ausgeübte pflichtgemässe Ermessen des obersten Organs im Rahmen der Autonomie der Vorsorgeeinrichtung respektiert. Dies gilt auch dann, wenn die Aufsicht selbst ihre gesetzlichen Rechtsprüfungshandlungen sinnvollerweise risikoorientiert durchführt.

Im August 2003 hielt die Expertenkommission Optimierung fest, dass die bisher repressive Aufsicht in der beruflichen Vorsorge durch prudentielle Elemente ergänzt und die Aufsichtstätigkeit gesamtschweizerisch besser harmonisiert werden soll.⁸ Gemeint war damit die Veränderung der Tätigkeit der Oberaufsicht, nicht der Direktaufsicht. Die Expertenkommission Strukturreform hielt in der Folge denn auch fest, dass das System einer geteilten Aufsicht (Oberaufsicht und Direktaufsicht) nicht grundsätzlich in Frage gestellt, aber entflochten und auch prudentiell ausgestaltet werden soll. Dazu soll der Oberaufsichtskommission eine aktivere und regulatorisch weitergehende Funktion als bisher zukommen.⁹ Neben dieser oberaufsichtsrechtlichen (prudentiellen) Systemaufsicht sollen die Direktaufsichtsbehörden weiterhin die Einhaltung der

gesetzlichen Bestimmungen überwachen.¹⁰

In seiner Botschaft zur Strukturreform hat der Bundesrat lediglich die Regionalisierung der Aufsichtsbehörden und die Schaffung der neuen Oberaufsicht thematisiert. Eine Änderung in der Aufgabenerfüllung der Direktaufsicht hin zu einer prudentiellen Aufsichtstätigkeit war nie ein Thema.¹¹

Auch die im Rahmen der Strukturreform überarbeiteten gesetzlich festgehaltenen Aufgaben der Direktaufsicht¹² und der Oberaufsicht¹³ zeigen deutlich, dass der Gesetzgeber die Direktaufsicht auch nach der Strukturreform als reine Rechtskontrolle und lediglich die revidierte Oberaufsicht als prudentielle Aufsicht versteht. Die Tätigkeit der Oberaufsicht soll nicht mehr vorwiegend repressiv ausgerichtet sein, sondern prudentielle, risikobasierte Ansätze verfolgen.¹⁴

Vor dem Hintergrund dieses klaren gesetzgeberischen Willens darf sich eine Direktaufsichtsbehörde beispielsweise nicht anmassen, einen im Gesetz nicht näher definierten Begriff (Altersrente) durch ein gesetzlich nicht vorgesehenes Element (zwingende Abdeckung eines biometrischen Risikos) einzuschränken. Ein solches Verhalten verletzt den Grundsatz der reinen Rechtskontrolle und muss als unzulässiger sozialpolitischer Eingriff bezeichnet werden.

Respektierung des pflichtgemässen Ermessens

Das oberste Organ hat in sehr vielen Fragen ein Ermessen. Dieses muss es pflichtgemäss ausüben. Die Aufgabe der Aufsichtsbehörde liegt darin, im Einzelfall zu entscheiden, ob das oberste Organ sein Ermessen pflichtgemäss ausgeübt oder missbraucht hat.¹⁵ Die Aufsichtsbehörde darf nicht ohne Not in das Ermessen des obersten Organs eingreifen.

Ein Eingriff ist nur erlaubt, wenn eine Rechtsverletzung vorliegt.¹⁶ Bei einer Teilliquidation hat die Aufsichtsbehörde im Rahmen eines Überprüfungsbegehrens beispielsweise lediglich die Einhaltung der gesetzlichen und reglementarischen Bestimmungen (einschliesslich Ermessensverletzungen) zu prüfen. Im Rahmen dieser reinen Rechtskontrolle ist eine Prüfung der Angemessenheit der Entscheide des obersten Organs untersagt.¹⁷

Als besonders problematisch erweist sich die Tatsache, dass einige Aufsichtsbehörden einerseits recht leichtfertig den Ermessensspielraum des obersten Organs verletzen, während andererseits das Bundesverwaltungsgericht nur sehr zurückhaltend in das Ermessen der Aufsichtsbehörden eingreift. Diese Kombination führt dazu, dass Ermessensverletzungen durch die Aufsichtsbehörden in praxi nicht wirklich justiziabel erscheinen. Dies verletzt nicht nur den Willen des Gesetzgebers, es setzt leider auch ein vollkommen falsches Zeichen an die Aufsichtsbehörden.

Fazit

Trotz eines durchaus sinnvollen risikobasierten Ansatzes in der operativen Aufsichtstätigkeit haben die Direktaufsichtsbehörden auch nach Einführung der Strukturreform eine rein repressive Aufsicht (als reine Rechtskontrolle) auszuüben. Dabei haben sie die Autonomie der Vorsorgeeinrichtungen und den Ermessensspielraum des obersten Organs zu respektieren. Tun sie dies nicht, verletzen sie Bundesrecht.

Wenn sich Aufsichtsbehörden in die Autonomie von Vorsorgeeinrichtungen einmischen und den Rahmen des pflichtgemässen Ermessens des obersten Organs verletzen, darf sich das Bundesverwaltungsgericht nicht mehr leichtfertig auf die Position zurückziehen, dass es selbst das Ermessen der Aufsichtsbehörden respektieren wolle. Ansonsten wird der gesetzliche vorgegebene Rechtsweg für Vorsorgeeinrichtungen beschnitten. |

⁸ Vgl. Botschaft Strukturreform, BBl 2007 5675.

⁹ Bundesrat, Bericht Strukturreform, 6 f.

¹⁰ Bundesrat, Bericht Strukturreform, 18.

¹¹ Botschaft Strukturreform, BBl 2007 5681 ff. und 5685 f.; vgl. hierzu auch die parlamentarischen Beratungen.

¹² Art. 62 BVG.

¹³ Art. 64 a BVG.

¹⁴ BSV: Erläuternder Bericht zu den Änderungen der Verordnungen im Rahmen der Strukturreform, in: BSV-Mitteilung Nr. 123 Rz 790, Ziff. 2.2.2.

¹⁵ BGE 140 V 169 E. 7.3.

¹⁶ Ermessensmissbrauch, Ermessensunterschreitung oder Ermessensüberschreitung.

¹⁷ BGE 141 V 589 E. 3.1.

Réflexion sur l'arrêt du TF 2C_46/2020

Appréciation par le Tribunal fédéral de l'activité de surveillance

Dans une procédure relative à la responsabilité de l'Office fédéral des assurances sociales (OFAS) en tant qu'autorité de surveillance, le Tribunal fédéral s'est prononcé sur l'activité de surveillance. Ses propos méritent d'être examinés de plus près et d'être évalués à la lumière de la situation juridique actuelle et du comportement actuel des autorités de surveillance.

En qualité d'instance précédente, le Tribunal administratif fédéral a retenu qu'une autorité de surveillance ne pouvait intervenir au moyen de mesures répressives que si elle identifiait dans l'action de l'institution de prévoyance un manquement aux prescriptions légales ou statutaires. La surveillance de l'OFAS est conçue comme un contrôle strict de l'application du droit. L'autorité de surveillance doit tenir compte de l'autonomie dont bénéficie l'institution de prévoyance et de sa libre appréciation. Elle ne pourrait intervenir qu'en cas d'erreurs d'appréciation.¹ Elle ne doit intervenir que pour autant que la réalisation légitime du but d'une fondation soit menacée.²

Concernant la pyramide de contrôle, le Tribunal administratif fédéral a retenu que l'autorité de surveillance peut, pour l'essentiel, se contenter de vérifier les rapports d'audit de l'organe de contrôle et de l'expert en CP et d'intervenir en cas d'infractions légales. Elle serait en droit de se fier aux rapports sans restrictions de l'organe de contrôle et de l'expert en CP. Seuls les déclarations à l'évidence erronées ou les rapports qui ne semblent pas plausibles devraient être examinés de plus près. L'autorité de surveillance n'examinerait ainsi pas directement l'activité commerciale de l'institution de prévoyance.³ L'autorité de surveillance pourrait même se fier aux opérations de

contrôle de l'organe suprême, puisque celui-ci fait partie de la pyramide de contrôle et que la surveillance peut se fier à son fonctionnement.⁴ L'autorité de surveillance directe n'assurerait qu'une surveillance discrète dans le système de la pyramide de contrôle, qui vise uniquement un contrôle de l'application du droit.⁵ Par la suite, le Tribunal administratif fédéral n'a pas reconnu de manquement de l'OFAS à ses obligations vis-à-vis de la fondation collective First Swiss qui aurait pu engager sa responsabilité.

Le Tribunal fédéral vient à présent de confirmer cet arrêt.⁶ Il a rappelé que l'autorité de surveillance doit faire preuve de la plus grande retenue en ce qui concerne les questions strictes d'appréciation et ne doit intervenir que si les organes de la fondation outrepassent leur liberté d'appréciation ou en abusent lors de l'exécution de la volonté du fondateur; autrement dit lorsqu'une décision est indéfendable, parce qu'elle repose sur des critères inadéquats ou ignore des critères applicables. Si l'autorité de surveillance intervient sans base légale dans l'autonomie des organes de la fondation, elle enfreint le droit fédéral.⁷

Remarques générales

Depuis la concrétisation des faits présumés, les dispositions relatives à la créa-

EN BREF

Malgré une approche basée sur les risques qui semble parfaitement judicieuse dans l'activité de surveillance opérationnelle, les autorités de surveillance directe doivent exercer une surveillance purement répressive (sous forme de contrôle strict de l'application du droit), même après l'introduction de la réforme structurelle.

tion de fondations collectives ont été introduites et durcies. La surveillance a également été restructurée. Il existe à présent des autorités de surveillance directe qui n'assurent plus leur activité de surveillance au plan répressif mais prudentiel. À cet effet, elles interviennent davantage dans le pouvoir d'appréciation de l'organe suprême ou dans l'activité opérationnelle de l'institution de surveillance. Ainsi, elles ne quittent pas seulement la voie du contrôle strict de l'application du droit prescrit par la loi. Elles s'empêchent également d'invoquer leur position dans la pyramide de contrôle dans un cas de responsabilité. Car plus une autorité de surveillance influe sur les décisions opérationnelles d'une institution de prévoyance, moins elle peut affir-

¹ Utilisation excessive, insuffisante ou abusive de la liberté d'appréciation.

² TAF A-7005/2018, consid. 7.2.5.

³ TAF A-7005/2018, consid. 7.2.7.3. avec des renvois à l'ATF 141 V 93, consid. 6.2.4.

⁴ TAF A-7005/2018, consid. 7.4.3.5.

⁵ TAF A-7005/2018, consid. 7.2.7.3. avec des renvois à l'ATF 141 V 93, consid. 6.2.4.

⁶ TF 2C_46/2020.

⁷ TF 2C_46/2020, consid. 7.1 avec des renvois à l'ATF 140 V 348, consid. 2.2.

mer qu'elle ne se situe qu'à la dernière place dans la pyramide de contrôle et qu'elle ne peut se fier qu'au contrôle de plausibilité des rapports d'audit.

Pas de surveillance directe prudentielle

Dans son arrêt, le Tribunal fédéral renvoie plusieurs fois au contrôle strict de l'application du droit. L'idée fondamentale de cette surveillance directe répressive signifie que l'autorité de surveillance n'intervient qu'en cas d'infractions, mais qu'elle respecte par ailleurs la libre appréciation correcte et dûment exercée par l'organe suprême dans le cadre de l'autonomie de l'institution de prévoyance. Cela vaut également lorsque la surveillance exécute elle-même ses opérations légales de contrôle de l'application du droit, logiquement dans la perspective des risques.

En août 2003, la commission d'experts Optimisation a retenu que la surveillance jusqu'alors répressive dans la prévoyance professionnelle devait être complétée par des éléments prudentiels et que l'activité de surveillance devrait être mieux harmonisée à l'échelle de la Suisse.⁸ Elle visait la modification de l'activité de la haute surveillance, non la surveillance directe. La commission d'experts Réforme structurelle a également retenu par la suite que le système d'une surveillance partagée (haute surveillance et surveillance directe) ne devait pas être fondamentalement remis en question, mais qu'il devait être séparé et aussi doté d'éléments prudentiels. À cet effet, la Commission de haute surveillance doit être dotée d'une fonction plus active et plus étendue au plan réglementaire.⁹ Outre cette surveillance (prudentielle) du système par la Commission de haute surveillance, les autorités de surveillance directe doivent continuer à surveiller le respect des dispositions légales.¹⁰

Dans son message concernant la réforme structurelle, le Conseil fédéral a uniquement thématiquement régionalisé la création des autorités de surveillance et la création

de la nouvelle haute surveillance. Une modification de l'exécution des tâches de la surveillance directe à une activité de surveillance prudentielle n'a jamais été à l'ordre du jour.¹¹

Les missions remaniées de la surveillance directe¹² et de la haute surveillance¹³, inscrites dans la loi dans le cadre de la réforme structurelle, montrent également clairement que le législateur entend toujours la surveillance directe comme un contrôle strict de l'application du droit, même après la réforme structurelle et qu'il ne considère que la haute surveillance révisée comme une surveillance prudentielle. L'activité de la haute surveillance ne doit pas être essentiellement répressive, mais prudentielle et poursuivre des approches axées sur le risque.¹⁴

Dans le contexte de cette volonté législative indubitable, une autorité de surveillance directe ne peut par exemple pas se permettre de restreindre un terme qui n'est pas défini en détail par la loi (rente de vieillesse) à l'aide d'un élément non prévu par la loi (couverture obligatoire d'un risque biométrique). Un tel comportement enfreint le principe du contrôle strict de l'application du droit et doit être qualifié d'intervention illicite dans la politique sociale.

Respect de la liberté d'appréciation

L'organe suprême dispose d'une certaine liberté d'appréciation concernant de nombreuses questions. Il doit dûment l'exercer. La mission de l'autorité de surveillance consiste à décider au cas par cas si l'organe suprême a dûment exercé son pouvoir d'appréciation ou en a abusé.¹⁵ L'autorité de surveillance ne doit pas intervenir sans nécessité dans le pouvoir d'appréciation de l'organe suprême. Une intervention n'est permise qu'en cas d'infraction.¹⁶ Dans le cadre d'une demande

de révision en cas de liquidation partielle, l'autorité de surveillance doit par exemple se contenter de vérifier le respect des dispositions légales et réglementaires (y compris les manquements à la liberté d'appréciation). Dans le cadre de ce contrôle strict de l'application du droit, un contrôle du caractère approprié des décisions de l'organe suprême est interdit.¹⁷

Le fait que certaines autorités de surveillance enfreignent allègrement la liberté d'appréciation de l'organe suprême, alors que le Tribunal administratif fédéral n'intervient qu'avec la plus grande retenue dans le pouvoir d'appréciation des autorités de surveillance s'avère particulièrement problématique. Cette combinaison fait que les violations de la liberté d'appréciation par les autorités de surveillance ne semblent jamais vraiment justiciables dans la pratique. Cela enfreint non seulement la volonté du législateur, mais envoie aussi un signal totalement erroné aux autorités de surveillance.

Conclusion

Malgré une approche basée sur les risques qui semble parfaitement judicieuse dans l'activité de surveillance opérationnelle, les autorités de surveillance directe doivent exercer une surveillance purement répressive (sous forme de contrôle strict de l'application du droit), même après l'introduction de la réforme structurelle. Elles doivent respecter l'autonomie des institutions de prévoyance et le pouvoir d'appréciation de l'organe suprême. Si elles ne le font pas, elles enfreignent le droit fédéral.

Lorsque des autorités de surveillance s'immiscent dans l'autonomie des institutions de prévoyance et enfreignent le cadre du pouvoir d'appréciation de l'organe suprême, le tribunal administratif fédéral ne doit plus se retrancher de manière inconsidérée derrière l'argument selon lequel il entend lui-même respecter la liberté d'appréciation des autorités de surveillance. À défaut, la voie de recours légalement prescrite pour les autorités de surveillance se voit amputée. **I**

Erich Peter

⁸ Cf. le message concernant la réforme structurelle, FF 2007 5387.

⁹ Conseil fédéral, rapport sur la réforme structurelle, 6 s.

¹⁰ Conseil fédéral, rapport sur la réforme structurelle, 18.

¹¹ Message concernant la réforme structurelle, FF 2007 5394 ss et 5397 s.; cf. à ce propos également les consultations parlementaires.

¹² Art. 62 LPP.

¹³ Art. 64 a LPP.

¹⁴ OFAS: Rapport explicatif sur les modifications d'ordonnances dans le cadre de la réforme structurelle, dans: Bulletin de la prévoyance professionnelle n° 123, Cm 790, ch. 2.2.2.

¹⁵ ATF 140 V 169, consid. 7.3.

¹⁶ Utilisation abusive, excessive ou insuffisante de la liberté d'appréciation.

¹⁷ ATF 141 V 589, consid. 3.1.

9C_461/2020, Urteil vom 8. Februar 2021

Kündigung wegen Anzeigepflichtverletzung

WORUM GEHT ES?

Wann hat eine Pensionskasse «sichere Kenntnis» von einer Anzeigepflichtverletzung?

SACHVERHALT

Der Versicherte gab bei seinem Eintritt 2010 auf dem Gesundheitsfragebogen an, er habe in den letzten fünf Jahren vor Versicherungsbeginn keine gesundheitlichen Störungen gehabt.

2017 ersuchte der Versicherte die Pensionskasse gestützt auf den IV-Entscheid, der ihm eine ganze Rente zusprach, um Ausrichtung einer Invalidenrente. Im Dezember 2017 wurden der Pensionskasse die IV-Akten zugestellt. Diesen liess sich Folgendes entnehmen: Der Versicherte hatte in der IV-Anmeldung angegeben, «seit ca. 2009» an psychischen Beeinträchtigungen zu leiden.

Gemäss Berichten der behandelnden Ärzte und der Psychologin habe er 2009 nach einem Zusammenbruch mit Paranoia und Angst vor der Gesellschaft seine Büroarbeit aufgegeben und ca. sechs Wochen nicht gearbeitet. Seine Mutter (als nachmalige Arbeitgeberin) hatte im Fragebogen für Arbeitgebende ausgefüllt, vor der Anstellung im elterlichen Weingut ab 1. Mai 2010 habe der Versicherte eine Psychose mit sechs Wochen Arbeitsausfall erlitten.

Die Pensionskasse erachtete diese Informationen noch nicht als ausreichend, um eine Anzeigepflichtverletzung anzunehmen.

Deshalb bemühte sie sich um echtzeitliche Arztberichte bzw. bat die damals involvierten Mediziner um weitere Auskünfte. Nachdem der Bericht vom 2. Juli 2019 eintraf, in dem die damals behandelnde Psychologin eine schizoaffektive Störung seit 2009 diagnostizierte, kündigte die Pensionskasse das (rein überobligatorische) Vorsorgeverhältnis am 11. Juli 2019 wegen Anzeigepflichtverletzung. Der Versicherte macht – nun in zweiter Instanz – geltend, die Kündigung sei verspätet gewesen.

ERWÄGUNGEN

Gemäss Art. 6 Abs. 2 VVG muss eine Pensionskasse (abweichende reglementarische Regelungen vorbehalten) innert vier Wochen nach Kenntnis der Anzeigepflichtverletzung kündigen. Tut sie dies nicht, ist die Kündigung nichtig. Gemäss bundesgerichtlicher Rechtsprechung beginnt diese Frist zu laufen, sobald die Pensionskasse zuverlässige Kunde von den Tatsachen erhält, aus denen sich der sichere Schluss auf eine Verletzung der Anzeigepflicht ziehen lässt. Blosser Ver-

mutungen, die zu grösserer oder geringerer Wahrscheinlichkeit drängen, dass die Anzeigepflicht verletzt ist, genügen nicht. Die Pensionskasse muss vollständig über alle Punkte orientiert sein, die die Verletzung der Anzeigepflicht betreffen, d.h. sie muss darüber sichere, zweifelsfreie Kenntnis erlangt haben.

Gemäss Bundesgericht war aus den IV-Akten ersichtlich, dass der Versicherte seit spätestens 2009 an einer psychischen Krankheit litt, die sich bereits auf die

Arbeitsfähigkeit auswirkte. Damit hatte die Vorsorgeeinrichtung ab Erhalt der IV-Akten im Dezember 2017 sichere Kenntnis davon, dass der Versicherte eine Anzeigepflichtverletzung begangen hatte, indem er verneinte, in den letzten fünf Jahren gesundheitliche Störungen gehabt zu haben.

Die am 11. Juli 2019 ausgesprochene Kündigung war also verspätet und damit nichtig.

FAZIT

Nicht immer ergibt sich aufgrund der IV-Akten zweifelsfrei, ob eine Anzeigepflichtverletzung vorliegt oder nicht. Dann stellt sich die schwierige Frage, ob weitere Auskünfte eingeholt werden sollen oder ob sofort gekündigt werden muss.

Eine klare Richtlinie zur Beantwortung dieser Frage gibt es nicht. Allenfalls kann aber folgende Faustregel die Ent-

scheidung erleichtern: Die Vorsorgeeinrichtung muss in der Kündigung klar angeben, welche Frage vom Versicherten falsch beantwortet wurde und aufgrund welcher Akten/Berichte/Aussagen etc. sie zum Schluss kommt, dass die Antwort falsch war.

Sobald die Anzeigepflichtverletzung so konkret umschrieben werden kann, ist sofort zu kündigen. Wenn hingegen

nicht sicher ist, ob die Frage überhaupt falsch beantwortet wurde, sind Zusatzabklärungen angezeigt. Dabei ist auch abzuwägen, wie konkret die Frage war. Je allgemeiner die Frage, desto klarer muss die Sachlage sein. |

Laurence Uttinger

Rechtsanwältin, AVS Rechtsanwälte AG, Zug



vps.epas

Einführung in die berufliche Vorsorge

Modulkurs für Stiftungsräte und weitere Interessierte

31. Aug., 7./14./21./28. Sept. 2021, Zürich-Flughafen

Mit namhaften Fachspezialisten der beruflichen Vorsorge ist vps.epas laufend in der Lage, den Einführungskurs in die berufliche Vorsorge speziell für Stiftungsräte und weitere Interessierte anzubieten. Die Grundausbildung dauert fünf Tage. Die Module können auch einzeln gebucht werden.

Dienstag, 31. August 2021

Modul 1: Rahmenbedingungen und Rechtsgrundlagen

Beatrice Eichenberger Schäpper,
Tristan Imhof, Markus Lustenberger,
Dieter Stohler

Dienstag, 7. September 2021

Modul 2: Verpflichtung der Pensionskasse und ihre Deckung

Benno Ambrosini, Martin Franceschina,
Reto Leibundgut, Urs Schaffner

Dienstag, 14. September 2021

Modul 3: Vermögensanlage

Markus Hübscher, Lukas Riesen, Jürg Schiller

Dienstag, 21. September 2021

Modul 4: Rechnungsführung und Jahresabschluss

Marcel Geisser, Bruno Purtschert

Dienstag, 28. September 2021

Modul 5: Leistungen und Leistungs-koordination, steuerliche Behandlung, Grundlagen, aktuelle Anwendungsfragen

Peter Lang, Max Ledergerber,
Hans-Ulrich Stauffer

Weitere Informationen finden Sie unter vps.epas.ch. Programmänderungen vorbehalten.

Ort
Radisson Blu Hotel,
8058 Zürich-Flughafen

Zeit
Ganzer Kurs:
5 Tage, 09.15 – 16.45 Uhr

**Kosten, Credit Points und
Anmeldung unter vps.epas.ch**

*Weitere Durchführungen im
Oktober/November 2021*

Auskünfte
Simone Ochsenbein
+41 (0)41 317 07 23
so@vps.epas.ch

Beatrice Steiner
+41 (0)41 317 07 48
bs@vps.epas.ch

vps.epas.ch

Credit Points



FinanzPlaner
Verband
Schweiz



9C_461/2020, arrêt du 8 février 2021

Résiliation pour réticence

DE QUOI S'AGIT-IL?

Quand une caisse de pension a-t-elle une «connaissance sûre» d'une réticence?

EXPOSÉ DES FAITS

Lors de son entrée en 2010, l'assuré a indiqué sur le questionnaire de santé qu'il n'avait pas eu de problèmes de santé au cours des cinq dernières années précédant le début de l'assurance.

En 2017, l'assuré a demandé le versement d'une rente d'invalidité à la caisse de pension sur la base de la décision de l'AI lui accordant une rente complète. Le dossier de l'AI a été transmis à la caisse de pension en décembre 2017. On pouvait lire ceci dans ce dossier: lors de l'annonce à l'AI, l'assuré avait indiqué souffrir de troubles psychiques «depuis 2009 environ». Selon les rapports des médecins

traitants et de la psychologue, il aurait abandonné son travail de bureau en 2009, à la suite d'un effondrement assorti de paranoïa et de phobie sociale et n'aurait pas travaillé pendant environ six semaines. Sa mère (en qualité d'employeur ultérieur) avait indiqué sur le questionnaire pour les employeurs que l'assuré avait souffert d'une psychose ayant entraîné un arrêt de travail de six semaines avant l'engagement dans le vignoble familial à partir du 1^{er} mai 2010.

La caisse de pension a estimé que ces informations étaient insuffisantes pour supposer un cas de réticence. C'est la rai-

son pour laquelle elle a demandé des rapports médicaux en temps réel et a sollicité des informations supplémentaires de la part des médecins impliqués à l'époque. Après réception du rapport du 2 juillet 2019, dans lequel la psychologue traitante de l'époque diagnostiquait un trouble schizoaffectif depuis 2009, la caisse de pension a résilié la relation de prévoyance (purement surobligatoire) au 11 juillet 2019, pour cause de réticence. L'assuré fait valoir – à présent en deuxième instance – que la résiliation serait tardive.

CONSIDÉRANTS

Selon l'art. 6 al. 2 LCA, une caisse de pension (sous réserve d'une disposition réglementaire divergente) doit prononcer la résiliation quatre semaines après avoir eu connaissance de la réticence. Si elle ne le fait pas, la résiliation est nulle. Selon la jurisprudence du Tribunal fédéral, ce délai commence à courir dès que la caisse de pension reçoit une information fiable concernant les faits, dont elle peut conclure avec certitude à une réticence. Les simples suppositions qui

laissent à penser avec une vraisemblance plus ou moins grande qu'il y a eu réticence ne suffisent pas. La caisse de pension doit être informée de manière exhaustive sur tous les points concernant la réticence, ce qui signifie qu'elle doit en avoir une connaissance sûre et incontestable.

Selon le Tribunal fédéral, le dossier de l'AI indiquait déjà que l'assuré souffrait d'une maladie psychique depuis 2009 au plus tard, qui avait déjà eu des effets sur

sa capacité de travail. Dès la réception du dossier de l'AI en décembre 2017, l'institution de prévoyance avait une connaissance sûre du fait que l'assuré était coupable de réticence en niant avoir eu des problèmes de santé au cours des cinq dernières années.

La résiliation prononcée le 11 juillet 2019 était donc tardive et elle est par conséquent nulle.

CONCLUSION

Le dossier de l'AI ne permet pas toujours de déterminer avec certitude s'il y a eu réticence ou non. Se pose alors la question délicate de savoir s'il faut demander des renseignements supplémentaires ou résilier immédiatement.

Il n'existe pas de directive explicite pour répondre à cette question. Tout au plus, la règle de base suivante permet-elle de faciliter la décision: l'institution de

prévoyance doit indiquer clairement sur la résiliation à quelle question l'assuré a donné une réponse erronée et sur la base de quel(le) dossier/rapport/déclaration, etc. elle conclut que la réponse était fautive.

La résiliation immédiate s'impose dès que la réticence peut être décrite de manière aussi concrète. S'il n'y a en revanche pas de certitude quant au fait que la ré-

ponse à la question est fautive, des investigations supplémentaires sont de mise. Il faut aussi déterminer dans quelle mesure la question était concrète. Plus la question est vague, plus les faits doivent être clairs. |

Laurence Uttinger

Avocate, AVS Rechtsanwälte AG, Zoug



Knifflige Leistungsfälle aus der beruflichen Vorsorge

Eintägiger Workshop mit Lösungsvorschlägen zu Fragen
der Leistungsabwicklung und Leistungskoordination

26. August/29. September/23. November 2021, Zürich

Die berufliche Vorsorge zeichnet sich durch eine bunte Vielfalt von Rechtsträgern und Durchführungsreglementen aus. Sich in dieser Vielfalt zurechtzufinden, stellt eine grosse Herausforderung dar. Dieser Workshop befasst sich ausschliesslich mit Fragen und Lösungsvorschlägen von Fällen aus der Praxis.

Aufgezeigt werden im Rahmen dieses Workshops Lösungshilfen für Leistungsfälle. Diese Arbeitshilfen dienen als Werkzeuge in der praktischen operativen Tätigkeit, da die rechtliche Einschätzung eines Sachverhalts nicht immer einfach ist. Dies ist zum Beispiel dann der Fall, wenn der erstmalige Eintritt der Arbeitsunfähigkeit oder deren weiterer Verlauf unklar sind, wenn Krankheits- und Unfallursachen konkurrieren, wenn möglicherweise mehrere Vorsorgeeinrichtungen als Leistungserbringer in Frage kommen oder wenn Leistungen unterschiedlicher Herkunft zu koordinieren sind.

In kleinen Gruppen (maximal 10 Personen) werden Techniken ermittelt, wie die Fälle behandelt werden müssen. Die Teilneh-

merinnen und Teilnehmer werden für mögliche Implikationen sensibilisiert. Der Kurs behandelt ausschliesslich neue Fälle.

Hanna Byland, Advokatin

Martin Dumas, Rechtsanwalt, spezialisiert in Sozialversicherungsrecht

Markus Moser, Geschäftsführer Pensionskassen Novartis

Hans-Ulrich Stauffer, Rechtsanwalt, Verwaltungsratspräsident PKRück AG

- Maximal 40 Teilnehmer
- Arbeit in kleinen Gruppen
- 4 Dozierende für Gruppenarbeit
- Alles neue Fälle

Weitere Informationen finden Sie unter vps.epas.ch. Programmänderungen vorbehalten.

Ort
Sheraton Zürich Hotel
Pfungstweidstrasse 100
8005 Zürich

Zeit
08.45 – 17.00 Uhr

**Kosten, Credit Points und
Anmeldung unter vps.epas.ch**

Auskünfte
Beatrice Steiner
+41 (0)41 317 07 48
bs@vps.epas.ch
vps.epas.ch

Credit Points



Bestellen Sie online auf vps.epas.ch/shop

Die 2. Säule

vps.epas/Verein unentgeltliche BVG-Auskünfte/
Pittet/Mix & Remix 2017,
108 Seiten,
CHF 19.80 (1696)



Fachwörterbuch für die berufliche Vorsorge

3. komplett überarbeitete Auflage, Januar 2015,
vps.epas, 216 Seiten, CHF 69.– (1691)

Gewos-Schriftenreihe «Beiträge zur 2. Säule»: Band 5 «Die Rolle des Arbeitgebers in der beruflichen Vorsorge»

Oktober 2016, vps.epas, 224 Seiten,
CHF 69.– (1695)

Glossaire de la prévoyance professionnelle suisse

2^e édition entièrement revue et corrigée,
janvier 2016, vps.epas, 224 pages,
CHF 69.– (1634)

Pensionskassenführung in der Praxis

Handbuch für Stiftungsräte und Geschäftsleitungen, Urs Schaffner, vps.epas, 2016,
108 Seiten, CHF 69.– (1692)

Diktionär für die berufliche Vorsorge DE/FR/IT/EN

Über 1000 Fachbegriffe,
4 Sprachen,
Buch inkl. CD,
180 Seiten,
vps.epas/
Dike Verlag, 2014,
CHF 69.– (1690)



Aprilausgabe der «Schweizer Personalvorsorge»

(+2.5% MwSt.), CHF 29.–

Edition avril de la «Prévoyance Professionnelle Suisse»

(+2.5% de TVA), CHF 29.–



Für Bearbeitungs- und Versandkosten berechnen wir CHF 7.50. Falls nicht speziell vermerkt, sind die Preise inklusive 2.5% MwSt. Aus administrativen Gründen können wir keine Ansichtsexemplare zustellen. Pour les frais administratifs et d'envoi, nous facturons CHF 7.50. 2.5% de TVA incl. sans remarque speciale dans tous les prix. Pour des raisons administratives, nous ne pouvons pas envoyer d'exemplaires à l'essai.

Das Jahresabonnement der Zeitschrift «Schweizer Personalvorsorge» beinhaltet:

- 12 Ausgaben der «Schweizer Personalvorsorge»
- 1 Sonderausgabe «Externe Dienstleister»
- 1 Sonderausgabe «Die Fachmesse 2. Säule»
- 1 Sonderausgabe «Sammel- und Gemeinschaftseinrichtungen»
- «aktuell», wöchentliches Update als Ergänzung zur monatlichen Zeitschrift SPV
- Digitales Inhaltsverzeichnis, vereinfacht die Archivierung und ermöglicht eine effiziente Artikelsuche nach Stichworten, Titeln oder Autoren
- Ermässigte Preise für Weiterbildungen des vps.epas

Jahresabonnement SPV	CHF 340.–
Ausland-Jahresabonnement SPV	CHF 360.–
Einzelnummer SPV	CHF 29.– (+ Porto)

Spezialangebot für Stiftungsräte:

CHF 210.– (statt CHF 340.–) für 1 Stiftungsrats-Jahresabonnement
Ab 4 Stiftungsrats-Jahresabonnements kontaktieren Sie bitte
Patricia Bärtschi Schmid unter abo@vps.epas.ch oder 041 317 07 24.

Alle Preise gelten ab 1.7.2017, zuzüglich 2.5% MwSt.

Weitere Informationen erhalten Sie hier:

vps.epas, Postfach 4242, 6002 Luzern
Telefon +41 (0)41 317 07 24
vps.epas.ch, abo@vps.epas.ch

L'abonnement annuel de la «Prévoyance Professionnelle Suisse» comprend:

- 12 numéros de «Prévoyance Professionnelle Suisse»
- 1 Edition spéciale «Prestataires externes»
- 1 Edition spéciale «Salon PPS»
- 1 Edition spéciale «Institutions collectives et communes»
- «actualités», la mise à jour hebdomadaire comme complément à la revue PPS
- Table des matières numérique pour toute l'année, facilite l'archivage et permet une recherche efficace des articles pour des besoins ultérieurs d'après des mots-clés, les titres ou les auteurs
- Tarifs préférentiels pour les formations vps.epas

Abonnements annuels PPS	CHF 340.–
Abonnements annuels PPS à l'étranger	CHF 360.–
Numéro isolé PPS	CHF 29.–

(+ frais de port)

Offre spéciale pour Conseillers de fondation:

CHF 210.– (au lieu de CHF 340.–) pour un abonnement annuel pour
Conseiller de fondation. A partir de 4 abonnements annuels pour Conseiller
de fondation veuillez prendre contact avec Patricia Bärtschi Schmid sous
abo@vps.epas.ch ou 041 317 07 24.

Tous les prix sont en vigueur depuis le 1.7.2017, s'entendent hors TVA (2.5%).

Pour de plus amples informations veuillez vous adresser à:

vps.epas, case postale 4242, 6002 Lucerne
Téléphone +41 (0)41 317 07 24, vps.epas.ch, abo@vps.epas.ch



Vorschau Mai 2021

Peergroupvergleiche

Comparaison n'est pas raison, vraiment?

Isabelle Amschwand

Nutzen und Grenzen von Peers im Anlagebereich

Thomas Breitenmoser und Andreas Rothacher

Der Traum von Vergleichbarkeit

Roger Baumann



vps.epas

SCHWEIZER
PERSONAL
VORSORGE
PREVOYANCE
PROFESSIONNELLE
SUISSE

HERAUSGEBER · EDITEUR

VPS Verlag
Personalvorsorge und Sozialversicherung AG,
Taubenhausstrasse 38, Postfach 4242,
CH-6002 Luzern,
Telefon +41 (0)41 317 07 07,
Fax +41 (0)41 317 07 00,
vps.epas.ch, info@vps.epas.ch
Editions EPAS Prévoyance Professionnelle et
Assurances Sociales SA
vps.epas.ch, info@vps.epas.ch

Präsident des Verwaltungsrats ·
Président du conseil d'administration
Markus Nievergelt

DIREKTION · DIRECTION

Peter Schnider, Direktor · Directeur
Renata Cavadini, Direktionsassistentin ·
Assistante de direction

REDAKTION · RÉDACTION

Kaspar Hohler (ho), Chefredaktor · Rédacteur en chef
Gregor Gubser (gg), stv. Chefredaktor · Adjoint du
rédacteur en chef
Anne Yammine (ay), Judith Yenigün-Fischer (jy),
Claudio Zemp (ze),
redaktion@vps.epas.ch

Correspondante en Suisse romande ·
Westschweizer Korrespondentin
Geneviève Brunet, gb@vps.epas.ch

Bundeshaus · Palais fédéral
Claude Chatelain

Porträts Pensionskassen ·
Portraits de caisses de pension
Laurent Pittet, Daniel Dubach

Übersetzungen · Traductions
Apostroph, Axone Traductions, Yvonne Pulver-Sieber

Korrektur · Corrections
Riccardo Caravina, Lorenz Oehler, Andrea Strässle

Coordinateur en Suisse romande ·
Kordinator Romandie
Olivier Sandoz

Redaktionskommission · Comité de Rédaction

*Peter Schnider, Marco Bagutti, Gertrud E.
Bollier, Sergio Bortolin, Hans-Peter Conrad, Beatrice
Fluri, Adrian Gröbli, Hanspeter Konrad, Andreas
Loepfe, Brigitte Martig, Christina Ruggli-Wüest, Patrik
Schaller, Arnold Schneiter, Cyrill Schubiger, Isabelle
Vetter-Schreiber, Jürg Walter, Jean-Marc Wanner,
Peter Zanella

Groupe rédactionnel Suisse romande · Redaktionskommission Westschweiz

*Jean-Marc Wanner, Dominique Biedermann,
Sébastien Cottreau, Rosario di Carlo, Aldo Ferrari,
Pascal Frei, Yves-Marie Hostettler, Alain Kolonovics,
Violaine Landry-Orsat, Claude Maillard, Michèle Mottu
Stella, Didier Paramucchio, Jean Pirrotta, David Pittet,
Olivier Sandoz, Anne Troillet
* Vorsitz · Présidence

MESSEN · SALON · MARKETING

Markus Jörin, Leiter · Directeur
Sabina Gisler, stv. Leiterin · Responsable adjointe
Miriam Sauser, Verlagsdienst · Service interne de
la maison d'édition

SERVICES

Renata Cavadini, Leiterin · Responsable
Patricia Bärtschi Schmid (Abonnements), Cuno Hügli,
Rita Käslin, Simone Ochsenbein, Beatrice Steiner
(Weiterbildungen · Formations)
Gabriela Vetter

GESTALTUNG/PRODUKTION CONCEPTION/PRODUCTION

Cinta Zumbühl, Leiterin · Responsable
Bianca Föhn, Christof Unternährer

INSERTATE · ANNONCES

dtp@vps.epas.ch, Telefon +41 (0)41 317 07 07

ADRESSÄNDERUNGEN · CHANGEMENT D'ADRESSE

abo@vps.epas.ch, Telefon +41 (0)41 317 07 24

ABONNEMENTE · ABONNEMENTS

Jahresabonnement / Abonnement annuel
CHF 340.00 (exkl. MwSt./hors TVA)
Einzelverkauf / Numéro isolé
CHF 29.00 (exkl. MwSt./hors TVA)

Erscheint: 15 Ausgaben im Jahr
Publié: 15 numéros par an
Weitere Spezialangebote für Stiftungsräte unter/
Offre spéciale pour conseillers de fondation sous
abo@vps.epas.ch oder +41 (0)41 317 07 24

WEMF/KS BEGLAUBIGT · CERTIFIÉ REMP/CS

Total verbreitete Auflage ·
total tirage diffusé 3755 Ex.
Jahrgang · Année 34

FOTOS · PHOTOS

Titelseite/Couverture:
www.istockphoto.com / © bsilvia

DRUCK · IMPRESSION

Multicolor Print AG, Sihlbruggstr. 105a, 6341 Baar
© by VPS Verlag Personalvorsorge und
Sozialversicherung AG, Luzern

l'imeco®



Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung des Verlags. Offizielles Publikationsorgan der Konferenz der kantonalen BVG- und Stiftungsaufsichtsbehörden, der Geschäftsführer von Anlagestiftungen (KGAST) und des Schweizerischen Pensionskassenverbands ASIP.

Reproduction, même partielle, seulement avec l'autorisation de la maison d'édition. Organe de publication officiel des autorités cantonales de surveillance LPP et des fondations, de la Conférence des administrateurs de fondations de placement (CAFP) et de l'Association suisse des institutions de prévoyance ASIP.

29./30. September 2021

Messe Zürich

www.symposium-2.ch



Reservieren Sie Ihren Platz für das Vorsorge-Symposium!

Für Stiftungsräte, Geschäftsführer und Mitarbeiter von Pensionskassen | CEOs und CFOs von Firmen, die sich mit dem Thema Vorsorge beschäftigen | Mitglieder von Vorsorgekommissionen | Broker

Hauptsponsoren



Know-how-Partner



Co-Sponsoren



Kooperationspartner



Veranstalter: **vps.epas**



IST

// DWS

Le succès à long terme repose sur une action réfléchie et de solides bases.

Notre sélection « best in class » s'est portée sur un gérant de premier ordre ayant accès à des opportunités d'investissement attrayantes dans le monde entier.

IST IMMOBILIER GLOBAL USD / IST IMMOBILIER GLOBAL HEDGED CHF.

IST – votre partenaire compétent et indépendant

istfunds.ch